



Edvard Munch. Im Dialog

Die Albertina widmet Edvard Munch ihre große Frühjahrsausstellung 2022 (ab der Seite 138)

Andy Warhol, The Scream (After Munch), 1984, Siebdruck auf Lenox Museum Board

Sie sehen hier die Variante A4 mit 300 dpi und hoher Qualität von Bildern und Grafiken

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

durch die Umstellung unserer Erscheinungsweise auf vier Mal jährlich hat unser Themenbereich „Österreich, Europa und die Welt“ ganz wesentlich an Umfang zugenommen – diesmal sind es ganze 84 der insgesamt 155 Seiten! Wir möchten damit erreichen, daß Sie möglichst auch Beiträge vorfinden, die mit Österreich und dem Land zusammenhängen, in dem Sie leben...

*Alles Gute und liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer*

Der Inhalt der Ausgabe 202

Aus der Hofburg

Neujahrsansprache an das Diplomatische Corps	3
Besuch aus der Schweiz	5
#WeRemeber-Gedenkeremonie	6
Besuch aus Spanien	7
ÖOC-Medailleneempfang	9
Zu Gast in Berlin	11

Aus dem Parlament

Aus dem Bundeskanzleramt	21
Aus dem Außenministerium	35

Burgenland: Konferenz zur Zukunft Europas	50
Kärnten sichert sich EU-Mittel für die Radmobilität	52
Südmähren und Niederösterreich rücken näher zusammen	53
OÖ Online »Europa Café«	54
Steiermark übernimmt Alpen-Adria Vorsitz	56
Tirol: Schienen-Alpenkreuz	58
Vorarlberg: Respektiere deine Grenzen	59
München und Wien arbeiten noch enger zusammen	60
Das neue Präsidium des Europäischen Parlaments	61
Menschliche Überreste an Hawaii zurückgegeben	62
Die Sache nimmt Fahrt auf...!	64
<i>Von Hermann Mückler</i>	64
20 Jahre Euro-Bargeld	67
Frauenpower in der kosovarischen Landwirtschaft	68

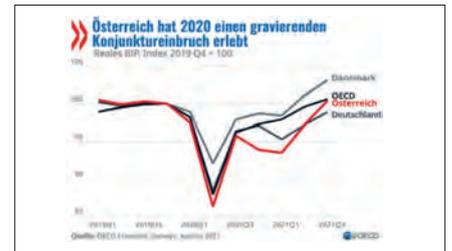
Aus dem Dachverband PaN	70
Talentförderung	70
Weltfrauentag 2022 im Wiener Stephansdom	72
Die Österreichisch-Ukrainische Gesellschaft	74

ÖBB bei Europe's Rail Joint Undertaking	80
Zum 6. Mal bester Zoo Europas	81
GoStudent	82
Älteste DNA aus Afrika liefert neue Einblicke in frühes Leben	83
Hundertwasser-Museum in Whangārei in Neuseeland	85

Neujahrsansprache des Bundespräsidenten	87
Nationale Strategie gegen Antisemitismus	89
Das Entlastungspaket bringt's	90
Sicherheitspolitik für Bundesheer der Zukunft	91
Wirtschaft: Abkühlung erst 2023 in Sicht	92
Regionale Konjunktorentwicklung im III. Quartal 2021	94
2,46 Mio. Hektoliter Wein	96
Biomasse als Schlüssel zur Energiewende	98
8.979.894 Menschen leben in Österreich	100
100 Jahre Niederösterreich	102
Burgenland bekennt sich zu jüdischem Erbe	104
Stadt Luft Bild – Wien Museum Karlsplatz	107
2021 war ein österreichischer Traumjahrgang	112
+ Erhard Busek	116
+ Peter de Martin	118
Erzbischof Lackner trifft Bundeskanzler Nehammer	119
100 Jahre Missio	120
OÖ Zukunftsforum 2022	122
Ur-Donau-Delta im Norden von Wien entdeckt	124
Gesunde Zellen, fittes Gehirn	125
Chemie: Neue Methode eröffnet »grünere« Wirkstoffherstellung	127
Robuster Radar für autonomes Fahren	128
Tennis-Training im Wohnzimmer	130
Lösung zur Bekämpfung von Krypto-Kriminalität	131
Viktor Frankls Sinn-Lehre gegen die Sinn-Leere	132
ÖBB treiben Revolution im Schienengüterverkehr voran	136
Edvard Munch.-Im Dialog.	138
In der Albertina in Wien	138
Viva Venezia!	147
Im Unteren Belvedere	147
Film und Kino in der Steiermark	153
Gutruf-Ausstellung in Leoben	155



Diplomaten beim Bundespräsidenten 3



OECD Wirtschaftsbericht 2021 35



Regionale Konjunktorentwicklung 92



OÖ Zukunftsforum 2022 122



Viva Venezia! Im Unteren Belvedere 147

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag, A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1; alleiniger Eigentümer, für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Unternehmensgegenstand: regelmäßige Herausgabe einer Zeitschrift für unsere Landsleute im Ausland. Fotos Seite 2: Peter Lechner / HBF; Economic Survey Länderbericht der OECD; Business Upper Austria / Cityfoto Roland Pelzl; Johannes Stoll / Belvedere, Wien

Neujahrsansprache an das Diplomatische Corps

Die Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen vor dem Diplomatischen Corps anlässlich des virtuellen Neujahrsempfangs 2022.



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und der Apostolische Nuntius, Erzbischof Peter Stephan Zurbriggen, in der Wiener Hofburg

Hochwürdigster Herr Nuntius! Exzellenzen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Schon letztes Jahr konnte ich Ihnen die Grüße und Glückwünsche zum Neuen Jahr nicht persönlich überbringen – und wer von uns hätte gedacht, daß sich dieses Szenario heuer wiederholen würde.

Aber es ist eben so, und daher übermittle ich Ihnen heute erneut auf diesem Wege meinen Dank und meine Glückwünsche zum Neuen Jahr.

Ihnen, Hochwürdigster Herr Apostolischer Nuntius, danke ich herzlich für die Neujahrswünsche, die Sie namens des Diplomatischen Corps überbracht haben.

Die Covid-19-Pandemie hat sich über alle Ereignisse des abgelaufenen Jahres gelegt wie eine schwere Decke, die man nicht abschütteln kann. Je länger dieser Ausnahmezustand anhält – wieder ein Lockdown und noch einer – desto deutlicher machen sich Gräben in unseren Gemeinschaften – national und international – bemerkbar. Und ein Ende von Corona ist noch nicht in Sicht. Denn gerade als wir dachten, wir hätten das

Schlimmste hinter uns, kam Omikron um die Ecke.

Und ehrlicherweise wissen wir nicht wirklich, was uns die nächsten Wochen, ja die nächsten Tage diesbezüglich bringen werden. Und trotzdem: Wir dürfen den Mut nicht verlieren.

Es gibt aber auch eine gute Nachricht: Wir haben die Impfung – und nicht nur in Österreich, sondern auch weltweit zeigt sich, daß diese eine wirkungsvolle Antwort auf das Virus ist.

Während wir jedoch vor allem in den Ländern des globalen Nordens in der glücklichen Situation sind, bereits Auffrischungsimpfungen verabreichen zu können, herrscht in vielen Teilen der Welt weiterhin ein hoher Bedarf an Impfstoffen.

Deshalb gilt mehr denn je: Internationale Solidarität ist entscheidend. In der EU haben wir kürzlich ein Spendenziel in der Höhe von weltweit 700 Millionen Impfdosen bis Mitte 2022 beschlossen. Österreich wird sich daran aktiv beteiligen und hat bisher bereits mehr als drei Millionen Impfdosen an Part-

nerländer und besonders bedürftige Drittstaaten bereitgestellt.

Meine Damen und Herren!

Sie alle haben während der letzten zwölf Monate weiter aktive Diplomatie unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie betrieben und dabei einige Schwierigkeiten zu meistern gehabt.

Für Ihr ungebrochenes Engagement, die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Ihren Ländern trotz allem weiter zu pflegen, danke ich Ihnen sehr.

Österreich ist sich seiner besonderen Rolle als Gastland zahlreicher Diplomatischer Missionen sowie internationaler Organisationen und Einrichtungen bewußt.

Die Mitglieder der Internationalen Gemeinschaft in Österreich wurden daher bereits frühzeitig bei den nationalen Impfmaßnahmen mitberücksichtigt – und werden es auch jetzt – bei der Stärkung des Impfschutzes durch Auffrischungsimpfungen.

Ein nicht weniger dringendes Thema ist die Klimakrise. Auch wenn sie durch die

Österreich, Europa und die Welt

Covid-19-Pandemie in unserer Wahrnehmung etwas nach hinten gerückt ist.

Die Warnungen der Klimawissenschaft werden immer drängender: Extremwetterlagen und Unwetter werden häufiger und ihre Intensität nimmt zu. Die Klimakrise ist wohl die größte Herausforderung, vor die sich die Menschheit je gestellt sah.

Die schlimmsten Folgen der Klimakrise können wir noch verhindern, indem wir die Erderwärmung unter 1.5 Grad Celsius halten, wie im Pariser Übereinkommen vereinbart. Dieses Ziel wurde erst kürzlich bei der COP26 in Glasgow bekräftigt.

Große Nationen haben sich 2021 dem Kampf gegen die Klimakrise angeschlossen oder haben wichtige Schritte in Richtung Klimaneutralität und Nachhaltigkeit gesetzt. Ein Schulterschluss aller Nationen zeichnet sich ab. Aber wir müssen noch mehr vom Versprechen ins Tun kommen!

Und es ist nicht mehr nur die Jugend, die zu mehr Klimaschutz drängt, sondern auch viele Unternehmen, einschließlich des Finanzsektors, haben erkannt, daß sich die Marktstrukturen ändern und wir energisch handeln müssen.

Sind wir im Kampf gegen die Treibhausgasemissionen zu langsam, müssen die kommenden Generationen die horrenden Kosten der Erderhitzung tragen.

Wie in der Covid-Pandemie muß die EU auch in der Klimakrise zusammenhalten und international mit gutem Beispiel vorangehen. In Österreich und der EU werden gerade die Weichen dafür gestellt.

Dies soll sozial verträglich geschehen, sowohl national als auch aus globaler Perspektive. Die Länder des globalen Nordens stehen hier besonders in der Verantwortung, aber klar ist auch, daß alle Staaten einen Beitrag werden leisten müssen.

Österreich ist bereit, seinen Anteil beim Kampf gegen die Klimakrise beizutragen. Sie, Exzellenzen, bitte ich, unsere Dialogplattformen und österreichisches Know-how im Klima- und Energiebereich für Ihre Länder zu nutzen.

Gerade die erwähnten Herausforderungen zeigen nur allzu deutlich: Wir können die großen Herausforderungen unserer Zeit nur gemeinsam meistern.

Die UNO und die über vierzig internationalen Organisationen, die in Wien vertreten sind, leisten einen unschätzbaren Mehrwert für Sicherheit, Nachhaltigkeit und Wohlstand in der Welt.

Und wir sind stolz, Wien auch weiterhin als Ort des Dialogs anbieten zu können. So



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen dankte dem scheidenden Apostolischen Nuntius, Erzbischof Peter Stephan Zurbruggen, für dessen neunjähriges „Wirken in unserem Land“.

zum Beispiel für die Gespräche zum Nuklearübereinkommen mit dem Iran, Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA die Ende November nach langer Pause wiederaufgenommen werden konnten.

So wie es keine Alternative zum Dialog gibt, so gibt es aus unserer Sicht auch keine Alternative zum JCPOA, und umso wichtiger ist es, zu einem positiven Abschluß der Verhandlungen zu kommen.

Exzellenzen!

Wie Sie wissen, will Österreich auch zusätzliche Verantwortung übernehmen als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Periode 2027/2028. Dabei hoffen wir natürlich auf Ihre Unterstützung!

Österreich ist auch Sitzstaat der OSZE. Das letzte Jahr hat leider wieder gezeigt, daß Krisen und Konflikte im OSZE-Raum allgegenwärtig sind.

Diese Krisen führen nicht nur zu menschlichem Leid, sie zeigen uns auch auf, wie wichtig es ist, um dauerhafte Lösungen zu ringen.

Es ist schwer hinzunehmen, daß sich in Belarus keinerlei Lösung abzeichnet, weder ein Ende der Unterdrückung der Zivilgesellschaft und der politischen Opposition, noch der Beginn eines nationalen Dialogs.

Was die angespannte Lage zwischen der Ukraine und Rußland betrifft, so sind De-Eskalation und ein pragmatischer und konstruktiver Dialog das oberste Gebot.

Besorgniserregend ist auch die zunehmende Erosion unserer Errungenschaften bei den Menschenrechten, bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft liegt es an uns, diese Grundfesten jeder offenen und freien Gesellschaft zu verteidigen.

Exzellenzen!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie alle tragen besonders dazu bei, in Zeiten wie diesen Brücken zu bauen. In Momenten, in denen wir als Staaten und Wertegemeinschaften oft das Gefühl haben, uns zu weit voneinander zu entfernen, ist Ihre Arbeit besonders wichtig.

Sie tragen dazu bei, das gegenseitige Verständnis zu fördern und die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Ich appelliere an Sie, Ihr Engagement aufrechtzuerhalten und Ihren Glauben an das Verbindende zu behalten. Und ich appelliere an Sie, weiter an einer besseren Zukunft für uns und die nächsten Generationen zu arbeiten. Ihre Rolle, Ihre Aufgaben, aber auch die Herausforderungen sind im abgelaufenen Jahr nicht kleiner, sondern größer geworden.

Für Ihre wertvolle Arbeit bedanke ich mich nochmals und hoffe, daß wir bald die schwere Decke der Pandemie abschütteln und uns wieder persönlich treffen können.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gutes Neues Jahr; viel Glück und Gesundheit!

<https://www.bundespraesident.at/>

Besuch aus der Schweiz

Offizieller Besuch des Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Ignazio Cassis, bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen in Wien



Foto: Peter Lechner / HBF

Der Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft wurde im Inneren Burghof mit militärischen Ehren empfangen.

Zwar liegen die Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Rahmenabkommen zur Regelung der Beziehungen aktuell auf Eis, doch bleibt die Schweiz „eine engagierte und starke Partnerin der EU und ihrer europäischen Nachbarn“. Das versicherte der Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis am 13. Jänner bei seinem Antrittsbesuch in Wien im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Dieser bedauerte den aktuellen Stillstand „sehr“.

Bern hatte die Verhandlungen über das Rahmenabkommen im Mai 2021 abgebrochen. Die Europäische Kommission fordert neue Schweizer Vorschläge noch im Jänner. Bundespräsident Cassis versicherte, daß die Schweiz im Verhältnis zur EU weiter den „bilateralen Weg“ beschreiten wolle, etwa bezüglich des Binnenmarktes. „Auch wenn es Differenzen gibt.“

Bundespräsident Van der Bellen erklärte, es sei für beide Seiten wichtig, daß es bald zu einem brauchbaren Abkommen komme. Die momentane Situation sei für keine der beiden Seiten von Vorteil. „Es ist nicht so, daß nur die Schweiz die EU braucht“, argumentierte Alexander Van der Bellen, „nein, auch die EU braucht die Schweiz“.

Der 60jährige Politiker der Schweizer Liberalen hatte mit Jahresanfang turnusmäßig das Amt des Bundespräsidenten übernommen.

Weitere Themen der Gespräche in Wien waren „die Umsetzung der Strategischen Partnerschaft zwischen der Schweiz und Österreich zwecks Vertiefung der bilateralen

Beziehungen“, aber auch die nächsten Schritte zur Bewältigung der Corona-Pandemie. In der Pandemie hat die ausgeprägt föderalistische Schweiz in den vergangenen zwei Jahren weniger scharfe Maßnahmen als Österreich ergriffen. ■

<https://www.bundespraesident.at/>

<https://www.admin.ch/>



Foto: Peter Lechner / HBF

Die Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen (l.) und Ignazio Cassis in der Hofburg

#WeRemember

Gedenkzeremonie zum Anlaß des Holocaust-Gedenkens: »Die Namen geben den Menschen ihre Identität zurück, die ihnen die Nationalsozialisten rauben wollten«



Foto: Peter Lechner / HBF

Die Unterzeichner der Erklärung nahmen an einer Gedenkfeier bei der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte in Wien teil.

Die österreichische Staats- und Regierungsspitze sowie Oppositionsparteien bekennen sich zur Verantwortung, die sich aus dem Holocaust-Gedenken ableitet. „Wir alle sind gefordert, Zivilcourage zu zeigen, zu widersprechen, wenn antisemitische, romafeindliche oder fremdenfeindliche Worte fallen“, heißt es in einer von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien initiierten Erklärung, die am 27. Jänner zum Anlaß des Holocaust-Gedenkens verabschiedet wurde.

Unterzeichnet wurde die Erklärung von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundeskanzler Karl Nehammer, Vizekanzler Werner Kogler, Verfassungsministerin Karoline Edtstadler, SPÖ-Vorsitzender Pamela Rendi-Wagner und NEOS-Vizechef Niki Scherak, IKG-Präsident Oskar Deutsch sowie dem Obmann des Roma Service, Emmerich Gärtner-Horvath. Die Unterzeichner nahmen an einer Gedenkfeier bei der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte in Wien teil.

^{*)} Siehe „Österreich Journal“ Ausgabe 201 vom 20. Dezember 2021, Seiten 16–23 <https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-201/66083936>

Ehregast war der israelische Außenminister Yair Lapid.

Bei der Feier wurden keine Reden gehalten. Inmitten der 160 Steinelemente, in denen die Namen von 64.440 in der NS-Zeit ermordeten österreichischen Jüdinnen und Juden eingemeißelt sind^{*)}, sangen Oberkantor Shmuel Barzilai und Mitglieder des Chors des Wiener Stadttempels ein Kadisch. Ferry Janoska spielte auf dem Bandoon das Stück „Oblivion“. Die anwesenden PolitikerInnen versammelten sich daraufhin hinter einem ca. zwei Meter breiten, dreidimensionalen Schriftzug „#WeRemember“ in Steinoptik, der von einem jüdischen Künstler gestaltet wurde.

„Im Rahmen der Initiative #WeRemember gedenken wir aller Opfer, die aus antisemitischen, rassistischen, homophoben, politischen und anderen Gründen verfolgt, gequält und ermordet wurden“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. „Aus der Erinnerung erwächst die Verantwortung, uns immerwährend und aktiv gegen Antisemitismus, Romafeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit und jegliche Form der Diskriminierung zu

stellen.“ Dies sei ein Auftrag an die gesamte Republik Österreich; an alle Menschen, die hier leben.

Alle seien gefordert, Zivilcourage zu zeigen, zu widersprechen, wenn antisemitische, romafeindliche oder fremdenfeindliche Worte fallen.

„So nehmen wir die Verantwortung, die sich aus dem Gedenken ableitet, tatsächlich wahr; im Interesse einer lebendigen und vielfältigen Demokratie und aller nachkommenden Generationen.“

Die Unterzeichner erinnerten auch an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau vor 77 Jahren durch Soldaten der sowjetischen Armee. Mehr als eine Million Menschen hatten die Nationalsozialisten dort ermordet. „Doch der Holocaust, die Shoah, der Porajmos, waren damit noch nicht beendet. Das Morden ging weiter. Auch auf österreichischem Boden, etwa im Konzentrationslager Mauthausen“, hieß es.

In Mauthausen kam auch Lapid's Großvater im April 1945 ums Leben. ■

<https://www.ikg-wien.at/>

Besuch aus Spanien

König von Spanien, Felipe VI. und Doña Letizia, Königin von Spanien waren zu einem offiziellen Besuch nach Österreich gereist.



Foto: Carina Karlovits/HBF und Peter Lechner/HBF

Der Bundespräsident (l.) empfing das Königspaar im Inneren Burghof mit militärischen Ehren – im Bild König Felipe VI..

Spaniens König Felipe VI. wurde am Mittag des 31. Jänner von Bundespräsident Alexander Van der Bellen in der Wiener Hofburg mit militärischen Ehren empfangen. Es folgte ein Arbeitsgespräch samt Mittagessen. Am späten Nachmittag eröffnet Felipe dann mit seiner Frau Doña Letizia nach einem Gedenkakt für die Opfer des Nationalsozialismus die Kunstausstellung „Dali-Freud. Eine Obsession“ im Belvedere.

Gemeinsam schritten die beiden Staatsoberhäupter im Inneren Burghof die Ehrengarde des Bundesheeres ab. Neben einer dem Anlaß angemessenen Anzahl von Kameraleuten und JournalistInnen hatten sich auch ein paar Schaulustige eingefunden. Offenbar vorwiegend patriotisch-königstreue Landsleute, die nicht nur tapfer dem naßkalten Wetter trotzten, sondern auch noch so mache lautstarke Ehrerbietung kundtaten. Es waren Rufe wie „Viva España“ („Es lebe Spanien“) oder „Viva el Rey“ („Es lebe der König“) zu hören.

Es ist nicht das erste Treffen Alexander Van der Bells mit König Felipe. Im Oktober 2019 saßen die beiden in Japans Hauptstadt Tokio beim Abendessen an einem Tisch, als der neue „Tenno“, Kaiser Naruhito, den Chrysanthementhron bestieg. Anfang Dezember desselben Jahres kam es in Madrid zu einem Wiedersehen. Anlässlich der

25. UNO-Klimakonferenz führten die beiden Staatsoberhäupter ein Gespräch über die bilateralen Beziehungen und die Klimakrise. Mitte April 2020 telefonierten sie, um sich über die damalige Situation in der Coronakrise in beiden Ländern und in Europa aus-

zutauschen. Diese war auch diesmal ein Thema.

Zum Abschluß des nur rund acht Stunden dauernden Besuchs besuchten und eröffneten „Los Reyes“ die Kunstausstellung „Dali – Freud. Eine Obsession“ im Belvedere. Die

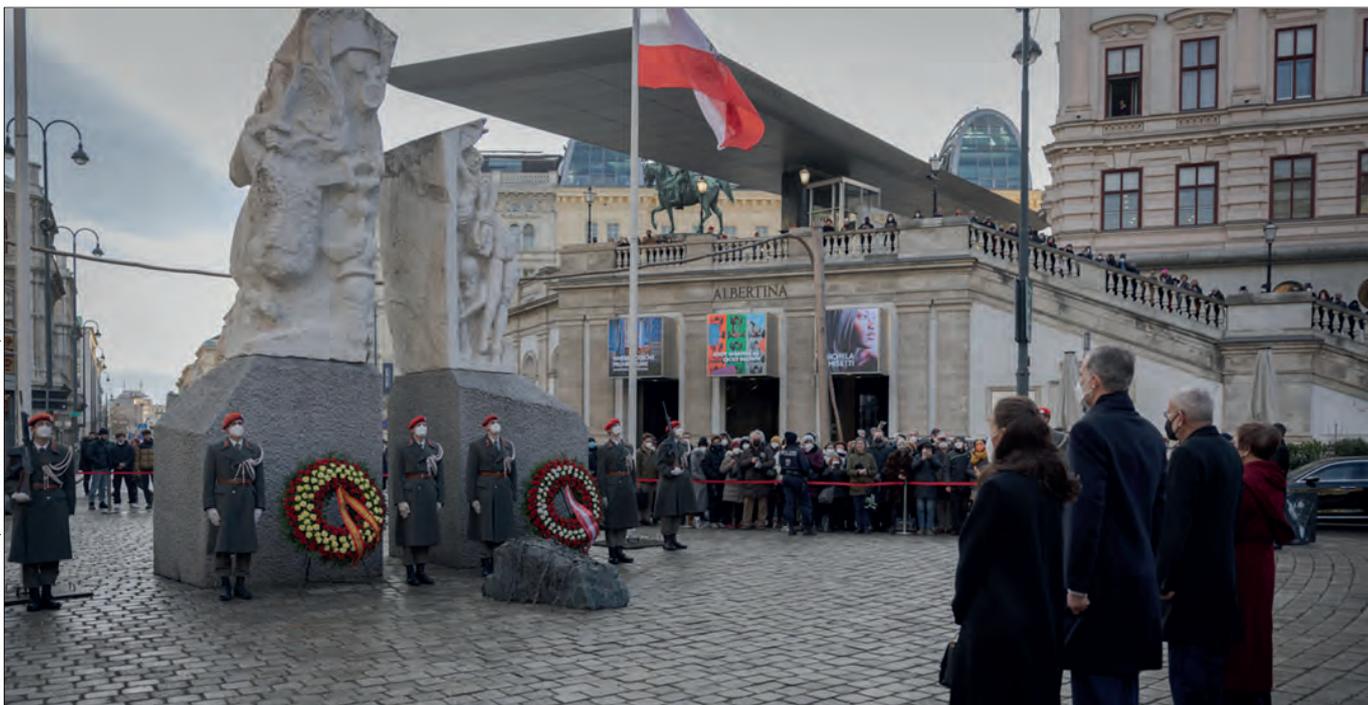


Foto: Carina Karlovits/HBF und Peter Lechner/HBF

v.l.: Königin Doña Letizia, König Felipe VI., Bundespräsident Alexander Van der Bellen und dessen Gattin Doris Schmidauer in den Amtsräumen in der Wiener Hofburg

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Carina Karlovits/HBF und Peter Lechner/HBF



Gedenken der rund 5000 auf ihrer Flucht vor Franco im NS-Konzentrationslager Mauthausen gelandeten Spanier am Wiener Albertinaplatz

Foto: Carina Karlovits/HBF und Peter Lechner/HBF



Gemeinsamer Besuch der „Dali-Freud“-Ausstellung im Belvedere

Exposition widmet sich der Beziehung des spanischen Surrealisten Salvador Dalí (1904-1989) zum Wiener Psychoanalytiker Sigmund Freud (1856-1939) sowie dem Einfluß der Freudschen Lehre auf das Werk Dalís.

Der spanische Surrealist Salvador Dalí war ein großer Fan des Psychoanalytikers Sigmund Freud. Dies schlug sich auch in seinem Werk nieder, wie die Ausstellung „Dali-Freud. Eine Obsession“ im Belvedere zeigt. Im Juli 1938 trafen sich die beiden in London. Freud befand sich auf der Flucht vor den Nationalsozialisten, Dalí hatte Spanien wegen des dort tobenden Bürgerkriegs (1936-

39) zwischen den aufständischen Truppen des rechtsnationalistischen Generals Francisco Franco und der linksbürgerlichen Zweiten Republik verlassen.

Nach der „Guerra Civil“ gerieten auch rund 15.000 republikanisch gesinnte SpanierInnen auf ihrer Flucht vor Franco vorwiegend in Frankreich in nationalsozialistische Gefangenschaft. Die meisten, rund 5000, landeten im NS-Konzentrationslager Mauthausen. Ihrer sollte bei der Kranzniederlegung besonders gedacht werden, ließ der Madrider Königspalast im Vorfeld verlauten.

Belvedere-Generaldirektorin Stella Rol-

lig erklärte dazu in ihrem Statement vor dem Monarchenpaar, Freud sei für die „besondere Bildsprache“ des spanischen Künstlers von „enormer Bedeutung“ gewesen. Die Ausstellung folge zudem dem Prinzip der Belvedere-Galerie, nämlich Künstler „über alle Grenzen hinweg zu verbinden, um unsere Welt besser zu verstehen“, unterstrich Röllig.

Die Exposition sei in engem Austausch mit ExpertInnen in Spanien entstanden, hieß es. Einer davon ist Kurator Jaime Brihuega, der die Exponate bei einer Sonderführung Felipe und Letizia näherbrachte. Brihuega hatte bereits bei einer Presseführung erklärt, es sei belegt, daß Dalí sich spätestens ab 1926 mit Freuds drei Jahre zuvor ins Spanische übersetzten Schriften und insbesondere der „Traumdeutung“ beschäftigt habe. Brihuega: „Diese Lektüre war so bedeutend, weil sie eine Pforte geöffnet hat. Er war erleichtert, daß er mit seinen Neurosen nicht alleine war und fand nun eine Legitimation, sich zu seinem Bilderkosmos im Kopf auch zu bekennen.“

Dalí war ein großer Fan Freuds. Nach gescheiterten Versuchen der Kontaktaufnahme trafen die beiden einander im Juli 1938 auch über Vermittlung des Schriftstellers Stefan Zweig in London. Freud befand sich auf der Flucht vor den Nationalsozialisten, Dalí hatte Spanien wegen des dort tobenden Bürgerkriegs verlassen. ■

<https://www.bundespraesident.at/>

<https://www.casareal.es/>

<https://www.belvedere.at/>

Medailleneempfang

Bundespräsident Alexander Van der Bellen lud das ÖOC-Team von Peking in die Hofburg: »Ich konnte es gar nicht glauben, ich gratuliere.«



Foto: Peter Lechner / HBF

Das ÖOC-Team zu Gast bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen in der Wiener Hofburg

Für Österreichs Medaillengewinner sind die Olympischen Winterspiele am Abend des 22. Februar in der Wiener Hofburg ausgeklungen. Bundespräsident Alexander Van der Bellen gratulierte dem erfolgreichen Aufgebot, das 18 Medaillen, je sieben in Gold und Silber, erobert hatte. Er habe die Winterspiele intensiv mitverfolgt, sagte Van der Bellen. Immer wieder seien Telefonanrufe über den Gewinn von Medaillen gekommen.

„Ich konnte es gar nicht glauben, ich gratuliere.“ Der Bundespräsident hob stellvertretend Snowboarderin Anna Gasser, die Gewinnerin des Big-Air-Bewerbs, hervor: „Was sie da vorgeführt hat, war so unglaublich, es war das erste Mal, daß diese Art von Sprung auch funktioniert hat, das war für mich unfassbar. Herzliche Gratulation an Anna, aber natürlich auch an jede einzelne Medaillengewinnerin, jeden einzelnen Medaillengewinner.“

18 Medaillen, Millionen die sich mitfreuen

Für das Olympic Team Austria waren es mit insgesamt 18 Medaillen (7 x Gold, 7 x Silber, 4 x Bronze) die zweiterfolgreichsten Winterspiele der Geschichte. Nur die Winterspiele in Turin 2006 waren für Österreich noch erfolgreicher (9-7-7/23). 1992 in Albertville holte man zwar insgesamt 21 Medaillen (damals gab es aber „nur“ 6 Goldene, dazu 7 Silberne, 8 Bronzene). Der dreifache Medaillengewinner Johannes Strolz (2 x Gold,



Foto: Peter Lechner / HBF

1 x Silber) stieg zum erfolgreichsten rot-weiß-roten Athleten dieser Spiele auf. „Es ist schön zu sehen, wieviele Leute sich mit uns mitfreuen. Das ist ein sehr cooles Gefühl“, betonte der 29jährige Vorarlberger.

„Es waren zwei coole, sehr knappe Rennen. Und wir haben auch das Feiern genossen, ich glaube, der Johannes (Anm.: Strolz) wird das bestätigen, wir hatten eine richtig schöne Zeit“, erzählte Matthias Mayer auf der Bühne. „Mein vierter Platz im Riesenslalom hat schon weh getan, aber dafür ist es jetzt umso schöner, Gold im Teambewerb

gewonnen zu haben“, bekräftigte Katharina Truppe.

ÖOC belohnt Olympic Team Austria mit Philharmonikern

ÖOC-Präsident Karl Stoss, Generalsekretär Peter Mennel und Münze-Österreich-Generaldirektor Gerhard Starsich überreichten den MedaillengewinnerInnen die vom ÖOC finanzierten Philharmoniker Goldmünzen im Wert von 17.000 Euro (für Gold), 13.000 (Silber) und 11.000 (Bronze).

„Es war für uns in China alles gut organisiert. Nach der ersten Woche kam auch das Gefühl, jetzt sollte Corona-mäßig nicht mehr viel passieren“, berichtete Skisprung-Team-Olympiasieger Daniel Huber. „Wir wußten, daß wir Gold im Team holen können. Daß wir es tatsächlich geschafft haben, macht uns alle sehr stolz. Dieses Gefühl der Erleichterung dauert immer noch an“, stellte Teamkollege Stefan Kraft klar.

„Wir sind im Sinne der Athletinnen und Athleten dankbar und erleichtert, daß die Olympischen Winterspiele unter absolut fairen Bedingungen durchgeführt werden konnten. Die Erfolge unseres Teams sprechen für sich. Als Nummer 7 im Medaillenspiegel haben wir unsere Erwartungen übererfüllt. Dazu kamen insgesamt 67 Top-Ten-Plätze. Die Latte für 2026 in Mailand-Cortina d’Ampezzo liegt hoch – aber das ist gut so“, meinte ÖOC-Präsident Karl Stoss.

Österreich, Europa und die Welt

Nachsatz: „Unser Mitgefühl gilt den fünf verletzten Athletinnen und Athleten. Wir wünschen ihnen baldige Besserung und viel Erfolg auf ihrem weiteren Karriereweg.“

Nach den Spielen ist vor den Spielen

„Nach den Winterspielen ist vor den nächsten Spielen. Wir werden die Geschehnisse von Peking gemeinsam mit dem Sportministerium, Sportverbänden und den Olympiazentren akribisch aufarbeiten. Tatsache ist, daß wir vieles richtig gemacht haben. Jetzt gilt es, das Verbesserungspotential für Mailand-Cortina d’Ampezzo zu definieren. Je schneller wir mit den Planungen beginnen, desto besser“, erläuterte ÖOC-Generalsekretär Peter Mennel.

„Bei der WM ist es sich um ein paar Zentimeter nicht ausgegangen, in Peking jetzt schon. Ich bin richtig dankbar“, strahlte Snowboardcrosser Alessandro Hämmerle. „Ich hätte diesmal eigentlich nicht mit Gold gerechnet. Ich war in Peking sicher lockerer, weil ich ja schon eine Goldene aus Pyeongchang hatte“, gab Anna Gasser zu.

„Ich glaube, wir haben alles richtig gemacht. Daß wir schon im Vorfeld sehr vorsichtig und lange in selbst-auferlegter Quarantäne waren, versteht sich von selbst. Das war es wert. Aber jetzt genießen wir, endlich wieder daheim bei Familie und Freunden zu sein“, bestätigte der zweifache Rodel-Silbermedaillengewinner Wolfgang Kindl.

Olympic Moments und 700.000 Besuche im digitalen Austria House

Vize-Kanzler und Sportminister Werner Kogler sprach über seine persönlichen Olympic Moments voller Begeisterung: „Das waren ja sehr, sehr viele schöne Sportmomente! Die eindringlichsten waren für mich die Bronzemedaille am ersten Wettkampftag durch Teresa Stadlober, weil es ja die historisch erste Olympiamedaille im Damen-Langlauf war und dann, quasi als goldener Abschluß am letzten Wettkampftag, die Mixed-Team-Medaille im Alpinen Skilauf.“

Nicht nur sportlich, auch medial durfte das Österreichische Olympische Comité zufrieden bilanzieren. Im digitalen Austria House – unterstützt von den Top-Partnern Österreichische Lotterien, Doppelmayr, Münze Österreich, Österreich Werbung und Wirtschaftskammer Österreich – wurden mehr als 700.000 Besucher verzeichnet. Via Facebook und Instagram wurden mehr als 2 Millionen Menschen erreicht und 5.000 Stunden Video-Inhalte konsumiert.

<https://www.olympia.at/>



Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit den MedaillengewinnerInnen Matthias Mayer, Katharina Linsberger und Anna Gasser



v.l.: ÖOC-Generaldirektor Peter Mennel, Matthias Meyer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Katharina Linsberger, Anna Gasser und ÖOC-Präsident Karl Stoss



Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Gespräch mit ÖOC-Präsident Karl Stoss und ÖOC-Generaldirektor Peter Mennel

Zu Gast in Berlin

Offizieller Besuch von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und von Doris Schmidauer in der Bundesrepublik Deutschland

Bundespräsident Alexander Van der Bellen begrüßte es, daß der deutsche Bundeskanzler immer noch versucht, den Kontakt zum russischen Präsidenten zu halten. Unmittelbar vor seinem Termin hatte Olaf Scholz ein längeres Telefonat mit Wladimir Putin geführt. „Scholz ist offenbar willens, den Kontakt aufrechtzuerhalten. Das finde ich richtig“, sagte Van der Bellen am 9. März österreichischen KorrespondentInnen in Berlin. Er sei nicht der Einzige, der Putin „nicht wieder erkennt“. „Olaf Scholz sagt mit Recht: Was immer auch passiert, wir müssen irgendwie versuchen, mit den Nachbarn in Kontakt zu bleiben“, betonte der Präsident. Auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron mache das, US-Präsident Joe Biden jedoch schon länger nicht mehr. „Wie immer dieser Krieg ausgeht – wenn Putin noch da ist, muß es irgendeine Gesprächsbasis geben. Das ist schwer genug. Ob es was nützt, wissen wir nicht. Aber den Versuch ist es wert“, sagte Van der Bellen.

„Im Wesentlichen rätseln wir alle“, stellte er fest. „Man hat Putin doch für einen kühl kalkulierenden Machtpolitiker gehalten. Aber worauf soll das jetzt hinauslaufen? Diese Art von Kriegsführung gegen einen Nachbarn, der sich noch dazu bitter wehrt, würde ja eine Niederlage nicht akzeptieren. Das kann Jahre dauern, schlimmstenfalls Jahrzehnte.“

Van der Bellen sagte: „Auch Persönlichkeiten, die Putin über die Jahre viel besser kennengelernt haben, rätseln: Woher kommt plötzlich das Imperiale?“ Das Töten in diesem entsetzlichen Krieg müsse so schnell wie möglich beendet werden. „Und alles, was wir dazu beitragen können, werden wir tun. Aber es ist immer noch Rußland! Und das ist mehr als Putin.“

Van der Bellen kritisierte aktuelle Tendenzen im Westen: „Ich finde es falsch, was jetzt passiert, nämlich die Nichteinladung von Leuten aus der Kultur, der Musik, der Literatur, von der Wissenschaft ganz zu schweigen.“ Ausnehmen wolle er nur Personen, die sich ausdrücklich für Putin und für den Krieg aussprechen. „Das ist eine Kollektivhaftung für jemanden, den wir nicht verstehen.“

Die neue Position der deutschen Regierung, mit einem Sonderprogramm von 100 Milliarden Euro aufzurüsten, sei zwar bedau-



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf seinen deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier zu einem Gespräch im Berliner Schloß Bellevue ...



Foto: Peter Lechner / HBF

... und u.a. den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundeskanzleramt

erlich, aber aus der Situation heraus gleichzeitig begreiflich, sagte Van der Bellen nach seinen Gesprächen mit Bundeskanzler Scholz und Finanzminister Christian Lindner.

„Die 100 Milliarden sollten uns nicht so beeindruckend“, meinte Van der Bellen. Das werde Jahre dauern. Je nach Projekt, je nach

Auftragslage werde dieses Sondervermögen über Kreditaufnahme finanziert, und das werde sich wohl über zehn Jahre hinziehen. Diesen Eindruck über die finanzielle Struktur habe er beim Gespräch mit dem deutschen Finanzminister gewonnen.

<https://www.bundespraesident.at/>

Aus dem Parlament

Besuch des Schweizer Bundespräsidenten Ignazio Cassis

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka tauschte sich am Nachmittag des 13. Jänner mit dem Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Ignazio Cassis, im Rahmen von dessen Antrittsbesuch in Österreich aus. Themen des Gesprächs waren die bilateralen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, das Verhältnis zur Europäischen Union sowie die Covid-19-Krise.

Sobotka lobt ausgezeichnete Beziehung zwischen Schweiz und Österreich

Sobotka hob die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern – auch auf parlamentarischer Ebene – hervor. Diese würden sich in der gemeinsamen strategischen Partnerschaft widerspiegeln, die viele wichtige Vorhaben beinhalte. Zudem gebe es ebenso ausgezeichnete Wirtschaftsbeziehungen und dies sei besonders in der Dynamik des Rheintals und des Bodenseeraumes sichtbar, so Sobotka. Die enge Verflechtung beider Länder zeige sich auch bei der Bevölkerung sehr deutlich. So würden 65.000 ÖsterreicherInnen in der Schweiz leben und über 9.000 Menschen seien GrenzgängerInnen.

Konstruktive Zusammenarbeit in der Pandemiebekämpfung

Der Nationalratspräsident bedankte sich bei Bundespräsident Cassis für die gute bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der Pandemiebekämpfung und für die konstruktiven Regeln der Schweiz für GrenzgängerInnen und Grenzgebiete. Die Pandemie habe noch deutlicher gezeigt, daß die beiden Länder nicht nur ein gemeinsamer Wirtschaftsraum verbinde, sondern auch ein wichtiger gemeinsamer Lebensraum, pflichtete Cassis Sobotka bei. Es sei daher wichtig, PendlerInnen von grenzschützenden Maßnahmen auszunehmen. Cassis informierte den Nationalratspräsidenten über die momentan in etwa doppelt so hohen Infektionszahlen in der Schweiz und die Maßnahmen dagegen.

Ebenso interessierte sich Sobotka für die Erfahrung der Schweiz mit der vor etwa zehn Jahren rechtlich verankerten Möglichkeit der Impfpflicht und die beiden Referenden zur Pandemiebekämpfung. Die in Österreich geplante Impfpflicht werde bei kom-



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.) und der Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis



Der Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis beim Eintrag ins Gästebuch des Parlaments

menden Infektionswellen und Virusmutationen helfen, zeigte sich der Nationalratspräsident überzeugt. Auf die Frage nach dem Zusammenspiel zwischen den Gebietskörperschaften in der Schweiz, betonte Bundespräsident Cassis, daß der Föderalismus ein Faktor sei, der in der Pandemiebekämpfung hilfreich sei.

Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union

Österreich sei eine möglichst enge Anbindung der Schweiz an die Europäische Union wichtig, erklärte Nationalratspräsi-

dent Sobotka. Österreich verstehe sich als Ansprechpartner und Brückenbauer für die Schweiz innerhalb der EU. Dies funktioniere aber nur, wenn die Schweiz selbst „Brücken zur EU“ bauen wolle, sprach Sobotka den Abbruch der Verhandlungen über das Institutionelle Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz durch das Nachbarland vergangenen Mai an. Die Schweiz werde im Verhältnis zur EU weiterhin eine Lösung in diesem Konflikt suchen, versicherte Bundespräsident Cassis in diesem Zusammenhang. Es sei jetzt aber Zeit nötig, um nachzudenken, wie dieser Weg aussehen könne. ■

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner



Gruppenfoto mit allen Abgeordneten anlässlich „#WeRemember“ vor Beginn der 139. Nationalratssitzung im Sitzungssaal des Parlaments in der Hofburg. Im Bild vorne (v.l.): Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs und der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer

#WeRemember: Parlament beteiligt sich an Gedenkaktion

Das Parlament beteiligt sich auch heuer wieder an der weltweiten Kampagne #WeRemember, die der Jüdische Weltkongress und die UNESCO zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ins Leben gerufen haben. Auf Initiative von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka nahmen in diesem Jahr erstmals alle nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten sowie das Europäische Parlament an der Kampagne teil. Die Fassade des Parlaments in der Hofburg am Josefsplatz wurde dafür bis 28. Jänner mit dem Schriftzug „#WeRemember“ bestrahlt.

„Mit der Teilnahme des Österreichischen Parlaments an der #WeRemember-Kampagne gedenken wir den sechs Millionen jüdischen Opfern des Nationalsozialismus und setzen ein sichtbares und starkes Zeichen gegen Antisemitismus“, so Sobotka. „Mit der digitalen Erinnerungsaktion wollen wir zudem den Holocaustleugnungen und Verschwörungsmymen in den sozialen Netzwerken entgegenwirken. Erst wenn Politik, Medien und Zivilgesellschaft Antisemitismus vehement zurückzuweisen, wird sich auch nachhaltig etwas ändern“, zeigt er sich überzeugt.

Der 27. Jänner ist der Tag, an dem vor 77 Jahren die Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau befreit wur-



Foto:

Der Vizepräsident des World Jewish Congress, Maram Stern (l.) und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka vor der angestrahlten Fassade des Parlaments am Josefsplatz in Wien

den. Er gilt daher als Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust. Seit 2017 rufen der Jüdische Weltkongress und die UNESCO anlässlich dieses Tags zur Kampagne #WeRemember auf. Bei der digitalen Gedenkaktion können Fotos mit einer Tafel mit der Aufschrift „We Remember“ in den sozialen Medien gepostet werden. Auch zahlreiche Gebäude werden dafür mit dem Schriftzug angestrahlt. Ziel ist, an die Millionen Opfer des Holocaust zu erinnern und

ein Zeichen gegen Antisemitismus und Haß zu setzen.

Die Nationalratsabgeordneten und die Bundesratspräsidentin beteiligten sich bei der Nationalratssitzung tags zuvor an der Fotoaktion. Sobotka traf zudem mit dem Vizepräsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Maram Stern, zusammen. Am 27. Jänner fand anlässlich des Internationalen Tags des Gedenkens an die Opfer des Holocaust eine virtuelle Podiumsdiskussion statt. ■

Österreich, Europa und die Welt

Sozialprojekt soll Kindern helfen

Sorgenfreie Skitage trotz angespannter Lage in der Heimat: Das wurde sozial benachteiligten Waisenkindern aus Rußland und der Ukraine diesen Jänner bei einem Winterurlaub im Mostviertel ermöglicht. Als Initiator des Sozialprojekts, das heuer zum dritten Mal stattfand, wies Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka auf die sozialpolitische Verantwortung hin, die Österreichs Wohlstand mit sich bringt: „Wir müssen Initiativen für Menschen setzen, die selten bis nie die Vorzüge eines sorgenfreien Lebens kennenlernen durften“, so Sobotka. Er habe nach 2019 und 2020 daher in diesem Jahr erneut benachteiligte Waisen aus Rußland und der Ukraine zu einer Reise nach Österreich eingeladen, die sie ihre Sorgen hoffentlich für einen kurzen Moment vergessen lasse. Dementsprechend trägt das Projekt den Titel „Lächeln schenken – Verantwortung tragen“.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer



Gruppenfoto mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, den Waisenkindern aus Rußland und der Ukraine und mit den Botschaftern

Engagement wird belohnt

Ein Skikurs auf der Forsteralm bei Waidhofen an der Ybbs von 17. bis 27. Jänner bildete das Herzstück des Winterurlaubs für die 20 Kinder, die vom Verein „Kleine Herzen“ ausgewählt wurden, der sozial schwache Familien in Rußland und der Ukraine unterstützt. teilten die Kinder nicht nur zahlreiche sportliche und kulturelle Erlebnisse. In Wien trafen sie auch Nationalratspräsident Sobotka, den russischen Botschafter sowie zwei ehemalige österreichische Botschafter in Kiew und Moskau im Parlament.

Foto: Österreichische Botschaft / Ute Grabowsky / photothek.de



v.r.: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und Parlamentspräsident der Knesset Mickey Levy vor '#WeRemember' am Deutschen Bundestag

Sobotka anlässlich der #WeRemember-Kampagne in Berlin

Am 24. und 25. Jänner war Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka auf Arbeitsbesuch in Berlin. In zeitlicher Nähe zum Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Jänner stand die Reise im Zeichen der #WeRemember-Kampagne sowie der Bekämpfung des Antisemitismus in der Gesellschaft. Auf Einladung von Bundestagspräsidentin Bas kam ein trilaterales Arbeitstreffen, gemeinsam mit Nationalratspräsident Sobotka und Mickey Levy, Präsident der Knesset in Israel, zustande.

Weitere Arbeitsgespräche führte der Nationalratspräsident mit dem Bundestagspräsidenten a.D. Wolfgang Schäuble, der Bundestags-Vizepräsidentin Yvonne Magwas und dem CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz. Zudem tauschte sich Sobotka mit der Antisemitismus-Forscherin, Prof. Monika Schwarz-Friesel, sowie mit Vertretern der Alfred-Landecker-Stiftung aus. (bmeia)

Foto: Österreichische Botschaft / Ute Grabowsky / photothek.de



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka traf Bundestagspräsidentin Bärbel Bas

Österreich, Europa und die Welt

Virtuelle Podiumsdiskussion anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

v.l.: Kommunikations- und Politikberaterin Melody Sucharewicz, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Moderatorin Rebekka Salzer, ehemaliger Vizepräsident Zentralrat der Juden Deutschland, Michel Friedmann, und Soziologin und Antisemitismusforscherin Karin Stögner

Vor 77 Jahren, am 27. Jänner 1945, wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee befreit. Seit 2005 steht auf Initiative der Vereinten Nationen dieser Tag für die weltweite Erinnerung an die Opfer des Holocaust. Mehr als sechs Millionen Jüdinnen und Juden fielen dem nationalsozialistischen Antisemitismus und Rassismus zum Opfer. Wie bereits im Vorjahr konnte aufgrund der anhaltenden Covid-19-Pandemie die Gedenkveranstaltung des österreichischen Parlaments zum 27. Jänner nicht in der üblichen Form stattfinden. Daher wurde unter dem Titel „Zeit zum Reden“ wieder das Format einer Podiumsdiskussion im Palais Epstein gewählt. Die Diskussion wurde per Livestream auf der Homepage des Parlaments sowie von ORF 2 live übertragen.

Unter der Moderation von Rebekka Salzer diskutierte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit internationalen ExpertInnen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die Lehren der Vergangenheit dazu beitragen können, um die Demokratie zu stärken und aktuellen Herausforderungen zu begegnen. Zu Wort meldeten sich die Antisemitismusforscherin und Professorin für Soziologie an der Universität Passau, Karin Stögner, der bekannte Philosoph, Publizist und Jurist Professor Michel Friedman sowie die Kommu-

nikations- und Politikberaterin Melody Sucharewicz aus Tel Aviv. Die Covid-19-Pandemie habe gezeigt, wie rasch Verschwörungsmethoden und antisemitische Vorurteile aktiviert und zum Problem für die Gesellschaft werden können.

Antisemitismus ist weiter in der Mitte der Gesellschaft

Rebekka Salzer leitete die Diskussion mit der Feststellung ein, daß der Antisemitismus auch heute noch in der Mitte der Gesellschaft zu finden sei und daß es notwendig sei, sich mit ihm auseinanderzusetzen.

Seine Eltern und Großeltern seien von Oskar Schindler gerettet worden, berichtete Michel Friedman. Er erinnere sich noch persönlich an Oskar Schindler, der keinen besonders moralischen Lebenswandel im Sinne der bürgerlichen Moralvorstellungen geführt habe, aber im Unterschied zu anderen im entscheidenden Moment die richtige Entscheidung getroffen und sich nach einem inneren moralischen Kompaß gerichtet habe. Er habe gezeigt, daß es immer eine Wahl gebe und auch ein Einzelner mit seinen Handlungen die Welt verändern könne. Was den Antisemitismus betreffe, so sei dieser stets in allen Bildungs- und Einkommenschichten verbreitet gewesen und Teil der europäischen Geschichte. Das Christentum und die Kirchen hatten dabei wesentlichen

Anteil an der Verbreitung des „Gerüchts über die Juden“, als das Theodor Adorno den Antisemitismus definiert habe. Bis heute gebe es gesellschaftliche und politische Kräfte, die das Sündenbocknarrativ für ihre Zwecke reaktivieren, das habe sich in der Pandemie wieder deutlich gezeigt.

Für Melody Sucharewicz besteht der familiäre Bezug zur Shoah darin, daß ihr Großvater väterlicherseits als einer von wenigen dem Vernichtungslager Treblinka entkommen konnte. Das Aufwachsen in München nach dem Krieg sei für sie als jüdische Jugendliche stets eine Herausforderung gewesen, berichtete sie. Die Großelterngeneration habe sich unter großer Kraftanstrengung nach den traumatischen Erlebnissen des Holocaust wieder ein Leben aufgebaut. Die Geschichte des Großvaters, auch wenn sie ihn nicht mehr persönlich kennenlernen konnte, habe sie tief geprägt und bewege sie, sich für ihr Volk und den Staat Israel einzusetzen.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sagte, seine Herkunft aus einer Täterfamilie sei Anstoß gewesen, sich mit der Geschichte und der Aufarbeitung der Vergangenheit zu befassen. Bereits als Lehrer habe er sich um die Aufklärung über die Verbrechen des NS-Regimes bei den SchülerInnen bemüht und dabei auch erfahren, wo diese Bemühungen an Grenzen stoßen. Er sehe den Antisemitis-

Österreich, Europa und die Welt

mus nicht nur als Bedrohung von Jüdinnen und Juden, er sei auch eine Gefahr für die Demokratie insgesamt. Dieses Thema beschäftige in daher auch als Nationalratspräsident intensiv. Die Gefahr des Antisemitismus sei leider nicht gebannt. Judenhaß sei über das Internet wieder verbreitet und es gelte, darauf eine Antwort zu finden.

Die österreichische Soziologin und Antisemitismusforscherin Karin Stögner beschäftigt sich mit der Aktualisierung von Verschwörungsmithen. Sie sehe eine besondere Verantwortung der Nachkommen der Täterinnen und Täter, meinte sie. In der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit spiele das Familiengedächtnis eine wichtige Rolle. Die Auseinandersetzung mit der Shoah könne dabei nicht entkoppelt werden von heutigen Ereignissen. Das zeigt sich für sie an den Verschwörungsideologien, die zentrales Element des Antisemitismus sind. Solche Ideologien hätten für diejenigen, die an sie glauben, große Bedeutung, weil sie einfache Erklärungen für komplexe Situationen liefern.

Den Antisemitismus in seinen neuen Ausformungen erkennen und benennen

Einig waren sich die DiskutantInnen darin, daß aufgrund der tiefen Verankerung des Antisemitismus in der Gesellschaft, es immer einen Gegenwartsbezug beim Gedenken an die Shoah geben müsse. Gerade die letzten Monate hätten gezeigt, daß der Judenhaß im Internet explodiert sei, zeigte der Nationalratspräsident auf. Er sehe darin eine enorme Gefahr für die Demokratie im Gesamten, der mit allen verfügbaren Mitteln begegnet werden müsse. Es sei nicht damit getan, einmal nach Mauthausen zu fahren

oder einen Gedenktag abzuhalten, sondern es brauche eine kontinuierliche Beschäftigung mit dem Thema. Deshalb habe er im österreichischen Parlament spezielle Workshops zur Antisemitismusprävention oder den Simon-Wiesenthal-Preis ins Leben gerufen. Da man trotz eines sehr strengen Verbotsgesetzes verschiedenen Ausformungen des Antisemitismus nicht Herr werde, sollten auch rechtliche Nachschärfungen angedacht werden. Erneut brachte Sobotka den Vorschlag ein, ein redaktionelles Verantwortungsprinzip bei den sozialen Plattformen einzuführen, wobei es eine europäische Reglementierung brauche. Generell vertrat er die Auffassung, daß sich Geschichte nicht wiederhole, sie komme aber „auf anderen Sohlen wieder herein“. Unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit dürfe daher weder weggeschaut noch alles zugelassen werden.

„Jüdisches Leben in Europa sei heute deutlich schlechter als vor 20 Jahren“, urteilte Michel Friedman, der Sprüche wie „wehret den Anfängen“ oder „nie wieder“ nicht mehr hören könne. Man sei vielmehr mitten drin, da wieder Synagogen angegriffen und Sicherheitskräfte vor jüdischen Einrichtungen stehen müssen. Es müsse sofort Stopp gesagt werden, wenn „rote Linien“ überschritten werden, denn die Würde eines jeden Menschen sei unantastbar. Nicht aus der Verantwortung lassen dürfe man auch die Politik, wobei Friedman auf Entwicklungen in Ungarn oder die frühere Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich ansprach.

Melody Sucharewicz bezeichnete den Antisemitismus als hartnäckiges, gesellschaftspolitisches Virus, das immer wieder

in neuen Mutationen erscheine. Es könne wahrscheinlich nicht ausgelöscht werden, aber die Menschen müßten bestmöglich dagegen immunisiert werden. Sie warnte dabei vor einer subtilen Form des Antisemitismus, der sich vom Tabu in die Norm transferieren könne. Ihrer Meinung nach sei die Erinnerungskultur eine Mammutaufgabe, da die Zeit des Nationalsozialismus immer abstrakter für junge Menschen werde. Man müsse daher alle technologischen Mittel nutzen, um die Shoah immer wieder ins Bewußtsein zu rufen. Parallel dazu sei es auch nötig, das Judentum aufzuzeigen, als das, was es ist. JüdInnen seien nicht nur Opfer, sondern auch AstronautInnen, ErfinderInnen, WissenschaftlerInnen und Hollywood-Stars.

Antisemitismus sei kein individuelles Problem, sondern eine Weltsicht, unterstrich Universitätsprofessorin Karin Stögner, die von einem „kulturellen Code“ sprach. Dazu gehörten auch alle möglichen Vorurteile und Verschwörungsmithen. Außerdem gebe es verschiedene Formen des Antisemitismus, die miteinander verknüpft sind und sich stark überschneiden, etwa wenn Feindschaft gegen den Staat Israel geschürt werde. Niemand sei jedoch dazu verdammt, auf immer und ewig Antisemit zu sein, weshalb es viel Aufklärung brauche.

Im Anschluß an die Diskussion fuhr Nationalratspräsident Sobotka mit seinen Gästen zu einer Gedenkzeremonie an der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte (*siehe unseren Beitrag auf der Seite 6*). Das Denkmal im Ostarrichi-Park erinnert an die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich und hält ihre Namen für die Nachwelt fest. ■



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Besuch der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte im Ostarrichi-Park

Österreich, Europa und die Welt

Parlamentarische Versammlung der OSZE in Wien

Angesichts der dramatischen Situation in der Ukraine sprach Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 24. Februar bei der Eröffnung der 21. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) von einem Treffen mit großer Bedeutung. Dabei verurteilte er die militärischen Angriffe auf die territoriale Integrität der Ukraine aufs Schärfste. Auch wenn jetzt die Waffen sprechen würden, dürfe man dennoch die Hoffnung nicht aufgeben und müsse alle verfügbaren diplomatischen Kanäle einschließlich der Kontakte zwischen den Abgeordneten nutzen, um diese so schwierige Lage zu überwinden, appellierte der Nationalratspräsident. Gerade die OSZE als Plattform für Dialog sei dafür prädestiniert.

Pandemiebedingt war das vom 24. bis 25. Februar angesetzte Treffen als hybride Tagung konzipiert, einzelne Delegationsleiter waren jedoch persönlich in Wien anwesend. Für den Nachmittag wurde noch eine Sondersitzung der OSZE anberaumt.

Viele Themen, wie etwa die Bekämpfung des Terrorismus, die Situation in Afghanistan oder die Rolle der OSZE in der Sicherheitsarchitektur Europas wären es definitiv wert gewesen, heute näher beleuchtet zu werden, stellte Sobotka fest. Die heutigen Ereignisse würden ihn jedoch zwingen, den alleinigen Fokus auf den militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine zu legen. Bereits am Vormittag habe im Nationalrat eine Debatte dazu stattgefunden, bei der der Bundeskanzler und der Vizekanzler eine Erklärung abgegeben haben. Gerade Österreich als neutraler Staat verurteile die Angriffe auf die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine aufs Schärfste, lautete dabei das gemeinsame Credo.

Die Herrschaft des Rechts bilde die Leitschnur, betonte Sobotka, sie könne nie dem Recht des Stärkeren weichen. Ein Verdrehen der Geschichte, wie dies durch den russischen Präsidenten erfolgt sei, könne nicht akzeptiert werden. Die Staatlichkeit der Ukraine könne daher niemals in irgendeiner Form zur Disposition stehen. Erschreckend sei aus seiner Sicht vor allem, wie Rußland mit grosser Gleichgültigkeit die grundlegendsten Prinzipien der von Rußland bzw. der Sowjetunion selbst unterzeichneten KSZE-Schlußakte breche, was unter anderem die Anerkennung von Grenzen, die Souveränität von Staaten sowie den Verzicht auf Gewaltandrohung umfasse.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei seiner Eröffnungsrede...



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

... und mit OSZE-PV-Generalsekretär Roberto Montella

Besonders betroffen zeigte sich Sobotka darüber, daß der ukrainische Präsident Selenskyi in einem Telefonat mit Bundeskanzler Nehammer mitgeteilt habe, daß er nicht wisse, wie lange er selbst noch lebe und wie lange es den souveränen Staat Ukraine noch geben werde. Es müsse daher alles unternommen werden, damit die Diplomatie nicht ende, auch und gerade auf Ebene der Parlamente und Parlamentarischen Versammlungen. Auch wenn es derzeit nur wie eine ferne Hoffnung klinge, diese Vision dürfe nicht aus den Augen verloren werden. Österreich als Sitzstaat der OSZE stehe – wie sicherlich auch die anderen Mitgliedsstaaten – bereit, alles Nötige zu tun, um als Plattform für eine diplomatische Lösung zu dienen. Ein wichtiges Zeichen wäre daher, daß die OSZE-BeobachterInnen in der Ukraine nicht gefährdet

und auch nicht für politische Zwecke mißbraucht werden. Sein besonderes Mitgefühl gelte der Zivilbevölkerung, die bei solchen Konflikten am meisten leiden müsse.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

Die aus 57 Teilnehmerländern bestehende OSZE hat sich das Ziel gesetzt, durch Zusammenarbeit in Fragen der Konfliktverhütung, des Krisenmanagements und der Konfliktfolgenbeseitigung, Differenzen zwischen Staaten zu überwinden und Vertrauen aufzubauen. Bei den traditionellen Jahrestagungen der Parlamentarischen Versammlung – eines von mehreren Organen der OSZE – werden umfangreiche politische Empfehlungen formuliert, die sich an die VertreterInnen der Regierungen richten. ■

Österreich, Europa und die Welt

Nationalratspräsident Sobotka in Prag

Ein umfangreiches Programm absolvierte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei einer zweitägigen Auslandsreise in der Tschechischen Republik am 7. und 8. März. Erster Programmpunkt des Besuchs war ein Gespräch mit der Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses des Parlaments der Tschechischen Republik, Markéta Pekarová Adamová. Anlaßbezogen standen die Positionen der beiden Länder im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine an vorderer Stelle. Sobotka unterstrich, daß der Krieg Rußlands gegen die Ukraine die europäische Sicherheitsarchitektur gefährde und damit ganz Europa beeinträchtige. „Das führt uns einerseits vor Augen, daß Friede, Sicherheit und Stabilität in Europa nicht selbstverständlich sind und andererseits auch, wie wichtig ein geeintes Auftreten der EU und ihrer Partner ist“, führte der Nationalratspräsident aus. Wichtig sei, daß Europa nun weiterhin geschlossen handelt. Österreich trage in diesem Sinne in Abstimmung mit der EU die Sanktionen gegen Rußland mit und steht voll hinter diesen, betonte Sobotka.

Teil der Zusammenarbeit Tschechiens und Österreichs auf parlamentarischer Ebene sind die regelmäßigen Treffen auf Ebene der ParlamentspräsidentInnen im so genannten „Austerlitz-Format“, das auch die Slowakei einschließt. Das nächste Treffen der VertreterInnen der Parlamente der drei Länder ist für 4. April 2022 in Prag geplant. Bei diesem Treffen soll auch ein virtueller Austausch mit dem ukrainischen Parlamentspräsidenten stattfinden. Das „Austerlitz-Format“ hat sich laut Sobotka als nützliches Instrument zur regionalen Zusammenarbeit sowie zur politischen Abstimmung bewährt.

Weitere Themen des Gesprächs waren die nachbarschaftliche Kooperation, die sich laut Sobotka gerade während der Covid-19-Pandemie bewährt hat, etwa bei der Aufrechterhaltung des notwendigen Grenzverkehrs für PendlerInnen. Auch im polizeilichen Bereich funktioniert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sehr gut.

Als Beispiel der guten Kooperation Tschechiens und Österreichs verwies Sobotka auf das „Gemeinsame Österreichisch-Tschechische Geschichtsbuch“, das 2019 unter dem Titel „Nachbarn“ in tschechischer und deutscher Sprache erschienen ist. Dieses Buch über die Vergangenheit und für die Zukunft werde wesentlich dazu beitragen, Klischees und Vorurteile zu überwinden und gegenseitiges Verständnis zu stärken, zeigte sich Nationalratspräsident Sobotka überzeugt.



Foto: Parlamentsdirektion / René Flugler

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit der Vorsitzenden des Tschechischen Abgeordnetenhauses, Markéta Pekarová Adamová...



Foto: Parlamentsdirektion / René Flugler

... mit dem Tschechischen Senatspräsidenten Miloš Vystrčil (r.) ...



Foto: Parlamentsdirektion / René Flugler

... und dem Tschechischen Außenminister Jan Lipavský

Österreich, Europa und die Welt

Das Programm der Besuchsreise wurde mit einem Treffen mit dem Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik, Petr Fiala, fortgesetzt. Danach traf Sobotka mit dem Vorsitzenden des Senats des Parlaments der Tschechischen Republik, Miloš Vystrčil, zu einem Meinungsaustausch zusammen. Weiters führte er Gespräche mit dem tschechischen Außenminister Jan Lipavský sowie mit dem Vizeministerpräsidenten und Gesundheitsminister der Tschechischen Republik, Vlastimil Válek. Den Abschluß der Tschechien-Reise bildete die Besichtigung der Nationalen Leidensgedenkstätte Theresienstadt in der Kleinen Festung Theresienstadt. In diesem Gebäude befinden sich eine Dauerausstellung über das Theresienstädter Ghetto, ein Kino, Räume für Wechselausstellungen sowie ein Studienraum und die Büros der Bildungsabteilung, in denen die BesucherInnen spezifische Informationen erhalten können. ■

<https://www.pamatnik-terezin.cz/>

Parlamentsdelegation besucht Indien

Zu einem Austausch mit VertreterInnen der größten Demokratie der Welt reisten Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs in der Woche 11 mit einer Delegation nach Indien. Gemeinsam mit den Nationalratsabgeordneten Reinhold Lopatka (ÖVP), Christoph Matznetter (SPÖ) und Nikolaus Scherak (NEOS) trafen sie zu einem Gespräch mit dem indischen Parlamentspräsidenten Om Birla zusammen.



Foto: Parlamentsdirektion / René Fluger

Besichtigung des Ghetto-Museums in Terezín (Theresienstadt, v.r.): Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, die Vorsitzende des Abgeordnetenhauses Markéta Pekarová Adamová, und der ehemalige Außenminister der Tschechischen Republik, Karel Schwarzenberg

Außerdem fanden Arbeitsgespräche mit dem indischen Vizepräsidenten und Vorsitzenden der zweiten Kammer im indischen Parlament Venkaiah Naidu und dem indischen Außenminister Subrahmanyam Jaisankar statt. Bei einem Besuch in Hyderabad, der Hauptstadt des Bundesstaates Telangana, traf die Delegation den Präsidenten des regionalen Parlaments Srinivas Reddy Parige sowie die Gouverneurin Tamilisai Sundararajan und nahm an der Eröffnung des österreichischen Honorarkonsulats teil. Die Einladung nach Indien erging nach bilateralen Gesprächen im Rahmen der 5. IPU-Welt-

konferenz der ParlamentspräsidentInnen vergangenen September in Wien. Die Zusammenarbeit soll künftig verstärkt werden. Im indischen Parlament wird dafür eine indisch-österreichische Freundschaftsgruppe eingerichtet, die mit der entsprechenden Gruppe im österreichischen Parlament in Austausch treten wird.

Sobotka im Gespräch mit Amtskollegen Om Birla: Österreich verurteilt Angriff auf Ukraine

Der Ukraine-Krieg und die Corona-Pandemie standen im Mittelpunkt eines Gesprächs mit dem indischen Parlamentspräsi-



Foto: Parlamentsdirektion / Ravi Batra

v.l.: Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs (ÖVP), Nationalratsabgeordneter Reinhold Lopatka (ÖVP), Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), Präsident des Lok Sabha Om Birla, Veranstaltungsteilnehmer, Nationalratsabgeordneter Christoph Matznetter (SPÖ) und Österreichs Botschafterin in Indien, Katharina Wieser

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion / Ravi Batra

v.r.: NR-Abg. Reinhold Lopatka (ÖVP), Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs (ÖVP), Außenminister der Republik Indien Subrahmanyam Jaishankar, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), Österreichs Botschafterin in Indien, Katharina Wieser, NR-Abg. Christoph Matznetter (SPÖ) und NR-Abg. Nikolaus Scherak (NEOS)

denten Om Birla. Österreich verurteilte die Angriffe auf die Unabhängigkeit der Ukraine scharf, betonte der Nationalratspräsident. Es handle sich um eine Verletzung des Völkerrechts. Für Österreich zähle die Stärke des Gesetzes und nicht das Gesetz des Stärkeren, so Sobotka, der sich zudem besorgt über die humanitäre Lage in der Ukraine zeigte. In diesem Konflikt sind für den Nationalratspräsidenten auch starke Signale von internationalen Parlamenten von Bedeutung.

Im Austausch zur aktuellen Situation in der Corona-Pandemie in beiden Ländern sprach Sobotka mit seinem Amtskollegen unter anderem über die Impfung, Lockerungsschritte und wirtschaftliche Auswirkungen. Auch Parlamentarismus und die interparlamentarische Zusammenarbeit waren zentrale Themen des Gesprächs. Indien könne als größte Demokratie der Welt eine Art Vorbild für andere asiatische Länder sein, zeigte sich der Nationalratspräsident überzeugt. Er betonte zudem das ausgezeichnete Verhältnis zwischen Österreich und Indien und sprach sich für noch mehr parlamentarische Zusammenarbeit aus. Der indische Parlamentspräsident Om Birla kündigte an, daß auch das indische Parlament eine indisch-österreichische Freundschaftsgruppe etablieren werde, um in Austausch mit der österreichisch-indischen bilateralen parlamentarischen Gruppe zu gehen und die parlamentarischen Beziehungen damit zu stärken.

Die Delegation nahm außerdem an Sitzungen der beiden Kammern im indischen Parlament, Lok Sabha und Rajya Sabha, teil

und legte einen Kranz bei der Gandhi-Gedenkstätte Raj Ghat nieder.

Austausch mit VertreterInnen der zweiten Parlamentskammer und eines regionalen Parlaments

Bundesratspräsidentin Christine Schwarz-Fuchs tauschte sich mit dem indischen Vizepräsidenten und Vorsitzenden der zweiten Kammer im Parlament, Venkaiah Naidu, über das parlamentarische System in beiden Ländern aus. Österreich sei, ebenso wie Indien, ein Bundesstaat, wenn auch in einer wesentlich kleineren Dimension, legte Schwarz-Fuchs dar. Wie die zweite Kammer des indischen Parlaments, tage auch der österreichische Bundesrat in Permanenz, so Schwarz-Fuchs, deren Interesse insbesondere der Zusammenarbeit zwischen den beiden Kammern in Indien galt. Weitere Themen waren auch in diesem Gespräch der Krieg in der Ukraine, der Anteil weiblicher Abgeordneter in den Parlamenten und die aktuelle Entwicklung in der Corona-Pandemie.

Die Ukraine beherrschte auch das Gespräch mit dem indischen Außenminister Subrahmanyam Jaishankar, bei dem dieser auf die Auswirkungen des Krieges und der Sanktionen gegen Rußland auf Indien einging.

Die Delegation reiste zudem in den Bundesstaat Telangana, wo sie das regionale Parlament in Hyderabad besuchte. Im Gespräch mit dem Präsidenten des Regionalen Parlaments Srinivas Reddy Parige zeigten sich Sobotka und Schwarz-Fuchs vor allem interessiert an der Zusammenarbeit zwi-

schen der Bundes- und der Länderebene. Bei einem Treffen mit der Gouverneurin des Bundesstaats Telangana, Tamilisai Soundararajan, erfolgte ein Austausch über die Möglichkeiten einer verstärkten wirtschaftlichen Kooperation zwischen den beiden Ländern, unter anderem auf regionaler Ebene, und über die Rolle der Frauen in der indischen Politik und Gesellschaft.

Im Zuge des Besuchs in Hyderabad eröffneten der Nationalratspräsident und die Bundesratspräsidentin das österreichische Honorarkonsulat, das eine wichtige Rolle nicht nur zur konsularischen Unterstützung für ÖsterreicherInnen in Indien, sondern auch zur Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern spielt.

Abgeordnete betonen Bedeutung parlamentarischer Diplomatie

Die Abgeordneten z. NR Reinhold Lopatka (ÖVP), Christoph Matznetter (SPÖ) und Nikolaus Scherak (NEOS) betonten anlässlich der Reise, daß es gerade in Zeiten großer internationaler Herausforderungen besonders wichtig sei, das weltweite Netzwerk der Demokratie enger zu spannen. Indien, als größte Demokratie der Welt mit 900 Millionen Wahlberechtigten, sei ein zentraler Partner in diesen Anstrengungen. In den Gesprächen war man sich einig, daß die russische Invasion in der Ukraine sofort beendet werden muß. Aggression müsse in der internationalen parlamentarischen Diplomatie mit Dialog und Vermittlung begegnet werden. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

Aus dem Bundeskanzleramt

Feuerwerk an innovativen Lösungen aus Afrika für Afrika zu Ehren von Ex-Uno-Generalsekretär Kofi Annan

Feuerwerk an innovativen Lösungen aus Afrika für Afrika

Mit 330 Bewerbungen aus 38 afrikanischen Ländern legt der zukunftsweisende Kofi Annan Award for Innovation in Africa einen fulminanten Start hin. Vom Bundeskanzleramt der Republik Österreich gemeinsam mit Partnerorganisationen erstmals ausgeschrieben, rückt der Millionenpreis das enorme unternehmerische Potential Afrikas ins Scheinwerferlicht.

Bei aller Länder-, Themen- und Teamvielfalt gibt es ein gemeinsames Ziel: Die Gesundheit und das Wohlbefinden für alle Menschen in Afrika durch digitale Innovationen zu verbessern. Neben dem Preisgeld in Höhe von jeweils einer Viertelmillion werden die drei Gewinner-Teams spezifisches Coaching und konkrete Unterstützung durch ein starkes internationales Experten-Netzwerk für die weitere Entwicklung erhalten.

Die gesamte Innovationskraft Afrikas für die Erfüllung der UN-Agenda 2030

Die Bewerbungen reichen von nahezu marktreifen Projekten bis hin zu bereits etablierten Lösungen mit Fokus auf das dritte UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung: Gesundheit und Wohlbefinden (SDG3). Elhadj As Sy, Vorsitzender der Kofi Annan Foundation und der Award-Jury zeigt sich sehr zufrieden mit der Qualität der Einreichungen: „Wir freuen uns sehr, daß der Kofi Annan Award for Innovation in Africa seinem Namen als panafrikanische Auszeichnung alle Ehre macht. Wir erhielten hervorragende Bewerbungen von Unternehmen aus allen fünf Regionen des Kontinents, die eines gemeinsam haben: innovative digitale Lösungen zur Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden.“

Die vielen, teilweise jungen Talente des bevölkerungsreichen Kontinents demonstrieren das kreative Potential der aufstrebenden Start-up-Szenen in ganz Afrika. Jetzt gilt es, die aussichtsreichsten Lösungen mit Hinblick auf Wirksamkeit und Umsetzbarkeit herauszukristallisieren.

Die Einreichungen verteilen sich auf grundlegende Gesundheitsservices (48 Prozent), Verbesserungen von Lieferketten für

die medizinische Versorgung und Bereitstellung von Impfstoffen (17 Prozent), Prävention und Prophylaxe (17 Prozent), finanziellen Schutz mittels Mobile Money und Mikroversicherungen (11 Prozent), Zugang

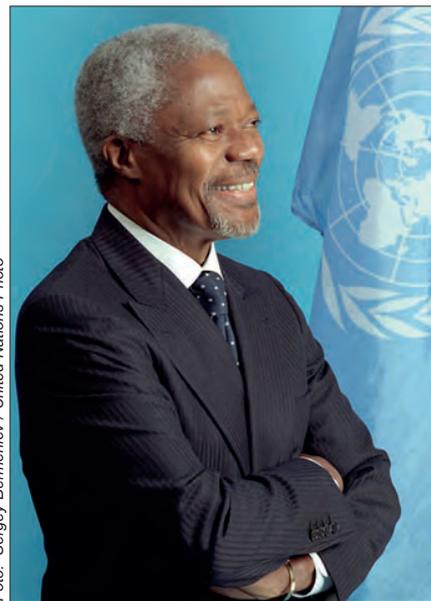


Foto: Sergey Berner / United Nations Photo

UNO-Generalsekretär Kofi Annan (* 8. April 1938, † 18. August 2018)

zu psychologischer Unterstützung und anderen (7 Prozent). Die Bewerbungen decken damit eine breite Palette des Nachhaltigkeitszieles Gesundheit und Wohlbefinden („SDG3“) der UN-Agenda 2030 ab.

Die Vielfalt zeigt sich in der geografischen Verteilung. 144 Unternehmen aus Westafrika bewarben sich für den panafrikanischen Innovationspreis. Als führend präsentiert sich Nigeria, die größte Volkswirtschaft Afrikas und damit wichtigster Impulsgeber für den Gesundheitssektor. Ostafrika, an der Schwelle zur dienstleistungsorientierten Wirtschaft, setzt ein starkes Signal und zeigt mit 110 Anträgen großes Innovationspotential. 21 Unternehmen bewarben sich aus dem südafrikanischen Raum – einer Region mit dem Schwerpunkt auf Telemedizin. Nordafrika ist mit elf Gesundheitslösungen vertreten, gefolgt von Zentralafrika mit zehn innovativen Einreichungen. Zusätzlich bewarben sich 34 Unternehmen mit Niederlassungen in Afrika und dem Hauptsitz in Nordamerika oder Europa.

Digitale Innovationen als Zukunftsturbo für Afrikas Gesundheit und Wohlbefinden

Das Bundeskanzleramt hat gemeinsam mit der österreichischen Entwicklungsorganisation ICEP ein Unterstützungsnetzwerk aus engagierten Geschäftsleuten, Investoren und Mentorinnen und Mentoren, welche die Social Entrepreneurs effektiv unterstützen und die Vernetzung zwischen Europa und Afrika weiter vorantreiben, gebildet.

Bernhard Kowatsch, Leiter der Partnerorganisation World Food Programme Innovation Accelerator, führt weiter aus: „Mit dem Kofi Annan Award for Innovation in Africa holen wir chancenreiche Social Entrepreneurs mit einem nachhaltigen Geschäftsmodell und einer exzellenten innovativen Gesundheitslösung vor den Vorhang. Wir freuen uns darauf, die aussichtsreichsten Innovationen umfassend und aktiv zu unterstützen und ihren gesellschaftlichen Mehrwert zu skalieren.“

Millionen-Förderchance für Social Entrepreneurs über mehrstufigen Selektionsprozess

Der Fokus für die Auswahl der besten Social Entrepreneurs liegt auf der Zusammenstellung der Teams, der Innovations- und Zugkraft sowie dem Geschäftsmodell, insbesondere der finanziellen Nachhaltigkeit, der Skalierbarkeit und dem zu erwartenden sozialen und gesellschaftlichen Erfolg.

Innerhalb von zwei Monaten identifizierten ExpertInnen aus der Fülle an Bewerbungen die vielversprechendsten neun Social Entrepreneurs. Mit an Bord waren VertreterInnen des Bundeskanzleramts der Republik Österreich, des World Food Programme Innovation Accelerator, der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit sowie der Bill & Melinda Gates Foundation.

Den Gewinner-Teams winkt die Chance auf drei mal 250.000 Euro, Mentoring, konkrete Vernetzungsmöglichkeiten mit InvestorInnen sowie breite internationale Aufmerksamkeit. Die nächsten Meilensteine hin zu den Top drei waren ein fünftägiges Bootcamp im Februar und der Pitch vor der renommierten Jury im Mai 2022. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/en/kofiannanaward.html>

Österreich, Europa und die Welt

Bundeskanzler Nehammer: Niemals Politik in Verbindung mit Gewalt

Europa und die Europäische Union im Speziellen haben große Herausforderungen zu stemmen. Ein Thema, das uns alle ständig bewegt, ist die Corona-Pandemie. Wir sind hier Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sehr dankbar, daß wir gemeinsam als Staaten, aber auch mit der Kommission gemeinsam, die Pandemie soweit ein Stück weit wegdrängen konnten, vor allem auch durch das Impfen“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 26. Jänner bei einer Pressekonferenz mit EU-Ratspräsident Charles Michel nach einem gemeinsamen Gespräch im Bundeskanzleramt. Es war dies der erste Besuch Michels in Wien seit der Amtsübernahme durch Karl Nehammer. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen neben der Pandemiebekämpfung vor allem der Ukraine-Konflikt und die Vorbereitung des nächsten EU-Gipfels sowie des EU-Afrika-Gipfels im Februar und ein weiterer Sondergipfel zu Verteidigung im März.

EU-Afrika-Gipfel: Nachhaltige Lösungen zur Eindämmung illegaler Migration durch Dialog

Es gebe viele internationale Themen, die Europa nur gemeinsam bewältigen könne. Eines davon betreffe die Fragen Asyl, Migration und Stabilität in der Nachbarschaft. Der Bundeskanzler begrüßte ausdrücklich den EU-Afrika-Gipfel, der für Februar geplant war: „Wenn wir nachhaltige Lösungen finden wollen, um illegale Migration auf der einen Seite einzudämmen, und um auf der anderen Seite Perspektiven für die Menschen aus dem afrikanischen Kontinent zu schaffen, ist es notwendig, mit den afrikanischen Staatsvertretern direkt zu sprechen“, so der Kanzler. Österreich begrüße die Initiative



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer (r.) empfängt den Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, im Bundeskanzleramt. Im Bild bei einem gemeinsamen Pressestatement.

und erachte es als wichtig, nicht stehen zu bleiben, sondern genau diese Dialogformen auch weiterzuentwickeln und fortzusetzen, „weil das aus unserer Sicht die Grundlage dafür ist, tatsächlich auch effizient in weiterer Zukunft gegen illegale Migration kämpfen zu können“.

Ukraine: Sorge über russische Militärkapazitäten

Aufmerksam werde auch die Situation in der Ukraine beobachtet. Der österreichische Regierungschef betonte, daß die Nachrichten aus der Region „uns mehr als besorgt machen, was die russischen Militärkapazitäten an der Grenze betrifft“. Man müsse der Russischen Föderation einerseits klarmachen, daß Dialogbereitschaft gegeben sei, aber gleichzeitig auch, daß es für die Europäische

Union niemals Politik in Verbindung mit Gewalt geben könne. „Das akzeptieren wir nicht. Und sollte die Russische Föderation sich dazu entschließen, muß sie auch damit rechnen, daß Europa in einer klaren, entschlossenen Sprache der Sanktionen darauf reagieren wird“, so Nehammer, der sich abschließend bei Michel für den Besuch bedankte. ■

Nehammer: »Ich entschuldige mich im Namen der Republik für die hier begangenen Verbrechen«

Die österreichische Staatsspitze gedachte am 27. Jänner in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen und in Wien der Opfer des Holocaust. Im Zuge der Gedenkfeierlichkeiten legte der israelische Außenminister Yair Lapid, dessen Großvater im KZ Ebensee starb,



Foto: BKA / Florian Schrötter

Am 27. Jänner besuchte Bundeskanzler Karl Nehammer (6.v.l.) das ehemalige Konzentrationslager Mauthausen – im Bild mit dem israelischen Außenminister Yair Lapid (4.v.r.), Bundesminister Alexander Schallenberg (3.v.r.) und Bundesminister Gerhard Karner (5.v.l.).

Österreich, Europa und die Welt

zusammen mit österreichischen Regierungsmitgliedern in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen einen Kranz für die Opfer des Nationalsozialismus nieder.

Bundeskanzler Karl Nehammer unterstrich bei seiner Rede in Mauthausen, daß die Namen der Opfer nicht vergessen werden dürfen. Um eine Wiederholung der Geschichte zu verhindern, müßten ihre Namen in lebendiger Erinnerung gehalten werden. Nehammer entschuldigte sich bei Lapid im Namen Österreichs für die Ermordung des Großvaters und hielt fest: „Ich entschuldige mich im Namen der Republik für die hier begangenen Verbrechen. Ich verspreche, daß die österreichische Regierung alles zur Bekämpfung des Antisemitismus tun wird“, so der Bundeskanzler. Man werde weiterhin gegen jede Form des Antisemitismus kämpfen, versicherte Nehammer.

Gedenken bei der Shoah Namensmauern Gedenkstätte

Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Vertreter der Bundesregierung und der israelische Außenminister Lapid kamen am Nachmittag außerdem mit Vertretern der jüdischen Gemeinschaft und der Roma zum Gedenken bei der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte in Wien zusammen. Zu dieser Feier hatte die Israelitische Kultusgemeinde Wien (IKG) geladen. Im Gedenken an die 64.440 in der NS-Zeit ermordeten österreichischen Jüdinnen und Juden, deren Namen auf 160 Steintafeln eingemeißelt sind, wurde ein Totengebet gesungen und ein Musikstück gespielt. „Nie wieder vergessen – das ist unser Motto. Wir sind es den Millionen von Jüdinnen und Juden, die verschleppt, entrechtet und ermordet wurden, schuldig, das zu tun. Leider hat der Kampf gegen den Antisemitismus nichts an Aktualität verloren“, so Bundesministerin Karoline Edtstadler.

Die österreichische Staats- und Regierungsspitze bekannte sich zur Verantwortung, die sich aus dem Holocaust-Gedenken ableitet. „Wir alle sind gefordert, Zivilcourage zu zeigen, zu widersprechen, wenn antisemitische, romafeindliche oder fremdenfeindliche Worte fallen“, hieß es in einer von der IKG initiierten Erklärung, die unter anderem von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundeskanzler Karl Nehammer, Vizekanzler Werner Kogler und Verfassungsministerin Karoline Edtstadler unterzeichnet wurde.

„Im Rahmen der Initiative #WeRemember gedenken wir aller Opfer, die aus antise-



Foto: BKA / Florian Schrötter

v.l.: Bundeskanzler Karl Nehammer, Israels Außenminister Yair Lapid und Bundesminister Alexander Schallenberg bei der Kranzniederlegung im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen

mitischen, rassistischen, homophoben, politischen und anderen Gründen verfolgt, gequält und ermordet wurden. Aus der Erinnerung erwächst die Verantwortung, uns immerwährend und aktiv gegen Antisemitismus, Romafeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit und jegliche Form der Diskriminierung zu stellen“, so die Unterzeichner. (siehe unseren Beitrag auf der Seite 6).

Deutsche Staatsministerin für Europa und Klima, Anna Lührmann, in Wien

Am 28. Jänner hat Europaministerin Karoline Edtstadler die deutsche Staatsministerin für Europa und Klima, Anna Lühr-

mann, im Bundeskanzleramt in Wien zu einem Arbeitsgespräch empfangen. „Wir wissen, daß es eine starke Achse zwischen Paris und Berlin gibt. In Zukunft wird es hoffentlich eine noch stärkere Achse zwischen Berlin und Wien geben. Mit einer neuen Regierung, mit einem neuen frischen Wind in Deutschland hoffen wir, vieles, was in der Europäischen Union jetzt auf dem Tisch liegt, gemeinsam voranbringen zu können“, sagte Europaministerin Karoline Edtstadler bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Lührmann. Im Mittelpunkt des intensiven Austauschs stand die Konferenz zur Zukunft Europas, die Westbalkanerweiterung, die



Foto: BKA / Florian Schrötter

Bundesministerin Karoline Edtstadler (r.) empfing die deutsche Staatsministerin für Europa, Anna Lührmann, zu einem Arbeitsgespräch in Wien

Österreich, Europa und die Welt

Rechtsstaatlichkeit und die Taxonomie Verordnung.

Dabei wurde die Frage, wie es nach dem Mai mit der Zukunftskonferenz weitergehen solle, von den beiden für Europafragen zuständigen Regierungsmitgliedern als zentral erachtet: „Das wird sicher der essentiellste Punkt für die Bürgerinnen und Bürger werden“, so Edtstadler, die festhielt, daß man die Entwicklung gemeinsam „wirklich intensiv vorantreiben“ und auch Vertragsänderungen nicht von Beginn an ausschließen wolle.

Ein weiteres wichtiges Thema für die Europäische Union sei die Rechtsstaatlichkeit. „Die Rechtsstaatlichkeit ist neben der Demokratie und den Menschenrechten einer der Grundpfeiler, auf den sich unsere Zusammenarbeit stützt. Wir müssen hier natürlich innerhalb der Europäischen Union darauf achten, daß diese in vollen Umfang in allen Staaten gegeben ist“, hielt Europaministerin Edtstadler fest. Denn von den Beitrittskandidaten, wie jenen auf dem Westbalkan, verlange man gerade hier weitreichende Reformen.

Der Westbalkan sei eine Frage der Sicherheit für die Europäischen Union und eine Frage der Glaubwürdigkeit der Europäischen Union in dieser Region. Gerade Nordmazedonien und Albanien hätten es längst verdient, daß endlich der nächste Schritt der Beitrittsverhandlungen gesetzt werde. Deutschland sei hier ein Partner. Man werde sich gemeinsam dafür einsetzen, „daß etwas Positives weitergeht“.

Ein weiterer Punkt, bei dem man deutlich machen müsse, in welche Richtung es gehen solle, sei die Kernenergie. Die Taxonomie Verordnung der Kommission liege auf dem Tisch. Mehrere Staaten der Europäischen Union würden dieser Energieform sehr kritisch gegenüberstehen, während Österreich die Atomenergie gänzlich ablehne. „Aus unserer Sicht ist es nicht das richtige Zeichen. Ganz im Gegenteil: Es wäre ein sehr falsches Zeichen, wenn die Kernenergie als sicher und zukunftsweisend eingestuft werden würde“, so Edtstadler: „Daher sollte auch im Klima-Programm ‚Fit for 55‘ etwas weitergehen. Wir wollen hier positiv in die Zukunft schauen und unter Einbindung der Wirtschaft und der Industrie die Schritte setzen, um eine Zukunft für junge Menschen zu gewährleisten“, so die Europaministerin.

Angesprochen auf die beschlossene Impfpflicht in Österreich versprach Karoline Edtstadler „maximale Flexibilität“ und hielt fest, daß niemand wisse, „was das Virus noch weiter mit uns vorhat“. Mit der Einfüh-

rung der Impfpflicht hoffe die Regierung, die nötige Corona-Durchimpfungsrate zu erreichen und keine weiteren Schritte zu benötigen. „Wir sind aber für allfällige weitere Schritte gerüstet“ so die Bundesministerin, die sich abschließend bei Staatsministerin Lührmann für das sehr gute und sehr freundschaftliche Gespräch bedankte. ■

Neue Dynamik zwischen Bulgarien und Nordmazedonien

Europaministerin Karoline Edtstadler ist am 3. Februar zu einem zweitägigen Besuch nach Sofia aufgebrochen. Neben zahlreichen politischen Gesprächen stand ein Treffen mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Kiril Petkow, Außenministerin Teodora Gentschowska und Innenminister Bolko Rashkov auf dem Programm. Im Fokus

standen die EU-Erweiterung am Westbalkan und hier insbesondere die Beziehungen zu Nordmazedonien. Weitere Themen waren die Situation an den EU-Außengrenzen, die Migration und der gemeinsame Kampf gegen Antisemitismus.

Die Europaministerin zeigte sich nach dem Gespräch mit der bulgarischen Außenministerin erfreut über die neue bulgarische Regierung: „Es ist eine positive Dynamik spürbar und es gibt bereits konkrete Ergebnisse in der Annäherung von Bulgarien und Nordmazedonien. Ich begrüße das sehr und wir unterstützen alle Bemühungen beider Seiten diesen Schwung weiter mitzunehmen“, so Edtstadler. Die bisherigen Konfliktpunkte, wie etwa der ausreichende Schutz der bulgarischen Minderheit in Nordmazedonien, die Anerkennung der bulgarischen



Europaministerin Karoline Edtstadler mit dem bulgarischen Premierminister Kiril Petkov...



... und mit der bulgarischen Außenministerin Teodora Genchovska

Österreich, Europa und die Welt

Wurzeln in der mazedonischen Sprache oder unterschiedliche Geschichtsauffassungen, dürften nach Einschätzung der bulgarischen Außenministerin Gentschowka auf einem guten Weg sein, gelöst zu werden. Sie hielt fest, daß sie keinen Konflikt mehr sehe.

Der gute Dialog zwischen den beiden Staaten zeige bereits positive Folgen, so etwa die Einsetzung einer nordmazedonischen Botschafterin in Bulgarien oder eines Dialogs über Kultur, Geschichte und wirtschaftliche Zusammenarbeit, hielt Karoline Edtstadler fest. Zudem wurde eine direkte Flugverbindung zwischen Sofia und Skopje vereinbart.

Zur bisherigen Skepsis einiger EU-Mitgliedsstaaten über die geplante EU-Erweiterung am Westbalkan sieht die Europaministerin positive Schritte. „Die Frage der Westbalkanerweiterung ist eine Frage der Sicherheit und der Glaubwürdigkeit der Europäischen Union. Wir müssen den Ländern am Westbalkan eine reale Perspektive geben und den nächsten Schritt setzen: Beitrittskonferenz mit Albanien und Nordmazedonien“, hielt Edtstadler fest.

Dennoch erwartet sie, daß der Prozeß der EU-Erweiterung nicht vor zehn Jahren abgeschlossen sein wird. „Aber wir geben den Ausblick für diese Staaten, wenn wir diese europäische Perspektive glaubhaft machen, daß sie auch Reformen angehen müssen.“

Thema der Gespräche war neben der EU-Erweiterungspolitik auch die aktuelle Situation an der EU-Außengrenze. Darüber tauschte sich die Europaministerin mit Premier Kiril Petkov und dem Innenminister Bojko Rashkov aus. „Die stetig steigenden illegalen Grenzübertritte zeigen, daß wir dringend mehr Tempo bei den Verhandlungen zu einem funktionierenden, gemeinsamen Asyl- und Migrationssystem brauchen. Der Ansatz der flexiblen Solidarität ist für uns entscheidend. Wir dürfen die Staaten an den EU-Außengrenzen nicht alleine lassen. Es braucht einen starken Außengrenzschutz, damit die Grenzen nach innen offenbleiben. Wichtig ist daher eine enge Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern, um das Problem an der Wurzel zu bekämpfen und gleichzeitig Perspektiven zu schaffen“, so Edtstadler.

Weitere Themen im Austausch mit Ministerpräsident Kiril Petkow waren die Rechtsstaatlichkeit sowie die Lösung der offenen Fragen mit Nordmazedonien.

Bei Innenminister Bojko Rashkov warb die Europaministerin für eine „Allianz der Vernunft“ und einen stärkeren Fokus auf den Schutz der Außengrenzen.



Foto: BKA / Hans Hofer

Österreichische Auszeichnung für den bulgarischen Innenminister Boyko Rashkov



Foto: BKA / Hans Hofer

Karoline Edtstadler mit der stellvertretenden Direktorin des European Council on Foreign Relations und Leiterin dessen Büros in Sofia (oben) und beim Besuch der Synagoge im Zentrum der bulgarischen Hauptstadt



Foto: BKA / Hans Hofer

„Österreich hat 2021 EU-weit die zweitmeisten Asylanträge pro Kopf. Bisherige Aufnahmen müssen daher berücksichtigt werden. Eine verpflichtende Verteilung ist nicht die Lösung“, so Edtstadler.

Im Fokus der Arbeitsreise stand auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder. Österreich steht an zweiter Stelle bei Direktinvestitionen in Bulgarien. Mehr als 350 österreichische Unternehmen sind in Bulgarien tätig. Im Rahmen der Initiative „ReFocus Austria“ konnte sich die Europaministerin mit führenden UnternehmerInnen austauschen. ■

Österreich, Europa und die Welt

Bundeskanzler bekräftigt Bedeutung enger Beziehungen der EU zur Schweiz

Österreich wird sich in Brüssel weiterhin für möglichst enge und gute Beziehungen der EU zur Schweiz einsetzen. Es ist wichtig, einen gemeinsamen Weg zu finden, damit sich die Schweiz als wichtiger geostrategischer Partner nicht weit über Europa hinaus orientieren muß“, betonte Bundeskanzler Karl Nehammer am 14. Februar anlässlich seines Besuchs beim Schweizer Bundespräsidenten Ignazio Cassis in Zofingen, eine Kleinstadt im Kanton Aargau. Die EU-Kommission habe die Aufgabe, die Besonderheiten in den Mitgliedsstaaten und in den Nachbarstaaten zu berücksichtigen. Man wolle eine Brücke bauen, um aus der Pattsituation wieder herauszukommen.

Bei seinem ersten bilateralen Besuch in seiner jetzigen Funktion zeigte der österreichische Regierungschef Verständnis für den Schweizer Abbruch der Verhandlungen über ein Rahmenabkommen: „Wenn es bei einer Volksabstimmung abgelehnt worden wäre, hätte die EU auch nichts davon gehabt. Was ‚Horizon Europe‘ betrifft, ist es meiner Ansicht nach falsch, daß wir die Schweiz als Forschungspartner verlieren. Es ist wichtig, daß die Kommission nicht an der falschen Stelle einen Justament-Standpunkt einnimmt.“

Auf beiden Seiten war man sich einig darüber, daß man sich als neutrale Staaten mit einem entsprechenden Appell für eine Deeskalation der Situation im Ukraine-Konflikt sowie Dialog einsetze. Kanzler Nehammer unterstrich, daß die EU alle Möglichkeiten nutzen wolle, um den Frieden in Europa zu bewahren. Es sei inakzeptabel, in diesen Zeiten immer noch darüber nachzudenken, einen Konflikt mit Gewalt zu lösen.

Nach dem Treffen, an dem unter anderem



Foto: BKA / Hans Hofer

v.l.: Bundeskanzler Karl Nehammer, der Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis und Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner



Foto: BKA / Hans Hofer

Der Bundeskanzler wurde vom Bundespräsidenten mit militärischen Ehren empfangen.

auch die Schweizer Innenministerin Karin Seller-Sutter und der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner teilnahmen, standen Gespräche mit Pietro Supino, Me-

dienmanager und Präsident des Verbandes Schweizer Medien, sowie mit Vertretern der Schweizer Wirtschaft in Zürich auf dem Programm. ■



Foto:

Bundeskanzler Karl Nehammer im AußenwirtschaftsCenters Zürich mit Österreichs Botschafterin in der Schweiz, Maria Rotheiser-Scotti (links) und dem Wirtschaftsdelegierten der Wirtschaftskammer Österreich, Manfred Schmid (rechts von ihm)

Österreich, Europa und die Welt

»Rechtsstaatlichkeit ist ein Grundpfeiler der EU«

Europaministerin Karoline Edtstadler war am 14. Februar zu einem Arbeitsbesuch nach Polen gereist. Im Zentrum ihres Gesprächs mit dem polnischen Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten, Konrad Szymański, stand unter anderem die aktuelle Lage im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland, das „Fit for 55“-Paket sowie das Thema der Rechtsstaatlichkeit.

„Rechtsstaatlichkeit ist ein Grundpfeiler der EU sowie Voraussetzung für unsere Rechts- und Wertegemeinschaft. Deshalb ist es so wichtig, auf die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Menschenrechte zu achten. Es kann, wird und darf keine Abstriche bei der Rechtsstaatlichkeit geben. Es ist auch eine *conditio sine qua non* für weitere Geldflüsse aus der Europäischen Union“, hielt Karoline Edtstadler nach dem Gespräch mit ihrem polnischen Amtskollegen fest.

Polen weigert sich seit längerem, einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) Folge zu leisten. So hatte dieser im Oktober im Streit über die polnische Disziplinarkammer für Richter ein tägliches Zwangsgeld von einer Million Euro verhängt. Die Europäische Kommission erklärte in der vergangene Woche, im Rechtsstreit mit Polen erstmals für das Land vorgesehene EU-Mittel einbehalten zu wollen und die Konditionalitätsverordnung – die Vermischung zwischen Rechtsstaatlichkeit und Budget – in Kraft treten zu lassen. Die Entscheidung dazu war in dieser diese Woche gefallen. „Ich gehe davon aus, daß Polen und Ungarn mit ihrer Klage beim EuGH scheitern werden“, so die Europaministerin.

Die Krise um die Ukraine und weitere mögliche Entwicklungen waren ein weiteres Gesprächsthema. Man wird alles daransetzen, auch mit einer gemeinsamen Sprache innerhalb der Europäischen Union zu sprechen“, so Karoline Edtstadler. Man müsse deeskalieren und alles tun, um Völkerrechtsbrüche oder gar Schlimmeres zu verhindern. „Das kann in niemandes Interesse sein. Wir stehen hier ganz klar an der Seite Polens als unmittelbarer Nachbar, an der Seite der Souveränität der Ukraine.“

Nach dem Gespräch mit ihrem polnischen Amtskollegen stand für Karoline Edtstadler unter anderem ein Besuch bei der EU-Grenzschutzagentur Frontex und eine Rede vor Studierenden am Campus des Collège d’Europe im Warschauer Stadtteil Natolin auf dem Programm.



Foto: BKA / Hans Hofer

Europaministerin Karoline Edtstadler mit dem polnischen Europaminister Konrad Szymański...



Foto: BKA / Hans Hofer

... mit dem Frontex Direktor Fabrice Leggeri ...



Foto: BKA / Hans Hofer

... und der Vizerektorin des Collège d’Europe Natolin, Ewa Oeńiecka-Tamecka

Österreich, Europa und die Welt

Nehammer bei EU-Afrika-Gipfel

Afrika ist ein Kontinent voller Chancen, die es im Rahmen einer starken Partnerschaft zwischen Afrika und Europa zu nutzen und zu entwickeln gilt. Europa ist von den Entwicklungen in Afrika direkt betroffen und hat daher ein geostrategisches Interesse an Sicherheit und Stabilität am Nachbarkontinent“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer anlässlich des EU-Afrika-Gipfels am 17. und 18. Februar in Brüssel, an dem der österreichische Regierungschef teilnahm. Im Mittelpunkt des Gipfeltreffens zwischen der EU und der Afrikanischen Union standen eine Stärkung der Partnerschaft, die Festlegung gemeinsamer Prioritäten für die Zukunft, EU-Investitionen in afrikanische Länder und Unterstützung im Kampf gegen die Corona-Pandemie.

Afrika-Europa-Investitionsprogramm in Höhe von 150 Milliarden Euro

In der Erklärung des EU-Afrika-Gipfels bekennen sich die EU und die Afrikanische Union dazu, ihre Partnerschaft „für Solidarität, Sicherheit, Frieden und eine nachhaltige und anhaltende wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand“ weiter auszubauen. Wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekanntgab, sollen im Rahmen eines Afrika-Europa-Investitionsprogramms 150 Milliarden Euro für den Ausbau der Energie- und Verkehrsinfrastruktur und die Energiewende zur Verfügung gestellt werden. Die Europäische Union sichert auch ihre Unterstützung im Kampf gegen Covid-19 zu: Rund 450 Millionen Corona-Impfstoffdosen werden zur Verfügung gestellt. Zudem soll mit zusätzlichen Finanzmitteln der Impfprozess in Afrika beschleunigt, die medizinische Ausbildung und die Kapazität zur Analyse von Tests verbessert werden.

Bundeskanzler Nehammer zeigte sich über die „konkreten Ergebnisse“ des Gipfels erfreut. Mit der Summe von bis zu 150 Milliarden Euro könnten die Zusammenarbeit und zukunftsweisende Projekte „zum Leben erweckt werden“. Europa sei jetzt bereits der größte Investor auf dem afrikanischen Kontinent. Ziel der Investitionen sei es, „Perspektive und Hoffnung in Afrika selbst zu schaffen“, insbesondere für junge Menschen. „Dafür braucht es Initiativen für Arbeitsplätze, für Innovation und im Bildungssektor“, so der Bundeskanzler. Gemeinsam sollen konkrete Projekte ausgearbeitet werden, beispielsweise im Bereich der Energiegewinnung. Dabei werde dem Klimaschutz besonderes Augenmerk geschenkt, wie der Kanz-



Foto: BKA / Florian Schrötter

Bundeskanzler Karl Nehammer (r.) bei seinem Treffen mit dem Außenminister der Bundesrepublik Somalia, Abdisaid Muse Ali ...



Foto: BKA / Florian Schrötter

... und mit dem Premierminister der tschechischen Republik, Petr Fiala

ler betonte. Initiativen zur Digitalisierung, Bildung und im Gesundheitsbereich sollen weitere Scherpunkte für Projekte bilden.

Kooperation in den Vordergrund stellen

Der Bundeskanzler führte am Rande des Gipfels auch eine Reihe von bilateralen Gesprächen. So habe er mit Mokgweetsi Masisi, dem Präsidenten von Botswana, gesprochen, einem Land, das früher zu den 25 ärmsten Staaten der Welt gehörte und mittlerweile zu den reichsten afrikanischen Staaten zähle. Außerdem habe er mit den Außenministern von Marokko und Somalia Gespräche zu den Themen Migration, Wirtschaftskooperation und dem Kampf gegen Terror geführt. „Der Gipfel hat immer den Sinn, mit

unseren Partnern in Afrika auf Augenhöhe zu kommunizieren und das Gemeinsame, die Kooperation und den Nutzen der Zusammenarbeit in den Vordergrund zu stellen“, betonte Nehammer.

Kofi-Annan-Preis zur Auszeichnung von Start-Ups

Es sei wichtig, von den afrikanischen Partnern zu erfahren, was sie vor Ort benötigen. Als ein zentrales Anliegen sei dabei häufig der Wunsch, „Unternehmen ins Land zu bringen und Zukunftsperspektiven zu bieten“ genannt worden, so der Bundeskanzler weiter. Österreich habe hier mit dem „Kofi Annan Award for Innovation in Africa“, mit dem Start-Ups mit bis zu 250.000 Euro aus-

Österreich, Europa und die Welt

gezeichnet werden, „eine tolle Initiative“, so Nehammer. Der Preis zielt darauf ab, Unternehmen mit positiver gesellschaftlicher Wirkung und einem nachhaltigen Geschäftsmodell zu identifizieren und zu unterstützen. Im Fokus stehen dabei innovative Ideen, die zu einer hochwertigen allgemeinen Gesundheitsversorgung im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele der UN-Agenda 2030 beitragen. Während der österreichischen Ratspräsidentschaft 2018 habe man bereits eine Initiative zur Vernetzung von Unternehmern gestartet. Es sei zu begrüßen, daß die afrikanischen Staaten mittlerweile im Dialog mit der EU äußern, „was sie konkret von einer Zusammenarbeit erwarten und was sie brauchen“. Nur so könne die Wirtschaft und der Wohlstand in Afrika „originär selbst wachsen“, so der Kanzler.

Foto: BKA / Florian Schrötter



Der Bundeskanzler im Bild mit dem Premierminister von Belgien, Alexander De Croo

Österreichische Hilfsmittel aus dem Auslandskatastrophenfonds

Die österreichische Bundesregierung hat anlässlich des EU-Afrika-Gipfeltreffens sowie aufgrund der anhaltenden humanitären Krise im östlichen Afrika beschlossen, 5 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds zur Verfügung zu stellen. „Österreich wird mit diesen Mitteln einen Beitrag zur Linderung der akuten humanitären Situation in Äthiopien, im Südsudan und in Tunesien leisten“, so Nehammer mit Verweis auf die dringend notwendige Hilfe vor Ort. Von den 5 Millionen Euro gehen 2 Millionen Euro an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und das Welternährungsprogramm (WFP) in Äthiopien, eine Million Euro an das Amt für die Koordination humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN OCHA) in den Südsudan und jeweils eine weitere Million Euro an das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) und die Internationale Migrationsorganisation (IOM) in Tunesien.

„Das Schicksal Europas ist mit der Zukunft Afrikas eng verbunden. Die humanitäre Hilfe Österreichs in Äthiopien, Südsudan und Tunesien dient als Zeichen der Solidarität und ist eine wichtige Unterstützung für notleidende Menschen in dem benachbarten Kontinent. Österreich leistet damit einen Beitrag zur wichtigen Arbeit von Internationalen Organisationen wie dem IKRK oder dem UNHCR“, erklärte Vizekanzler Werner Kogler.

„Diese Länder sind seit Jahren von Naturkatastrophen, Hungersnöten, kriegerischen Auseinandersetzungen und Fluchtbewegungen betroffen. Die humanitäre Situation ist

katastrophal, durch die Pandemie hat sich die Lage weiter verschärft. Besonders am Horn von Afrika droht die Gefahr eines Flächenbrandes, wenn es mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft nicht gelingt, die Lage in Äthiopien zu stabilisieren“, erklärte Außenminister Alexander Schallenberg. ■

Arbeitsbesuch des bayerischen Ministerpräsidenten Söder in Wien

Bayern und Österreich verbindet eine lange und intensive Geschichte und seit vielen Jahrzehnten eine freundschaftliche Beziehung. Wir sind Freunde und Nachbarn zugleich und dadurch auch immer wieder mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Am heutigen Tag ist doch alles auch wieder anders. Wir erleben wieder Krieg in Europa. Wir erleben, daß Völkerrecht gebrochen wird und die Russische Föderation nicht die Stärke des Rechts, sondern das Recht des Stärkeren beansprucht. Einen Grundsatz, den wir als demokratisches und neutrales Mitgliedsland der Europäischen Union zu tiefst ablehnen“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 24. Februar bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bayerns Ministerpräsident Markus Söder nach einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt.

Gerade Österreich als kleines Land, das militärisch neutral sei, halte besonders viel vom Völkerrecht, „das als Fundament und Grundlage von freien und demokratischen Staaten gilt“. Österreich habe hier einen klaren Standpunkt: „Wir bekennen uns zur Europäischen Union, zur Solidarität und daher auch dazu, daß wir mit aller Entschiedenheit auf dieses völkerrechtswidrige Vorgehen der

Russischen Föderation reagieren werden.“ Österreich wie auch die EU hätten immer die Wichtigkeit des Dialogs und der Aufrechterhaltung der Gesprächsbasis betont. Derzeit sprächen leider viel mehr die Waffen als die Diplomatie. Das müsse man umkehren. Die Betroffenheitslage in der Ukraine sei groß. Die eng abgestimmte Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit und der humanitären Hilfe, die sich schon in den letzten Jahrzehnten bewährt habe, werde zentral sein, so Karl Nehammer.

Lösungen für LKW-Transitfrage am Brenner finden

Neben der Ukraine-Krise stand auch die Transitfrage am Brenner im Fokus des Treffens mit Söder. „Wir empfinden zwar viel Freundschaft füreinander, aber wir haben sehr unterschiedliche Betroffenheitslagen hinsichtlich des LKW-Verkehrs an der Grenze zwischen Bayern und Tirol. Beide Seiten sind gefordert, Lösungen zu finden, die Entlastung für die Menschen vor Ort bringen. Ich freue mich daher sehr über den Vorstoß des Ministerpräsidenten, daß wir die Brennermaut erhöhen können, um eine Umlenkung zu erreichen, vor allem eine wichtige: nämlich jene von der Straße auf die Schiene was den LKW-Transit betrifft. Auf der Schiene ist der LKW-Verkehr besonders in dieser Region deutlich besser aufgehoben als auf der Straße“, sagte der Bundeskanzler.

„Bayern und Tirol pflegen eine gute nachbarschaftliche Beziehung. Wenn es aber um den Transitverkehr geht, der eine enorme Belastung für die Tiroler Bevölkerung darstellt, hatten wir in den letzten Jahren deutli-

Österreich, Europa und die Welt

che Auseinandersetzungen“, so Tirols Landeshauptmann, der nun positiv bewertet, daß Bayerns Ministerpräsident Söder bei der LKW-Maut auf dem deutschen Abschnitt der Transitroute einlenken möchte.

„Mein Standpunkt war und ist: Ein Weiter wie bisher darf es in der Transitfrage nicht geben. Deutschland und Italien müssen sich bewegen. Knapp 2,5 Millionen LKW über den Brenner und damit mehr als über alle anderen Alpenübergänge in der Schweiz und Frankreich zusammen, sind für die Tirolerinnen und Tiroler nicht verkraftbar. Es war daher dringend notwendig, daß nach einer zähen Phase nun Bewegung in die Diskussion gekommen ist und sich Bayerns Ministerpräsident Markus Söder jetzt ebenfalls für eine höhere LKW-Maut auf der gesamten Brennerstrecke einsetzt“, zeigte sich Platter nach der Zusammenkunft vorsichtig optimistisch. „Nun müssen diesen Worten in Deutschland und Italien auch Taten folgen. Alle Regionen der Brennerstrecke – Trentino, Südtirol, Tirol und Bayern – sprechen sich mittlerweile für eine höhere LKW-Maut aus. Dies muß nun von den Nationalstaaten und der EU rasch umgesetzt werden“, forderte der Landeshauptmann beim gemeinsamen Gespräch in Wien ■

Bundeskanzler führt Gespräche in Abu Dhabi und Doha

Bundeskanzler Karl Nehammer hat am 6. und 7. März gemeinsam mit Energieministerin Leonore Gewessler und Rohstoffministerin Elisabeth Köstinger die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar besucht. Im Mittelpunkt des Aufenthalts in Abu Dhabi



Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 24. Februar empfing Bundeskanzler Karl Nehammer (m.) den bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder (l.) zu einem Gespräch. Im Bild mit Landeshauptmann Günther Platter.

standen Sicherheitsfragen sowie die Absicht, mittel- bis langfristig die Abhängigkeit von russischem Erdgas zu verringern. Grüner Wasserstoff aus den Vereinigten Arabischen Emiraten könnte eine Alternative dazu sein. Bundesministerin Köstinger hat im Rahmen der Gespräche eine entsprechende Absichtserklärung zur österreichisch-emiratischen Wasserstoffallianz mit dem Industrieminister der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Sultan Bin Ahmad Sultan Al Jaber, unterzeichnet. „Die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar sind wichtige Partner für Österreich sowie bedeutende Energielieferanten“, sagte Bundeskanzler Nehammer. „Wir wollen diesen Austausch daher vor allem dafür nützen, um über die Sicherung der Gas-

und Energieversorgung Österreichs zu sprechen. Wie die Ereignisse der letzten Wochen eindringlich vor Augen führen, dürfen wir nicht weiter nur von einem Gaslieferanten abhängig sein und müssen mittel- bis langfristig auch auf nachhaltige Energiequellen wie grünen Wasserstoff bauen.“ Daher wolle man die enge Kooperation mit den VAE und Katar weiter vertiefen. „Es gilt, die Versorgung mit Erdgas für den Winter zu sichern und mittel- bis langfristig die Abhängigkeit von Rußland zu reduzieren.“

Möglich wäre es etwa, Wasserstoff über das Erdgasnetz zu transportieren. „Die Vereinigten Arabischen Emirate bieten ideale Bedingungen für die Produktion von grünem Wasserstoff, während Österreich über jahr-

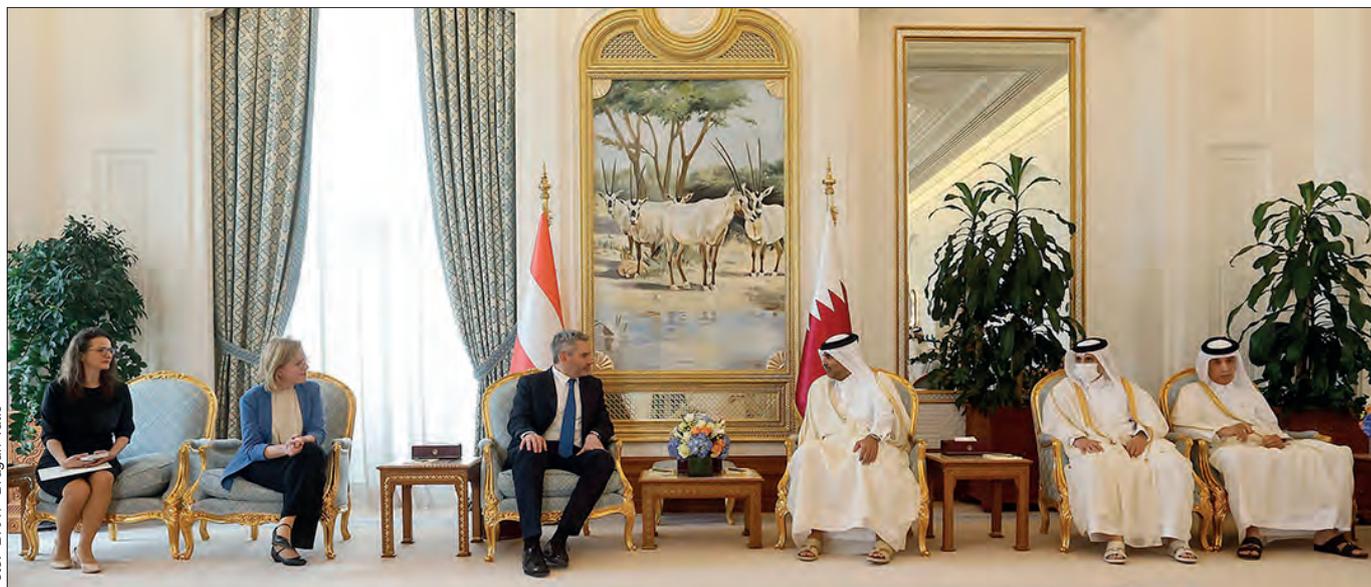


Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer (m.l.) bei seinem Arbeitsbesuch in Qatar. Im Bild mit Shaikh Kalifa bin Abdul-Aziz Al Thani, dem Premierminister von Qatar (m.r.) und Bundesministerin Leonore Gewessler (2.v.l.).

Österreich, Europa und die Welt

Federal Ministry
Republic of Austria
Finance



UNITED ARAB EMIRATES
MINISTRY OF INDUSTRY
& ADVANCED TECHNOLOGY

مذكرة تفاهم لتعاون شامل في مجال تكنولوجيا صناعة الهيدروجين
MEMORANDUM OF UNDERSTANDING FOR A
COMPREHENSIVE COLLABORATION IN THE HYDROGEN
TECHNOLOGY INDUSTRY



Foto: BKA / Dragan Tatlic

Bundeskanzler Karl Nehammer (3.v.l.) bei seinem Arbeitsbesuch in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Im Bild mit dem Chef von ADNOC - Sultan Al Jaber (4.v.l.), Bundesministerin Elisabeth Köstinger (5.v.l.) und Bundesministerin Leonore Gewessler (2.v.l.)

zehntelange Erfahrung im Gastransport und der Speicherung sowie über die dafür erforderliche Infrastruktur verfügt“, erklärte Nehammer. Jedoch dürfe man sich keine Wunder erwarten, denn Rußland sei der weltweit größte Exporteur von Erdgas.

Bei seinem Besuch in Abu Dhabi standen für den Bundeskanzler auch weitere Themen auf dem Programm, etwa der Krieg in der Ukraine, humanitäre Hilfe und Deeskalation sowie die Terrorismusbekämpfung, bei der die VAE einer der stärksten Verbündeten Österreichs seien. „Wir sind ständig dabei, unsere Sicherheitszusammenarbeit zu erweitern.“ So würden auch die Geheimdienste der beiden Länder kooperieren und Informationen austauschen. Zudem führte Nehammer Gespräche mit Kronprinz Scheich Muhammad bin Zayid al-Nahyan.

Flüssiggaslieferungen: Pipeline-Struktur muß neu überdacht werden

In Doha kam der Kanzler mit dem Emir von Katar, Tamim bin Hamad Al-Thani und Premierminister Chalid bin Chalifa bin Abdulasis Al Thani zusammen. „Ich hatte einen guten Austausch mit Emir Tamim bin Hamad und Premierminister Khalid bin Khalifa Al Thani in Doha. Wir wollen unsere enge Kooperation weiter vertiefen“, betonte der Bundeskanzler.

Bei den kurzfristig angesetztten Gesprächen in Katar ging es am 7. März vor allem um die Lieferung von LNG (Flüssiggas) nach Österreich. Bei LNG könnte man für den Transport Container nutzen. So bald werden aber weder Wasserstoff noch LNG nach Österreich fließen, denn man müsse auch die Pipeline-Strukturen neu denken, so der

Kanzler. „Wir haben ganz viele Nord-Süd- oder Ost-West-Verbindungen, aber ganz wenig in Richtung Süd-Nord.“

Die OMV tritt nun auf Basis eines bereits bestehenden Abkommens in Gespräche mit Katar über die Lieferung von LNG ein. In dem bestehenden Vertrag ist die fixe Abnahme einer großen Gaslieferungsmenge vorgesehen, bis zu sechs weitere seien möglich, so Nehammer. Man müsse jedoch bedenken, daß Österreich in neue Flüssiggas-Andockstellen investieren müsste.

„Katar ist nicht nur ein großer Gasproduzent, sondern auch ein wichtiger politischer Player in dieser Region“, erklärte der Bundeskanzler. „Katar hat eine besondere Form der Sicherheitspolitik. Auf der einen Seite gibt es einen der größten amerikanischen Luftwaffenstützpunkte, auf der anderen Seite



Foto: BKA / Dragan Tatlic

Bundeskanzler Karl Nehammer beim Treffen mit Wirtschaftstreibenden

Österreich, Europa und die Welt

ist Katar auch ein Gesprächspartner und Brückenbilder in Richtung Iran.“ Um Einschätzungen zur Sicherheitslage zu bekommen, seien gute Beziehungen zu Katar wichtig. Darüber hinaus sind auch weitere Abkommen zur Kooperation im Sicherheits-, Energie- und Kulturbereich sowie in der Wissenschaft und Forschung geplant.

Sanktionen: wirtschaftliche Realitäten zur Kenntnis nehmen

Das Problem, daß man sich aus politischen und ethischen Überlegungen aus der Abhängigkeit von Rußland befreien will, indem man sich verstärkt Staaten zuwendet, die ebenfalls nicht demokratisch regiert werden, ist dem Bundeskanzler bewußt, man müsse aber Realitäten zur Kenntnis nehmen. So stünden etwa auch Erdölprodukte aus Rußland nicht auf der Sanktionsliste der USA. „Wenn Sie mich danach fragen, wie es mir damit geht, daß wir in einer pervertierten Welt leben, daß wir Sanktionen beschlossen haben, die hart und klar sind, und gleichzeitig über die Abhängigkeit von Gas Millionen von Dollarbeträgen Richtung Russische Föderation fließen – der Gedanke ist unerträglich. Aber es ist Realität“, so der österreichische Regierungschef. ■

Nehammer: »Es ist jederzeit möglich, den Krieg zu beenden«

Polen leistet gerade sehr viel an humanitärer Hilfe. Weit über 1 Million Flüchtlinge aus der Ukraine, in erster Linie Frauen und Kinder, finden Zuflucht. Dafür möchte ich mich heute persönlich bedanken“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 9. März bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki im Bundeskanzleramt. „Aber eines ist auch klar: Es braucht jetzt die Unterstützung Polens dabei, die Menschen weiter in andere europäische Staaten zu bringen, damit Polen nicht zu stark belastet ist. Österreich bietet sich an, proaktiv Flüchtlinge zu übernehmen, damit es hier zu einem fairen und gemeinsamen Vorgehen kommt.“

Die Ukraine leide unter schwerem Beschuß, immer wieder würden Nachrichten bekannt, daß Städte beschossen werden und damit auch zivile Einrichtungen – Frauen, Kinder und Pflegebedürftige sterben. Die Durchhaltefähigkeit der Ukrainerinnen und Ukrainer sei beeindruckend. Aber „dieser unglaubliche Widerstandswille fordert auch einen hohen Blutzoll“, hielt der Bundeskanzler fest. Zudem unternehme die Russische Föderation alles, um einen Belage-



Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 9. März empfing Bundeskanzler Karl Nehammer (r.) den polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki zu einem Gespräch in Wien

rungsring um Kiew zu schließen. Die Verteidigungskräfte würden es laut dem Kiewer Bürgermeister Klitschko noch schaffen, diese zu durchbrechen und so die Versorgung aufrecht zu erhalten, aber angesichts der militärischen russischen Übermacht sei ein Vordringen nur mehr eine Frage der Zeit.

EU wird Sanktionen erhöhen, bis der Krieg aufhört

Die Europäische Union sei nach wie vor bereit und entschlossen, diesem Krieg mit zivilen Mitteln zu begegnen. „Deswegen haben wir die Sanktionen eingeführt und deswegen gibt es die Bereitschaft, die Sanktionen so lange zu erhöhen, bis der Krieg aufhört“, so der österreichische Regierungschef, der einmal mehr an die Russische Föderation und Wladimir Putin appellierte: „Es gibt jederzeit die Möglichkeit, diesen Krieg zu beenden. Es geht hier nicht um wichtige politische Interessen, sondern es geht darum, das Leid der Menschen zu beenden.“ Wenn das nicht gelinge, dann könnte der russische Präsident zumindest für humanitäre Korridore sorgen: „Das ist Menschenrecht und Menschenpflicht.“

RussInnen leisten Widerstand

Der Bundeskanzler forderte auf, zu differenzieren und erinnerte an die vielen RussInnen, die derzeit gegen die Politik ihre Landes Widerstand leisten würden. Sie bewiesen damit viel Mut, „denn in der Russischen Föderation Widerstand leisten heißt, ins Gefängnis zu kommen“. Das Unrecht sei ihnen nicht egal. Man solle daher jene verantwortlich machen, die diese Entscheidungen zu Kriegshandlungen getroffen hätten. „Wir sind tatsächlich gemeinsam in einer sehr schwie-

rigen Situation. Aber das Gemeinsame ist das, was uns stark macht: Die Europäische Union und die über viele Jahrzehnte währende Freundschaft zu Polen. Wir mögen und vertrauen einander. Das ist wichtig im nachbarschaftlichen Verhältnis und in der Europäischen Union: weil es ein klares Zeichen gegen Gewalt, gegen den Bruch des Völkerrechtes und für den Frieden ist“, so Nehammer abschließend. ■

Nehammer bei EU-Gipfel in Versailles

Beim zweitägigen Sondergipfel der 27 EU-Staats- und Regierungschefs zum Ukraine-Krieg im französischen Versailles hat sich Bundeskanzler Karl Nehammer am 11. März für ein neues europäisches Investitionspaket, das die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs in der Ukraine abfedern soll, offen gezeigt. „In einer Krise ist es immer notwendig, gegen die Krise zu investieren.“ Investitionen seien jetzt notwendig und wichtig, genauso auch, daß man sie gemeinschaftlich durchführe. „Wir haben immer klar gesagt, wenn eine Krise da ist, müssen wir auch in die Krise investieren, um die Wirtschaft und Arbeitsplätze zu sichern. Diese Linie bleibt gleich“, sagte der Kanzler.

EU unterstützt Ukraine mit friedlichen Mitteln

Die Europäische Union müsse der Ukraine auch nach dem Krieg beim Wiederaufbau helfen, so Nehammer. „Wir als Europäische Union stehen zusammen, jetzt in der Krise innerhalb der Union, und vor allem an der Seite der Ukraine.“ Der Kanzler plädierte dafür, ein „Zeichen des Friedens“ zu setzen. „Die Europäische Union unterstützt die Ukraine mit dem, was wir am besten können, nämlich mit friedlichen Mitteln.“

Österreich, Europa und die Welt

Einerseits seien Sanktionen entscheidend, die auf ihre Wirkung evaluiert würden. „Die stärkste war die Einschränkung der Mittel der Nationalbank der Russischen Föderation. Man sieht, daß der Rubel verfällt. Es gibt eine hohe Inflation. Das heißt, der Wirtschaftsdruck wird jetzt spürbar, auch für den Präsidenten“, sagte der österreichische Regierungschef. Auch die Sanktionen gegen Oligarchen würden auf ihre Wirkung kontrolliert. Umgehungskonstrukte und Ausweichmöglichkeiten müßten geschlossen werden. Die EU hat bisher vier Sanktionspakete gegen Rußland beschlossen. Weitere Strafmaßnahmen sind in Arbeit.

Andererseits brauche es einen Waffenstillstand und humanitäre Korridore. Menschen, die die Ukraine verlassen wollten, sollen in der Europäischen Union aufgenommen werden. Oberstes Ziel bleibe aber, die Dialogbereitschaft zwischen der Ukraine und Rußland wiederherzustellen, erklärte der Bundeskanzler. Das Scheitern der ersten Gespräche zwischen dem russischen Außenminister Sergej Lawrow und dessen ukrainischen Kollegen Dmytro Kuleba bezeichnete Nehammer als „bitter“. Andererseits zeige sich, daß es nach wie vor die Bereitschaft gebe, miteinander zu sprechen. „Wir müssen jetzt alles tun und auch weiter Signale senden, daß der Dialog nach wie vor wichtig ist.“ Die EU müsse auch mit Rußland in Kontakt bleiben.

Reduktion der Energieabhängigkeit von Rußland und fossilen Energieträgern

Außerdem will die EU eine Reduktion der Energieabhängigkeit von Russland erreichen. Dafür soll die Energieversorgung auf eine breitere Basis gestellt werden – unter anderem durch Flüssiggas, Biogas und Wasserstoff genauso, wie durch den Ausbau von erneuerbaren Energien. „Unsere Hauptaufgabe ist es, die Menschen in der EU zu schützen. Das tun wir, so gut es geht“, betonte Nehammer. Die Versorgungslage müsse „klar und gesichert sein“. Zur Energieversorgung gebe es eine kurz-, eine mittel- und eine langfristige Perspektive für Österreich. Kurzfristig seien die Energiespeicher für den nächsten Winter voll zu kriegen, mittelfristig versuche Österreich von der Abhängigkeit von russischem Gas wegzukommen, das sei aber ein langwieriger Prozeß: die Unabhängigkeit Österreichs von fossilen Energieträgern.

Verteidigungskapazitäten und -budget

Keiner habe mit einem Krieg auf europäischen Boden mit konventionellen Waffen



Foto: BKA / Florian Schrötter

Am 10. März 2022 reiste Bundeskanzler Karl Nehammer zu einem Arbeitsbesuch nach Paris. Im Bild beim Gruppenfoto vor dem EU-Gipfel.

gerechnet. „Das Gleichgewicht des Schreckens von atomaren Mächten funktioniert offensichtlich nicht mehr“, fügte der Kanzler hinzu. Österreich müsse seine Neutralität verteidigen, deshalb werde man das Verteidigungsbudget erhöhen. Auch die EU berät über die Stärkung ihrer Verteidigungskapazitäten und eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets.

EU-Beitrittsverfahren ist langer Prozeß

Schließlich wurde über Beitrittsanträge der Ukraine, Moldawien und Georgien diskutiert. Auch die Staaten am Westbalkan seien an einem Beitritt zur Europäischen Union massiv interessiert. Die EU will „ohne Verzögerungen“ die Verbindungen und die Partnerschaft mit der Ukraine stärken, um das Land auf seinem europäischen Weg zu unterstützen. Das haben die EU-Staats- und Regierungschefs nach intensiven Diskussionen beschlossen. Nehammer betonte, es gebe ein „klares Commitment, daß die Ukraine ein wichtiges Land ist“. Die EU müsse jetzt solidarisch zur Ukraine stehen, „unkompliziert und unbürokratisch“, so der österreichische Regierungschef. Die Union unterstütze die Ukraine „auf dem Weg in die europäische Gemeinschaft an sich“, das Beitrittsverfahren sei jedoch ein „extrem langwieriger und sehr komplexer Prozeß“. Die EU-Kommission prüfe den Antrag. „Es braucht auch Ehrlichkeit und Fairness zueinander. Es ist klar getragen von dem, daß das einmal das Ziel sein kann.“

Europäisches Wachstums- und Investitionsmodell für 2030

Auf der Gipfelagenda stand zudem eine Debatte um ein europäisches Wachstums-

und Investitionsmodell für 2030. Dabei spielen die Defizit- und Schuldenregeln im Stabilitäts- und Wachstumspakt eine zentrale Rolle. ■

Bundeskanzler Nehammer: An der Seite Serbiens als Brückenbauer in die Europäische Union hinein stehen

Zu Beginn seiner Reise in die Westbalkanregion traf Bundeskanzler Karl Nehammer am 17. März mit der Ministerpräsidentin von Serbien, Ana Brnabić, zusammen. „Wir können die Westbalkanstaaten nicht jemand anders überlassen. Eine Beschleunigung des EU-Beitrittsprozesses dieser Region wäre wegen einer zu befürchtenden Destabilisierung des Westbalkan durch Rußland wichtig“, betonte der österreichische Regierungschef im Rahmen seiner Unterredung in Belgrad. Dabei sei es auch von Bedeutung, daß die EU bei den Beitrittsverhandlungen ihre Hausaufgaben erledige. „Aus unserer Sicht ist es wichtig, daß wir an der Seite Serbiens als Brückenbauer in die Europäische Union hinein stehen. Denn dieses Land ist ein wichtiger geostrategischer und geopolitischer Partner. Ich bin auch zuversichtlich, daß nun die Vorbehalte innerhalb der EU gegen eine Erweiterung kleiner geworden sind“, so Nehammer. Es gebe eine andere Stimmung in der Europäischen Union. Perspektiven für einen Beitritt seien wichtig, damit die Staaten nicht in anderen Einflusssphären landen.

Der Bundeskanzler äußerte sich auch zur Tatsache, daß sich Serbien nicht an den Sanktionen gegen Russland beteiligt: „Das Land ist selbst von Sanktionen gekennzeichnet und die Wirtschaft wächst erst langsam.“ Daher seien Maßnahmen, die Serbien zu-

Österreich, Europa und die Welt

sätzlich beschränken würden, einfach nicht durchführbar. „Als wichtiger Handelspartner Österreichs werden die Sanktionen zudem automatisch mitgetragen“, erläuterte Nehammer abschließend.

Vor der Weiterreise nach Bosnien-Herzegowina und in den Kosovo standen in Belgrad noch Gespräche mit Präsident Aleksandar Vučić, Innenminister Aleksandar Vulin und dem serbisch-orthodoxen Patriarchen Porfirije auf dem Programm.

Bosnische Bevölkerung nicht allein lassen

Am zweiten Tag seiner Reise in den Westbalkan traf Bundeskanzler Nehammer mit dem Regierungschef von Bosnien-Herzegowina, Zoran Tegeltija, zusammen. „Europa hat das größte Interesse daran, daß die Menschen in Bosnien-Herzegowina in Frieden und Sicherheit leben können. Wir werden sie in diesem Prozeß auf keinem Fall allein lassen. Von den Beitrittsverhandlungen mit der EU erwarte ich mir Ehrlichkeit und neuen Schwung“, betonte der österreichische Regierungschef in Sarajewo und verwies auf die europäische Präsenz in Bosnien in Form der EUFOR (*European Union Force, Ann.*). „Es geht auch darum zu überlegen, wie die Folgen des Krieges bewältigt werden können. Sind wir stabil, haben wir auch eine Perspektive für eine Stabilität des Westbalkan“, so der Bundeskanzler.

„Im Zuge des EU-Beitrittsprozesses müssen wir klar und ehrlich miteinander kommunizieren. Dabei brauchen wir einen klaren Ansprechpartner, eine Stimme, die uns gegenüber auftritt und die die Interessen von Bosnien-Herzegowina vertritt. Gleichzeitig darf die EU die Staaten des Westbalkan nicht mit Kriterien überfordern. Zur Beschleunigung dieser Prozesse möchte ich Verbündete innerhalb der EU suchen, wobei Deutschland bereits ein wichtiger Partner ist“, erläuterte Nehammer. „Bosnien-Herzegowina weiß Österreich als Freund an seiner Seite, der eine Brücke Richtung Europäische Union bauen wird“, sagte der Bundeskanzler abschließend. In Sarajewo stand unter anderem auch ein Treffen mit dem dreiköpfigen bosnischen Staatspräsidium und dem Minister für Sicherheit auf dem Programm.

Zum Abschluß des Aufenthalts am Westbalkan waren noch Unterredungen im Kosovo vorgesehen, unter anderem mit Ministerpräsident Albin Kurti und Präsidentin Vjosa Osmani-Sadriu. Vor dem Rückflug nach Wien war noch ein Besuch bei den österreichischen KFOR-Truppen geplant.

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>



Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 17. März reiste Bundeskanzler Karl Nehammer zu einem Arbeitsbesuch nach Belgrad und wurde von Premierministerin Ana Brnabić mit militärischen Ehren empfangen



Foto: BKA / Dragan Tatic

... bei seinem Besuch beim Ministerpräsidentem von Bosnien und Herzegowina, Zoran Tegeltija



Foto: BKA / Dragan Tatic

... und bei der Präsidentin der Republik Kosovo, Vjosa Osmani-Sadriu

Aus dem Außenministerium

Präsentation des OECD-Wirtschaftsberichts für Österreich 2021



Foto: BMEIA / Michael Gruber

Pressekonferenz anlässlich der Präsentation des *Economic Survey Länderbericht zu Österreich der OECD (v.l.)*: die Ministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Margarete Schramböck, der Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Mathias Cormann, Außenminister Alexander Schallenberg und Finanzminister Magnus Brunner

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 20. Dezember den Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Mathias Cormann. Im Rahmen seines Besuchs präsentierte Cormann bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Außenminister Alexander Schallenberg, Finanzminister Magnus Brunner und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck den neuen OECD-Wirtschaftsbericht für Österreich.

Zusammenfassung der Wirtschaftsprognose

Die österreichische Wirtschaft erholt sich gut von der Coronakrise – dank entschlossener staatlicher Maßnahmen. Der Arbeits- und Fachkräftemangel hält jedoch an. Die Politik sollte sich jetzt darauf konzentrieren, die Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen zu erhöhen, die öffentlichen Finanzen anzupassen, sobald die Erholung sich selbst trägt, und den Übergang zu einer grüneren und digitalisierten Wirtschaft zu beschleunigen.

Der aktuelle OECD-Wirtschaftsbericht für Österreich empfiehlt, Wirtschaftsbranchen, die noch unter der Pandemie leiden, weiter zu unterstützen, darunter den Tourismus und das Gastgewerbe. Die Ausgaben sollten allerdings priorisiert und überprüft werden, um fiskalischen Spielraum für neue

Investitionen zu schaffen und den durch die Bevölkerungsalterung entstehenden Druck auf die öffentlichen Finanzen zu bewältigen. Die Mittel des EU-Wiederaufbaufonds sollten so investiert werden, daß sie die Unternehmensdynamik stärken und das Produktivitätswachstum steigern. Um die Krise zu überwinden, ist außerdem eine Reallokation von Arbeitskräften und Kapital in stärker digitalisierte und weniger CO₂-intensive Tätigkeiten nötig.

„Österreichs entschlossene und effektive Antwort auf die Pandemie hat die negativen Folgen für Einkommen und Arbeitsplätze gut abgefedert. Sobald die derzeitige Pandemiewelle überstanden ist, wird die Konjunktur in Österreich wieder dauerhaft anziehen“, sagte OECD-Generalsekretär Mathias Cormann bei der Präsentation in Wien. „Es ist jedoch entscheidend, den Arbeits- und Fachkräftemangel abzubauen, den Übergang zur Klimaneutralität zu beschleunigen und die Ausgaben langfristig unter Kontrolle zu halten“, so Cormann weiter.

Nach dem schweren Konjunkturreinbruch in 2020 und dem über Erwartungen kräftigen Aufschwung in den ersten drei Quartalen von 2021 wird der dreiwöchige Lockdown von November bis Dezember 2021 das Wachstum vorübergehend schwächen. Der Bericht geht jedoch davon aus, daß das BIP-

Wachstum 2022 wieder anzieht, weil die Störungen bei internationalen Lieferketten allmählich abnehmen und der Tourismus zurückkehrt.

Österreich konnte der Pandemie auf Basis eines hohen Lebensstandards und gut funktionierenden Gesundheitssystems, robuster öffentlicher Finanzen, niedriger Arbeitslosigkeit und eines starken sozialen Sicherungsnetzes begegnen. Die schnelle und entschlossene staatliche Unterstützung hat Arbeitsplätze und Investitionen gesichert. Allerdings hat Österreich eine höhere Staatsschuldenquote als vergleichbare Länder, das Produktivitätswachstum hat sich in den letzten Jahren verlangsamt und die Unternehmensdynamik ist schwach. Der Wirtschaftsbericht empfiehlt den Ausbau schneller Internetverbindungen und den Abbau von Wettbewerbshindernissen. Finanzierungsmöglichkeiten für Start-ups sollten ausgeweitet und kleine und mittlere Unternehmen bei der Einführung fortgeschrittener digitaler Technologien unterstützt werden.

Trotz eines hohen Anteils erneuerbarer Energien ist es Österreich nicht gelungen, die CO₂-Intensität seiner Wirtschaft zu senken. Die Studie begrüßt die für 2022 geplante Einführung einer CO₂-Bepreisung. Auf Basis der derzeitigen Politik ist das ehrgeizige österreichische Ziel der CO₂-Neutralität

Österreich, Europa und die Welt

bis 2040 jedoch schwer zu erreichen. Die Emissionsminderung muß in allen Sektoren beschleunigt werden, insbesondere beim Verkehr, bei Gebäuden und in der Industrie. Dafür braucht es neue staatliche Vorgaben, höhere und stärker harmonisierte CO₂-Preise für die verschiedenen Nutzungsarten und Sektoren sowie höhere Forschungsinvestitionen in emissionsparende Innovationen.

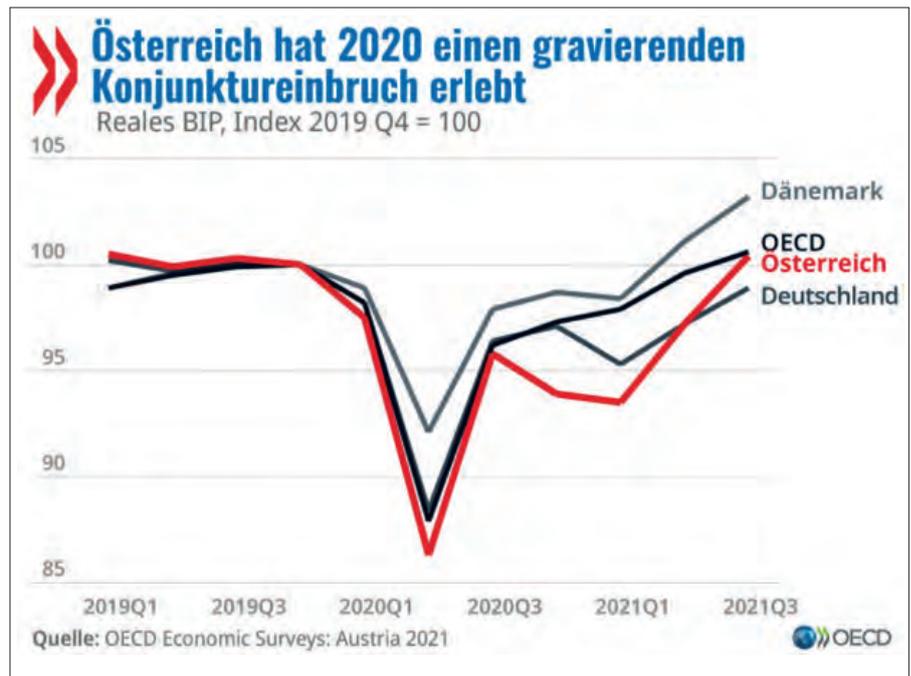
Der wirtschaftliche Aufschwung hat in einigen Sektoren, insbesondere im Gastgewerbe, zu Arbeitskräfteengpässen geführt. Das beeinträchtigt die Erholung der Unternehmen. Viele zugewanderte Arbeitskräfte sind während der Pandemie in ihre Heimatländer zurückgekehrt, was den Arbeitskräftemangel verstärkt hat. Das gilt insbesondere für die Tourismusbranche, in der normalerweise zu 40 Prozent Menschen arbeiten, die im Ausland geboren wurden. Österreich sollte für eine bessere Integration von Frauen, MigrantInnen und älteren Menschen auf dem Arbeitsmarkt sorgen – vor allem, weil die Erwerbsbevölkerung durch die demografische Alterung schrumpfen wird. Ein besseres Kinderbetreuungsangebot, insbesondere in ländlichen Regionen, würde Müttern die Rückkehr ins Erwerbsleben erleichtern. Ungleichgewichte zwischen den auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten und angebotenen Qualifikationen sind ein weiteres Problem für den Aufschwung. Es ist deshalb entscheidend, daß Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose Weiterbildung erhalten. Außerdem sollte die geographische Mobilität der Arbeitskräfte gefördert werden.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die heimische Wirtschaft fanden im Länderbericht ausführlich Erwähnung. Der aktuelle OECD-Wirtschaftsbericht für Österreich empfiehlt, Wirtschaftsbranchen, die noch unter der Pandemie leiden, weiter zu unterstützen, darunter den Tourismus und das Gastgewerbe. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung wurden vom Generalsekretär der OECD positiv gewertet.

„Österreichs entschlossene und effektive Antwort auf die Pandemie hat die negativen Folgen für Einkommen und Arbeitsplätze gut abgefedert. Sobald die derzeitige Pandemiewelle überstanden ist, wird die Konjunktur in Österreich wieder dauerhaft anziehen“, sagte der OECD-Generalsekretär.

Schallenberg: Österreich kann sich sehen lassen

„Österreich kann sich im Vergleich sehen lassen: Das Kurzarbeitsmodell wird im Bericht als wichtiges die Gesellschaft stabi-



lisierendes wirtschaftspolitisches Instrument bewertet“, sagte der Außenminister. Die Anzahl der Krankenhausbetten und Intensivstationen sei eine der höchsten in der EU, der OECD und sogar weltweit. Zwei Aspekte, die sicherlich wesentlich zur Bewältigung der Pandemie beitragen und auch beitragen würden. Die Bedeutung von Umwelt- und Klimathemen zeige sich auch im Bericht, denen ein eigenes Kapitel gewidmet sei. „Die Pläne zur schrittweisen Einführung von Kohlenstoffpreisen ab 2022 wurde von der OECD positiv hervorgehoben. Lob ernten wir richtigerweise immer auch für das österreichische Modell der dualen Berufsausbildung, eine wichtige Rolle in der Phase des Übergangs von Schule ins Berufsleben, und den Start in ihr Erwachsenenleben erleichtert und unterstützt. Die Jugendarbeitslosigkeit ist eine der geringsten weltweit!“, so Schallenberg.

Als kleine und offene Volkswirtschaft sei Österreich in einem hohen Ausmaß auf einen ständigen Dialog mit der internationalen Gemeinschaft in Wirtschaft und Handel angewiesen. Die auf seinen Vorschlag ins Leben gerufene, und von der Bundesregierung angenommene Unternehmens-Initiative „ReFocus Austria“ versuche, genau diese Besonderheit zum Vorteil unseres Landes zu nutzen, um den Wirtschaftsstandort Österreich zu fördern und gestärkt aus der Krise hervorzugehen. In dieser Hinsicht seien multilaterale Plattformen des Dialogs und des Austauschs von Best-Practice-Beispielen, wie jene der OECD, essentiell. „Auch angesichts der zahlreichen Herausforderungen,

mit denen unsere Gesellschaften heute konfrontiert sind – sei es der Klimakrise, Covid-19, die demografischen Herausforderungen oder die digitale Transformation, ist die Notwendigkeit eines multilateralen Dialogs von entscheidender Bedeutung“, so der Außenminister. „Zahlreich sind die Initiativen der OECD, die für uns interessant und in denen sich Österreich einbringen will und seinen Beitrag leisten wird. Um nur einige zu nennen: Die Anpassung des internationalen Steuerrechts auf zeitgemäße Anforderungen wurde uns auch im Rahmen von der zwei Säulen von BEPS („Base erosion and profit shifting“) deutlich vor Augen geführt. Im Mai 2019 wurden von den OECD-Mitgliedsstaaten die OECD-Leitsätze für Künstliche Intelligenz die auch Menschenrechten und demokratischen Werten einen zentralen Stellenwert einräumen, angenommen. Zentralen Stellenwert für Österreich nehmen die Arbeiten der OECD im Rahmen des Regionalprogramms in Südosteuropa ein, mit der die Region näher an internationale Standards herangeführt werden kann. Besonders erwähnen möchte ich die Studie die wir in Zusammenarbeit mit dem OECD Sekretariat zum Thema Brain-Drain in der Region ausarbeiten.“

Österreich erwarte sich von der OECD in Zukunft, daß sie ihre Bemühungen um den Klimaschutz verstärke und „uns in den Anstrengungen, auch bei der Stärkung der Resilienzen in unserer Gesellschaft unterstützt. Österreich hat sich das sehr ehrgeizige Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2040 netto null Treibhausgasemissionen zu erreichen. Die Arbeit der OECD im Bereich Steuern und

Österreich, Europa und die Welt

Umwelt wird hier und bei der Umsetzung der ökosozialen Steuerreform sicherlich hilfreich sein“, erklärte Schallenberg.

Die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich nach der Pandemie ist auch für das Außenministerium eine wichtige Aufgabe. Mit der Wirtschaftsinitiative ReFocus Austria präsentieren die über 100 österreichischen Vertretungsbehörden weltweit heimische Unternehmen sowie den Wirtschaftsstandort Österreich.

Finanzminister Magnus Brunner ergänzte: „Die österreichische Wirtschaft erholt sich schneller als erwartet von der Pandemie. Das zeigen sowohl die Zahlen der OECD als auch die unserer Wirtschaftsforscher. Wir haben in vielen Sektoren bereits wieder das Vorkrisenniveau erreicht.“

Da die Corona-Pandemie das größte Hindernis für wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist, durfte auch ein Appell sich impfen zu lassen nicht fehlen.

„Wichtig ist jetzt, die Impfungen nach oben zu treiben. Mit der Boosterimpfung können wir den Standort und Arbeitsplätze sichern“, betonte Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck.

Der alle zwei Jahre erscheinende Wirtschaftsbericht der OECD befaßt sich mit aktuellen Entwicklungen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt der OECD-Mitgliedsstaaten. Darüber hinaus beleuchtet er auch weitere aktuelle Themen wie Digitalisierung, Klimaneutralität, Pensionen, Arbeitsmarkt, die Gleichstellung zwischen Mann und Frau und Tourismus. ■

<https://www.oecd.org/>

Prag: »Nachbarn wichtigste Partner bei der Pandemiebekämpfung«

Seine letzte Reise im alten Jahr führte den Außenminister am 30. Dezember ins benachbarte Tschechien zu seinem neuen Amtskollegen Jan Lipavský in Prag, wo er als erster ausländischer Gast empfangen wurde. Das sei Ausdruck der sehr guten Beziehungen und engen Bande zwischen Österreich und Tschechien zugleich. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die gemeinsame Covid-19 Bekämpfung und die Eindämmung der neuen Omikron Variante: „Das Frühjahr 2020 darf sich unter keinen Umständen wiederholen. Die Grenzen müssen offengehalten werden, damit nicht die Wirtschaft sowie zehntausende Pendlerinnen und Pendler bei ihren Fahrten zur Arbeit beeinträchtigt werden – sie sind für uns lebensnotwendig“, Schallenberg. Die Zusammenar-



Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (r.) und OECD-Generalsekretär Mathias Cormann bei der Pressekonferenz zum Economic Survey Länderberichts für Österreich in Wien

beit mit den Nachbarstaaten sei in der Pandemiebekämpfung besonders wichtig.

Neben Covid-19 wurde auch die anstehende EU-Ratspräsidentschaft von Tschechien im zweiten Halbjahr 2022 besprochen.

„Wir setzen große Erwartungen in den tschechischen EU-Vorsitz. Prag ist ein Partner, auf den wir uns verlassen können, da bietet sich eine Zusammenarbeit bei Themen wie Westbalkan, Migration und dem Schutz der EU-Außengrenzen an“, so Österreichs Außenminister.

Während bei den meisten Themen Einigkeit bestand, dienten die bilateralen Gespräche auch dazu, offene Fragen zur Atomenergie zu klären. So sprach Schallenberg einen

geplanten neuen Reaktor im Kernkraftwerk Dukovany, etwa 100 Kilometer nördlich von Wien, eine Laufzeitverlängerung von Temelín sowie die Identifizierung von Orten für die Endlagerung von Atommüll an, über die die österreichische Bevölkerung sehr besorgt ist.

„Wir pflegen mit Tschechien eine großartige Nachbarschaft und Freundschaft, aber beim Thema Atomkraft sind wir uns konstant uneinig. Atomkraft ist und bleibt für Österreich eine tickende Zeitbombe. Allerdings sind wir Tschechien sehr dankbar für den offenen Informationsaustausch und die gute Gesprächsbasis“, so Schallenberg abschließend. ■



Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem tschechischen Amtskollegen Jan Lipavsky

Österreich, Europa und die Welt

Erste Auslandsreise 2022 führte Schallenberg in den Libanon

Vom 10. bis 12. Jänner reiste Außenminister Alexander Schallenberg für einen dreitägigen Arbeitsbesuch in den Libanon. Neben Treffen mit dem libanesischen Präsidenten Michel Aoun, Parlamentspräsidenten Nabih Berri, Premierminister Najib Mikati und einem Arbeitsgespräch mit Außenminister Abdallah Bou Habib standen Besuche des österreichischen UN Blauhelme-Kontingents sowie von Projekten der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit auf dem Programm.

Daß seine erste Auslandsreise ausgerechnet in den Libanon führt, unterstreicht die außenpolitische Bedeutung des Landes für Österreich: „Die Entwicklung im Libanon hat ein unglaubliches Sprengpotential über die Landesgrenzen hinaus – das Land befindet sich in einer Abwärtsspirale, die sich immer weiter beschleunigt. Wenn die derzeitige Entwicklung weitergeht, könnte der Libanon irgendwann von einem Staat mit einer Terrororganisation zu einer Terrororganisation mit einem Staat werden“, sagte Schallenberg mit Blick auf die bewaffnete, proiranische Schiitenmiliz Hisbollah.

Gleich zu Beginn seiner Reise besuchte er im Camp Naqoura im Südlibanon die österreichischen SoldatInnen bei der Friedensmission der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL). Mit rund 180 BundesheersoldatInnen stellen sie das größte Truppenkontingent Österreichs bei UN-Friedenseinsätzen weltweit und leisten so einen maßgeblichen Einsatz für Frieden und Sicherheit im Nahen Osten.

Bereits seit 2011 beteiligt sich Österreich an der UNIFIL-Mission, die seit 1978 den Waffenstillstand im israelisch-libanesischen Grenzgebiet überwacht und Waffenlieferungen an die Hisbollah unterbinden soll.

Am zweiten Tag setzte Schallenberg seinen Reise mit dem Besuch einer von der Caritas betriebenen Schule in Zahle sowie des Flüchtlingscamps Haouch er-Refqah in Baalbek fort. Dort unterstützt das Österreichische Rote Kreuz syrische Flüchtlinge und Aufnahmegemeinden mit Geldern der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Wasser- und Siedlungshygiene.

„Der Libanon hat unter schwierigsten Bedingungen eine große Zahl an Flüchtlingen aus Syrien aufgenommen. Österreich wird den Libanon auch weiter bei dieser Mammutaufgabe unterstützen“, so der Außenminister. 2021 habe man 5 Mio. Euro an huma-



Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit dem libanesischen Präsidenten Michel Aoun ...



Foto: BMEIA / Michael Gruber

... und seinem libanesischen Amtskollegen Abdallah Bou Habib

nitärer Hilfe geleistet, dieses Jahr wolle man ähnlich viel Geld in die Hand nehmen. Die verheerende Explosion im Hafen von Beirut und die seit zwei Jahren andauernde prekäre Wirtschaftssituation haben das Land in eine tiefe Krise gerissen – fast drei Viertel der libanesischen Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze.

Im Fokus der am 12. Jänner stattgefundenen Gespräche von Außenminister Schallenberg mit seinem Amtskollegen Bou Habib und der libanesischen Staats- und Regierungsspitze standen daher die dringend nöti-

gen Reformen im Land. Seit Oktober 2021 ist die libanesische Regierung nicht mehr zusammengetreten.

„Es besteht kein Zweifel, daß es der libanesischen Führung obliegt, den Boden so aufzubereiten, damit unsere Unterstützung gedeihen und Früchte tragen kann. Diese Verantwortung lastet auf den Schultern der Regierung, aller politischer Parteien und ebenso der wirtschaftlichen Eliten“, der Außenminister, der in enger Abstimmung mit der EU er auf die Aufhebung der Totalblockade der Regierungsgeschäfte hinwirken wird. ■

Österreich, Europa und die Welt

Schallenberg und Yair Lapid besuchen KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages am 27. Jänner besuchte Außenminister Alexander Schallenberg gemeinsam mit seinem israelischen Amtskollegen Yair Lapid die KZ-Gedenkstätte Mauthausen.

Die hochrangige israelische Delegation wurde von Bundeskanzler Karl Nehammer, Außenminister Alexander Schallenberg, Innenminister Gerhard Karner, Landeshauptmann Thomas Stelzer sowie Oskar Deutsch, Präsident der israelitischen Kultusgemeinde, begleitet. Barbara Glück, Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, führte die Delegation zunächst zum jüdischen Denkmal, dann weiter zum Sarkophag am ehemaligen Appellplatz. Dieses Denkmal trägt die Inschrift: „Aus der Toten Geschick mögen die Lebenden lernen“. Anschließend entzündete Yair Lapid im Raum der Namen eine Kerze in persönlicher Erinnerung an seinen Großvater.

Für Außenminister Yair Lapid war es Arbeitsbesuch und zutiefst persönliches Gedenken zugleich: In seiner sehr bewegenden Gedenkrede erzählte er betroffen, wie sein Großvater Bela Lampel von den Nationalsozialisten abgeholt und 1945, kurz vor der Befreiung des KZ-Mauthausen, im Nebenlager Ebensee ermordet worden ist. Seine Familie sollte ihn nie wiedersehen. „Ich stehe heute an diesem Ort stellvertretend für meinen Großvater. Ruhe in Frieden, geliebter Großvater.“

Im Gedenken an Bela Lampel und die mindestens 90.000 Opfer des NS-Regimes, die in Mauthausen und seinen Nebenlagern ihr Leben ließen, legten die Regierungsvertreter gemeinsam mit ihrem israelischen Gast Kränze am zentralen Denkmal der Gedenkstätte, dem Sarkophag am Appellplatz, nieder. Bundeskanzler Karl Nehammer versicherte: „Österreich und Israel werden Seite an Seite stehen, nicht nur heute, sondern auch in Zukunft.“

„Es ist ein besonderer und für mich persönlich sehr berührender Moment. Am Internationalen Holocaust-Gedenktag hier Seite an Seite zu stehen, ist ein starkes Zeichen dafür, daß wir gemeinsam in die Zukunft blicken, ohne die Vergangenheit zu vergessen“, so Außenminister Schallenberg. Gleichzeitig mahnte er Österreichs vollumfängliche historische Verantwortung für die NS-Gräueltaten ein: „Viel zu lange hat sich Österreich nur als Opfer des Nationalsozialismus gesehen. Wir haben uns gescheut, unsere



Foto: BMEIA / Michael Gruber

v.l.: Bundeskanzler Karl Nehammer, der israelische Außenminister und Vizepremier Yair Lapid und Außenminister Alexander Schallenberg beim Besuch des KZ-Mauthausen



Foto: BMEIA / Michael Gruber

Der israelische Außenminister und Vizepremier Yair Lapid bei seinem Eintrag ins Gästebuch des KZ-Mauthausen

historische Verantwortung anzuerkennen. Heute nehmen wir diese Verantwortung vollumfänglich wahr. Unsere Verantwortung bezieht sich dabei beileibe nicht bloß auf die Vergangenheit. Sie bedeutet entschlossenes und konsequentes Handeln gegen jede Form von Antisemitismus – jetzt und in der Zukunft.“

Dazu gehört auch das besondere Verhältnis zum Staat Israel und zu seiner Sicherheit: „Nur wenn Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt in Sicherheit und Freiheit leben können, kann aus einem ‚niemals vergessen‘ wirklich ein ‚niemals wieder‘ werden“, so der Außenminister.

Barbara Glück, Direktorin des Mauthausen Memorial, dankte Außenminister Yair Lapid für seinen Besuch und für das Teilen seiner ganz persönlichen Familiengeschichte: „Ich verspreche Ihnen, wir werden die Erinnerung an Ihren Großvater bewahren und seine Geschichte weitererzählen.“

190.000 Menschen wurden zwischen 1938 und 1945 aus 40 unterschiedlichen Ländern in das KZ-Mauthausen und seine Nebenlager deportiert. Die Hälfte, rund 90.000 Menschen, wurden ermordet. Am 5. Mai 1945 wurde das KZ Mauthausen von US-amerikanischen Truppen befreit. ■

<https://www.mauthausen-memorial.org/>

Österreich, Europa und die Welt

Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit mit Armenien

Am 2. und 3. Februar reiste Außenminister Alexander Schallenberg in Begleitung einer österreichischen Wirtschaftsdelegation nach Armenien. Neben Treffen mit Premierminister Nikol Pashinyan und Außenminister Ararat Mirzoyan standen Besuche eines landwirtschaftlichen Projekts der Austrian Development Agency (ADA) sowie eines von einem österreichischen Unternehmen ausgestatteten Stahlwerks auf dem Programm. Zudem eröffnete der Außenminister gemeinsam mit seinem armenischen Amtskollegen ein bereits seit dem Vorjahr aktives Kooperationsbüro der ADA in Jerewan.

Bereits vergangenes Jahr war Außenminister Schallenberg im Rahmen einer EU-Mission in Jerewan anlässlich des Bergkarabach-Konflikts vor Ort. Diesmal stand sein Besuch ganz im Zeichen der Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Armenien, besonders in den Bereichen Wirtschaft und Entwicklung.

„Wir hatten damals eine geeinte, klare Botschaft: die volle Unterstützung Österreichs und der Europäischen Union für eine friedliche, stabile und prosperierende Südkaukasusregion. Österreich und Armenien verbindet eine enge Freundschaft. Und eine kulturelle Affinität. Mein Besuch unterstreicht unseren starken Wunsch nach einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit“, so Schallenberg, der bereits zu Beginn seiner Reise seinen armenischen Amtskollegen Ararat Mirzoyan traf. Gemeinsam erörterten sie einerseits die aktuelle russische Drohkulisse entlang der ukrainischen Grenze, zum anderen die laufenden Bemühungen zur Entspannung des Konflikts zwischen Armenien und Aserbaidschan.

„In den Augen von uns Mitteleuropäern mag die Situation im Südkaukasus wohl sehr abstrakt sein, er erscheint den meisten von uns sehr fern. Das Gegenteil ist der Fall: Es ist in unserem ureigenen Interesse, hier zu Stabilität und Sicherheit beizutragen. Ansonsten werden Destabilität und Unsicherheit nach Europa importiert“, warnte Schallenberg.

Anschließend besuchte er gemeinsam mit dem Direktor der Austrian Development Agency, Botschafter Friedrich Stift, ein von dieser gefördertes landwirtschaftliches Projekt in Byurakan, 35 Kilometer von Jerewan entfernt. Seit 2011 ist Armenien ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA). „Der Schwerpunkt unserer Zusammenarbeit liegt auf der



Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg eröffnete mit seinem armenischen Amtskollegen Ararat Mirsojan das Koordinationsbüro der Austrian Development Agency, kurz ADA, in Jerewan...



Foto: BMEIA / Michael Gruber

... und legte mit seinem armenischen Amtskollegen Ararat Mirsojan einen Kranz am Genozid-Denkmal in Jerewan nieder.

nachhaltigen ländlichen Entwicklung und der Schaffung von Arbeitsplätzen und Perspektiven, insbesondere für die Jugend“, betonte der Außenminister. Gleichzeitig sei für ihn Eröffnung des Kooperationsbüros der ADA in Jerewan ein „sehr sichtbares und konkretes Zeichen für das anhaltende österreichische Engagement.“

Zum Abschluß seiner Reise eröffnete der Außenminister im Rahmen der österreichischen Wirtschaftsinitiative „ReFocus Austria“ gemeinsam mit dem armenischen Außenminister Mirzoyan das österreichische Wirtschaftsforum. Dieses bietet VertreterInnen von fast 20 österreichische Unternehmen, des österreichischen Wirtschaftsministeriums und der österreichischen Wirtschaftskammer die

Möglichkeit, Gespräche mit armenischen Partnern zu führen und Kooperationsmöglichkeiten auszuloten.

Der Außenminister wurde von einer großen Wirtschaftsdelegation begleitet und setzte sich im Rahmen des österreichisch-armenischen Wirtschaftsforums für Interessen österreichischer Wirtschaftstreiber in der Region ein.

„Fast 20 österreichische Unternehmen, Vertreterinnen und Vertreter des Wirtschaftsministeriums und der Wirtschaftskammer haben mich nach Armenien begleitet. Das unterstreicht unseren Wunsch und das Interesse nach einer starken wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Mit ReFocus Austria ist es unser Ziel, nach der Covid-19 Pandemie ge-

Österreich, Europa und die Welt

meinsam durchzustarten, unsere Wirtschaft anzukurbeln und als Türöffner zu fungieren“, so Schallenberg bei der Eröffnung des bilateralen Wirtschaftsforums.

In der Wirtschaftsdelegation waren österreichische Unternehmen vertreten, die die Kernkompetenzen der heimischen Wirtschaft repräsentieren – darunter Digitalisierung, erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Umwelttechnik. Mit der Reise war es den Unternehmen möglich, ihre starken wirtschaftlichen Interessen in der Region zu bekräftigen. Auch Doppelmayr, Österreichs Weltmarktführer im Seilbahnbau, war mit dabei und soll noch in diesem Jahr im Rahmen der Erschließung eines neuen Skigebiets in der armenischen Aragotson Region eine Skiliftanlage konstruieren.

Ein weiterer Programmpunkt auf der Reise war der Besuch des ersten und bisher einzigen Stahlwerks in Charentsavan, außerhalb der armenischen Hauptstadt Jerewan, das seit 2013 in Betrieb ist und von Primateals Technologies Austria ausgestattet wurde. Das österreichische Unternehmen bietet Metallherzeugern moderne, individuell angepasste Anlagenausstattung und Services sowie ökologische Lösungen für eine noch umweltverträglichere Stahlproduktion.

Kooperation zwischen Außenministerium und Österreich Werbung

Anfang Februar unterzeichneten Außenminister Alexander Schallenberg und die Geschäftsführerin der Österreich Werbung, Lisa Weddig, gemeinsam mit Tourismusministerin Elisabeth Köstinger und Wirtschaftskammer-Generalsekretärin Mariana Kühnel eine Kooperationsvereinbarung, durch die das Außenministerium und die Österreich Werbung künftig noch näher zusammenrücken. Dieser „Österreich Haus“-Charakter soll zur Steigerung der Sichtbarkeit und Bekanntheit Österreichs im Ausland beitragen – mit positiven Auswirkungen auf Österreichs Volkswirtschaft und Bevölkerung.

„Als schlagkräftiges ‚Team Austria‘ bündeln wir unsere Ressourcen im Interesse des heimischen Tourismus. Die Herausforderungen der Pandemie haben uns erneut klar gezeigt, wie wichtig es ist, international auf ein starkes, breit aufgestelltes rot-weiß-rotes Netzwerk zurückgreifen zu können. Damit setzen wir uns im Ausland bestmöglich für unser Land ein und sichern so nachhaltig Standort, Wohlstand und Arbeitsplätze im Inland“, so der Außenminister.

Tourismusministerin Elisabeth Köstinger sagte: „Sobald Reisen wieder uneinge-



Foto: BMEIA / Michael Gruber

Abschließend besichtigte der Außenminister ein Stahlwerk in Armenien, welches von Primateals Technologies Austria ausgestattet wurde.



Foto: BMEIA / Michael Gruber

v.l.: Wirtschaftskammer-Generalsekretärin Mariana Kühnel, Geschäftsführerin der Österreich Werbung Lisa Weddig, Außenminister Alexander Schallenberg und Tourismusministerin Elisabeth Köstinger nach der Unterzeichnung der Kooperation

schränkt möglich ist, steigt der Konkurrenzkampf um jeden einzelnen Gast. Umso wichtiger ist es, daß wir Österreich als Tourismusstandort im Ausland bestmöglich präsentieren und auch auf neuen Märkten etablieren. Durch die künftige verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Außenministerium, der Wirtschaftskammer Österreich und der Österreich Werbung wird uns das noch besser gelingen. Der heimische Tourismus erwirtschaftet Wertschöpfung für unsere Regionen und schafft tausende Arbeitsplätze. Indem wir Synergien heben, können wir das beste Ergebnis für unser Land erreichen.“

Durch die Vereinbarung wird die enge Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und der Österreich Wer-

bung bzw. deren Vereinsträgern – dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus und der Wirtschaftskammer Österreich – weiter intensiviert. Konkret bedeutet das die Nutzung gemeinsamer Veranstaltungen, gemeinsamer Auftritte und gemeinsamer Netzwerke, um neue Märkte zu erschließen, zusätzliche Gäste anzuwerben und neue Perspektiven für Österreichs Wirtschaft und Fremdenverkehr zu schaffen.

„Im Zentrum unseres Tuns steht, die Interessen des Tourismusstandortes Österreich im Ausland zu verfolgen, die Bedürfnisse unserer Gäste zu kennen und sie für Urlaub in Österreich zu begeistern. Die Marke ‚Urlaub in Österreich‘ genießt Dank des heimischen Angebots international einen her-

Österreich, Europa und die Welt

vorragenden Ruf. Unsere neue Zusammenarbeit als ‚Team Austria‘ mit der Wirtschaftskammer Österreich und dem Außenministerium stellt sicher, daß die besten Köpfe Österreichs Interessen im Ausland mit höchster Kompetenz und Innovationskraft vertreten. Ich freue mich über diese Kooperation, aus der neues Potential entstehen wird. Dieses werden wir zum Nutzen der österreichischen Tourismusbranche mit voller Kraft verwirklichen“, sagte die Geschäftsführerin der Österreich Werbung, Lisa Weddig.

Die österreichische Tourismuswirtschaft, die unter der Pandemie besonders leidet, kann damit auf schlagkräftige, eng verbundene und bestens vernetzte Partner im Ausland zählen. Im koordinierten Zusammenspiel der österreichischen Vertretungsbehörden mit den Außenwirtschaftszentren der Wirtschaftskammer Österreich und den Tourismusbüros der Österreich Werbung kann im Interesse der heimischen Wirtschaft und des Tourismus die Marke „Österreich“ und „Urlaub in Österreich“ weltweit weiter gestärkt und Österreich bei seinen ausländischen Gästen noch effektiver als attraktive Destination beworben werden.

„Wir freuen uns sehr über die heutige Vereinbarung, denn Synergien zu nutzen ist das Gebot der Stunde. In wirtschaftlich herausfordernden Zeiten können wir somit österreichischen Unternehmen weltweit noch effektiver als Partner zur Seite stehen und miteinander die Erfolgsgeschichte als Exportnation weiterschreiben“, betonte Mariana Kühnel, stv. Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), die auf die strategische Bedeutung der Zusammenarbeit verwies: „Gerade in der Restartphase des Tourismus ist es enorm wichtig, daß wir international alle Kräfte bündeln, um unsere Position als führende Tourismusdestination weltweit als ‚Team Austria‘ zu halten und weiter auszubauen.“

Bereits im September 2021 erfolgte der Startschuß für die Initiative „ReFocus Austria“, dem größten globalen Outreach zur Förderung des Wirtschaftsstandorts Österreich, mit dem die Bundesregierung die heimische Wirtschaft in Zeiten der Corona-Krise unterstützt. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Österreich, der Österreich Werbung und anderen Bundesministerien fanden an zahlreichen Botschaften und Generalkonsulaten weltweit bereits ca. 150 Veranstaltungen statt, bei denen u.a. auch die Tourismusdestination Österreich beworben wurde. ■

<https://www.austriatourism.com/>

Starkes Signal der zentral-europäischen Solidarität

Gemeinsam mit seinem tschechischen Amtskollegen Jan Lipavský und seinem slowakischen Amtskollegen Ivan Korčok reiste Außenminister Alexander Schallenberg vom 7. bis 8. Februar in die Ukraine. Die Außenminister des Slavkov-Formats besuchten an ihrem ersten Tag die Kontaktlinie zwischen ukrainischen Regierungstruppen und den von Rußland unterstützten Separatisten im ostukrainischen Konfliktgebiet Donbass. Am zweiten Tag der Reise traf das Außenminister-Trio in Kiew unter anderem für Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zusammen. Bilateral hat sich Schallenberg auch mit sei-

nem ukrainischen Amtskollegen Dmytro Kuleba sowie mit Vertretern der Krimtataren ausgetauscht.

„Wir erleben in der Ukraine eine massive militärische Anspannung. Ich glaube aber weiterhin, daß das Ende des diplomatischen Dialogs noch nicht erreicht ist“, sagt Außenminister Alexander Schallenberg, der mit der gemeinsamen Mission im Slavkov-Format ein starkes Signal der zentraleuropäischen Solidarität setzen möchte.

Bei einem Besuch des Checkpoints „Stanitsa Luhanska“, der den Übergang vom ukrainischen Staatsgebiet in die von rußlandfreundlichen Separatisten besetzte Region bei Luhansk kontrolliert, machen sich die drei Außenminister ein Bild von der humani-



Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg gemeinsam mit seinen Amtskollegen (v.l.) aus der Slowakei Ivan Korčok, aus Tschechien Jan Lipavsky und der Ukraine Dmytro Kuleba eine gemeinsame Pressekonferenz in Kiew...



Foto: BMEIA / Michael Gruber

... und traf den ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal zu einem Gespräch.

Österreich, Europa und die Welt

tären und militärischen Lage vor Ort. Zuletzt waren die prorussischen Separatisten sehr restriktiv, was das Überschreiten der Kontaktlinie betrifft.

„Es ist wohl nicht im Interesse der prorussischen Separatisten, daß die Menschen in den besetzten Gebieten sehen, was sich in den vergangenen Jahren für ein Entwicklungsunterschied zwischen der Ukraine und den besetzten Gebieten aufgetan hat“, so der Außenminister.

Bei seinen Treffen mit Präsident Wolodymyr Selenskyj und Außenminister Dmytro Kuleba hat Schallenberg betont, daß es für Österreich keinen Kompromiß bei der Souveränität der Ukraine geben dürfe. Österreich sei daher bereit, weitreichende Sanktionen mitzutragen, versicherte Schallenberg den Vertretern der ukrainischen Regierung.

„Auch wenn Österreich militärisch gesehen ein neutraler Staat ist, sind wir nicht neutral gegenüber Gewalt. Wenn es um die territoriale Integrität eines souveränen Staates geht, werden wir niemals schweigen, sondern immer entschieden dafür eintreten“, unterstreicht Außenminister Schallenberg.

Im Zuge der Reise kündigte Alexander Schallenberg auch an, daß der Ministerrat noch im Februar eine Auszahlung von 2,5 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds des Außenministeriums beschließen wird. Zur Bekämpfung der humanitären Krise in der Ukraine werden eine Million Euro für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) sowie 1,5 Millionen für österreichische NGOs vor Ort zur Verfügung gestellt.

Das Slavkov-Format ist ein informelles Kooperationsformat bestehend aus Österreich, Tschechien und der Slowakei. Die Drei-Länder-Gruppe wurde im Jänner 2015 in Slavkov (Tschechien) gegründet. ■

In Berlin: »Wir tragen gemeinsam Verantwortung in Europa«

Außenminister Alexander Schallenberg Areiste am 16. Februar zu einem ersten bilateralen Arbeitsgespräch mit seiner deutschen Amtskollegin Annalena Baerbock nach Berlin. Neben der angespannten Lage in der Ukraine standen dabei auch die enge Zusammenarbeit am Westbalkan sowie der Klimaschutz im Fokus. Im Rahmen des eintägigen Besuchs tauschte sich Schallenberg zudem mit dem früheren Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble, Verkehrsminister Volker Wissing, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, Michael Roth, sowie mit dem



Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem ukrainischen Amtskollegen Dmytro Kuleba

Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina, Christian Schmidt, aus.

„Uns verbindet unendlich viel. Menschlich, kulturell, wirtschaftlich. Deutschland ist nicht nur unser größter Nachbar, sondern auch der wesentlichste Wirtschaftspartner. Wir haben zum ersten Mal die 100-Milliarden-Euro-Schallmauer beim bilateralen Handelsvolumen überschritten – und das trotz Pandemie. Das zeigt wie wichtig wir wechselseitig füreinander sind. Und etwas was mir besonders am Herzen liegt: wir tragen gemeinsam Verantwortung in Europa“, unterstrich Schallenberg die enge Verbundenheit beider Länder und den gemeinsamen Versuch, europäische Einigkeit herzustellen.

Gerade in Hinblick auf die Lage in der Ostukraine gebe es einen „Paarlauf zwischen Österreich und Deutschland“.

„Der russische Präsident Putin hat es geschafft, einen einmaligen Konsens auf europäischer Ebene und in der freien Welt herzustellen. Wir werden daran weiterarbeiten, daß es dabei bleibt. Wir stehen für einen offenen, ernsthaften Dialog mit Moskau ein. Das war immer die Politik unserer beiden Länder. Aber es muß auch die andere Seite klar signalisieren, daß sie für einen Dialog bereit ist“, so der Außenminister.

Auf diesem Wege würdigte Außenminister Schallenberg die deutschen Dialogbemühungen. Jeder Kanal müsse genutzt wer-



Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg und seine deutsche Amtskollegin Annalena Baerbock

Österreich, Europa und die Welt

den, um eine kriegerische Auseinandersetzung zu verhindern.

Gleichzeitig betonte er aber auch, daß eine weitere Aggression gegen die Ukraine nicht tatenlos hingenommen und für diesen Fall auf EU-Ebene ein „sehr umfassendes und schmerzhaftes Sanktionspaket“ vorbereitet werde.

Die gemeinsame europäische Verantwortung beider Länder wird aber auch in anderen Bereichen gelebt, wie etwa am Westbalkan: „Der Westbalkan ist eine Region, wo Österreich mit Deutschland eng zusammenarbeitet und wo es die nächsten Konfliktlinien geben könnte. Wenn es eine Gegend gibt, wo Europa geeint auftreten muß, ist es dort. Der Westbalkan darf nie zu einem Spielfeld für andere, außereuropäische Akteure werden“, Schallenberg, der bei einem Treffen mit dem Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina, Christian Schmidt, die dortige aktuelle Lage erörterte.

Ein weiteres Thema, das Österreich und Deutschland verbindet, ist der Klimaschutz, insbesondere die Ablehnung gegenüber dem jüngsten Vorschlag der Europäischen Kommission, wonach auch Atomenergie in die Taxonomie aufgenommen werden soll.

„Das ist für uns inakzeptabel. Atomenergie kann unserer Ansicht niemals, auch nicht übergangsweise, eine „grüne“ Energieform sein. Kernkraft darf kein grünes Etikett bekommen. Wir werden alle Möglichkeiten gegen diesen Irrweg ausschöpfen. Wir sind bereit, auch alle erforderlichen rechtlichen Schritte einzuleiten. Wir würden uns freuen, wenn sich auch Deutschland solche Schritte überlegen würde und mit uns gemeinsam setzt“, betonte der Außenminister. ■

Schallenberg beim Rat der EU-Außenminister

Am 21. Februar reiste Außenminister Alexander Schallenberg zum Rat für auswärtige Beziehungen (RAB) nach Brüssel. Im Zentrum des Treffens der EU-Außenministerinnen und -Außenminister standen vor allem die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine-Krise sowie die aktuelle Lage in Bosnien-Herzegowina. Im Vorfeld ihrer Beratungen trafen Außenminister Schallenberg und seine EU-Amtskolleginnen und -Amtskollegen zudem mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba zusammen.

„Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn ein Land glaubt, es könne im 21. Jahrhundert Grenzen mit Gewalt verschieben. Die EU steht dieser Bedrohung vereint gegenüber – wir müssen alles in unserer Macht



Foto: BMEIA / Michael Gruber

Weiters traf Schallenberg den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses Michael Roth...



Foto: BMEIA / Michael Gruber

...den US-Chefverhandler des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), Rob Malley und



Foto: BMEIA / Michael Gruber

... den iranischen Chefverhandler des JCPOA, Vize-Außenminister Ali Bagheri Kani.

Österreich, Europa und die Welt

stehende tun, um einen Krieg in Europa zu vermeiden“, sagte Schallenberg.

Abseits der Situation in der Ukraine sind auch die aktuellen Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina „sehr besorgniserregend“ und erfordern eine „gemeinsame europäische Antwort“.

„Bosnien-Herzegowina liegt nahe an unserem Herzen und ist praktisch unser Nachbar. Die Einheit des Landes ist essentiell für die Stabilität der ganzen Westbalkanregion und damit auch ein elementares Interesse der EU. Es ist nicht akzeptabel, daß seitens der Führung der Republika Srpska fortwährend mit verfassungswidrigen Initiativen versucht wird, die Einheit des Landes und die Legitimität seiner Institutionen zu untergraben. Die Integrität von Bosnien-Herzegowina steht nicht zur Disposition“, unterstrich der Außenminister und mahnte davor zuzulassen, daß Bosnien-Herzegowina und der Westbalkan zum „Spielplatz außereuropäischer Mächte“ werden. ■

Rede von Außenminister Alexander Schallenberg beim OSZE-Rat

Die Anerkennung der Unabhängigkeit der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk stellt eine eklatante und inakzeptable Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine dar“, sagte der Außenminister vor dem Ständigen Rat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Wien.

Österreich sei solidarisch mit der Ukraine, für Österreich gäbe es in der aktuellen Situation keine politische Neutralität. „Gerade Österreich als neutraler Staat muß und wird hier klar Stellung beziehen. Denn die Herrschaft des Rechts steht über dem Recht des Stärkeren“, so Schallenberg.

Die einseitige Völkerrechtsverletzung seitens Rußlands würde eine rote Linie überschreiten. Schallenberg betont, daß die Europäische Union geschlossen und geeint auf die jüngsten Entwicklungen reagieren werde. Um die Lage in der Ostukraine zu entschärfen, sei die OSZE der natürliche Mittelpunkt von diplomatischen Bemühungen für eine friedliche Lösung. Das österreichische Engagement bei der OSZE-Sonderbeobachtungsmission sei ungebrochen.

„Die Beobachter der OSZE Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine sind die ‚Antennen‘ der internationalen Gemeinschaft. Wir werden unser Personal nicht nur vor Ort belassen, sondern stehen bei Bedarf selbstverständlich bereit, auch weitere Beobachter zur Verfügung zu stellen“, kündigte der



Am 21. Februar nahm Außenminister Alexander Schallenberg am RAB in Brüssel teil.



Außenminister Alexander Schallenberg eine Rede vor der OSZE in Wien.

Außenminister seine Bereitschaft zur Personal-Aufstockung an.

Doch der „point of no return“ sei noch nicht erreicht und für Außenminister Schallenberg auch das letzte Wort noch nicht gesprochen: „Wir müssen der Diplomatie jenen Raum geben, den sie benötigt, um den Konflikt friedlich und nachhaltig zu lösen. Denn eines ist klar: Am Ende der gegenwärtigen Abwärtsspirale stehen nur Verlierer. Das gilt für die Menschen in der Ukraine, aber letztendlich auch für uns alle.“ ■

Österreich unterstützt die Ukraine mit weiteren 15 Mio. Euro

Die militärische Aggression Rußlands gegenüber der Ukraine hat die seit 2014 in Folge der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Konflikt in der Ostukraine

entstandene humanitäre Krise dramatisch verschärft. Konzentrierte sich die Notlage bisher entlang der sogenannten Kontaktlinie und den angrenzenden Gebieten des Donbas, erfaßt sie nun wegen der Kriegshandlungen und der massiven internen Fluchtbewegungen praktisch das gesamte Staatsgebiet.

Aus diesem Grund hat die österreichische Bundesregierung über das letzte Februar-Wochenende ein zweites, umfangreiches Hilfspaket geschnürt: Aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) des Außenministeriums werden weitere 15 Millionen Euro zur humanitären Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

„Das Wichtigste ist jetzt, den Menschen vor Ort schnell, effektiv und unkompliziert zu helfen. Zusätzlich zu dem Paket, das wir vergangene Woche geschnürt haben, werden wir

Österreich, Europa und die Welt

beim kommenden Ministerrat am Mittwoch weitere 15 Mio. Euro aus dem AKF für Hilfsorganisationen in der Ukraine zur Verfügung stellen – denn: Wer schnell hilft, hilft doppelt“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer.

Damit steigt die österreichische Soforthilfe auf insgesamt 17,5 Mio. Euro. Denn Österreich hatte bereits in der Woche zuvor rasch reagiert und als erste Hilfsmaßnahme 2,5 Mio. Euro aus dem AKF beschlossen. Davon sind 1 Million Euro für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und je 750.000 Euro für das Österreichische Rote Kreuz und die Caritas für humanitäre Soforthilfe vorgesehen. Darüber hinaus wurden vom Innenministerium zwei Konvois mit dringend benötigten Helmen und Schutzwesten für zivile Einsatzkräfte sowie 100.000 Liter Treibstoff in die Ukraine entsandt.

Die nunmehr zusätzlich bereit gestellten 15 Mio. Euro gehen an das IKRK, das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und österreichische NGOs vor Ort.

„Wir lassen die ukrainische Bevölkerung in diesen schweren Stunden nicht allein. Auch in diesem Krieg gehört die Zivilbevölkerung zu den besonders Leidtragenden. Umso wichtiger ist rasche und solidarische Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene in der Ukraine“, so Vizekanzler Werner Kogler.

Aufgrund des russischen Angriffskrieges wird der humanitär Bedarf der Ukraine rapide steigen. Das Büro für Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN-OCHA) rechnet mit bis zu 18 Millionen Menschen, die von den Kampfhandlungen betroffen sind und ca. 7,5 Millionen intern Vertriebenen. UNHCR geht von ca. 1,2 Millionen Menschen aus, die in nächster Zeit jenseits der Landesgrenzen Zuflucht suchen müssen.

„Österreichs uneingeschränkte Solidarität gilt der Ukraine, die derzeit Opfer einer beispiellosen militärischen Aggression wird. Dort, wo wir der Ukraine helfen können, werden wir es mit großem Engagement tun. Das umfangreiche Hilfspaket soll dazu beitragen, das humanitäre Leid der ukrainischen Bevölkerung zu lindern und unbürokratische Soforthilfe leisten“, erklärte Außenminister Alexander Schallenberg.

Das österreichische Geld ermöglicht den unterstützten humanitären Organisationen die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln sowie die Bereitstellung von Notunterkünften und grundlegender medizinischer



Foto: BMEIA / Michael Gruner

Zwei Tage vor der Entscheidung der Bundesregierung zur weiteren Unterstützung durch den Auslandskatastrophenfond empfing Außenminister Alexander Schallenberg (l.) den ukrainischen Botschafter in Wien, Vasyl Khymynets, zu einem Gespräch.

Versorgung. Es wird mit einem stark erhöhten Bedarf an medizinischer Versorgung für Verwundete gerechnet. ■

Strategische Partnerschaft mit den USA

Bei bilateralen Konsultationen am 3. März in der US-Botschaft in Wien besprachen Generalsekretär Peter Launsky-Tieffenthal in Anwesenheit der US-Botschafterin in Österreich, Victoria Reggie Kennedy, und die per Videokonferenz zugeschaltete US-Vizeausenministerin Wendy Sherman die strategische Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich. In einer gemeinsamen Erklärung wurde die Fortsetzung des Dialogs manifestiert. Neben vielfältigen bilateralen Angelegenheiten wurden ebenfalls

aktuelle außenpolitische Themen, wie der Krieg in der Ukraine und die Verhandlungen zum Wiener Atomabkommen mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action) intensiv thematisiert.

„Österreich und die USA zielen darauf ab, die engen und freundschaftlichen Beziehungen zueinander durch eine Strategische Partnerschaft weiter zu vertiefen. Uns eint dabei ein klares Bekenntnis zu den Werten der Demokratie und der Menschenrechte“, sagt Launsky-Tieffenthal.

Mit der Strategischen Partnerschaft zwischen den USA und Österreichs wird die Kooperation zwischen beiden Ländern in einer Vielzahl von Bereichen gestärkt. Ein primärer Fokus liegt auf dem zivilgesellschaftlichen Dialog, der durch gemeinsame Pro-



Foto: US-Botschaft / Siabihoud

Victoria Reggie Kennedy, US-Botschafterin in Österreich, empfing den Generalsekretär des BMEIA, Peter Launsky-Tieffenthal, in der US-Botschaft in Wien

Österreich, Europa und die Welt

gramme insbesondere in den Bereichen Bildung und Medien gefördert werden soll.

Der Generalsekretär nutzte die Gelegenheit, um mit seiner amerikanischen Amtskollegin auch über aktuelle Entwicklungen zum Krieg in der Ukraine zu sprechen. Beide Seiten bekannten sich zur ukrainischen Souveränität und verurteilten die russische Aggression gegen die Ukraine aufs Schärfste. Der Generalsekretär unterstrich in dieser Hinsicht die enge Zusammenarbeit zwischen den europäischen Partnern und den USA. „Angesichts der russischen Aggression gegen die Ukraine haben die USA und Europa in enger Abstimmung weitreichende Sanktionspakete ausgearbeitet. Wir stehen gemeinsam solidarisch mit der Ukraine“, so Botschafter Peter Launsky-Tieffenthal abschließend. ■

Schallenberg empfängt griechischen Amtskollegen Nikos Dendias

Außenminister Alexander Schallenberg hieß am 8. März den Außenminister der Hellenischen Republik, Nikos Dendias, in Wien willkommen. Beide verurteilten den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine auf das Schärfste und bekräftigten ihre Unterstützung für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine.

„Es freut mich zu sehen, daß die westliche Welt – die EU, aber auch Länder über die EU hinaus – in Krisenzeiten wirklich zusammensteht. Noch nie habe ich einen solches Gefühl des Konsenses und der Solidarität innerhalb der EU verspürt“, so Schallenberg.

Im Zentrum der Gespräche standen neben den jüngsten Entwicklungen in der Ukraine auch die geteilte Verantwortung beider Länder am Westbalkan und die EU-Erweiterungsbemühungen in dieser Region.

„Wenn uns die Ukraine-Krise eins gezeigt hat, dann, daß wir nicht mehr länger warten sollten. Wir müssen die Länder, die am nächsten, die umgeben von EU-Mitgliedstaaten sind, in die europäische Familie bringen“, betont Schallenberg, der seinem griechischen Amtskollegen auch sein Mitgefühl zu den Verlusten unter der griechischen Minderheit in der Ukraine aussprach, insbesondere in der schwer umkämpften Gegend von Mariupol. Beide Außenminister forderten insbesondere die Einrichtung von humanitären Korridoren.

„Das sinnlose Leid und die sinnlose Zerstörung müssen enden. Zivilistinnen und Zivilisten müssen sicher ihre Städte verlassen können und humanitäre Hilfe muß dringend in die Städte gelangen. Österreich hat



Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg (l.) hieß den Außenminister der Hellenischen Republik, Nikos Dendias, in Wien willkommen.

bereits 17,5 Millionen Euro an sofortiger humanitärer Hilfe bereitgestellt und wir werden den Menschen, die aus der Ukraine fliehen, selbstverständlich Schutz bieten“, bekräftigt Schallenberg die Position der Bundesregierung.

Auch die Lage im östlichen Mittelmeer war Thema der beiden. Der griechische Außenminister bedankte sich für die Unterstützung Österreichs während der Flüchtlingskrise 2020, bei der sich Österreich als echter Freund auch in Krisenzeiten erwiesen habe. ■

Schallenberg beim Antalya Diplomacy Forum

Vom 11. bis 13. März reiste Außenminister Alexander Schallenberg in die Türkei, um am Antalya Diplomacy Forum teil-

zunehmen. Bei der Konferenz mit über 2.000 TeilnehmerInnen trafen RegierungsvertreterInnen auf Meinungsmacher und AkademikerInnen aus der Welt der Diplomatie, um sich über aktuelle außenpolitische Themen auszutauschen. Zentrales Thema ist dabei der russische Angriffskrieg auf die Ukraine.

„Die russische völlig inakzeptable Aggression auf die Ukraine zeigt in aller Deutlichkeit, was für ein Leid Bomben und Panzer anrichten. Beim Antalya Diplomacy Forum werde ich mit unseren Partnern besprechen, wie wir Rußland an den Verhandlungstisch zurückbringen können. Denn am Ende der gegenwärtigen Abwärtsspirale werden nur Verlierer stehen“, betonte der Außenminister vor seiner Reise in die Türkei, der auch die Gelegenheit für bilaterale Treffen mit seinen Amtskollegen genutzt hat, mit



Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg beim Antalya Diplomacy Forum

Österreich, Europa und die Welt

dem türkischen Außenminister, Mevlüt Çavuşoğlu, die türkischen Vermittlungsbemühungen zwischen der Ukraine und Rußland zu besprechen.

Darüber hinaus hat er mit dem EU-Sonderbeauftragten für den Dialog zwischen Serbien und Kosovo, Miroslav Lajčák, sowie mit dem Außenminister von Nordmazedonien, Bujar Osmani, die Lage am Westbalkan besprochen, wo nach der russischen Invasion in der Ukraine eine glaubhafte europäische Perspektive wichtiger denn je ist. Auch ein Treffen mit dem Außenminister von Bangladesch, AK Abdul Momen, und dem Außenminister von Armenien, Ararat Mirsojan, stand für Schallenberg am Programm.

Einen weiteren Schwerpunkt der Teilnahme am Antalya Diplomacy Forum bildete der Nahe Osten. Dazu hat der Außenminister an einem Panel zum Thema „Auf der Suche nach einer gemeinsamen Basis im Nahen Osten“ teilgenommen. Zudem waren Gespräche mit dem Außenminister des Libanons, Abdallah Bouhabib und dem Außenminister der palästinischen Autonomiegebiete, Riyad al-Maliki, geplant.

„Der Nahe Osten steht weiterhin vor großen Herausforderungen, aber es gibt auch Lichtblicke. In Wien liegt ein im wesentlichen fertiger Text des Atomabkommens mit dem Iran quasi auf dem Tisch und die Abraham-Accords haben die zwischenmenschlichen Kontakte in der Region nachhaltig erhöht. All dies zeigt, daß es möglich ist, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen“, so der Außenminister, der beim Antalya Diplomacy Forum auch die Bedeutung der Diplomatie unterstreicht. ■

Internationales Jahr der Literatur im Außenministerium gestartet

Am 17. März lancierte das BMEIA das internationale Jahr der Literatur, das zeitgenössischen AutorInnen aus Österreich gewidmet ist. Ziel des Schwerpunktjahres, das bis zum österreichischen Gastland-Auftritt bei der Leipziger Buchmesse 2023 läuft, ist es, Dialogprojekte mit österreichischen AutorInnen im Ausland zu fördern und diese so international stärker zu positionieren.

„Die Bereitschaft zum Dialog ist eine Grundhaltung der österreichischen Außenpolitik und der Auslandskultur. Literatur kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Gleichzeitig kann lesen Kraft, Mut und Trost spenden. Dem Jahr der Literatur liegt somit ein positiver und lebensbejahender Gedanke zugrunde, der mit dem Netzwerk der Auslandskultur in die Welt getragen wer-



Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg im Gespräch mit dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu...



Foto: BMEIA

... und mit seinem libanesischen Amtskollegen Abdallah Bou Habib

den soll“, unterstreicht Außenminister Alexander Schallenberg die Bedeutung des Literaturjahres.

Geplant ist eine Vielzahl von Veranstaltungen und Projekten, die von den österreichischen Kulturforen, Botschaften und Österreich-Bibliotheken in Zusammenarbeit mit der österreichischen Gesellschaft für Literatur umgesetzt werden. Dazu zählen insbesondere Programme zur Förderung junger Talente, wie die Ausschreibung Literaturdialoge, bei denen österreichische SchriftstellerInnen gemeinsam mit Kulturschaffenden im Ausland alternative Formate zu klassischen Lesungen entwickeln oder das Literaturempfehlungsprogramm „schreibART AUSTRIA“, in dem eine neue Generation von AutorInnen

aus Österreich präsentiert wird. Mit der Initiative Virtuelle Literaturräume soll deren literarisches Schaffen unter literaturdialoge.at einer noch breiteren Öffentlichkeit im In- und Ausland digital zugänglich gemacht werden. Ein besonderer Fokus liegt zudem auf der Übersetzung zeitgenössischer Literatur aus Österreich.

„Mit unserer Arbeit im Rahmen des Schwerpunktjahres tragen wir dazu bei Plattformen für den internationalen Austausch von Autorinnen und Autoren zu schaffen, literarische Brücken zu bauen, Grenzen zu überwinden und durch das geschriebene Wort ein zeitgemäßes, innovatives und kreatives Bild Österreichs in die Welt zu tragen“, so Schallenberg. ■

Österreich, Europa und die Welt

Schallenberg zu Besuch in Pakistan

Vom 16. bis 19. März reiste Außenminister Alexander Schallenberg nach Pakistan und besuchte die Hauptstadt Islamabad sowie die zweitgrößte Stadt des Landes Lahore. Dabei hat er sich in Islamabad mit dem pakistanischen Premierminister, Imran Khan, dem Außenminister Pakistans, Shah Mahmood Qureshi, sowie dem Chef der pakistanischen Armee, General Qamar Javed Bajwa, zu Gesprächen getroffen.

Im Fokus der politischen Gespräche stand die Lage im benachbarten Afghanistan. Durch die professionelle Unterstützung aus Islamabad konnten im Sommer 2021 über 300 Menschen von Afghanistan nach Österreich evakuiert werden. Nun muß mit allen Mitteln eine weitere Destabilisierung der unmittelbaren Nachbarschaft Afghanistans verhindert und im Land selber ein Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit wiederhergestellt werden.

„Wir müssen die Taliban dazu bringen, daß die Menschen in Afghanistan eine Perspektive in ihrem Land haben. Die Nachbarregion spielt dabei eine zentrale Rolle“, so Außenminister Alexander Schallenberg bei seinem Treffen mit dem Außenminister von Pakistan.

Darüber hinaus hat Schallenberg auch den russischen Angriffskrieg gegenüber den Vertretern Pakistans angesprochen. Pakistan hat bei der Resolution der Vereinten Nationen zur Verurteilung des russischen Angriffs sich der Stimme enthalten. Hier wird er versuchen, seinen Gesprächspartnern die gemeinsame, unmißverständliche Position der EU und ihrer gleichgesinnten Partner zu vermitteln.

„Es ist eine bittere Realität, daß der Angriffskrieg Rußlands nicht nur eine europäische Geschichte ist. Die Schockwellen sind weltweit zu spüren, auch in Pakistan. Denken wir daran, daß die Ukraine einer der großen Weizenlieferanten in Pakistan ist und daß es auch in dieser Weltgegend um Energiesicherheit geht“, unterstreicht der österreichische Außenminister die weltweiten Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine.

Den Abschluß des Besuchs bildeten Treffen mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus den Bereichen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Frauenrechte in Lahore. Nach seinem Aufenthalt in Pakistan reiste der Außenminister weiter nach Indien, wo er sich bis zum 21. März aufhielt. Auch dort standen eben für den Außenminister hochrangige Termine auf dem Plan. ■

<https://www.bmeia.gv.at/>



Der Außenminister traf seinen pakistanischen Amtskollegen Shah Mahmood Qureshi ...



... die Staatsministerin für Auswärtige Angelegenheiten und Kultur Meenakshi Lekhi ...



... und nahm in Islamabad an einem Business Round-Table teil.

Konferenz zur Zukunft Europas

Burgenland: Hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion auf Friedensburg Schlaining



Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Jugend- und Bildungslandesrätin Daniela Winkler, der Vertreter der Europäischen Kommission in Wien, Martin Selmayr, der Erste Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, und Landtagspräsidentin Verena Dunst

Im Rahmen der Zukunftskonferenz, einer öffentlichen Debatte in allen EU-Mitgliedsstaaten über die zukünftige Gestaltung und Ausrichtung der Europäischen Union, führte das Land Burgenland gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, dem Europäischen Ausschuss der Regionen, Europe Direct und dem BürgerInnenforum Österreich am 25. Februar eine Podiumsdiskussion mit JugendvertreterInnen aus allen Bezirken des Burgenlandes sowie Studierenden der Fachhochschule Burgenland durch.

Am Podium fanden sich Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, der Erste Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, der Vertreter der Europäischen Kommission in Wien, Martin Selmayr, sowie Landtagspräsidentin Verena Dunst und Jugend- und Bildungslandesrätin Daniela Winkler ein. Die Moderation erfolgte durch die Journalistin und Europaexpertin Margaretha Kopeinig. Als symbolträchtiger Ort wurde dafür die Friedensburg Schlaining ausgewählt.

Mittels der Zukunftskonferenz haben sich das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission dazu verpflichtet, die EuropäerInnen anzuhören und den daraus abgeleiteten Empfehlungen zu folgen. Die Konferenz bildet ein neues öffentliches Forum für eine inklusive und transparente Bürgerdebatte – dies stellt ein Novum dar. Sie basiert darauf, daß europaweit Menschen Ideen austauschen und debattieren, um so die gemeinsame Zukunft mitzugestalten. Hierzu fließen ihre Beiträge in die Plenarversammlungen der Konferenz ein.

Thematisch dominiert wurde die Diskussion aus gegebenem Anlaß von der aktuellen Eskalation des Konfliktes um die Ukraine.

„Es erfüllt mich mit großer Sorge, daß wir nach vielen Jahren des Friedens in Europa wieder mit kriegerischen Ereignissen von dieser Dimension betroffen sind. Mein Mitempfinden gilt in dieser dramatischen Krise der Bevölkerung in der Ukraine. Das oberste Ziel muß jetzt sein, daß die Waffen wieder schweigen und man an Verhandlungstisch zurückkehrt. Da ist auch die Europäische

Union massiv gefordert. Es ist schockierend zu sehen, wie jetzt auch die Zivilbevölkerung unter dieser militärischen Aggression leidet. Österreich und speziell das Burgenland zeichnet eine große Tradition der Hilfsbereitschaft in aus, die wir auch jetzt aufrecht halten müssen. Außerdem zeigt sich an dieser Krise auch, wie abhängig wir derzeit von den Öl- und Gaslieferungen aus einzelnen Ländern sind. Umso wichtiger ist, daß Österreich über die erneuerbaren Ressourcen energieautark wird. Das Burgenland ist hier auf dem richtigen Weg. Wir werden unsere Anstrengungen zum Ausstieg aus Öl und Gas bis 2030 jetzt noch weiter verstärken“, erklärte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil. Starken Handlungsbedarf sehe er auf europäischer Seite auch in Bezug auf die Sozialunion – trotz der vielen positiven Dinge, die gelungen sind. „Zum Beispiel mit den Förderungen um sozial schwächere Länder heranzuführen“, so Doskozil.

Vizepräsident Othmar Karas zufolge gebe es die Europäische Union deshalb, „weil sich Frauen und Männer nach den Erfahrungen

Österreich, Europa und die Welt

des Zweiten Weltkrieges zusammengetan haben, weil sie gesagt haben: ‚Wir wollen miteinander reden und nicht aufeinander schießen.‘ Diese aktuelle Auseinandersetzung zeigt, daß diese Diskussion, daß Werte wie Demokratie, Freiheit, Respekt für alle Menschen noch nicht überall angekommen sind. Die Europäische Union ist die Antwort auf den Nationalismus, auf Krieg und den Haß. Das Friedensprojekt Europäische Union heißt miteinander zu reden, aufeinander zuzugehen und Kompromisse zu schließen, und nicht als einzige Option die Waffen sprechen zu lassen. Die Europäische Union ist die Antwort auf die Geschichte, auf den Haß. Aber: Die EU muß effizient sein. Wir müssen die EU weiterentwickeln, diese gemeinsame Idee ist nie fertig. Wir müssen sie stärken. Wir sind noch nicht stark genug als Gemeinschaft in der Sicherheitspolitik.“

„Wir lassen uns von Putin nicht die EU kaputt machen. Das ist keine Ukraine-Krise, sondern eine Rußland-Krise. Rußland ist der Aggressor. Man kann heute nicht die Grenzen so ziehen, wie es einem gefällt und den Frieden in Europa zerstören. Dem müssen wir entschieden entgegengetreten. Putin hat Angst, daß in seiner unmittelbaren Nachbarschaft ein demokratisches Land entsteht, das Vorbildcharakter haben könnte und sein autoritäres System ins Wanken bringt. Die EU ist auf den Konflikt vorbereitet und muß keine Angst haben. Russland ist von Europa zehnmal mehr abhängig als es Europa von Rußland ist“, so EU-Botschafter Martin Selmayr.

Landtagspräsidentin Verena Dunst sieht die demokratiepolitische Schulung als ihre wichtigste Aufgabe: „Wir brauchen gut ausgebildete junge Menschen die sich nichts vormachen lassen. Man kann nur europäisch denken, wenn man sich europäisch bildet.“ Dunst ist als einzige Regionalpolitikerin Österreichs in die Plenarversammlungen der Zukunftskonferenz nominiert.

In eine ähnliche Kerbe schlägt Jugendlandesrätin Daniela Winkler: „Wir müssen den jungen Menschen vermitteln, wie wichtig die EU ist, wie wichtig Demokratie und damit Frieden sind. Frieden ist nicht selbstverständlich, sondern muß gebildet werden.“

Europa gemeinsam gestalten

Das Land Burgenland und der Burgenländische Landtag haben mit „Europa gemeinsam gestalten“ eine Leitlinie für Aktivitäten auf europäischer Ebene und in Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen geschaffen. Unter anderem mit dem Format „Jugend im Landtag“ gibt es hierzulande



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil

Bürgerbeteiligungsinitiativen, die eine aktive Mitarbeit am vereinten Europa forcieren.

Friedensburg Schlaining: Frieden, Kultur und Geschichte

Die Friedensburg Schlaining ist ein Ort, der die Geschichte, Kultur und Identität des Burgenlandes erlebbar macht und sich dem Frieden als zentralem Thema verschrieben hat. Die Friedensburg ist Standort des „Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung“ und hat sich als internationales Kompetenzzentrum für Friedensforschung, -Bildung und -Praxis etabliert. Sie ist ein historischer und authentischer Schauplatz des Friedens, an dem Strategien der gewaltfreien Konfliktlösung erarbeitet und vermittelt werden.

Die Friedensburg Schlaining wurde 1271 erstmals urkundlich als „castrum Zloynok“ erwähnt und war zu dieser Zeit im Besitz der Güssinger Grafen. Erst nach und nach wandelte sich der Name ab, bevor sie 1786 offiziell unter ihrem heutigen Namen bekannt wurde.

Nach mehrfachen Besitzwechseln fiel die Friedensburg Schlaining schließlich 1471 als Geschenk an Franz Batthyány, dessen Nachfolger über 370 Jahre lang die Eigentümer blieben. Erst nach der Hinrichtung Ludwig Batthyány 1849 fiel die Burg wieder neuen Besitzern zu, darunter die ungarische Kammer, der Eisenbahnpionier Franz Schmidt, Demeter Selesky und die ungarische Hermesbank sowie der ehemalige österreichische Bundesminister Udo Illig.

Die Idee, eine Friedensburg zu schaffen, entstand in der bewegten Zeit des Kalten Krieges. Dazu wurde im Jahr 1982 mit Unterstützung von Bundeskanzler Bruno Kreisky ein Verein gegründet, mit dessen Hilfe die Idee eines Dialoges zwischen Ost und West gefördert werden sollte. Dieser Verein wurde unter anderem durch das „Friedenszentrum“ auf der Friedensburg Schlaining als Ort der Begegnung, des Gesprächs und Dialogs umgesetzt.

Im Anschluß daran etablierte sich der Verein im Jahr 1983 zum Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, kurz ÖSFK, welchem im Jahr 1987 vom UN-Generalsekretär Perez de Cuellar auch der offizielle Titel „Botschafter des Friedens“ verliehen wurde. ■

<https://www.burgenland.at/>
<https://kultur-burgenland.at/>
<https://www.friedensburg.at/>



Foto: Kultur Burgenland / Christian Postl

Die Friedensburg Schlaining im Bezirk Oberwart

Kärnten sichert sich EU-Mittel für die Radmobilität

Erfolgreicher Abschluß des EU-geförderten grenzüberschreitendes Projektes »Bike NAT« – 318.000 Euro flossen in Rad-Infrastruktur-Maßnahmen in Kärnten



Foto: Land Kärnten / Florian Taltavull

Kärntens Straßenbaureferent LR Martin Gruber (l.) und LR Landesrat für Wirtschaft, Tourismus und Öffentlichen Verkehr Sebastian Schuschnig

Mit großem Erfolg konnte das grenzüberschreitende EU-Interreg-Projekt „Bike NAT“ zur Förderung und zum Ausbau von Radrouten und zur Verbesserung des Natur- und Kulturerbes abgeschlossen werden. Gemeinsam mit sieben Partnern war es das Projektziel, den Bekanntheitsgrad der Region bestehend aus Kärnten, Salzburg und Friaul-Julisch-Venetien nach außen zu verstärken und die Nutzbarkeit der Ausflugsrouten und Ausflugsziele unter Wahrung des Umweltschutzes und der touristischen Mobilitätsbedürfnisse zu verbessern.

„Aus dem EU-Fördertopf konnten dafür rund 270.000 Euro nach Kärnten geholt werden. Von den gesamten Investitionen wurden somit 85 Prozent von der EU gefördert. Mit Projekten wie diesen schaffen wir es, gemeinsam mit Partnern den Radmasterplan Kärnten besser umzusetzen, den Tourismus die Radmobilität weiter auszubauen und grenzüberschreitend in Qualität zu investieren“, erklärte der für Mobilität und Tourismus zuständige Landesrat Sebastian Schuschnig am 9. März im Rahmen einer Pressekonferenz.

Neben diversen sicherheitstechnischen und barrierefreien Investitionen in den Alpe-Adria Radweg (Ciclovia Alpe Adria), wodurch bauliche Hindernisse und vorhandene

Problempunkte entfernt wurden, konnten neue intermodale Dienstleistungen wie die Erstellung von Mobilitätsknoten sowie die Einführung neuer fahrradfreundlicher Serviceinfrastruktur umgesetzt werden. So wurden E-Ladestationen in den Gemeinden Mallnitz, Nötsch, Spittal und Villach, Mobilitätsknoten in den Gemeinden Kötschach Mauthen, Hermagor und Kirchbach, Fahrradboxen in den Bahnhöfen Spittal, Möllbrücke, Paternion Feistritz, Puch, Villach West, Villach Hauptbahnhof, Hermagor, Arnoldstein, Fahrradservicestationen in den Gemeinden Paternion, Villach Thörl Maglern, Kötschach, Obervellach, Panoramatafeln in den Gemeinden Mallnitz, Obervellach, Villach, Thörl Maglern, Kötschach Mauthen sowie Fahrradwegweiser entlang des Ciclovia Alpe Adria Radweges und des Gailtal Radweges R3 errichtet. „Die Summe der Maßnahmen verdeutlicht, daß hier massiv in die Fahrradinfrastruktur investiert wurde. Zeitgerecht zu Beginn der Frühlingssaison präsentiert sich das Mobilitätsangebot attraktiv und mit neuen Servicehighlights“, so Schuschnig.

Auch Straßenbaureferent Landesrat Martin Gruber bekräftigt, daß der Ausbau der Radmobilität im Land weiter verstärkt werde:

„Wir investieren kontinuierlich in die Qualität der Kärntner Radwege und arbeiten konsequent daran, bestehende Lücken im überregionalen Radwegenetz zu schließen, wie derzeit am Wörthersee Südufer oder in der Lieserschlucht“. Weiterhin werde man sich in Kärnten um grenzüberschreitende Radprojekte bemühen, um Bundes- und EU-Mittel für die Fahrradinfrastruktur nach Kärnten zu holen. „Um Kärnten schrittweise fahrradfreundlicher zu machen“, betont Schuschnig.

Das Projektgebiet verläuft von Salzburg über Kärnten bis nach Grado an der Adria-Küste. In Kärnten sind die Gebiete Mallnitz über Obervellach, Spittal und Villach bis nach Arnoldstein, wo weitere Radanbindungen in das Gailtal in Richtung Kötschach-Mauthen und Tolmezzo (IT) bzw. über den Drauradweg nach Villach, in Richtung Rosental bestehen, beteiligt. Die ursprüngliche Projektlaufzeit lief von Jänner 2017 bis Juli 2019, wurde aber coronabedingt bis Ende Dezember 2021 verlängert. Am Projekt waren sieben Partner – davon drei aus Kärnten, einer aus Salzburg und drei aus Friaul-Julisch-Venetien – beteiligt, wobei Italien den Lead-Partner stellte. ■

<https://www.ktn.gv.at/>

Südmähren und Niederösterreich rücken näher zusammen

Direkte Zugverbindung von Brünn zum Flughafen Wien-Schwechat soll etabliert werden



Foto: NLK / Flitzwieser

Der Sonderzug mit der tschechischen Delegation kam am 22. Februar am Flughafen Wien-Schwechat an. Landesrat Martin Eichtinger, Bürgermeister Michael Ludwig und die Flughafen-Vorstände Günther Ofner und Julian Jäger empfangen die Gäste aus Südmähren.

Am 22. Februar erreichte ein Sonderzug aus Brünn mit einer tschechischen Delegation den Flughafen Wien-Schwechat. Landesrat Martin Eichtinger nahm gemeinsam mit Wiens Bürgermeister Michael Ludwig, sowie den Flughafen-Vorständen Julian Jäger und Günther Ofner die Delegation aus dem Kreis Südmähren in Empfang. Gemeinsames Ziel ist es, die Region mit regelmäßigen, direkten Zugverbindungen an den Flughafen anzubinden.

Landesrat Martin Eichtinger sagte: „Heute ist ein Tag, an dem die Regionen Südmähren und Niederösterreich näher zusammenrücken. Ich freue mich, daß unsere Freunde aus Südmähren noch rascher und komfortabler zu unserem Flughafen kommen können.“ Seine Hoffnung sei es, daß diese Verbindung zustande komme und damit „viele Menschen aus Südmähren in die große, weite Welt bringen wird.“ Der Landesrat wies auf bereits bestehende Kooperationen hin: Man habe beispielsweise vor wenigen Monaten das gemeinsame Gesundheitszentrum in Gmünd eröffnet. Darüber hinaus haben niederösterreichische Einsatzkräfte im Vorjahr bei den Unwettern in Tschechien geholfen. Zudem sei der gemeinsame „Iron Curtain Trail“ im

letzten Jahr zum besten Radweg Europas gekürt worden.

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig freute sich ebenso über das „Zusammenkommen in dieser Runde, weil es ein Zeichen der Verbundenheit in der Ostregion, aber auch mit Südmähren und Brünn ist“. Die Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich sei ein Erfolgsbeispiel. Ludwig: „Unser Ziel ist es, alle Möglichkeiten der Mobilität auszunutzen. Diese Mischung von Flug- und Zugverkehr wird in Zukunft ein Erfolgsmodell sein. Ich sehe den heutigen Sonderzug als wunderbares Beispiel der Kooperation zwischen Wien und Brünn, aber auch der Kreise und Bundesländer.“

„Unser Ziel ist es, nicht nur für die Brüner, sondern auch für alle südmährischen Bürger die Fahrt zum Flughafen, woher man in die ganze Welt fliegen kann, einfacher zu machen. Diese Probefahrt sehen wir als Gelegenheit, mit den Vertretern des Flughafens Wien, der Stadt Wien, dem Bundesland Niederösterreich und anderen österreichischen Institutionen während unseren gemeinsamen Gesprächen über die weiteren notwendigen Schritte zu diskutieren“, führte die Brüner Bürgermeisterin Markéta Vaňková an. Der

stellvertretende Kreishauptmann Südmährens Lukáš Dubec merkte die geografische Nähe Brünns zu Niederösterreich und Wien an: „Niederösterreich ist unser nächster Nachbar. Wien und Brünn sind sich sehr nahe und damit näher als Brünn und Prag. Heute haben wir ein gemeinsames Abkommen zwischen Brünn und Südmähren unterzeichnet, um eine schnelle Verbindung zum Flughafen zu etablieren.“

Flughafen-Vorstand Günther Ofner unterstrich, daß „sich seit dem Fall des Eisernen Vorhangs die Zahl der Fluggäste um über 600 Prozent erhöht hat. Wien-Schwechat ist für viele Menschen außerhalb Österreichs als Tor zur Welt akzeptiert worden, deshalb darf ich allen Initiatoren dieser Verbindung danken. Sie ist ein Meilenstein. Denn es hilft nichts an die Menschen zu appellieren, auf den Öffentlichen Verkehr zu setzen, wenn es das Angebot nicht gibt.“ Auch sein Vorstandskollege Julian Jäger sagte, daß „Südmähren und Brünn ein wichtiges Einzugsgebiet für den Flughafen sind. Es wird die größtmögliche Unterstützung von österreichischer Seite geben, um das Projekt umsetzen zu können.“

<https://www.noel.gv.at/>

Online »Europa Café«

Katharina Šarić-Gruber vom Land Oberösterreich organisierte eine Diskussionsrunde über das Thema »Europäischer Grüner Deal & Energiewende«



Online „Europa Café“ mit Katharina Šarić-Gruber und zahlreichen TeilnehmerInnen

Der Europäische Grüne Deal als „Man on the Moon“ Moment – mit diesem Vergleich von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen begann unsere Referentin ihren spannenden Vortrag über dieses umfassende Programm mit dem Ziel, die Netto-Treibhausgase in der Europäischen Union bis 2050 auf null zu reduzieren und Europa somit zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Österreich hat sich das noch ambitioniertere Ziel, gesetzt, bereits 2040 klimaneutral zu werden.

Katharina Šarić-Gruber, Referentin in der Abteilung Rechtskoordination und Energiestelle des Landes Oberösterreich, stellte anschaulich dar, was das – auch in Zahlen – bedeutet, welche Schritte schon gesetzt wurden und werden und vor welchen Herausforderungen die Mitgliedstaaten bei der nötigen Energiewende stehen. Dabei verdeutlichte sie, daß der Grüne Deal mehr ist, als ein CO₂-Emissionsreduktionsprogramm, sondern eine neue EU-Wachstumsstrategie und somit ein umfassendes Programm zur nachhaltigen Transformation der Wirtschaft und

des Wirtschaftens in der EU. Einen wesentlichen Beitrag leistet dabei auch der Aufbau- und Resilienzplan der EU „NextGeneration EU“, der das Ziel der Konjunkturbelebung mit dem Grünen Deal verbindet. Österreich erhält rund 3,5 Milliarden Euro, wobei knapp 59 Prozent der aus diesen Geldern geförderten Investitionen und Reformen Klimaschutzzielen dienen. So fließen Gelder etwa in das Klimaticket oder die Umstellung auf klimafreundliche Heizsysteme.

Bei der Veranstaltung kamen natürlich auch aktuelle Themen wie die Klimataxonomie und die steigenden Energiepreise nicht zu kurz. Auch die abschließende Diskussionsrunde zeigte das große Interesse unserer zahlreichen TeilnehmerInnen an den von der EU geplanten Maßnahmen für eine klimaneutrale Zukunft und die Bereitschaft einen Beitrag zu leisten!

Der Europäische Grüne Deal

Klimawandel und Umweltzerstörung sind existenzielle Bedrohungen für Europa und die Welt. Mit dem europäischen Grünen

Deal soll daher der Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft geschaffen werden, die

- bis 2050 keine Netto-Treibhausgase mehr ausstößt,
- ihr Wachstum von der Ressourcennutzung abkoppelt und
- niemanden, weder Mensch noch Region, im Stich läßt.

Der europäische Grüne Deal führt auch aus der Corona-Krise: Ein Drittel der Investitionen aus dem Aufbaupaket NextGenerationEU und dem Siebenjahreshaushalt der EU mit einem Umfang von insgesamt 1,8 Billionen Euro fließt in den Grünen Deal.

Im Sinne einer Senkung der Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 hat die EU-Kommission konkrete Vorschläge für eine neue Klima-, Energie-, Verkehrs- und Steuerpolitik vorgelegt.

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
https://ec.europa.eu/info/strategy/recovery-plan-europe_de
https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de

Österreich, Europa und die Welt

Jonas Kaufmann – singender Weltbürger ist jetzt Österreicher

Einer der gefragtesten und erfolgreichsten Gesangskünstler der Gegenwart ist seit 11. Februar Österreicher. „Ich heiße den berühmten Opernsänger, Star-Tenor und Weltbürger Jonas Kaufmann als neuen österreichischen Staatsbürger mit Hauptwohnsitz und Lebensmittelpunkt in Salzburg herzlich willkommen“, sagte Landeshauptmann Wilfried Haslauer bei der feierlichen Überreichung der Einbürgerungsurkunde im Chiemseehof.

„Jonas Kaufmann ist seit langem als musikalischer Botschafter des kulturellen Erbes unseres Landes in der ganzen Welt tätig“, so Landeshauptmann Wilfried Haslauer. Im Rahmen der Pfingst- und Sommerfestspiele stand er 49 Mal in 42 Opernvorstellungen, einer konzertanten Oper, fünf Orchesterkonzerten und zwei Liederabenden auf den Festspielbühnen.



Foto: Land Salzburg / Franz Neumayr

Landeshauptmann Wilfried Haslauer überreichte Star-Tenor Jonas Kaufmann mit Gattin Christiane die Einbürgerungsurkunde.

Biografie Jonas Kaufmann

Jonas Kaufmann wurde 1969 in München geboren, wuchs in einer äußerst musikkaffinen Familie auf. Er studierte Gesang an der Hochschule für Musik und Theater in seiner Heimatstadt. Nach Engagements in Saarbrücken, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg und

Mailand ging Jonas Kaufmann 2001 an die Oper in Zürich. Von dort aus begann seine internationale Karriere mit Auftritten in Opernhäusern von Chicago, Paris, London, Mailand, Berlin, Wien sowie bei den Fest-

spielen in Salzburg und Bayreuth. Seit seinem Debüt an der Metropolitan Opera New York im Jahr 2006 gehört Jonas Kaufmann zu den Topstars der Klassik. ■

<https://www.salzburg.gv.at/>

»Weltprominentester Salzburger aus Mexiko« ausgezeichnet

Er ist der leidenschaftliche Botschafter der Musik Mozarts und Salzburgs in der Welt der Kunst: „Wir reden von einem personifizierten Glücksfall, wenn wir von Rolando Villazón reden“, betonte Landeshauptmann Wilfried Haslauer am 21. Februar bei der Überreichung des Ehrenzeichens des Landes an den „weltprominentesten Salzburger aus Mexiko und bedeutendsten Mexikaner in Salzburg“. „Er war und ist der richtige Mann am richtigen Ort zur richtigen Zeit, und er wird es auch in der Zukunft mit großartigen Mozartwochen sein. Diesen Ereignissen blicken wir in großer Vorfreude entgegen, wie wir auch dem Mozartfest heuer im Oktober im dann wiedereröffneten neuen Saal des Mozarteums freudig entgegenblicken und der gesamten kommenden Konzertsaison der Stiftung“, so Landeshauptmann Wilfried Haslauer.



Foto: ISM / Franz Neumayr

Landeshauptmann Wilfried Haslauer bei der Überreichung des Ehrenzeichens des Landes Salzburg an Rolando Villazón

Biographie Rolando Villazón

Neben seiner Bühnenkarriere ist Rolando Villazón als Regisseur, Schriftsteller, Radio- und TV-Persönlichkeit sowie als künstlerischer Leiter der Mozartwoche Salzburg bekannt. 1972 in Mexico City geboren, begann

er seine musikalischen Studien am nationalen Konservatorium seines Heimatlandes. Seitdem ist er auf allen großen Bühnen der Welt zu Gast, bei den Salzburger Festspielen seit 2005 mit dem legendären Debüt in La Traviata. Seit 2019 ist der erfolgreiche

Tenor-Sänger und Regisseur Intendant der Mozartwoche und wird das weltweit wichtigste Mozartfestival bis 2023 gestalten. Im Juli 2021 wurde er zum Künstlerischen Leiter der Stiftung Mozarteum ernannt. ■

<https://www.salzburg.gv.at/>

Steiermark übernimmt Alpen-Adria Vorsitz

Landesrat Christopher Drexler will die Zusammenarbeit mit weiteren Regionen am Westbalkan ausbauen



Foto: Land Steiermark

v.l.: Ervin Kolarec, Stv. Gespan, Zagreb, Silvija Zagorec, Stv. Gespan, Varaždin, Anđelko Stričak, Gespan, Varaždin, Europa-Landesrat Christopher Drexler, Steiermark, Jasna Petek, Stv. Gespan, Krapina-Zagorje, Matija Posavec, Gespan, Medjimurje, Petar Mamula, Stv. Gespan, Primorje-Gorski kotar

Der steirische Europalandesrat Christopher Drexler hat am 10. März bei der turnusmäßigen Sitzung des Alpen-Adria-Rats in der kroatischen Stadt Varaždin offiziell den Vorsitz in der Alpen-Adria-Allianz übernommen. Er will als neuer Präsident seine zweijährige Amtszeit nützen, um „weiterhin Menschen in den Mitgliedsregionen zusammenzuführen, vor allem aber, um potentielle Partnerregionen aus dem Westbalkanraum und ihre BewohnerInnen an die Allianz und an Europa insgesamt heranzuführen“, so Drexler. „Die Versammlung einer Organisation, bei der der Geist freundschaftlicher Zusammenarbeit über alle Grenzen hinweg so stark zu spüren ist, ist für mich ein erbauliches Zeichen der Völkerverständigung in Zeiten, in denen der Frieden in Europa in unvorstellbarer Weise durchbrochen wurde“, ergänzte er bezugnehmend auf die schrecklichen Ereignisse in der Ukraine.

Der Landesrat dankte dem Gespan von Varaždin, Župan Anđelko Stričak sowie dessen Vorgänger, Župan Radimir Čačić für deren Einsatz und Erfolge, die sie in den ver-

gangenen vier Jahren erzielt haben. „Varaždin hat ein Strategisches Programm vorgelegt, das im Interesse der Menschen unserer Regionen die interregionale Zusammenarbeit fördert und so dem Motto der Europäischen Union ‚In Vielfalt geeint‘ entspricht“, sagte Drexler. Gespan Stričak bedankte sich bei allen VertreterInnen der Allianz für die ebenso konstruktive wie freundschaftliche Zusammenarbeit: „Mit der von allen Mitgliedern getragenen Strategie SAA-2027 konnte sich die Allianz eine Orientierung für ihre Entwicklung in den nächsten Jahren geben, die unter dem Vorsitz der Steiermark weiterhin erfolgreich vorangetrieben werden wird“, zeigte sich Stričak zuversichtlich.

Die Alpen-Adria-Allianz ist vor neun Jahren aus der „Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Alpen-Adria“ hervorgegangen, die 1978 – übrigens auf Initiative der Steiermark – gegründet worden war und nach dem Beitritt ungarischer Komitate als historisch einzigartige Kooperation von Regionen auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ galt. Bisher bestand die Allianz aus elf benachbarten

Mitgliedern aus Kroatien, Österreich, Slowenien und Ungarn. Mit der diesmaligen Ratsitzung ist die Gespanschaft Zagreb, die mehr als 300.000 EinwohnerInnen aus dem Umland der kroatischen Hauptstadt umfaßt, als zwölftes Mitglied beigetreten. Der stellvertretende Gespan Ervin Kolarec blickt „mit großer Freude auf die künftige Zusammenarbeit in der Alpen-Adria-Allianz, zu der die Gespanschaft Zagreb gerne ihren Beitrag leisten wird“. Zusätzlich zur ordentlichen Mitgliedschaft der Gespanschaft wird die Alpen-Adria-Allianz fortan auch durch den Tourismusverband Zagrebs verstärkt, der sich als assoziiertes Mitglied mit seinem Know-how einbringen wird.

Die politischen Vertreter der Mitgliedsregionen treffen sich mindestens einmal pro Jahr zur Sitzung des Alpen-Adria-Rates. Auf Verwaltungsebene findet ein laufender Austausch statt. Die Periode für die Vorsitzführung hat eine Dauer von zwei Jahren, mit Option auf einmalige Verlängerung. Die kroatische Gespanschaft Varaždin hatte den Vorsitz in den vergangenen vier Jahren inne.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Land Steiermark



v.l.: LR Christopher Drexler, Ervin Kolarec (Vize-Präfekt der Gespanschaft Zagreb und Präfekt Andelko Stricak (Gespanschaft Varazdin, bisheriger Vorsitzender der Alpen-Adria-Allianz)

Foto: Land Steiermark



v.r.: LR Christopher Drexler bei der Begrüßung in der Sitzung der Alpen-Adria-Allianz mit Präfekt Stricak und Vize-Präfektin Zagorec, Gespanschaft Varazdin

Das Generalsekretariat der Alpen-Adria-Allianz befindet sich in Klagenfurt. Mehr Infos sind hier zu finden.

Landesrat Drexler setzt im Zuge des steirischen Vorsitizes nicht nur auf eine stärkere Einbindung der Regionen aus den sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien, wobei auch Synergien mit dem Westbalkanswerpunkt des Landes Steiermark genutzt werden sollen. Auch ehemalige Mitgliedsregionen aus dem norditalienischen Raum, etwa ARGE-Gründungsmitglied Friaul-Julisch-Venetien, sollen für die Idee der Alpen-Adria-Allianz wiedergewonnen werden. Im Fokus steht für Drexler auch das gezielte und effiziente Ansprechen von EU-Fördermitteln zur Umsetzung gemeinsamer Projekte.

Stichwort Projekte: Deren Konzeption und Umsetzung werden aus einem der Allianz eigenen Budget (jährlich rund 56.000 Euro) unterstützt, das sich aus den Mitgliedsbeiträgen der Regionen speist. Durch das Ansprechen von EU-Fördermitteln steht den Projektwerbenden aber ein Vielfaches des von der Alpen-Adria-Allianz gewährten Beitrages zur Verfügung.

So wurden in den vergangenen acht Jahren insgesamt 260 Projekte mit mindestens drei Partnerorganisationen aus unterschiedlichen Mitgliedsregionen der Alpen-Adria-Allianz unterstützt. Dabei hat jede Region einen Bereich, einen so genannten Thematic Coordination Point (TCP), zu betreiben. Besonders erfreulich aus steirischer Sicht: Rund 90 der durchgeführten Projekte – das ist mit Abstand die höchste Anzahl – sind

dem beim Land Steiermark angesiedelten TCP Kunst und Kultur sowie 63 dem nunmehr ebenfalls wieder vom Land Steiermark koordinierten TCP Sport zuzuordnen. Das große Interesse an gemeinsamen Projekten innerhalb der Alpen-Adria-Allianz soll mitgenommen werden in den nächsten Fördercall, der im April ausgelobt werden wird.

Einige erfolgreiche Projekte wurden auch im Rahmen der Ratssitzung präsentiert, darunter etwa eine Alpen-Adria-Radwegkarte oder auch das Projekt „slow light – seeking darkness“, das sich mit den ökologischen, sozialen und künstlerischen Aspekten von Lichtverschmutzung auseinandersetzt, sowie die jährlich in Varaždin stattfindende Prämierung von Kürbiskernölen aus dem gesamten Alpen-Adria-Raum. Ein Brückenschlag zwischen Alpen-Adria-Allianz und Westbalkanraum wird derzeit mit dem Projekt „SOLICO- Solidarität nach der Coronapandemie“ unternommen. Das mit rund 150.000 Euro aus dem EU-Programm „Europe for Citizens“ unterstützte Projekt unter steirischem Lead bringt erstmals alle Staaten des ehemaligen Jugoslawien mit Partnerregionen aus Ungarn und Österreich zusammen. Der nächste SOLICO-Workshop fand am 10. März ebenfalls in Varaždin statt.

Die Alpen-Adria-Allianz steht auch Nichtregierungsorganisationen und Initiativen für gemeinsame Projekte in den Mitgliedsregionen offen. Das Generalsekretariat wird vom Land Kärnten in Klagenfurt geführt.

Die Steiermark in Europa: In drei Stunden in acht Staaten

Allein die geografische Lage des Tagungsortes der Alpen-Adria-Allianz in Varaždin unterstreicht die Bedeutung der Zusammenarbeit von Regionen über Staatsgrenzen hinaus. Von Graz aus ähnelt die Fahrzeit in die kroatische 50.000-EinwohnerInnen-Stadt Varaždin jener nach Schladming. Man passiert dabei allerdings zwei Staatsgrenzen und verläßt den Schengenraum. In drei Stunden Fahrzeit erreicht man von Graz aus übrigens acht verschiedene Staaten, wie das Europareferat des Landes Steiermark nachgerechnet hat. Allein die Anzahl der Grenzen auf sehr engem Raum rund um unser Bundesland ist wesentlicher Beweggrund für das Land Steiermark, sich seit Jahrzehnten für eine aktive regionale Nachbarschaftspolitik und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu engagieren. ■

<https://www.verwaltung.steiermark.at/>
<https://alps-adriatic-alliance.org/>

Schienen-Alpenkreuz

Treffen in Scuol (Schweiz): Machtbarkeitsstudien und Untersuchungen für Trassenverläufe der Terra Raetica werden in Auftrag gegeben



Foto: Land Tirol

Beim Treffen in Scuol (v.l.): Daniel Alfreider, Südtirols LH Arno Kompatscher, Tirols LHStvin Ingrid Felipe und LH Günther Platter, Massimo Sartori, Mario Cavigelli und Jon Domenic Parolini (Kanton Graubünden).

Das Projekt „Schienenverbindungen Terra Raetica“ verbindet Landeck, Mals, Bormio und Scuol und damit das Dreiländereck Österreich, Italien und die Schweiz. Die Absicht, dieses Projekt umsetzen zu wollen, haben alle Länder bereits im Herbst 2020 mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Absichtserklärung bekundet. Um weitere Eckpunkte des Alpenbahnkreuzes zu definieren, trafen einander Tirols LH Günther Platter und LHStvinIngrid Felipe mit ihren Pendanten und weiteren VertreterInnen der Länder am 2. März in der Graubündner Stadt Scuol (Schweiz).

Entlang der künftigen Trassenverläufe in der Terra Raetica werden geologische und hydrogeologische Untersuchungen und Machbarkeitsstudien unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit für die kommenden Jahre in Auftrag gegeben. Dies betrifft konkret mögliche Trassierungen in den Bereichen Scuol (Graubünden) – Mals (Südtirol), Landeck (Tirol) – Scuol, Landeck-Mals, Garmisch-Partenkirchen mit Fernpaß (Tirol, Bayern) – Silz (Tirol) und für die Strecke Tirano (Lombardei) – Bormio (Lombardei).

Diese Entscheidung fußt auf den Ergebnissen der technischen Arbeitsgruppe, die heute vorgestellt wurden. Ein vertiefter Bericht der technischen Arbeitsgruppe soll mit Ende 2023 vorliegen. „Die Ergebnisse der

eingerrichteten Arbeitsgruppen zeigten heute einmal mehr die alpenüberquerenden Dimensionen, etwaige Möglichkeiten einer breiten infrastrukturellen Bahnvernetzung und damit vor allem die Chancen dieser Zukunftsvision. Wer nachhaltig und zukunftsorientiert gestalten will, braucht mutige Ideen. „Das ‚Schienenprojekt in der Terra Raetica‘ ist ein solch mutiges Projekt, von dem die Bevölkerung in allen drei Ländern in ihrer Mobilität nachhaltig profitieren kann. Nun wird es wesentlich sein, die praktische Umsetzbarkeit genau zu prüfen“, sagt LH Platter, der aktuell auch den Vorsitz der ARGE ALP innehat.

Ein besonderer Fokus wurde bei der Erarbeitung des technischen Berichtes auf die europäische Dimension und Vernetzung gelegt. Durchgehende Bahnverbindungen im rätischen Dreieck können die Verbindungen Basel – Zürich – Venedig und München – Mailand, wie auch etwaige großräumige Anbindungen an den skandinavisch-mediterranen und den Rhein-Alpen Schienenkorridor herstellen, wie im Rahmen der heutigen Präsentation betont wurde. „Insbesondere im sensiblen Alpenraum hat die Verlagerung möglichst vieler Verkehre höchste Priorität. Jede Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität eröffnet Chancen für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Wirtschafts- und Tourismusregion. Ich freue mich

über die nächsten Schritte hin zur nachhaltigsten Mobilitätsform im Alpenkreuz“, so LHStvin Ingrid Felipe.

Über die Terra Raetica

Angestrebt wird bei Terra Raetica die Schaffung eines attraktiven Alpenbahnkreuzes und dessen Anbindung an das internationale Schienennetz. Dieses zielt auf die Verringerung des alpenquerenden Verkehrs und damit auf die Umweltbelastung ab, was wiederum eine touristische Aufwertung mit sich bringt. Bereits am 9. September 2020 haben die politischen VertreterInnen der Länder in Graun am Reschensee eine Absichtserklärung zur weiteren strategischen Entwicklung der Bahnverbindung im Rätischen Dreieck unterzeichnet.

Unter dem Vorsitz des Landes Südtirol wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus Technikern aller vier Regionen gegründet. Die Aufgaben im Rahmen dieser Zusammenarbeit waren die Darstellung der bisherigen Planungsideen im länderübergreifenden „Rätischen Dreieck“ der Länder Tirol, Südtirol, Graubünden und Lombardei zu analysieren und gleichzeitig einen Leitfaden mit klar definierten Zielen festzulegen, auf Basis dessen weitere politische Entscheidungen getroffen werden sollen. ■

<https://www.tirol.gv.at/>

<https://www.terraraetica.eu/>

Respektiere deine Grenzen

Freistaat Bayern wird Partner der Vorarlberger Initiative –
Staatsministerin Kaniber und Landesrat Rauch unterzeichnen Vertrag

Der Freistaat Bayern ist nun ein Mitglied der Initiative „Respektiere deine Grenzen“. Dies besiegelten bei ihrer digitalen Besprechung Staatsministerin Michaela Kaniber und Vorarlbergs Landesrat Johannes Rauch am 17. Februar. Nach der Schweiz und mehreren Bundesländern Österreichs ist mit dem Freistaat Bayern nun das erste deutsche Bundesland Teil dieser Initiative. Staatsministerin Kaniber und Landesrat Rauch stimmten überein, daß der Schutz sensibler Lebensräume nicht an der Staatsgrenze enden darf, sondern gemeinsam gedacht und weiterentwickelt werden muß.

„Das Ziel der Initiative ist es, Wissen über richtiges Verhalten in der Natur zu vermitteln und damit die breite Bevölkerung im Hinblick auf die Störungsempfindlichkeit von Wildtieren zu sensibilisieren und bei den Outdooraktivitäten zu leiten“, sagte Rauch. „Gemeinsam mit den anderen Teilnehmern der Initiative wollen wir an einem besseren und vor allem auch reflektierten Naturverständnis der Erholungsuchenden arbeiten. Wer versteht, entwickelt auch Verständnis – davon sind wir überzeugt“, betonte Kaniber.

Bereits im Jahr 2003 wurde die Initiative „Respektiere deine Grenzen“ mit dem Ziel ins Leben gerufen, systematisch und flächendeckend Schutz für sensible Natur- und Lebensräume in Vorarlberg zu schaffen. Damit sich Mensch und Natur nicht ins Gehege kommen, markieren Schilder solch entscheidende Gebiete im gesamten Land. Tiere und Pflanzen erhalten dadurch nicht nur eine Stimme, sondern auch den Raum, den sie tatsächlich benötigen.

Sämtliche Partner und Partnerinnen, und jetzt auch der Freistaat Bayern, wollen die Menschen, die ihre Freizeit in der Natur verbringen, noch mehr für einen respektvollen Umgang mit Tieren und Pflanzen gewinnen. Dabei wird sachliche Informations- und Aufklärungsarbeit geleistet und auf sensible Bereiche und Themen hingewiesen.

So wird zum Beispiel die große Bedeutung intakter Bergwälder mit ihren vielfältigen (Schutz-)Funktionen für die Sicherheit der Bergregionen und gleichzeitig auch für die Sicherheit und Gesundheit der Freizeitsportler und Erholungssuchenden aufgezeigt.



Foto: STMELF / Pia Regnet

Staatsministerin Kaniber und Landesrat Rauch unterzeichnen den Vertrag für die Partnerschaft

Hinter all dieser Aufklärungs- und Informationsarbeit steht eine feste Überzeugung: Unser Respekt gegenüber der Natur führt zu einem Mehr an Lebensqualität für alle: Mensch, Tier und Pflanze. „Respektiere deine Grenzen“ arbeitet dafür, daß die Menschen im Land nicht nur den Wert einer intakten und vielfältigen Natur erkennen und schätzen, sondern auch Verantwortung übernehmen für ihren Schutz und Erhalt. Das beginnt mit dem Interesse an der Natur und dem Bewußtsein für die Natur und mündet im Idealfall in verantwortungsbewußtes Handeln und ein aktives Engagement.

Aufklärung

Die Information und Aufklärung der Menschen steht im Mittelpunkt von „Respektiere deine Grenzen“. Nur wer die komplexen Zusammenhänge unseres Lebensraumes und die dadurch bedingten Wechselwirkungen versteht, zeigt Respekt vor der Natur und ihren BewohnerInnen.

Markierung

Die wichtigsten Schutzzonen in Vorarlberg werden ausgewiesen und entsprechend gekennzeichnet – mit Hinweistafeln vor Ort und Markierungen in Wander- und Skikarten. Das dabei angewendete Motto: Weniger ist mehr.

Zusammenspiel zwischen Mensch und Natur

Sportbegeisterten soll also keineswegs der Spaß an der körperlichen Betätigung in der Natur verdorben werden. Im Gegenteil: Anliegen der Initiative ist es, das Zusammenspiel zwischen Mensch und Natur so zu gestalten, daß die sensible Alpenlandschaft auch für nachfolgende Generationen unbeschadet erhalten bleibt.

Deshalb ziehen unterschiedliche Gruppen im Land – Politik, Vereine, Verbände und Gemeinschaften – am selben Strang und unterstützen die Initiative.

Ihr Beitrag zählt!

Man will zeigen, warum unsere Natur und ihre BewohnerInnen Schutz brauchen. Zeigen, warum es Sinn macht, nur ausgewiesene Wege und Strecken zu benutzen. Und warum man seiner Umgebung damit einen wichtigen Dienst erweist.

Dafür braucht es wenig Verbote – aber Mithilfe von jedem Einzelnen, guter Wille und Respekt. Vor deiner Umgebung. Vor der Natur. Vor den eigenen Grenzen. Der Beitrag zum Schutz unserer Natur und ihrer Bewohner zählt. ■

<https://vorarlberg.at/>

<https://www.respektiere-deine-grenzen.at>

<https://www.respektieredeinegrenzen.bayern>

München und Wien arbeiten jetzt noch enger zusammen

Wiens Finanzstadtrat Hanke zu Besuch bei Münchens Oberbürgermeister Reiter

Die beiden Landeshauptstädte München und Wien verbindet seit jeher eine enge, nachbarschaftliche Freundschaft. Oberbürgermeister Dieter Reiter (München) und Finanz- und Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke (Wien) sowie Florian Bieberbach, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke München, und Peter Weinelt, Vorstandsdirektor der Wiener Stadtwerke, haben am 10. März im Münchner Rathaus in einem Arbeitsübereinkommen vereinbart, noch enger insbesondere auf dem Gebiet der klimagerechten und autonomen städtischen Energieversorgung im Herzen Europas zusammenzuarbeiten.

„Es gibt einen klaren Weg, wie wir den aktuellen Herausforderungen entgegenwirken können: Wir müssen unseren CO₂-Ausstoß senken! Mit dem Ende fossiler Energieträger rücken leistungsfähige Alternativen zunehmend in den Mittelpunkt der Aktivitäten. Solche Alternativen sind entscheidend für eine langfristig erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in allen Sektoren und für den Klimaschutz“, sagt Hanke.

Reiter: „München will die erste Großstadt Deutschlands werden, die flächendeckend fossile Brennstoffe durch erneuerbare ersetzt. Denn die Verbrennung von Erdgas und Heizöl gehört derzeit zu den größten Verursachern der hier anfallenden Treibhausgas-Emissionen. Und die aktuelle weltpolitische Lage zeigt wie wichtig diese Umstellung ist, nicht nur aus ökologischer Sicht.“

„Die Klima-Herausforderung wird in großen Städten wie München oder Wien entschieden. Dort stehen die städtischen Versorger im Rampenlicht, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Wir nehmen diese Pionierrolle an, um den großen Umbau der Energie- und Mobilitätssysteme möglich zu machen“, sagt Weinelt.

Bieberbach: „Die Ziele unserer bereits 2009 gestarteten Ausbauoffensive Erneuerbare Energien sehen wir aktuell deutlicher denn je bestätigt: Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und damit auch von den Erzeugerländern sinkt mit dem Fortschritt unserer Energieerzeugung aus Sonne, Wind und Erdwärme mit Schwerpunkt auf die Region. Beim Strom haben wir unser Ziel,



Foto: Michael Nagy / Presseamt München

v.l.: Florian Bieberbach, SWM, Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter, Wiens Finanz- und Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke und Peter Weinelt, Wiener Stadtwerke

so viel Ökoenergie in eigenen Anlagen zu erzeugen, wie ganz München verbraucht, schon zu 90 Prozent erreicht.“

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer und Metropolen haben Großes vor, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2040/2050 zu erreichen. Dazu gilt es massiv in den Ausbau von Erneuerbarer Energie zu investieren. Photovoltaik, Windkraft, Wasserkraft, Fernwärme, Fernkälte und (grüner) Wasserstoff sind die Hebel in Richtung Klimaschutz und Energieautonomie. So gilt es alleine in der Bundeshauptstadt Wien eine halbe Million Gasthermen auf fossilfreie Lösungen umzustellen. Zusätzlich hat sich die Stadt Wien zum Ziel gesetzt, den Photovoltaik-Ausbau massiv zu forcieren. Bis 2025 soll die Stromerzeugung mittels Photovoltaik im Stadtgebiet auf 250 MWpeak und bis 2030 auf 800 MWpeak gesteigert werden. München hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2035 klimaneutral zu werden.

Innovative Lösungen und zahlreiche Pionierprojekte zeigen, daß die Herausforderung eines klimagerechten Umbaus des Energiesystems gemeistert werden und die Transformation und Unabhängigkeit gelingen kann. Ein wichtiger Baustein zur Klimaneutralität und Energieautonomie ist die Umstellung von Heizsystemen auf erneuerbare Wärme. Es gibt bereits viele Systeme, die kein Gas und kein Öl mehr brauchen. Gerade im Wärmebereich wurden in der Technologieentwicklung in den letzten Jahren große Fort-

schritte erzielt. In vielen Neubaugebieten sind Geothermie bzw. Erdwärmeverorgung über Sonden und Wärmepumpen bereits Standard. Ein wichtiges Element ist auch die Fernwärme, die in Wien bereits jahrzehntelange Tradition hat und in den kommenden Jahren noch massiv ausgebaut wird. Hier spielt die Tiefe Geothermie eine große Rolle, in die in den kommenden Jahren in Wien beschleunigt investiert werden soll. Ein großes Vorbild dafür ist für Wien die Stadt München. München treibt seine CO₂-neutrale Fernwärme-Vision seit Jahren massiv voran. Am Heizkraftwerk Süd läuft Deutschlands größtes Geothermie-Kraftwerk im Probetrieb, das sechste der Stadtwerke München. Und der Ausbau geht zeitnah weiter: Spätestens 2040 soll die Geothermie den Großteil der Fernwärme-Versorgung für München übernehmen. Wien plant bis 2040 ein Viertel der Fernwärme-Versorgung über Geothermie.

Darüber hinaus zeigt das in Kooperation von der Stadt Wien mit der Stadt München durchgeführte Smart-City-Pilotprojekt „Smarter Together“, daß Stadtentwicklungsthemen und Fragestellungen in den Bereichen Mobilität, Technologie, Energieversorgung und Sanierung beide Städte gleichermaßen betreffen. Auch bei den Herausforderungen der Digitalisierung und des bestmöglichen BürgerInnenservice wollen beide Seiten von einem direkten Austausch profitieren. ■

<https://www.wien.gv.at/>

<https://www.muenchen.de/>

Das neue Präsidium des Europäischen Parlaments

Die Abgeordneten haben am 19. Jänner das neue Präsidium des Europäischen Parlaments gewählt. Othmar Karas (ÖVP) ist der neue Erste Vizepräsident

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 17. bis 20. Jänner wählten die Abgeordneten in Straßburg ihren Präsidentin, 14 VizepräsidentInnen und fünf QuästorInnen.

Bei der Plenartagung vom 17. bis 20. Jänner wählte das Europäische Parlament mit Roberta Metsola seine 31. Präsidentin, die das Amt für die zweite Hälfte der laufenden Wahlperiode übernommen hat. Nach der nächsten Wahl wird das neue Parlament im Juli 2024 seine Präsidentin/seinen Präsidenten wählen. Die Präsidentin/der Präsident erfüllt eine wichtige und zunehmend sichtbare Funktion im institutionellen Rahmen der EU und auf der internationalen Bühne, die die einflussreiche Rolle widerspiegelt, die dem Parlament als Legislativorgan, das die Politik der EU entscheidend mitgestaltet, zukommt.

Die neue EP-Präsidentin Roberta Metsola gewann die Wahl im ersten Wahlgang, in dem sie eine absolute Mehrheit von 458 von 690 abgegebenen Stimmen in der geheimen Fernwahl erhielt. Roberta Metsola, die seit 2013 Mitglied des Europäischen Parlaments ist, ist die jüngste jemals gewählte EP-Präsidentin. Sie wurde im November 2020 zur Er-

sten Vizepräsidentin ernannt und war die amtierende Präsidentin des Parlaments, nachdem Präsident Sassoli am 11. Jänner verstorben war. Sie ist die dritte weibliche Präsidentin des Europäischen Parlaments nach Simone Veil (1979-1982) und Nicole Fontaine (1999- 2002).

Die anderen KandidatInnen waren Alice Kuhnke und Sira Rego. Aufgrund der Pandemie wurde die Wahl per Fernwahl durchgeführt. Die Ernennungen in die parlamentarischen Ausschüsse für den Rest der Legislaturperiode wurden ebenfalls auf der folgenden Plenartagung bestätigt.

In Artikel 15 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) ist ausdrücklich festgelegt, daß die Mitglieder nach der Wahl des Präsidenten die Träger der beiden anderen wesentlichen politischen Ämter des Europäischen Parlaments wählen, die für den reibungslosen Ablauf der Tätigkeiten des Organs notwendig sind. Im Plenum wurden zunächst also die 14 VizepräsidentInnen und anschließend die 5 Quästoren gewählt. In der Praxis achten die Fraktionen darauf, daß das Präsidium des Parlaments, das sich aus den VizepräsidentInnen und den QuästorIn-

nen zusammensetzt, die zahlenmäßige Zusammensetzung der Fraktionen ungefähr widerspiegelt, und berücksichtigen dabei das Ergebnis der Wahl der Präsidentin/des Präsidenten.

Das Wahlergebnis

1. Othmar Karas (EVP, AT)
2. Pina Picierno (S&D, IT)
3. Pedro Silva Pereira (S&D, PT)
4. Ewa Kopacz (EVP, PL)
5. Eva Kaili (S&D, EL)
6. Evelyn Regner (S&D, AT)
7. Rainer Wieland (EVP, DE)
8. Katarina Barley (S&D, DE)
9. Dita Charanzová (RENEW, CZ)
10. Michal Šimečka (RENEW, SK)
11. Nicola Beer (RENEW, DE)
12. Roberts Zīle (EKR, LV)
13. Dimitrios Papadimoulis (Die Linke, EL)
14. Heidi Hautala (Grüne/EFA, FI)

Alle gewählten Ämter im Parlament werden alle zweieinhalb Jahre neu besetzt – zu Beginn der fünfjährigen Wahlperiode und nach der Hälfte der Wahlperiode. ■

<https://www.europarl.europa.eu/>



Foto: European Union 2022 - Source : EP / Alexis Haulot



Foto: European Union 2022 - Source : EP / Alexis Haulot



Foto: European Union 2021 - Source : EP / Alain Rolland

Othmar Karas (ÖVP) wurde mit 536 von 680 Stimmen zum Ersten Vizepräsidenten gewählt

Othmar Karas (ÖVP) wurde mit 536 von 680 Stimmen zum Ersten Vizepräsidenten gewählt

Evelyn Regner (SPÖ) wurde mit 434 von 680 Stimmen zu einer der 14 VizepräsidentInnen gewählt

Menschliche Überreste an Hawaii zurückgegeben

Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie wurden am 14. Februar menschliche Überreste (iwi kūpuna) aus der Sammlung des NHM Wien an eine Delegation des Office of Hawaiian Affairs (OHA) zurückgegeben.



Foto: NHM Wien / APA-Fotoservice / Julhasz

Nach der Repatriierungs-Zeremonie im Naturhistorischen Museum Wien v.l.: Vizekanzler Werner Kogler, NHM Wien-Generaldirektorin Katrin Vohland, US-Botschafterin Victoria Reggie Kennedy, VertreterInnen des Office of Hawaiian Affairs und als Delegation der Hui Iwi Kuamo'o: Edward Halealoha Ayau, Kaumakaiwa Kanaka'ole, Brandy Kalehua Kamohalii Caceres, Norman Christopher Moore Kaleilani Caceres

An der zeremoniellen Repatriierung zweier menschlicher Schädel am 14. Februar nahmen als VertreterInnen des Office of Hawaiian Affairs und als Delegation der Hui Iwi Kuamo'o Mrs. Brandy Kalehua Kamohalii Caceres, Mr. Norman Christopher Moore Kaleilani Caceres und Mr. Edward Halealoha Ayau teil. Empfangen wurde die Delegation von Vizekanzler Werner Kogler als Vertreter der Bundesrepublik Österreich, von US-Botschafterin Victoria Reggie Kennedy als Vertreterin der Vereinigten Staaten von Amerika und von Generaldirektorin Katrin Vohland und Anthropologin Prof. Sabine Eggers vom Naturhistorischen Museum Wien. Nach einem hawaiianischen Gebet (Pule) und Ansprachen der VertreterInnen wurde schließlich das offizielle Übergabeprotokoll in den Museumsräumlichkeiten unterzeichnet.

Bei den menschlichen Überresten aus Hawaii (iwi kūpuna), die im 19. Jahrhundert in das NHM Wien eingegliedert wurden, handelt es sich um zwei Schädel, den eines Mannes und den einer Frau. Nach intensiver

interdisziplinärer Provenienzforschung über die Herkunft der Gebeine ist davon auszugehen, daß diese gegen den Willen der indigenen hawaiianischen Gesellschaft aus Gräbern geraubt wurden. Zu diesem Schluß gelangt die vom NHM Wien vorgelegte und gemeinsam von Prof. Sabine Eggers und Margit

Berner (Anthropologische Abteilung des NHM Wien) sowie Edward Ayau (Office of Hawaiian Affairs) und Prof. Paul Turnbull (University of Tasmania, Australia) durchgeführte Provenienzforschung. Beide iwi kūpuna seien demnach durch die Plünderung von Grabstätten auf der Insel O'ahu um 1850



Foto: NHM Wien / APA-Fotoservice / Julhasz

Repatriierungs-Zeremonie mit hawaiianischem Gebet (Pule)

Österreich, Europa und die Welt

durch den englischen Geologen und Händler William Lowthian Green (1819-1894) erworben. Über den englischen Arzt Joseph Barnard Davis (1800-1881) gelangten sie wahrscheinlich an den österreichischen Arzt und Schädelforscher Augustin Weisbach (1837-1914). Teile seiner Sammlung wurden damals an das NHM Wien übergeben.

Aufgrund dieses Gutachtens und unter Verweis auf internationale Ethikstandards, wie insbesondere Art. 12 der United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, entschied die Republik Österreich, dem Ansuchen des Office of Hawaiian Affairs um Repatriierung dieser beiden iwi kūpuna zu entsprechen.

Mit der Rückgabe von menschlichen Überresten soll das ethische und moralische Unrecht anerkannt werden, welches durch die rücksichtslose Sammlungspraxis vergangener Jahrhunderte entstanden ist. Sterbliche Überreste indigener Angehöriger wurden unter Mißachtung religiöser Vorstellungen der indigenen Bevölkerung außer Landes geschafft, natur- und kulturwissenschaftlich studiert und nicht selten öffentlich zur Schau gestellt. Das Ziel der Repatriierung menschlicher Überreste aus musealen Sammlungen ist die Rehumanisierung und somit die damit einhergehende Wiederherstellung der individuellen Würde der Verstorbenen.

„Es war ein wichtiger Prozeß, daß die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Hawaii und Österreich diese Forschungen zur Provenienz gemeinsam durchgeführt haben“, betont NHM Wien- Generaldirektorin Katrin Vohland. „In diesem Fall ist die Sachlage sehr klar und es gibt auch eine gut organisierte Gemeinschaft, die die Schädel entgegennimmt. Es wird deutlich, wie wichtig interdisziplinäre und internationale Forschung zu Provenienzen ist, die neben naturkundlichen und historischen auch kulturwissenschaftliche Erkenntnisse einbringt.“

„Es liegt in unser aller Verantwortung, die Aufarbeitung der Verflechtung mit der Kolonialgeschichte voranzutreiben, um Verzeihung zu bitten und den Dialog zu starten. Als Vizekanzler der Republik Österreich möchte ich den geschätzten Gästen aus Hawaii mein tiefstes Bedauern auszudrücken. Mein Bedauern, daß an ihren Ahnen Unrecht begangen wurde. Mein Bedauern, daß die Grabstätten ihrer Ahnen entweiht wurden. Und mein Bedauern, daß die Totenruhe gestört wurde. Dafür, daß die Störung der Totenruhe bis zum heutigen Tag angehalten hat, möchte ich mich entschuldigen“, so der Vizekanzler.



Foto: NHM Wien / APA-Fotoservice / Juhasz

US-Botschafterin Victoria Reggie Kennedy

„Die Aufarbeitung der Zeit des Kolonialismus ist ein wichtiges kulturpolitisches Anliegen der österreichischen Bundesregierung, sie ist aber vor allem im Hinblick auf die Verantwortung für unsere Vergangenheit ein Gebot der Stunde. Vor diesem Hintergrund haben wir ein Expertengremium zur Erarbeitung von Richtlinien für den Umgang mit diesen Fragen eingerichtet, und vor diesem Hintergrund sind auch die Bemühungen Österreichs zu sehen, Ansuchen um Repatriierung von menschlichen Überresten entsprechend zu begegnen und Rückgaben in einem angemessenen Rahmen zu ermöglichen. Auch ich möchte den Vertreterinnen und Vertretern des Office of Hawaiian Affairs mein tiefes Bedauern ausdrücken“, betont Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer.

„Hui Iwi Kuamo’o fühlt sich geehrt, unsere iwi kūpuna auf ihrer Heimreise nach Hawaii zu begleiten. Wir schätzen die humanitären Bemühungen des Naturhistorischen Museums Wien bei der heutigen Repatriierung unserer geliebten Vorfahren. This is the way. Der Weg des Aloha“, sagt Edward Halealoha Ayau für die Delegation des Office of Hawaiian Affairs (*übersetzt, Anm.*).

US-Botschafterin Victoria Reggie Kennedy zur Repatriierung: „Die Regierung der Vereinigten Staaten unterstützt die Bemühungen der indigenen Hawaiianer zur Repatriierung ihrer Vorfahren. Wir danken Österreich, daß es diesen Anliegen eine hohe Wichtigkeit einräumt.“

Die Repatriierung fand im Zuge einer weitreichenden Initiative des Office of Hawaiian Affairs und der hawaiianischen „cultural practitioners“ zur Rückgabe mensch-

licher Überreste aus internationalen Sammlungen statt.

Geleitet wird die Delegation von Edward Halealoha Ayau, ehemaliger Vorstand von Hui Mälama I Nā Kūpuna O Hawai’i Nei (Organisation, die sich für die angemessene Behandlung der Ahnen Hawaiis einsetzt), der sich seit über 30 Jahren für die Rückführung von iwi kūpuna (hawaiianische Gebeine), moepū (Grabbeigaben) und mea kapu (heilige Gegenstände) engagiert und für das OHA nun weiterhin ehrenamtlich für die internationalen Rückführungen arbeitet. Im Zuge dieser Europa-Reise werden Überreste aus vier Institutionen aus Deutschland und aus dem NHM Wien, die im 19. Jahrhundert aus Hawaii entwendet wurden, zurückgebracht.

„Die heutige Repatriierung dieser iwi kūpuna ist ein Schritt zur Wiederherstellung der Menschlichkeit und zu einem harmonischeren und ausgewogeneren Verhältnis zwischen Menschen, Völkern und Ländern. Es ist nicht nur eine Verpflichtung und Verantwortung – es ist auch eine Ehre“, so NHM Wien-Anthropologin Prof. Sabine Eggers.

Das Naturhistorische Museum Wien untersucht im Rahmen des Projekts „Kolonialer Erwerbskontext“ (KolText) koloniale Kontexte. Das vom Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport unterstützte Projekt (Laufzeit: 2021–2022) beabsichtigt eine Bestandsaufnahme im Haus und die Erstellung einer Übersicht über die Archiv- und Quellenlage zur Erforschung kolonialer Provenienzen der Sammlungen des NHM Wien, vor allem in Bereichen der anthropologischen Sammlungen und des Archivs für Wissenschaftsgeschichte. Aufgrund der Materialfülle liegt der Fokus der Untersuchung auf der Zeit von der Gründung des Museums bis zum Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie 1918. Übergeordnetes Ziel ist es, eine adäquate Forschungsstrategie zu entwickeln und den Begriff „kolonialer Erwerbskontext“ für die Sammlungen eines naturkundlichen Museums definitorisch zu konkretisieren.

Auf bundesweiter Ebene wurde von Österreich ein internationales und interdisziplinäres Gremium eingerichtet, das Richtlinien im Umgang mit Objekten aus kolonialen Kontexten, die sich in den Sammlungen von Bundesmuseen befinden, und für das Vorgehen bei Rückgabeforderungen erarbeiten soll. NHM Wien-Generaldirektorin Katrin Vohland ist Mitglied dieses neuen Gremiums. ■

<https://www.nhm-wien.ac.at/>

Die Sache nimmt Fahrt auf...!

Anmerkungen zur Restitution und Repatriierung
von sensiblen Museumsobjekten in Österreich

Von Hermann Mückler*)

Die feierliche Übergabe der sogenannten „human remains“, jener menschlichen Schädel zweier Personen von den polynesischen Hawaii-Inseln am 14. Februar 2022 im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in der Generaldirektion des Naturhistorischen Museums (NHM) in Wien, stellt einen weiteren markanten Punkt in einem veränderten Umgang mit solchen Objekten dar. Diese von langer Hand über einen langen Zeitraum von vor allem zwei Mitarbeiterinnen des Museums sowie externen Experten geplante und dann doch etwas kurzfristig anberaumte Rückgabezeremonie ist Teil der Aufarbeitung von Folgewirkungen des neuzeitlichen Kolonialismus, wobei auch österreichische Forscher, Sammler und öffentliche sowie private Institutionen ihren Anteil daran hatten und haben. Die jüngste Rückgabe kann und muß im Kontext eines bereits mindestens seit den 1980er-Jahren stattfindenden Bewußtseinsbildungsprozesses gesehen werden, dem auch seit jener Zeit immer wieder punktuelle Initiativen folgten, um offensichtlich Objekte mit Konfliktpotential einer für alle Seiten tragbaren Lösung zuzuführen.

Dabei stellt die Rückgabe von menschlichen Überresten ein spezielles Subthema innerhalb der weit umfassenderen Diskussion über den Umgang mit unter fragwürdigen Bedingungen in der Kolonialzeit erworbenen Objekten dar. Gerade indigene menschliche Überreste und deren Repatriierung und Wiederbestattung sind dabei nicht von politischer Instrumentalisierung gefeit, wie die Expertin für den Umgang mit Knochenfunden Univ.Doz. Estella Weiss-Krejci¹⁾ einmal betonte. Vielmehr können, wie sie meint, diese durchaus im Kontext der Neuordnung sozialpolitischer Beziehungen betrachtet werden,

*) ao. Univ.Prof. Mag. Dr. Hermann Mückler lehrt am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien

¹⁾ Weiss-Krejci, Estella: Abschied aus dem Knochenkabinett: Repatriierung als Instrument kultureller und nationaler Identitätspolitik am Beispiel österreichischer Restitutions. In: Holger Stoecker, Thomas Schnalke und Andreas Winkelmann (Hg.), Sammeln, Erforschen, Zurückgeben? Menschliche Gebeine aus der Kolonialzeit in akademischen und musealen Sammlungen. Studien zur Kolonialgeschichte 5., Berlin 2013: Ch. Links, S. 431–460.



© Sammlung Hermann Mückler

Umschlagabbildung des französischen Reisejournals aus dem Jahr 1907 mit einem Europäer, der zum Verkauf angebotene tatauierte, konservierte Maori-Köpfe begutachtet. Die Herstellung und der schwunghafte Handel mit den mokomokai genannten Köpfen wurde zwar von den Briten bereits 1831 verboten, fand aber noch bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein statt.

wobei mit „politisch“ hier alle Akteure, die gesellschaftliche Ziele verfolgen, gemeint sein können.

Die Übergabe der beiden Schädel an die aus Honolulu angereisten Vertreter des Office of Hawaiian Affairs ist die bislang sechste

Repatriierung von menschlichen Überresten aus österreichischen Institutionen an Vertreter der ursprünglichen Herkunftsgesellschaften. Sie kann als Bekenntnis sowohl des beteiligten Museums als auch des offiziellen Österreich für einen offenen und ehrlichen

Österreich, Europa und die Welt



© Sammlung Hermann Mückler

Viele Ethnien betrieben in vorkolonialer Zeit die Kopfjagd, wie hier eine Gruppe von Marind im Süden von Niederländisch-Neuguinea Ende des 19. Jahrhunderts. Die erbeuteten Köpfe wurden häufig mit Ton und Baumharz überformt und reich geschmückt. Sie stellen in den ethnologischen Sammlungen heute Objekte dar, die gleichzeitig sowohl Kunstobjekte als auch menschliche Überreste sind, und dadurch den Umgang mit ihnen erschweren.

Umgang mit dieser sensiblen Thematik betrachtet werden.

Die erste österreichische Institution, welche sich zur Restitution bzw. Repatriierung sensibler Objekte aus ihren Sammlungen entschloss, war das Wiener Museum für Völkerkunde, heute Weltmuseum Wien. Bereits 1985 hatte der damalige Kurator der Abteilung Polynesien und Australien, Hanns Peter, persönlich eine männliche Mumie eines indigenen Maori nach Aotearoa/Neuseeland zurückgebracht. Eine weitere damals im Besitz des Museums vermutete Mumie eines Kleinkindes war nicht auffindbar. Beide Mumien waren durch den aus Linz stammenden Taxidermisten, Ethnologen und Ornithologen Andreas Reischek 1889 nach Österreich gebracht worden. Reischek selbst hatte in seinen Tagebüchern erwähnt, daß er die beiden Mumien heimlich nachts von ihrem Bestattungsort entwendet hatte. Die englische Übersetzung dieser Tagebücher führte in Neuseeland zu empörenden Reaktionen, die dort Reischeks Ruf nachhaltig beschädigten. Die Rückgabe der männlichen Mumie erfolgte weitgehend unberücksichtigt von den Medien.

Im Jahr 2009 erfolgte die nächste Repatriierung menschlicher Überreste, diesmal nach Australien. Es waren die Überreste von 17 Personen, überwiegend aus den Beständen

der osteologischen Sammlung der anthropologischen Abteilung des NHM-Wien sowie eines Objektes aus den Beständen der pathologisch-anatomischen Sammlung im „Narrenturm“, die seit 2012 zum NHM-Wien dazugehört. Nur zwei Jahre später wurden wei-



Foto: Sammlung Hermann Mückler

Schädel wie dieser und alle Knochen eines Skelettes waren, seit es eine physisch-anthropologische Forschung gibt, Gegenstand eingehender Untersuchungen. Für eine Gesamtschau trachtete man danach, aus allen Weltregionen und von allen existierenden ethnischen Gruppen vergleichbare Objekte zu erhalten.

tere 31 menschliche Überreste indigener australischer Aborigines in ihren Heimatkontinent restituiert. Die meisten dieser Objekte stammten aus der Sammlung des Mediziners, Ethnologen und Foto- und Filmpioniers Rudolf Pöch. Ebenfalls von Pöch stammten jene menschlichen Objekte – es handelte sich um zwei Angehörige der Gruppe der San –, die 2012 an Südafrika restituiert wurden. Im Mai 2015 fand schließlich die vorletzte Repatriierung statt. Diesmal waren es wieder neuseeländische Maori-Vertreter aus dem in der Hauptstadt Wellington beheimateten Te Papa Tongareva Museum, die angereist waren, um im Weltmuseum Wien die Überreste mehrerer Vorfahren für eine ordnungsgemäße rituelle Wiederbestattung in ihre Heimat zu überführen. Mit jeder Restitution steigerte sich das Medieninteresse an dieser Praxis.

Momentan laufende intensive Vorbereitungen für eine weitere Rückgabe, diesmal von über 70 menschlichen Überresten wiederum von indigenen neuseeländischen Maori, die im September 2022 im NHM-Wien im Rahmen einer feierlichen Zeremonie stattfinden soll. Die Kenntnis um solche Objekte sind u.a. das Ergebnis des seit 2008 existierenden forMuse-Projekts des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung. Das offizielle Österreich bekennt sich zu dieser Strategie der vorbehaltlosen Rückgabe mensch-

Österreich, Europa und die Welt

© Sammlung Hermann Mückler



Eine hawaiische Adelige mit traditionellen Accessoires, Ende des 19. Jhdts., Studioaufnahme, Honolulu

licher Überreste – dazu zählen neben Schädeln, Knochen, Mumien auch konservierte und speziell präparierte Schädel bzw. Köpfe, wie z.B. die mokomokai genannten Trophäen der Ureinwohner Neuseelands, deren Gesichter mit Ta-moko-Tätowierungen verziert sind. Museen und öffentliche Einrichtungen folgen bei einer Rückgabe u.a. den Empfehlungen und ethischen Richtlinien des International Council of Museums (ICOM Code of Ethics) aus den Jahren 2001, 2003 und zuletzt aktualisiert 2017.

Daß man sich in Österreich intensiv und aufgeschlossen mit diesen sensiblen Fragen auseinandersetzt – nicht nur mit der Rückgabe menschlicher Überreste, sondern generell von Objekten mit fragwürdiger Provenienz –, wurde auch durch die im Oktober 2019 vom Bundeskanzleramt initiierte Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Das Museum im kolonialen Kontext“ deutlich. Die Veranstalter, die Sektion Kunst und Kultur, hatten dabei die Themen bewußt breit angelegt und auch der historischen Tatsache Rechnung getragen, daß z.B. auch Österreich-Ungarn durchaus als Kolonialmacht betrachtet werden kann; nicht als Übersekolonialismus, aber als Grenzkolonialismus betreibende

Macht, vergleichbar dem zaristischen Rußland oder dem Osmanischen Reich jener Zeit. Die Veranstaltungsreihe trug dem international gestiegenen Interesse (und dem Druck) an Fragen zur Provenienzforschung und Restitution von Objekten und Artefakten, die aus potentiell kolonialen Erwerbkontexten stammten, Rechnung. Die Ergebnisse dieser Veranstaltung fanden in einem von der Germanistin und Historikerin Pia Schölnberger, 2021 herausgegebenen opulenten Buch ihren Niederschlag²⁾. In ihren einleitenden Worten zu diesem über 460 Seiten umfassenden Mammutwerk erläutert die Leiterin der Kommission für Provenienzforschung und Restitution in den Sammlungen des Bundes die Eckpunkte der derzeitigen Diskurse und Diskussionen zum Thema. Nicht zuletzt die Ausführungen der Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy zur Debatte um das Berliner Humboldt-Forum sowie ihre Beraterstätigkeit zu Restitutionsfragen für den französischen Präsidenten Emmanuel Macron haben die ursprünglich deutsch-französische Problematik auf eine europäische Ebene gehoben und damit auch für Österreich relevant gemacht sowie konkreten Handlungsbedarf aufgezeigt.

Daß wir aber hier nicht bei Null beginnen, sondern zumindest bei der Rückgabe menschlicher Überreste bereits auf Initiati-

ven der Vergangenheit im Sinne eines „ongoing projects“ verweisen können, ist eine gute Ausgangsbasis für einen weiteren offenen Umgang mit dieser Thematik, die uns sicherlich auch die nächsten Jahrzehnte begleiten wird. ■

<https://www.hermann-mueckler.com/>



Pia Schölnberger (Hg.)
Das Museum im kolonialen Kontext
 Czernin Verlag Wien 2021
 Preis: Euro 35,00; Hardcover, 17 x 24 cm
 ISBN: 978-3-7076-0735-2

²⁾ Schölnberger, Pia (Hg.): Das Museum im kolonialen Kontext. Annäherungen aus Österreich. Wien 2021: Czernin Verlag

20 Jahre Euro-Bargeld

Vor 20 Jahren, am 1. Jänner 2002, wurde der Euro als Bargeld eingeführt. Heute hat die Mehrheit der ÖsterreicherInnen großes Vertrauen in die gemeinsame Währung. Ihr Stellenwert für die europäische Integration wird zudem deutlich höher eingestuft, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Dies zeigt eine Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), die von 1. bis 3. Dezember 2021 österreichweit online unter 800 Befragten durchgeführt wurde.

Insgesamt 57 % der Befragten geben an, „sehr großes“ (15 %) oder „großes“ (42 %) Vertrauen in die Gemeinschaftswährung zu haben. Die Zahl jener, die „geringes“ (25 %) bzw. „sehr geringes“ (14 %) Vertrauen in den Euro haben, beträgt 39 %. Eine seit 2010 bestehende Zeitreihe macht deutlich, daß das Euro-Vertrauen vor allem in den Jahren 2011 bis 2012 stark rückläufig war, sich in den Folgejahren jedoch stabilisierte und ab 2017 wieder tendenziell zunahm. Gegenüber der letzten Umfrage von Dezember 2018 ist die Zahl jener, die dem Euro mit „sehr/großem“ Vertrauen begegnen, gleichgeblieben, die Zahl jener, die ihm „geringes/kein“ Vertrauen entgegenbringen, ist leicht gestiegen.

Etwa drei Viertel der Befragten (74 %) sind davon überzeugt, daß der Euro langfristig als gemeinsame Währung Bestand haben wird. Dies ist der höchste Wert seit Beginn

der Zeitreihe im Jahr 2011. Ein knappes Viertel (23 %) ist weniger optimistisch. 3 % können zu dieser Frage nicht Stellung beziehen.

Acht von zehn Befragten (79 %) sind der Ansicht, daß der Euro für die Stellung der Europäischen Union in der Weltwirtschaft „sehr“ (49 %) bzw. „eher wichtig“ (30 %) ist. Weniger als ein Fünftel (17 %) kann sich dieser Meinung nicht anschließen und antwortet, der Euro sei in diesem Zusammenhang „eher nicht“ (10 %) oder „gar nicht“ (7 %) wichtig. 4 % antworten „weiß nicht“. Gegenüber Dezember 2018 ist die Zahl jener, die den Euro in dieser Frage für sehr wichtig halten, um 14 Prozentpunkte gestiegen. Ebenfalls gestiegen ist aber auch die Zahl jener, die dem gar nicht zustimmen (+ 7 Prozentpunkte).

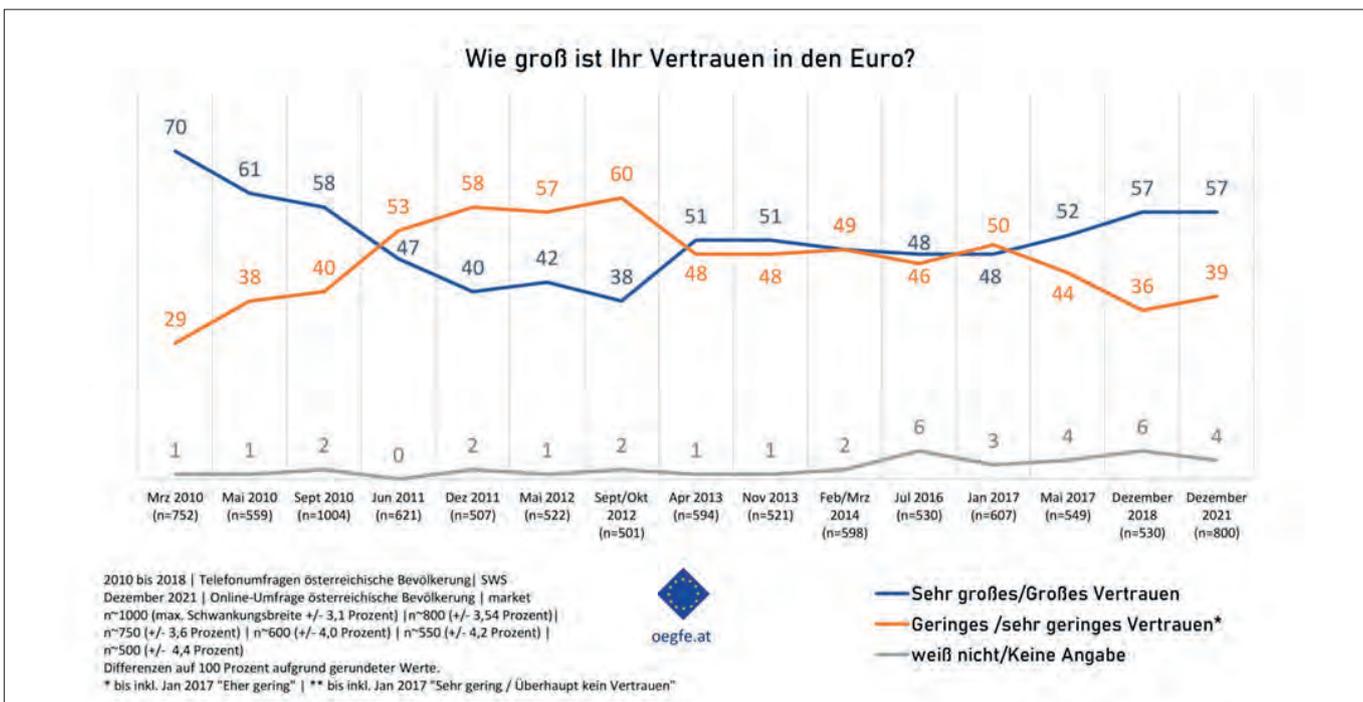
Drei Viertel der Befragten (74 %) zeigen sich überzeugt, daß die gemeinsame Währung für die Entwicklung einer europäischen Identität „sehr wichtig“ (36 %) bzw. „eher wichtig“ (38 %) ist. Etwa ein Fünftel (22 %) stimmt dem nicht zu und sagt, der Euro als identitätsstiftendes Merkmal sei „eher nicht“ (13 %) oder „gar nicht“ (9 %) wichtig. Nachdem die Zahl jener, die den Euro in diesem Bereich für wichtig halten, in den vergangenen drei Befragungen seit 2014 in etwa konstant war, ist sie nun um 12 Prozentpunkte gestiegen. Gegenüber der letzten Umfrage

(2018) ist die Zahl jener, die die Rolle des Euros in dieser Frage für wenig relevant halten, um 5 Prozentpunkte zurückgegangen, gegenüber 2017 beträgt der Rückgang sogar 14 Prozentpunkte.

Sieben von zehn ÖsterreicherInnen (71 %) sagen, daß die gemeinsame Währung für die Weiterentwicklung der Europäischen Union „sehr wichtig“ (36 %) oder „eher wichtig“ (35 %) ist. Diese Ansicht teilt ein knappes Viertel (23 %) nicht und antwortet, der Euro hätte in dieser Beziehung eher geringe (15 %) oder gar keine Bedeutung (8 %). 6 % äußern sich nicht dazu. Gegenüber der Vergleichsumfrage von 2018 ist die Zahl jener, die den Euro in dieser Frage für wichtig halten, um 14 Prozentpunkte gestiegen, was den höchsten Wert seit 2014 bedeutet. Die Zahl der SkeptikerInnen ist um 6 Prozentpunkte zurückgegangen.

Zwei Drittel der ÖsterreicherInnen (67 %) sprechen sich dafür aus, daß die Länder der Euro-Zone ihre Zusammenarbeit weiter vertiefen sollten. Ein Fünftel steht dem negativ gegenüber, 13 % können diese Frage nicht beantworten. Im Vergleich zu Dezember 2018 hat sich die Zahl jener, die sich für eine Vertiefung der Zusammenarbeit aussprechen, um 8 Prozentpunkte erhöht, die Zahl jener, die nicht zustimmen, ist um 4 Prozentpunkte zurückgegangen.

<https://www.oegfe.at/>



Frauenpower in der kosovarischen Landwirtschaft

Gemeinsam mit dem Projektpartner Caritas Schweiz unterstützt die Austrian Development Agency Bäuerinnen im Kosovo dabei, ihre Betriebe und die Rolle der Frauen in der Landwirtschaft auf ein neues Niveau zu heben.



Foto: ADA-SIRED

Remzije Berisha (3. v.r.) gründete 2010 ihren Landwirtschaftsbetrieb im Kosovo und unterstützt derzeit 72 Mitglieder der Alba Association

Der kosovarische Landwirtschaftssektor kämpft mit begrenzten Produktions- und Organisationskapazitäten, mangelndem Zugang zu Know-how und Umweltrisiken. Das von der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützte Projekt Sustainable and Inclusive Rural Economic Development (SIRED), das von der Caritas Schweiz umgesetzt wird, trägt zur ländlichen Entwicklung und zu einem integrativen Marktsystem bei. Es bezieht Produzentinnen ein und steigert dadurch deren Einkommen und Produktivität. Dadurch wird die Armut der ländlichen Bevölkerung verringert, insbesondere unter Frauen und marginalisierten Gruppen.

Die bestehenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten im Bereich der Landwirtschaft behindern nach wie vor die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen in ländlichen Gebieten. Um geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der formellen Agrarwirtschaft zu beseitigen, unterstützt das SIRED-Programm Fraueninitiativen, die ihre Wirtschaftstätigkeit formalisieren und stärken wollen.

Starthilfe für kosovarische Unternehmen

Remzije Berisha ist Unternehmerin im Kosovo. 2018 gründete sie das Agrarunternehmen „Remzije Berisha B.I.“, dem ausschließlich Frauen angehören. Ihr Unternehmen befindet sich im Dorf Prugovc in der Gemeinde Pristina und stellt verschiedene Arten traditioneller albanischer Lebensmittel und Gerichte her, darunter verschiedene Arten von eingelegtem Gemüse, Aufstrich aus gerösteten roten Paprika, allgemein bekannt als Ajvar, sowie traditionelle Backwaren.

Ins Unternehmertum gestartet ist sie erst nach einem privaten Schicksalsschlag als ihr Mann verstarb und sie ihre fünf Kinder allein versorgen mußte. Daher gründete sie 2010 ihren landwirtschaftlichen Betrieb und rief die Alba Association ins Leben. Der Verband brachte 25 Bäuerinnen zusammen, viele von ihnen Witwen oder alleinerziehende Mütter mit schlechten wirtschaftlichen Aussichten. „Das Schöne an der Arbeit in der Alba Association ist, daß sich die Frauen hier ständig gegenseitig bei ihrer täglichen Arbeit unterstützen und motivieren. Das spielt für uns

eine wichtige Rolle, denn Frauen auf dem Land zögern oft zu arbeiten aufgrund gesellschaftlicher Vorurteile gegenüber arbeitenden Frauen auf dem Land“, erzählt Remzije. Heute sind die meisten Bäuerinnen des Verbandes die Ernährerinnen ihrer Familien.

Eine der größten Herausforderungen für Remzije und den Verband war, der Nachfrage des Marktes nachzukommen und die Produktionslinien zu erweitern, da die Arbeitsbedingungen in der heimischen Verarbeitungsindustrie dem von den Frauen gewünschten Geschäftswachstum im Wege stehen. 2021 konnte Remzije dank des Partnerschaftsvertrags mit dem SIRED-Projekt ihre erste Arbeitsstätte einrichten. Der geräumige und hygienische Arbeitsplatz bedeutet für Remzije höhere Verarbeitungskapazitäten und Umsätze. Sie unterstützt außerdem die derzeit 75 Mitglieder der Alba Association. Diese haben nun den Platz, um ihre Produkte ordnungsgemäß verarbeiten zu können.

Große Nachfrage am lokalen Markt

Derzeit beliefert Remzije den lokalen Markt mit ihren Produkten über verschiedene Ladenketten im Kosovo. Die Nachfrage

Österreich, Europa und die Welt

vor Ort ist groß, aber Remzije hat höhere Ambitionen und arbeitet derzeit an einer Zusammenarbeit, um ihre Produkte auf internationale Märkte zu exportieren. Für diesen nächsten Schritt sind die Schulungen über gute Hygiene- und Produktionspraktiken von SIRED und der Nationalen Vereinigung für Obst und Gemüse „PePeKo“ für Remzije von entscheidender Bedeutung: „Die hohe Nachfrage nach unseren Produkten erfordert, daß unsere Mitarbeiter gut ausgebildet sind. Aus diesem Grund werden uns die von SIRED ermöglichten Schulungen sehr dabei helfen, die internationalen Standards zu erreichen, die wir erfüllen müssen, bevor wir selbst exportieren können.“

Abgesehen von ihren geschäftlichen Zielen möchte Remzije ihren Erfolg nutzen, um Frauen und Jugendlichen etwas zurückzugeben: „Die größte Errungenschaft meines bisherigen Weges ist es, mich und meine Familie finanziell zu erhalten, meinen Kindern eine Ausbildung und bessere Zukunftschancen zu ermöglichen und zu versuchen, dasselbe für andere Frauen zu tun, die aus Randgruppen kommen. Außerdem freue ich mich besonders darüber, daß ich junge Landwirte in der Agrarindustrie beschäftigen kann, deren Wunsch zu arbeiten sehr stark gestiegen ist, als sie die Ergebnisse der SIRED-Unterstützung für meine Agrarindustrie gesehen haben. Indem ich junge Mädchen und Jungen aus dem ländlichen Raum beschäftige, biete ich ihnen eine Chance, im Kosovo zu arbeiten und zu bleiben.“

Dank der Unterstützung von engagierten Frauen wie Remzije bei der Gründung ihres Betriebs, bemühen sich mehr Frauen aus der Region, ihre Tätigkeit in der Landwirtschaft zu formalisieren. „Das erfolgreiche SIRED-Projekt der ADA schafft für Frauen im Kosovo nachhaltige Erwerbsmöglichkeiten. Ebenso wird ihr sozialer Status Schritt für Schritt verbessert“, so ADA-Geschäftsführer Friedrich Stift zum Projekterfolg.

Schwerpunktländ Kosovo

Österreich ist ein langjähriger, enger Partner Kosovos und seit 1999 Schwerpunktländ der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Aktuell unterstützt Österreich insbesondere: den Bildungssektor, den nachhaltigen Aufbau der kosovarischen Institutionen im Sinne guter Regierungsführung, die Wirtschaft mit der Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben und des Arbeitsmarktes und eine starke Zivilgesellschaft. Die gegenwärtige Phase der Transformation des Landes ist bedeutend für die Ent-



Foto: ADA-SIRED

Derzeit beliefert Remzije Berisha den lokalen Markt mit ihren Produkten im Kosovo.

wicklung demokratischer Werte sowie die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und Gender Mainstreaming, die Entwicklung des Minderheitenschutzes und der Minderheitenrechte, der für den Arbeitsmarkt relevanten Berufsausbildung, des Bologna-Prozesses im Bereich Universitätsausbildung, der Rechtsstaatlichkeit und einer funktionierenden Marktwirtschaft.

Die Austrian Development Agency

Österreich unterstützt Partnerländer in Afrika, Asien, Südost- und Osteuropa bei ihrer nachhaltigen Entwicklung und trägt damit weltweit zu Armutsminderung, Friedenssicherung sowie Umwelt- und Ressourcenschutz bei. Langfristige Programme und Projekte bringen Stabilität, Sicherheit und Zukunftsperspektiven für die Menschen vor Ort.

Laut Meldung an den Entwicklungshilfesausschuß der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD/DAC) stellte Österreich 2020 1,117 Milliarden Euro an öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA). Das entspricht 0,30 Prozent des Bruttonationaleinkommens. 450 Millionen Euro flossen in die bilaterale, 667 Millionen Euro in die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit.

Bewährte Partner

Die Entwicklungszusammenarbeit ist in Österreich Aufgabe der gesamten Bundesregierung und wird vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) koordiniert. Den gesetzlichen Rahmen bildet das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz. Die Strategie ist im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2019 bis 2021 festgelegt, das gemeinsam von Bund, Ländern, So-

zialpartnern, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaft und Wissenschaft erstellt wurde.

Die ADA, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, wickelt im Auftrag des Bundes die bilateralen Entwicklungsprogramme und -projekte ab. Sie kooperiert dabei mit öffentlichen Einrichtungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen. Im Jahr 2020 hat die ADA ein Volumen von 183,7 Millionen Euro zur Umsetzung anvertraut bekommen (inklusive Drittmittel). Auch zahlreiche andere Akteure unterstützen die Ziele der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Zusammenarbeit zwischen Österreich und seinen Partnerländern

Um die vorhandenen Mittel effizient einzusetzen, konzentrieren sich die bilateralen Programme und Projekte der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit auf folgende Länder: Burkina Faso, Äthiopien, Uganda, Mosambik, Bhutan, Kosovo, Albanien, Moldau, Georgien, Armenien und Palästina. Aber auch in anderen Regionen engagiert sich Österreich durch die Kofinanzierung von Programmen und Projekten von zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Förderung von Wirtschaftspartnerschaften.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ist in den Schwerpunktländern durch Auslandsbüros vertreten. Diese sind Teil der diplomatischen Vertretungen und werden von der ADA geführt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Büros stellen sicher, daß die Aktivitäten den lokalen Bedürfnissen entsprechen und mit allen Entwicklungspartnern und anderen Gebern abgestimmt sind. ■

<https://www.entwicklung.at/>

Talentförderung

Ab Herbst 2018 begann eine intensive Zusammenarbeit von prima la musica-Wien mit den Wiener Philharmonikern



Foto: Wolfgang Szideric

Das Camerata prima la musica-Wien Ensemble mit Angelika Persterer-Ornig (l.) und Dirigent Harald Krumpöck (r.)

Eine Besonderheit des Wiener Landeswettbewerbs prima la musica ist das seit dem Jahr 2008 laufende umfangreiche Talentförderprogramm für PreisträgerInnen, das von der Leiterin der Landesgeschäftsstelle prima la musica-Wien, Angelika Persterer-Ornig, aufgebaut wurde. Um die jungen Talente auf den späteren Alltag als MusikerInnen vorzubereiten, werden jährlich etwa 25 Konzerte im In- und Ausland, eigene Konzertreihen, Solistenkonzerte mit Orchester, CD-Produktionen und Talente-Awards veranstaltet. Internationale Konzertreisen führten die prima la musica-Wien Talente bereits nach Argentinien, Deutschland, Niederlande, Polen, Rußland, Spanien, Ungarn und in die Slowakei. Dazu kommen Meisterkurse mit renommierten MusikerInnen, darunter Lang Lang, Angelika Kirchschrager, Lidia Baich, Eva Lind, Julian Rachlin, Paul Gulda, Stefan Vladar, Ingolf Wunder und Mitglieder der Wiener und Berliner Philharmoniker. Im Rahmen des Talentförderprogramms vergibt prima la musica-Wien Kompositionsaufträge und bringt diese Werke mit den geförderten

Ensembles zur Uraufführung. Bisher wurde mit Herbert Willi, Aleksey Igudesman und Andreas Wykydal zusammengearbeitet.

Patronanz der Wiener Philharmoniker

Die Wiener Philharmoniker unter ihrem Vorstand Daniel Froschauer haben im Mai 2019 die Patronanz über das Talentförderprogramm von prima la musica-Wien übernommen. Das gemeinsame Ziel ist, hochbegabte PreisträgerInnen des renommierten Jugendmusikwettbewerbs auf ihrem Weg zu einer professionellen Musikerkarriere zu unterstützen und insbesondere den Orchesternachwuchs zu fördern. Dazu wurden mehrere Kammermusikensembles gegründet, die von Mitgliedern der Wiener Philharmoniker geleitet werden. Die Mitglieder der Ensembles repräsentieren eine Auswahl der begabtesten jungen NachwuchsstreicherInnen Wiens, die ihre Ausbildung an den Musikschulen der Stadt Wien, an der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien und an der Musik und Kunst Privatuniversität Wien erhalten.

Die musikalische Leitung aller Ensembles liegt in den Händen der Wiener Philharmoniker Jewgenij Andrusenko (Violine), Johannes Kostner (Violine), Harald Krumpöck (Violine), Volkhard Steude (Konzertmeister) und Tamás Varga (Solocellist).

Daniel Froschauer, Vorstand der Wiener Philharmoniker: „Es geht um das Erlernen des musikalischen Handwerks, um die Bewahrung von Traditionen, um die Weitergabe der spezifischen Spielweise und Klangkultur und um den Austausch von Erfahrung und Wissen, das von Generation zu Generation überliefert wird. Wir sehen unsere Aufgabe darin, unsere jungen Künstlerinnen und Künstler ein Stück weit zu begleiten und sie zu unterstützen, daß sie ihren erfolgreichen Weg fortsetzen können.“

Das sind die Ensembles unter philharmonischer Leitung:

- Camerata prima la musica Wien 2021 (Leitung: Harald Krumpöck)
- Camerata prima la musica Wien 2020 (Leitung: Harald Krumpöck)
- Dvorak Streichquartett

Österreich, Europa und die Welt / PaN



© prima la musica-Wien

Ausschnitt aus dem neuen Film der Camerata prima la musica-Wien, der die intensive Arbeit der Wiener Philharmoniker zeigt.

- (Leitung: Johannes Kostner)
- Mozart Streichquartett (Leitung: Jewgenij Andrusenko)
- Quartett (Leitung: Tamás Varga)
- Streichquartett und Klaviertrio (Leitung: Tamás Varga)
- Violinenquartett (Leitung: Johannes Kostner)
- Drei Duos (Leitung: Volkhard Steude)

Endlich ist es soweit! Der neue Film der Camerata prima la musica-Wien unter dem Titel „Kairos ... vom richtigen Augenblick – von Wolfgang Amadeus Mozart bis Herbert Willi“ ist nun zu sehen: <https://www.youtube.com/watch?v=Dsols3PuUXc>

Der Film zeigt die intensive Arbeit der Wiener Philharmoniker mit einer Auslese der besten NachwuchsstreicherInnen Österreichs – das ist Talentförderung auf höchstem Niveau! Im Mittelpunkt des Films stehen die Intensivprobenwoche im August 2021 und die anschließenden Konzerte im Joseph Haydn Konservatorium Eisenstadt und im Palais Hansen – Kempinski.

Ein Highlight: Die Welturaufführung von Herbert Willis Werk „Kairos im Kronos 1756/1956“ in der Version für Streichorchester, das Herbert Willi eigens für die Camerata geschaffen hat.

Die musikalische Leitung aller Ensembles lag in den Händen der Wiener Philhar-

moniker Jewgenij Andrusenko, Johannes Kostner, Harald Krumpöck, Volkhard Steude und Tamás Varga. Dirigent: Harald Krumpöck, Gesamtleitung: Angelika Perstere-Omnig. Die Veranstaltungspartner waren der Dachverband aller Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften – PaN und die Österreich-San Marino Freundschaftsgesellschaft – PaN.

Es war für die jungen Musikerinnen und Musiker ein großes Erlebnis und eine wichtige Erfahrung, mit den Wiener Philharmonikern auf höchstem Niveau zusammenarbeiten zu dürfen.

<https://www.primalamusicawien.com/>
<https://www.wienerphilharmoniker.at/>



Foto: Wolfgang Szideric

v.l.: San Marino Gesellschafts-Vizepräsident Alfred Diewald, Clemens Hellsberg, PaN-Vorständin Marguerite Machek-Vos, Bundesrat Günter Kovacs, Landeshauptmann a.D. Hans Niessl, Angelika Perstere-Omnig, Harald Krumpöck, Herbert Willi, Johannes Kostner, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und San Marino Gesellschafts-Präsident Johannes Pinczolis

Weltfrauentag 2022 im Wiener Stephansdom



Foto: Florian Wieser / PaN

In der Unteren Sakristei des Stephansdoms (v.l.): die Generalsekretärin der Austrian Hong Kong Society Gerti Dogo, der Präsident der Österreichisch-Venezolanischen Gesellschaft Josef Höchtl, Dompfarrer Toni Faber, PaN-Vorstandsmitglied und Ehrenpräsidentin der österreichisch-belgischen Gesellschaft Marguerite Machek-Voss und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

Heuer war es am 8. März endlich wieder soweit: im Vorjahr mußte die exklusive Domführung wegen Corona leider kurzfristig abgesagt werden, deshalb war das Interesse an der Spezialführung zum Thema „Bedeutende Frauen in der Stephanskirche“ derart groß, daß wegen der Beschränkung der Teilnehmerzahl leider einige Personen nicht teilnehmen konnten.

Letztendlich versammelten sich am Weltfrauentag mehr als 30 Teilnehmerinnen aus 31 bilateralen Freundschaftsgesellschaften in der großen Sakristei des Stephansdoms.

Der Generalsekretär des Dachverbandes aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN, Walter J. Gerbautz, begrüßte die erschienenen Funktionärinnen der bilateralen Gesellschaften, den „Hausherrn“ Dompfarrer Toni Faber sowie die Kunsthistorikerin und geprüfte Wiener Fremdenführerin Gabriele Röder.

Im Namen des Vorstandes des Dachverbandes-PaN dankte der Generalsekretär allen

im Rahmen der großen PaN-Familie ehrenamtlich tätigen Frauen für ihren großartigen Einsatz zur Völkerständigung und auch friedvollen gegenseitigen Respekt.

Zur gegenwärtigen Situation in der Ukraine appellierte Generalsekretär Gerbautz an die Anwesenden, daß sie persönlich und im Rahmen ihrer bilateralen Gesellschaften nach Kräften und Möglichkeit die Bevölkerung in der Ukraine unterstützen mögen.

Dompfarrer Toni Faber lud im Beisein der Generalsekretärin der österreichisch-ukrainischen Gesellschaft, Dzwinka Strujak, spontan zu einem gemeinsamen Gedenken und Gebet für den Frieden und zur Linderung der Not für die ukrainische Bevölkerung ein... <http://www.oegug-wien.at/>

Einen besonderes Dankeschön erfuhren PaN-Vorstandsmitglied und Ehrenpräsidentin der österreichisch-belgischen Gesellschaft, Marguerite Machek-Voss, die seit zehn Jahren den Weltfrauentag für die PaN-

Familie mit großem Engagement organisiert, sowie Dompfarrer Toni Faber, welcher seit Jahren seine Verbundenheit mit dem Dachverband-PaN und den bilateralen Freundschaftsgesellschaften mit zahlreichen Einladungen unter Beweis stellt.

Die anschließende Spezialführung von Kunsthistorikerin und Fremdenführerin Gabriele Röder fand außerordentliches Interesse, vor allem, weil Hausherr Toni Faber, mit Schlüsselgewalt ausgestattet, auch Teile des Domes zugänglich machte, die in einer normalen Domführung nicht besichtigt werden können.

Den Abschluß bildete die Besichtigung des Dachgeschosses des Steffls, welches nach dem verheerenden Brand im 2. Weltkrieg mit feuerfestem Material wiedererrichtet wurde, sowie ein Rundgang im Freien bei strahlendem Himmel, gleichsam als krönenden Abschluß dieser Spezialführung am Weltfrauentag 2022. ■

<https://www.stephanskirche.at/>

Österreich, Europa und die Welt / PaN



Gruppenfoto der TeilnehmerInnen aus 31 bilateralen Freundschaftsgesellschaften unter dem Füchsl-Baldachin, gestiftet von Agnes Füchsl, datiert 1438-1448, im Stephansdom



Alle Fotos: Florian Wieser / PaN

Dompfarrer Toni Faber lud im Beisein von Dzwinka Strujak, Generalsekretärin der österreichisch-ukrainischen Gesellschaft, zum Gebet.

Die Österreichisch-Ukrainische Gesellschaft

1993 in Wien gegründet, verfolgt die ÖUG das Ziel, die ukrainische Kultur in Österreich sowie die Beziehungen zwischen Österreich und der Ukraine auf allen Gebieten zu fördern und zu unterstützen.

Von Dr.hc. Borys Jaminskyj und Univ.Prof. Alois Woldan*)

Die Geschichte der österreichisch-ukrainischen Beziehungen reicht bis in das 12. Jahrhundert zurück. An Hand alter Chroniken lassen sich die damaligen Verbindungen zwischen der Halytscher Dynastie der Rostyslawytschi und den österreichischen Babenbergerherzogen verfolgen. Die Beziehungen zwischen den beiden Fürstenhäusern führten schließlich dazu, daß im Jahr 1252 Gertrud, eine Nichte des letzten Babenbergerherzogs Friedrich II., des Streitbaren, Roman, einen Sohn des Halytscher Königs Danylo, heiratete.

Die Beziehungen der Ukrainer zu Österreich waren auch in den folgenden Jahrhunderten nicht unterbrochen, wenn sie sich auch in ihrer Form und Art im Laufe der Zeit veränderten und verschiedenartig entwickelten. Wien war mittlerweile zur Hauptstadt eines großen Reiches geworden und zog auch die Aufmerksamkeit der Ukrainer auf sich. Aber auch die Ereignisse in der Ukraine wurden von Wien aus mit großem Interesse verfolgt. Der Siegeszug von Hetman Bohdan Chmelnyckyj und die Gründung eines ukrainischen Kosakenstaates erweckten in Wien ziemliches Aufsehen. Chmelnyckyj richtete sogar eine Gesandtschaft in Wien ein.

Ukrainer bei der Befreiung Wiens

Das Jahr 1683 hat durch die 2. Türkenbelagerung Wiens Eingang in die europäische Geschichte gefunden. Wenig bekannt ist jedoch die historisch durch Dokumente belegte Tatsache, daß damals ukrainische Kosaken im christlichen Befreiungsheer unter dem Kommando des polnischen Königs Sobieski eine wichtige Rolle bei der Befreiung Wiens und damit des gesamten christlichen Europa von der islamischen Gefahr gespielt haben. Zum Gelingen des Entsatzes und der schnel-



Ukrainische Kosaken spielten im christlichen Befreiungsheer unter dem Kommando des polnischen Königs Sobieski eine wichtige Rolle bei der Befreiung Wiens im September 1683

len Ankunft des Befreiungsheeres vor den Mauern Wiens trug entscheidend der Bestand einer starken Kernarmee ukrainischer Kosaken bei, die damals mit Hilfe der Geldmittel des weitsichtigen und realistischen Papstes Innozenz XI. rekrutiert worden war. Der Papst gab seinen Diplomaten den Auftrag, an Ort und Stelle eine Kosakenarmee zusammenzustellen, wofür er die entsprechenden Geldsummen bereitstellte.

Sobieski war ein großer Freund des ukrainischen Kosakentums, der dessen Kampfkraft und mutigen Einsatzwillen richtig einzuschätzen wußte. Ohne Kosaken wollte der polnische König nicht in den Krieg gegen die Türken ziehen. Voll Ungeduld wartete er auf ihre Ankunft, worüber ein Brief Sobieskis vom 31. August 1683 an seine Frau Auskunft gibt: „...ich schere mich um niemanden, nur um die Kosaken, die ich so oft am Tage seufzend herbeisehne...“.

Zu den militärischen Aufgaben der Kosaken vor Wien gehörten vor allem Erkundungsritte und die Verfolgung der Türken in den Wäldern um Wien. Am 12. September 1683, dem Tag der Entscheidungsschlacht griff die verwegene Kosakenreiterei gemein-

sam mit den polnischen Husaren die türkischen Befestigungen vor der Stadt an. Die in den unaufhörlichen Kämpfen mit den Türken geübten Kosaken stürmten das feindliche Lager mit großer Tapferkeit, überrannten die türkischen Stellungen und verfolgten die flüchtenden Osmanen bis nach Ungarn.

Nach der siegreichen Entscheidungsschlacht um Wien geriet der bedeutende Beitrag, den die ukrainischen Kosaken zur Befreiung Wiens geleistet hatten, rasch in Vergessenheit und das ganze Verdienst, die Rettung Europas vor dem Islam erreicht zu haben, wurde Sobieski zugesprochen. Es ist als sicher anzunehmen, daß 1683 bereits Ukrainer in Wien geblieben sind und hier eine erste, kleine Gemeinde gebildet haben. Der Bekannteste von ihnen war sicher Jurij Kolschitzky, der einen wichtigen Botengang aus dem belagerten Wien zum christlichen Befreiungsheer vor der Stadt erfolgreich unternommen hatte und später eines der ersten Kaffeehäuser in Wien betrieb.

Galizien, Bukowina und Transkarpa

In größerer Anzahl kamen Ukrainer gegen Ende des 18. Jahrhunderts nach Wien

*) Dr.h.c. Borys Jaminskyj, ist Gründer der ÖUG; Dr.h.c.mult. Dr.phil. Alois Woldan ist Professor für Theologie, Slavistik und Komparatistik, Träger des Österreichischen Ehrenkreuzes für Kunst und Wissenschaft I. Klasse und Präsident der ÖUG

© Wikipedia // CC-BY 4.0 / Daniel Schultz (1615-1683) zugeschrieben



Sobieski, im Bild in römischer Tracht, war ein großer Freund des ukrainischen Kosakentums, der dessen Kampfkraft und mutigen Einsatzwillen richtig einzuschätzen wußte.

und Kernösterreich. In der Regierungszeit der Kaiserin Maria Theresia und ihres Sohnes Joseph II. kamen drei von Ukrainern besiedelte Gebiete zu Österreich: Galizien, nach der so genannten „polnischen Teilung“ im Jahr 1772, die Bukowina, durch Erwerb vom Osmanischen Reich 1775, und später Transkarpatien, das nach Einführung des dualistischen Staatssystems zur ungarischen Hälfte der österreichisch-ungarischen Monarchie gehörte. Auf diese Weise waren große Gebiete der Westukraine bis zum Ende des 1. Weltkrieges im Jahr 1918 Teile Österreichs.

Vor allem zu Beginn des 19. Jahrhunderts begann ein starker Zustrom von Ukrainern aus den zu Österreich gehörenden ukrainischen Gebieten nach Wien. Zunächst waren es Heeres- und Staatsbeamte mit ihren Familien sowie Studenten, die sich in der Hauptstadt der Donaumonarchie ansiedelten. 1775 übergab Kaiserin Maria Theresia den Ukrainern die St. Barbara-Kirche in Wien und gründete das geistliche griechisch-katholische Seminar „Barbareum“.

Große Rolle der Seminarier

1784 wurde das Seminar nach Lemberg verlegt und die St. Barbara-Kirche in Wien von Kaiser Joseph II. zur Pfarre erhoben. 1852 wurde in Wien das zweite „Barbareum“ gegründet, das bis 1892 bestand. Diese Seminarier spielten nicht nur für die kirchliche, sondern auch für die nationale und gesellschaftspolitische Entwicklung der österreichischen Ukrainer eine bedeutende Rolle. Ihre

Absolventen waren hoch gebildete Menschen, Wissenschaftler, einige Bischöfe und Metropoliten. Die Österreicher waren in der Westukraine zwar eine Okkupationsmacht, doch konnten sich die Ukrainer im Vielvölkerstaat der Donaumonarchie in großem Maß frei entwickeln, ganz im Gegensatz zu der von Rußland besetzten Dnipro-Ukraine, wo nur Unterdrückung herrschte. In Österreich gab es ein ukrainisches Schul- und Bildungswesen, es erschienen Publikationen in ukrai-

nischer Sprache und ukrainische Politiker vertraten die Interessen ihres Volkes im österreichischen Parlament.

Der „Völkerfrühling“ des Jahres 1848 griff auch auf Österreich über und mobilisierte vor allem die in Galizien lebenden Ukrainer. Als erste ukrainische politische Organisation wurde damals in Lemberg von ukrainischen Intellektuellen und griechisch-katholischen Geistlichen der „Ruthenische Haupt- rat“ gegründet.



Die ukrainisch-unierte und griechisch-katholische Barbarakirche im 1. Wiener Gemeindebezirk

© Wikipedia // CC-BY 4.0 / Bwag

Österreich, Europa und die Welt / PaN

Wachsende ukrainische Gemeinde

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm die ukrainische Gemeinde in Wien an Zahl stark zu. Zu Beginn der 60er-Jahre erschien eine erste politisch-satirische Zeitschrift unter dem Titel „Strachopud“ („Die Vogelscheuche“). 1862 wurde die Kirchengemeinschaft zu St. Barbara als erster ukrainischer Verein in Wien gegründet, der übrigens bis heute besteht. 1868 erfolgte die Gründung des Studentenvereins „Sitsch“, der bis 1945 in den österreichischen Universitätsstädten Wien, Graz, Innsbruck und Leoben bestand. Zu seinen Gründern gehörte eine Reihe von später bekannten ukrainischen Wissenschaftlern und Universitätsprofessoren, darunter der nachmalige Hofrat Prof. Johann Puluj, einer der Erfinder der „X-Strahlen“, die später als „Röntgen-Strahlen“ in die Medizin Eingang fanden. Gemeinsam mit Pan-telejmon Kulisch übersetzte er in den 70er-Jahren des 19. Jahrhunderts in Wien die Bibel in die ukrainische Volkssprache.

Ukrainer als eigenständiges Volk

Die österreichische Verfassung gab den Ukrainern nicht nur die Chance, sich als eigenständiges Volk zu bekennen, sondern auch durch ihre Abgeordneten, die Rechte und Freiheiten des ukrainischen Volkes im österreichischen Parlament zu vertreten. Ein weiteres positives Merkmal der österreichischen Herrschaft bestand darin, daß die Regierung zur Erhaltung der Einheit des Staates und zur Lösung zwischennationaler Konflikte auch den ukrainischen Forderungen auf sozialem und kulturellem Gebiet entgegen kam. Auf diese Weise wurden in Österreich für die Ukrainer bessere Bedingungen für ihre nationale, politische und kulturelle Entwicklung geschaffen, als dies im von Rußland beherrschten Teil der Ukraine der Fall war. Zu den bedeutendsten ukrainischen Abgeordneten im österreichischen Parlament zählten der spätere Präsident der Westukrainischen Volksrepublik Eugen Petruschewytsch, Kost Lewyckyj, Mykola Wassylko, Jerotej Pihulak, Julian Romantschuk, Semen Wityk und Jacko Ostaptschuk.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts strömten Ukrainer in Scharen nach Wien, vor allem Arbeiter und Dienstpersonal, die dafür sorgten, daß die ukrainische Gemeinde immer größer wurde. Im Hinblick auf die zahlreichen in Wien lebenden ukrainischen Arbeiter erfolgte 1896 die Gründung des ukrainischen Arbeitervereins „Rodyna“.

Aber auch bekannte ukrainische Intellektuelle, Wissenschaftler und Kulturschaffende



Der Erste Weltkrieg brachte eine große Flüchtlingswelle mit sich

lebten damals für einige Zeit in Wien. Erwähnt seien nur die wichtigsten, wie Iwan Franko, der seine Dissertation an der Wiener Universität verteidigte und den Doktorgrad der Philosophie erwarb, der Begründer des modernen ukrainischen Theaters Les' Kurbas, Lesja Ukrajinka und noch viele andere.

Von großer politischer Bedeutung war nicht nur die Tätigkeit der ukrainischen Parlamentarier im österreichischen Reichsrat, sondern auch das Auftreten ukrainischer Parteien und das Wirken des von Emigranten aus der Dnipro-Ukraine gegründeten „Bundes zur Befreiung der Ukraine“, der in Wien eine breite propagandistische Tätigkeit für die Schaffung eines selbständigen ukrainischen Staates entfaltete.

Bis zum Ersten Weltkrieg erschienen in Wien zahlreiche ukrainische Publikationen in ukrainischer und deutscher Sprache: Zeitschriften, Zeitungen, Bücher.

Der Erste Weltkrieg

brachte eine große Flüchtlingswelle mit sich. Allein durch das Lager Gmünd in Niederösterreich gingen 350.000 ukrainische Flüchtlinge. 30.000 von ihnen überlebten die Strapazen von Flucht und Vertreibung nicht und wurden auf dem Lagerfriedhof begraben. Die ukrainische Diaspora in Österreich hat im Jahr 1964 auf dem ehemaligen Lagerfriedhof in Gmünd ein Denkmal errichtet, das vom bekannten ukrainischen Bildhauer Hryhorij Kruk geschaffen worden ist.

Die Ukrainische Volksrepublik und später die Hetman-Ukraine, der Zentralrat und die Sowjetukraine unterhielten zwischen 1918 und 1923 diplomatische Beziehungen zu Österreich. Auch die Westukrainische

Volksrepublik war mit einem Gesandten in Wien vertreten.

Nach dem ersten Weltkrieg blieb Wien weiterhin ein Zentrum aktiver politischer und kultureller Tätigkeit ukrainischer Emigranten. Mychajlo Hruschewskyj kam in die österreichische Hauptstadt, gründete hier das Ukrainische soziologische Institut und entwickelte eine rege publizistische Tätigkeit. Wolodymyr Wynnytschenko gab in Wien eine Wochenzeitung heraus.

Die größte ukrainische Kolonie in der Hauptstadt des nunmehr kleinen Österreich bildeten jedoch die Emigranten aus Galizien. Nahezu die gesamte Regierung der Westukrainischen Volksrepublik war von hier aus bemüht, diplomatische Aktionen zu Gunsten der Anerkennung der Unabhängigkeit der Westukraine zu setzen, was jedoch misslang, da die Pariser Botschafterkonferenz Galizien endgültig Polen zusprach. 1921 wurde in Wien die Ukrainische Freie Universität gegründet, die später nach Prag übersiedelte und sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in München befindet. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen lebten allein in Wien etwa 6.000 Ukrainer.

Der Zweite Weltkrieg

Mit dem „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich im Jahr 1938 begann für die Ukrainer in Österreich wiederum eine schwere Zeit. Alle Vereine wurden aufgelöst und es gab nur mehr die von den nationalsozialistischen Machthabern genehmigte Ukrainische Nationale Vereinigung und den Verband der Ukrainer Großdeutschlands. Zehntausende ukrainische Zwangsarbeiter wurden in die nunmehrige Ostmark gebracht. Tausende

Österreich, Europa und die Welt / PaN



© Wikipedia // CC-BY 4.0 /

Bundeskanzler Franz Vranitzky



Foto: Archiv ÖUG

Dr.h.c. Borys Jaminskyj, Gründer der ÖUG

Ukrainer befanden sich im Konzentrationslager Mauthausen und seinem Nebenlager Ebensee.

1944 begann eine Flüchtlingswelle, die nahezu 100.000 Ukrainer nach Österreich brachte, von denen jedoch die meisten später nach Kanada und in die U.S.A. auswanderten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Österreich von den vier Alliierten Mächten USA, Sowjetunion, England und Frankreich besetzt und das ukrainische Vereinsleben kam beinahe zum Stillstand. Erst der österreichische Staatsvertrag im Jahr 1955 und der damit verbundene Abzug der Besatzungsmächte brachte wiederum einen Wendepunkt im Le-

ben der ukrainischen Gemeinde in Wien. Die ukrainische griechisch-katholische St. Barbara-Kirche in Wien wurde wieder zum geistigen und kulturellen Zentrum der Gemeinde, einer Diaspora, die sich in der Zeit des „Kalten Krieges“ und eines „Eisernen Vorhangs“, der Europa teilte, als die der früheren Heimat nächstgelegene Bastion des Ukrainertums betrachtete. Damals sahen wir es als unsere Aufgabe an, wahre Informationen über die Geschichte und Kultur des ukrainischen Volkes zu verbreiten.

Der unter der Leitung des bekannten, im Jahr 1995 verstorbenen, ukrainischen Komponisten Prof. Andrij Hnatyschyn stehende Kirchenchor zu St. Barbara wurde zu einem wahren Kulturträger des Ukrainertums. Der Österreichische Rundfunk übertrug seine Messen und Konzerte über den Äther nach ganz Europa, auch in die Ukraine.

Der Ukrainische Briefmarken-Sammler-Verein in Österreich

Der im Jahr 1967 gegründete Ukrainische Briefmarken-Sammler-Verein in Österreich übernahm eine wichtige politische Rolle, die man einer solchen Organisation in keiner Weise zutrauen würde. Durch seine guten Verbindungen zu österreichischen Regierungsstellen gelang es die Österreichische Post davon zu überzeugen, bei Veranstaltungen des Vereins Sonderpoststempel mit ukrainischer Thematik und teilweise ukrainischer Beschriftung zu verwenden. Bis zum heutigen Tag sind über 150 solcher österreichischer Sonderstempel erschienen, die dazu dienen, Informationen über die Geschichte, Kultur, Politik, Religion und das Brauchtum der

Ukraine mit philatelistischen Mitteln zu verbreiten.

Die hervorragenden Verbindungen der ukrainischen Vereine zu österreichischen Politikern tragen seit über drei Jahrzehnten dazu bei, daß man in der österreichischen Öffentlichkeit über die Ukraine Bescheid weiß.

Als sich zu Beginn der 90er-Jahre des 20. Jahrhunderts die Situation in der Ukraine endlich zum Positiven entwickelte, haben wir nach der Verabschiedung der Souveränitätserklärung am 16. Juli 1990 sofort Kontakte zur Heimat unserer Eltern angeknüpft, im Konkreten zur „Ukraine-Gesellschaft“ und zum „Ukrainischen Philatelistenverband“.

Politische Beziehungen zum unabhängigen Staat Ukraine

Österreich gehörte zu den ersten Staaten, die nach der Unabhängigkeitserklärung am 24. August 1991 sofort sogenannte „pro forma“ Beziehungen zur Ukraine aufnahmen. Das war nicht zuletzt dem Wirken der ukrainischen Gemeinde in Österreich zuzuschreiben. Die Regierung des den österreichischen Ukrainern sehr freundschaftlich gesinnten Bundeskanzlers Franz Vranitzky beschloß am 24. Jänner 1992 schließlich offizielle diplomatische Beziehungen zur Ukraine wieder aufzunehmen.

Gründung der Österreichisch-Ukrainische Gesellschaft

Einige Monate später, am 9. Juni 1992, gründeten wir die Österreichisch-Ukrainische Gesellschaft, die das Ziel verfolgt, die Beziehungen zwischen Österreich und der Ukraine auf allen Gebieten, wie der Politik,



Gedenktafel für Andrij Hnatyschyn in der Wiener Postgasse 8a

© Wikipedia // CC-BY 4.0 / GuentherZ

Österreich, Europa und die Welt / PaN



Foto: Archiv ÖUG

Bild oben: Bundesminister a. D. Rudolf Edlinger (1940-2021), Ehrenmitglied und ehemaliger Präsident der ÖUG, anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der ÖUG.

Bild unten: Univ.Prof. Alois Woldan, ÖUG-Präsident seit 2016



Foto: Archiv ÖUG

Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft u.a., zu fördern und zu unterstützen. Zu diesem Zweck geben wir auch eine zweisprachige Zeitschrift heraus, die „Österreichisch-Ukrainische Rundschau“. Erster Präsident der Gesellschaft war der damalige österreichische Finanzminister und spätere Bundeskanzler Viktor Klima, von 1997 bis 2016 übernahm Finanzminister a.D. Rudolf Edlinger den Vorsitz. Ehrenpräsidenten der Österreichisch-Ukrainischen Gesellschaft sind die Bundeskanzler a.D. Viktor Klima, Franz Vranitzky und Finanzminister a.D. Rudolf Edlinger.

Seit einigen Jahren besteht im österreichischen Parlament eine österreichisch-ukrainische parlamentarische Freundschaftsgruppe, die den „europäischen Weg“ der Ukraine tatkräftig unterstützt. Ich möchte nicht vergessen darauf hinzuweisen, daß sich auch die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Österreich und der Ukraine hervorragend entwickeln und Österreich, obwohl es nur ein Kleinstaat ist, zu den wichtigsten Handelspartnern der Ukraine zählt.

Zum Schluß sei auf die hervorragende Zusammenarbeit der ukrainischen Vereine mit der Botschaft der Ukraine in Österreich hingewiesen. An dieser Stelle sei auch im Namen der österreichischen Ukrainer der Staatsführung der Ukraine dafür gedankt, daß sie stets hervorragende Diplomaten nach Wien geschickt hat.

Tradition der gemeinsamen Geschichte und Kultur

Die ukrainische Diaspora in Österreich wird auch in Zukunft bemüht sein, ihrem Prinzip treu zu bleiben: die österreichische Öffentlichkeit über die Tradition der gemeinsamen Geschichte und Kultur unserer beiden Völker zu informieren und das Image des unabhängigen ukrainischen Staates in Österreich positiv zu beeinflussen.

Mit dem vorzeitigen Tod von Borys Jaminskyj 2010 erlitt die ÖUG einen schweren Verlust – ein unermüdlicher Motor und Organisator war nicht mehr, die Aktivitäten der Gesellschaft nahmen ab, die Zeitschrift, die von ihr herausgegebene Zeitschrift wurde eingestellt. Als 2016 auch der langjährige Präsident, BM a.D. Rudolf Edlinger (er verstarb 2021) seine Funktion aus Altersgründen zurücklegte, mußte ein neuer Vorstand gefunden werden, um die Tätigkeit der Gesellschaft wieder zu aktivieren.

Seitdem versuche ich, meine Kompetenzen als Slawist und Ukrainist in diese Arbeit einzubringen. Zusammen mit den sehr aktiven Mitgliedern des Vorstands wurden in den vergangenen sechs Jahren zahlreiche kulturelle Veranstaltungen durchgeführt, von Lesungen ukrainischer Autoren über Präsentationen von Übersetzungen aus dem Ukrainischen bis hin zu Ausstellungen und Konzerten ukrainischer Künstler. Einen Höhepunkt stellte in dieser Hinsicht sicher die 25-Jahr-Feier der Gesellschaft 2018 dar. Für die meisten dieser Veranstaltungen gelang es auch

Partner zu finden, von der Universität Wien angefangen über das Otto Mauer Zentrum bis zur Botschaft der Ukraine in Österreich. Neben diesen kulturellen Aktivitäten wurden auch humanitäre Aktionen in bescheidenem Ausmaß durchgeführt, so etwa die Lieferung von Hilfsgütern an kleine Spitäler in der Westukraine.

Der Krieg erfordert eine Neuorientierung der ÖUG

Die Situation, die mit dem brutalen Überfall der russischen Truppen am 24. Februar 2022 auf die Ukraine entstanden ist, macht eine Neuorientierung der Tätigkeit der Gesellschaft erforderlich, es ist vor allem humanitäre Hilfe gefragt, sei es in Form finanzieller Mittel, die wir bereits zur Verfügung gestellt haben, sei es in Form des ehrenamtlichen Engagements, das bereits von vielen Mitgliedern unserer Gesellschaft geleistet wird. ■

<http://www.oeug-wien.at/>

Spendenaufwurf

Das Leid ist grenzenlos. Es trifft Unschuldige. Kein Ende ist abzusehen. In der Ukraine und in jenen Ländern, wohin sich Hunderttausende flüchten konnten. Jede Hilfe verbindet sich mit der Hoffnung, zumindest lindern, überbrücken und das Notwendigste bereitstellen zu können.

Der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN sieht, daß die Österreichisch-Ukrainische Gesellschaft in dieser extremen Notsituation Aussergewöhnliches leistet und mit ihren Leistungen an die Grenzen der eigenen wirtschaftlichen Lebensfähigkeit als Gesellschaft geht.

In Anerkennung dieser bedingungslosen Bereitschaft zu helfen, wo es am nötigsten ist, erlaubt sich der Vorstand des Dachverbands-PaN, der Österreichisch-Ukrainischen Gesellschaft eine außerordentliche Sofort-Zuwendung von 2.000 Euro zur unmittelbaren Verwendung zu übermitteln.

Wir alle hoffen und wünschen uns, daß dieser sinnlose Krieg so rasch wie möglich sein Ende findet!

Ihre Spende hilft:

Österreichisch-Ukrainische Gesellschaft
Kennwort „Spende“ bei der Erste Bank
IBAN AT33 1200 0006 1628 1804



Österreich, Europa und die Welt / PaN



Foto: ÖUG

Vorstandssitzung der ÖUG am 2. März 2022 (v.l.): Handelsrat Dietlieb-Georg Linnerth, Geschäftsführender Präsident; Tanja Dannik, Rechnungsprüferin; Włodzimierz Jacyniak, Rechnungsprüfer/Stellvertreter; em. Univ. Prof. Dr. Alois Woldan, Präsident; Vasyl Pylypchuk, Vizepräsident; Ōlha Voznyk, Generalsekretärin/Stellvertreterin; Dzwinka Strujak, Generalsekretärin, Schriftführerin; Iryna Fedoryshyn, FinanzreferentIn/Stellvertreterin



Foto: ÖUG

Bild oben: 27. August 2021 am Platz der Menschenrechte, Wien, Veranstaltung zu den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine. v.r.: Oleksandra Saienko, Obfrau des Zentrums für ukrainische Initiative; em. Univ. Prof. Alois Woldan, Präsident der ÖUG; Dzwinka Strujak, Generalsekretärin und Schriftführerin der ÖUG und Rainhard Klouček, Generalsekretär Paneuropa Bewegung Österreich

Bild rechts: Ukrainischer Ball am 17. Februar 2019, Palais Auersperg (v.r.): Opernsängerin der Nationaloper Ukraine Susanna Chakhoi-an, Dzwinka Strujak und Handelsrat Dietlieb-Georg Linnerth mit Gattin



Foto: ÖUG

v.r.: Tatjana Dannik, die ukrainische Künstlerin Yana Rusnak, Dzwinka Strujak und Handelsrat Dietlieb-Georg Linnerth anlässlich einer Ausstellung in der historischen Gustav Klimt Villa



Foto: ÖUG

Europe's Rail Joint Undertaking

Die ÖBB sind Gründungsmitglied des bisher größten, mehrjährigen Forschungs- und Entwicklungsprogramms für Europas Bahnen



Foto: ÖBB / G. Gusenbauer

ÖBB CEO und Vorsitzender der Gemeinschaft der Europäischen Eisenbahn- und Infrastrukturgesellschaften Andreas Matthä beim Railway Summit

Am 21. Februar wurde am European Railway Summit, dem Internationalen Europäischen Eisenbahngipfel in Paris offiziell der Startschuß für das Forschungs- und Entwicklungsprogramm „Europe's Rail Joint Undertaking“ („Europe's Rail“) gegeben. Vertreter der Europäischen Kommission und des Eisenbahnsektors, darunter die 25 europäischen Gründungsmitglieder aus den Bereichen Bahnen, Industrie und Forschung, formulierten dabei ihre Erwartungen an das größte und wichtigste europäische Forschungs- und Innovationsprogramm für den Schienenverkehr mit einem Investitionsvolumen von 1,2 Milliarden Euro. An der Eröffnungsfeier, die auch online für reges Interesse sorgte, nahmen neben der EU-Kommissarin Adina Vălean mehrere Verkehrsminister der EU-Mitgliedsstaaten und eine Reihe von VertreterInnen des europäischen Eisenbahnsektors teil.

Die Eröffnungszeremonie war auch eine Gelegenheit, die Erwartungen der Eisenbahnbetreiber zu hören. ÖBB CEO Andreas Matthä, führte diese in seiner Funktion als Vorsitzender der Gemeinschaft der Europäischen Eisenbahn- und Infrastrukturgesellschaften (CER), aus: „Die Eisenbahnen sind ein zuverlässiger und unverzichtbarer Partner, um die Klimaziele der EU zu erreichen. Die Ergebnisse von ‚Europe's Rail Joint Undertaking‘ werden dem europäischen Bahnsystem

wichtige Impulse geben. Als Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Bundesbahnen freue ich mich auf unseren Beitrag zu diesem nachfrageorientierten Forschungs- und Entwicklungsprogramm. Als Vorsitzender der CER begrüße ich die Ambitionen und das Engagement der Entscheidungsträger, ihre Kräfte für die Klimaneutralität zu bündeln. Die Bahnen werden mit den Industriepartnern in diesem Sinne bestmöglich zusammenarbeiten.“

Den Auftakt der Veranstaltung bildeten Reden der EU-Kommissarin für Verkehr, Adina Vălean, und des Generaldirektors der Europäischen Kommission für Mobilität und Verkehr, Henrik Hololei. Kommissarin Vălean erklärte: „Die EU-BürgerInnen brauchen ein modernes, effizientes, zuverlässiges, flexibles und erschwingliches Eisenbahnsystem. Das F&E Programm ‚Shift2Rail‘ hat dafür den Grundstein im Schienenverkehr der EU gelegt, und eine Reihe von großartigen innovativen und digitalen Lösungen ermöglicht. Ich rechne damit, daß die weitere Entwicklung von Bahninnovation nun durch das gemeinsame Nachfolgeprogramm ‚Europe's Rail Joint Undertaking‘ beschleunigt wird.“

Henri Poupart-Lafarge, Vorsitzender des Verbands der Europäischen Eisenbahnindustrie (UNIFE), erläuterte die Ansichten und Erwartungen der Eisenbahnhersteller: „Die

europäische Eisenbahn-Zulieferindustrie freut sich auf die Zusammenarbeit mit den europäischen Eisenbahnunternehmen. Eine stärkere Konzentration auf Forschung und Entwicklung im Schienenverkehr ist entscheidend, um die ehrgeizigen Ziele zur Dekarbonisierung des Sektors zu erreichen. Wenn wir wirklich wollen, daß die Bahn das Rückgrat einer nachhaltigen Mobilität ist, müssen wir neue Technologien und Lösungen entwickeln, die den Schienenverkehr attraktiver, zuverlässiger, kosteneffizienter und noch umweltfreundlicher machen. Forschung und Entwicklung sind der Schlüssel zum Erhalt der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit und zum Ausbau der Führungsrolle der europäischen Eisenbahnindustrie.“

Die Veranstaltung war eine gut geeignete Gelegenheit für die europäische Eisenbahngemeinschaft, die Rolle der gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten im Rahmen von „Europe's Rail“ hervorzuheben. Das gemeinsame Ziel ist es, ein integriertes europäisches Eisenbahnnetz mit hoher Leistungsfähigkeit zu schaffen. Dabei sollen Interoperabilitätshindernisse – wie etwa unterschiedliche technische Voraussetzungen – beseitigt und das Verkehrsmanagement aller beteiligten Fahrzeuge, Infrastrukturen und Dienste zusammengeführt werden. ■

<https://www.oebb.at/>

<https://www.cer.be/>

Zum 6. Mal bester Zoo Europas

Der Tiergarten Schönbrunn wurde vom britischen Zooexperten Anthony Sheridan bereits zum sechsten Mal in Folge zum besten Zoo Europas gekürt.

In der Kategorie A (Zoos mit mehr als einer Million BesucherInnen jährlich) belegt der Tiergarten Schönbrunn den ersten Platz vor Leipzig und Zürich. Seit Beginn des Rankings im Jahr 2008 liegt er damit durchgehend an der Spitze. Insgesamt wurden 126 wissenschaftlich geführte Zoos aus 29 europäischen Ländern unter die Lupe genommen. Bewertet wurden sie dabei nach 40 Kriterien, darunter Tierhaltung, Artenschutz, Tierbestand, Biodiversität, Zoopädagogik, Forschung, BesucherInnenzahlen, Beschilderung, Tierpfleger, Marketing und Gastronomieangebot.

Wissenschaftlich geführt, stolz betreut

Der Tiergarten Schönbrunn ist schon lange nicht mehr nur ein beliebter Erholungsraum, sondern auch ein Platz für Forschung, Bildung und Erhaltungszucht. „Wir wollen Besucherinnen und Besucher für die Welt der Tiere und deren Schutz begeistern. Wir können auf viele Highlights in den letzten Jahren zurückblicken: Züchterfolg bei den Koalas, Eröffnung der neuen Berberaffen-Mähnspringer-Anlage, Vierlinge bei den Geparden und auch Nachwuchs bei den Eisbären. Die Ernennung zum besten Zoo Europas ist eine wertvolle Anerkennung unserer Arbeit“, so Tiergartendirektor Stephan Hering-Hagenbeck. Auf europäischer und internationaler Ebene wird eng mit anderen wissenschaftlich geführten Zoos zusammengearbeitet. „Eines unserer obersten Ziele ist es, das Artensterben einzudämmen.“

Imperiales Flair, modernste Anlagen

In den letzten Jahren ist im Tiergarten Schönbrunn viel Wert auf Weiterentwicklung und Optimierung gelegt worden. Dem Erhalt des UNESCO Weltkulturerbes wurde dabei stets ein hoher Stellenwert eingeräumt. Auch für Zooexperten Anthony Sheridan ist die Symbiose von Kultur und moderner Bautechnik mehr als gelungen: „Außenanlagen sind optimal konzipiert und fügen sich gleichzeitig harmonisch in das Gesamtbild des imperialen Schönbrunn ein“, so Sheridan. „Das ist einzigartig und beeindruckend. Hinweistafeln und viele Angebote der Zoopädagogik unterstreichen den Einsatz für Bildung und wissenschaftliche Aufklärung.“



Foto: Tiergarten Schönbrunn / Daniel Zupanc

Eigentümergebiet und Bundesministerin Margarete Schramböck mit Tiergartendirektor Stephan Hering-Hagenbeck



Foto: Tiergarten Schönbrunn / Daniel Zupanc

Berberaffen- und Mähnspringeranlage im Tiergarten Schönbrunn

Freude über Anerkennung

„Die Auszeichnung für konstant hervorragende Leistungen in Bereichen wie Forschung, Artenschutz und Erweiterung des Tiergartens ist mehr als verdient“, bekräftigt Eigentümergebiet und Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

Margarete Schramböck: „Pandemiebedingt waren die letzten beiden Jahre für uns alle sehr herausfordernd. Vor allem dank des ungeborenen Einsatzes aller Beteiligten bin ich aber weiterhin mehr als stolz auf die Sehenswürdigkeit Tiergarten Schönbrunn.“ ■ <https://www.zoovienna.at/>

Über GoStudent

Das Wiener Online-Nachhilfe ist mit einer Bewertung von 3 Milliarden Euro das wertvollste EdTech-Unternehmen Europas.

GoStudent ist einer der führenden globalen Anbieter von Online-Nachhilfe und mit einer Bewertung von 3 Milliarden Euro das wertvollste EdTech-Unternehmen Europas. GoStudent wurde 2016 von Felix Ohswald (CEO) und Gregor Müller (COO) in Wien gegründet. GoStudent betreut KundInnen in 22 Ländern. Über die Plattform bietet das Unternehmen kostenpflichtige Online-Einzelkurse für alle Schulstufen und -fächer im Rahmen eines Mitgliedschaftsmodells an. Der Unterricht erfolgt über den Computer oder über mobile Endgeräte, wodurch sich SchülerInnen und TutorInnen live in einem virtuellen Raum sehen und hören können. Dabei kommen auch integrierte Funktionen wie eine digitale Tafel oder die Bildschirmübertragung zum Einsatz. Den Grundstein des Konzepts legten Ohswald und Müller Mitte 2015 mit einem WhatsApp-Service für SchülerInnen. Verschiedene Investoren wie Prosus Ventures und SoftBank Vision Fund haben sich bereits mit insgesamt mehr als 590 Millionen Euro an der stark wachsenden Plattform beteiligt.

2021 akquirierte GoStudent FoxEducation, 2022 folgten Seneca Learning und die Tus Media Group. GoStudent beschäftigt mehr als 1500 MitarbeiterInnen und über 15.000 Nachhilfelehrkräfte an 22 internationalen Standorten. Monatlich werden mehr als 1,500.000 Nachhilfeeinheiten gebucht.

Im November 2020 wurde Felix Ohswald in das Forbes „30 under 30“-Ranking aufgenommen und im Oktober 2021 wurde er zum EY Entrepreneur of the Year ernannt. Ab dem 1. Februar 2022 kehrt der ehemalige „2 Minuten 2 Millionen“-Teilnehmer als Investor zur Start-Up-Show zurück. Er ist mit 26 Jahren der jüngste Investor, der jemals bei „2 Minuten 2 Millionen“ unter die Business Angels tritt. Als Investor möchte er junge Gründer unterstützen, seine Erfahrung sowie sein Wissen teilen und darüber hinaus das Start-up Ökosystem in Österreich stärken.

Inspiziert von seinem Großvater, der ihm immer wieder zeigte, wie alltägliche Herausforderungen durch die Anwendung von Mathematik gelöst werden können, begann er im Alter von 14 Jahren ein Mathematikstudium an der Universität Wien, das er noch vor der Matura abschloß. Darüber hinaus absolvierte

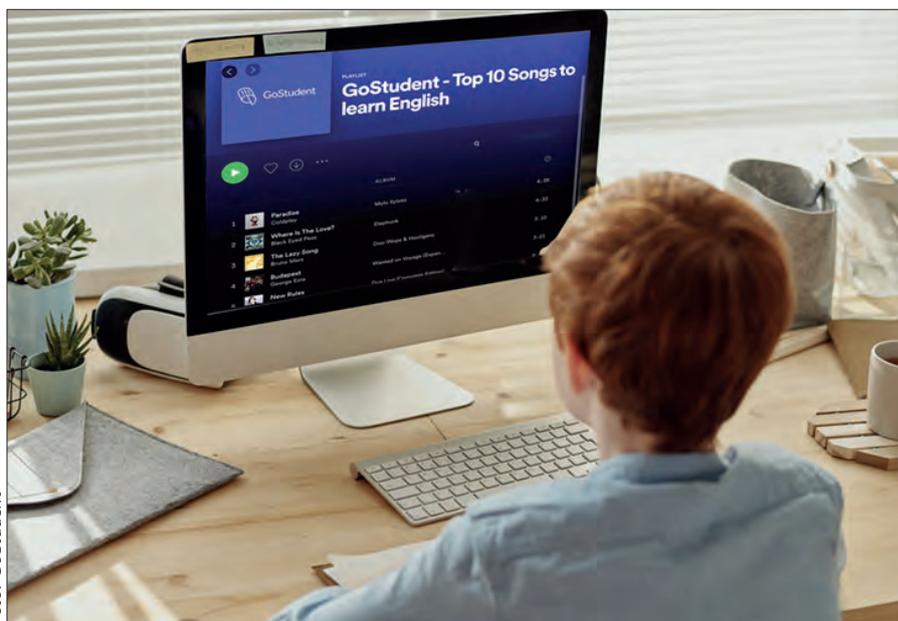


Foto: GoStudent

Jedes Kind ist anders – daher wird ein Lernplan erstellt, der perfekt auf das Kind abgestimmt ist und Struktur verleiht.

er ein weiteres Mathematikstudium an der renommierten University of Cambridge und ein Masterstudium für Quantitative Finance an der ETH Zürich.

Erste Berufserfahrungen sammelte der junge Unternehmer in verschiedenen Praktika, z.B. bei der Österreichischen Nationalbank oder der „Boston Consulting Group“.

Damals fand Ohswald die Inspiration für die Geschäftsidee von GoStudent durch eine Beobachtung seines jüngeren Bruders Moritz: Seine Klassenkameraden hatten Herausforderungen bei der Erledigung der Hausaufgaben, aber keine passende Ansprechperson, die ihnen dabei helfen konnte. Immer öfter teilte Moritz die Handynummer von Felix Ohswald mit seinen KlassenkollegInnen, damit das Mathematik-Genie ihnen bei ihren Hausaufgaben unterstützen konnte.

Den fehlenden Zugang zu Top-LehrerInnen erkannte Ohswald schon davor als fundamentales, globales Problem in der Bildung. So gründete er im Jahr 2016 gemeinsam mit seinem Freund Gregor GoStudent. Gemeinsam entwickelten sie eine Hausaufgaben-Chat-App mittels welcher SchülerInnen Hausaufgabenhilfe erhalten konnten – schnell, unkompliziert und gratis. Die Plattform wuchs rasant an und wurde kontinuierlich verbessert. Mit einer Community-Basis

von rund 500.000 SchülerInnen gelang den beiden Anfang 2019 der Pivot zum funktionierenden Business Model. Sie starteten damit, Online-Einzelunterricht auf Basis von Mitgliedschaften anzubieten und sich auf Eltern als Zielgruppe zu fokussieren. Dabei setzt GoStudent auf nachhaltige Lernerfolge durch den „Perfect Match“ zwischen SchülerInnen und den motiviertesten und inspirierendsten NachhilfelehrerInnen.

Anfang Februar übernahm GoStudent zwei etablierte europäische Bildungsunternehmen. Durch die Akquisition von Seneca Learning wird das EdTech-Einhorn sein Produktangebot durch die Integration von KI-basierten Lerninhalten erweitern. Mit der Übernahme von Tus Media, einem offenen Marktplatz für Nachhilfe, wird GoStudent seinen Zugang zum adressierbaren Markt vergrößern. Beide übernommenen Unternehmen bleiben unabhängig voneinander unter ihren derzeitigen Führungsteams und mit ihren etablierten Markennamen bestehen. Diese Ankündigung erfolgte nur einen Monat, nachdem GoStudent 300 Millionen Euro in einer Serie-D-Finanzierung erhalten hat und folgt auf die Übernahme von Fox Education, einer österreichischen All-in-One-Schulkommunikationslösung, im Jahr 2021. ■

<https://www.gostudent.org/>

Älteste DNA aus Afrika liefert neue Einblicke in frühes Leben

Neue Forschungsarbeit belegt demografische Veränderungen und liefert neue Erkenntnisse über das Reiseverhalten und die Interaktion früher EinwohnerInnen Afrikas.



Foto: Jacob Davis

Hora Rockshelter in Malawi: Hier wurden bei Ausgrabungen kürzlich zwei jener Menschen entdeckt, die im Rahmen einer gemeinschaftlichen Studie zu uralter DNA analysiert wurden.

Vor ungefähr 5.000 bis 18.000 Jahren lebten die sechs Individuen, die neu entdeckt und deren DNA analysiert wurde. Die Proben aus Malawi, Tansania und Sambia sind damit die älteste DNA, die jemals in Afrika gefunden wurde. Ein interdisziplinäres Team bestehend aus 44 ForscherInnen, darunter auch Ron Pinhasi von der Universität Wien, erzählt an Hand der Proben, wie die frühen Menschen lebten, reisten und sogar ihre LebenspartnerInnen fanden. Die Studie erschien in der „Fachzeitschrift Nature“.

Die neu entdeckte, uralte DNA (aDNA) aus Subsahara-Afrika ist mehr als doppelt so alt wie bisher veröffentlichte DNA-Sequenzen aus dem Gebiet. Zusätzlich analysierten die ForscherInnen abermals die Daten von 28 menschlichen Überresten von Grabstätten auf dem ganzen Kontinent, wodurch neue und verbesserte Daten bei 15

Proben gewonnen wurden. Das Ergebnis ist ein beispielloser Datensatz mit uralter DNA von JägerInnen und SammlerInnen vom afrikanischen Kontinent.

Anhand der neuen Daten sind die ForscherInnen nun in der Lage, die wichtigsten demografischen Veränderungen zu skizzieren, die sich vor ungefähr 20.000 bis 80.000 Jahren vollzogen. „Auf der Grundlage von jüngeren Daten können wir immer noch frühere Muster erkennen. Unsere Erkenntnisse aus den Proben, die 5.000 bis 18.000 Jahre alt sind, können wir auf die bekannten Bevölkerungsmuster vor 20.000 bis 80.000 Jahren umlegen“, erklärt Pinhasi.

Soziales Netzwerk war Grundlage für Überleben und Entwicklung

Schon vor etwa 50.000 Jahren zogen Menschen aus verschiedenen Regionen des Kontinents in andere Regionen und ließen sich

dort nieder. Sie bildeten Bündnisse und Netzwerke über größere Entfernungen, um Handel zu treiben, Informationen auszutauschen und sogar um PartnerInnen für die Fortpflanzung zu finden. Dieses soziale Netzwerk war die Grundlage für ihr Überleben und Gedeihen, schreiben die ForscherInnen.

Anhand der aktuellen Studie ist nachvollziehbar, wie die Menschen in Subsahara-Afrika zu dieser Zeit wanderten und sich vermischten. Die neuen Ergebnisse zeigen nun die Entwicklung eines eher lokalen Verhaltens in Ostafrika im Laufe der Zeit auf. Vor etwa 20.000 Jahren hat ein Umbruch stattgefunden, als die Menschen begannen, weniger umherzuziehen. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, daß zu diesem Zeitpunkt bereits bestehende soziale Netzwerke den Informationsfluß und die Verbreitung von Technologien ermöglichten, ohne daß die Menschen dafür umherziehen mußten.

Österreich, Europa und die Welt

„Unsere Daten bestärken archäologische Beweise für Veränderungen in der Reichweite sozialer Netzwerke vor rund 12.000 Jahren, nach Beginn des Holozäns. Vor Beginn des Holozäns legten die Menschen große Entfernungen zurück, um PartnerInnen aus einem breiten geografischen und kulturellen Spektrum zu finden. Infolge bedeutender Umwelt- und Verhaltensänderungen haben diese Gruppen jedoch regionale Interaktionsbereiche geschaffen“, so Pinhasi.

So haben Menschen möglicherweise die Eiszeit überlebt

Vieles spricht dafür, daß Entstehung und Ausweitung von Handelsverbindungen über weite Strecken zu jener Zeit den Menschen geholfen hatten, die letzte Eiszeit zu überstehen. „Die Menschen begannen, sich auf neue Art und Weise aufeinander zu verlassen“, erzählt Mary Prendergast, Erstautorin des Artikels und assoziierte Professorin für Anthropologie an der Rice University in Houston. „Und diese Kreativität und Innovation hat den Menschen unter Umständen ermöglicht, sich zu entfalten.“ Aber nicht nur das, zu dieser Zeit vollzog sich auch eine große kulturelle Wende, da sich Perlen, Farbstoffe und andere symbolische Kunst in ganz Afrika verbreiteten.

Alte DNA war das fehlende Puzzle-Teil

Lange Zeit ging die Wissenschaft davon aus, daß die großen Veränderungen in den archäologischen Aufzeichnungen von vor

etwa 50.000 Jahren eine Verschiebung der sozialen Netzwerke und vielleicht sogar Veränderungen der Bevölkerungsgröße widerspiegeln. Diese Hypothesen waren jedoch schwer belegbar. Die uralte DNA war das fehlende Teil in diesem Puzzle. „Uralte DNA gibt direkten Aufschluß über die Partnerwahl und Durchmischung der Menschen selbst, während Artefakte wie Steinwerkzeuge und Perlen Aufschluß über gegenseitigen Austausch und Interaktionen geben, die eine Durchmischung zur Folge haben können oder auch nicht. Wenn man diese beiden Aspekte kombiniert, erhalten wir eine viel umfassendere Perspektive zu wichtigen Mustern bei

Menschen in Subsahara-Afrika. Diese Perspektive ist von grundlegender Bedeutung für die Geschichte der Ausbreitung des modernen Menschen innerhalb und außerhalb Afrikas sowie für die anschließende Besiedlung Eurasiens, Ozeaniens und darüber hinaus“, erklärt Ron Pinhasi.

Übrigens: Es gibt rund 30 Mal mehr veröffentlichte alte DNA-Sequenzen aus Europa als aus Afrika. Vor dem Hintergrund, daß Afrika die größte genetische Vielfalt der Menschheit auf dem Planeten beherbergt, gibt es also für WissenschaftlerInnen noch viel zu erkunden. ■

<https://www.univie.ac.at/>

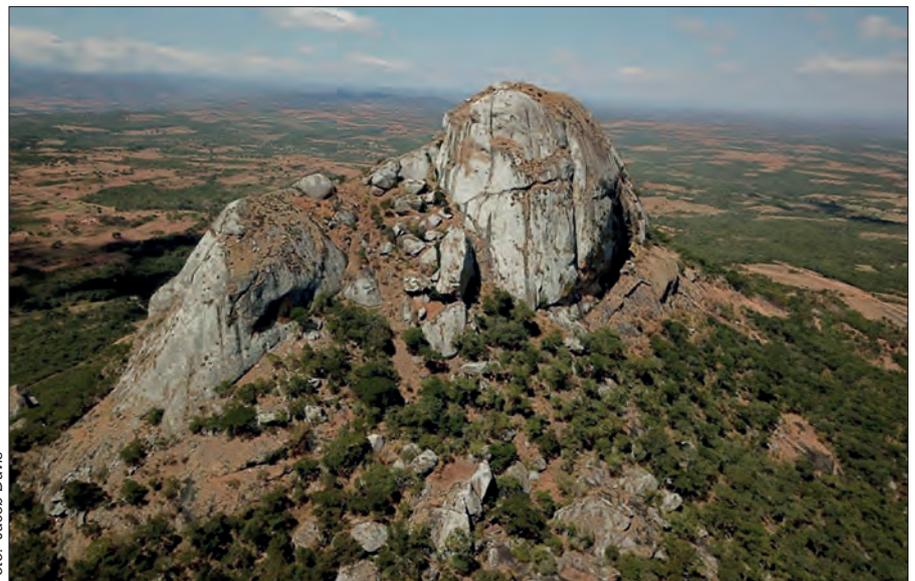


Foto: Jacob Davis

oben: Hora Rockshelter in Malawi unten: das Livingstone-Museum in Sambia



Foto: Livingstone Museum

Hundertwasser in Whangārei

Zweites Hundertwasser Museum eröffnete zum 22. Todestag des Künstlers in der neuseeländischen Küstenstadt, einem seiner Wohnsitze.



© Hundertwasser Art Centre with Wairau Māori Art Gallery / Foto: Tessa Paton

Das Hundertwasser Art Centre with Wairau Māori Art Gallery in der neuseeländischen Küstenstadt Whangārei

Friedensreich Hundertwasser war Kosmopolit, seine Kunst wird weltweit in Ausstellungen gezeigt und in vielen Ländern sind seine beispielhaften Architekturprojekte präsent. Der bekannteste Wiener Künstler hatte seit 1976 auch einen Wohnsitz im Norden Neuseelands und erhielt 1986 die neuseeländische Staatsbürgerschaft. Er verstarb am 19. Februar 2000 an Bord der Queen Elizabeth 2 vor Brisbane und wurde auf seinen Wunsch in Neuseeland begraben. Nun wurde am 20. Februar 2022 in der Küstenstadt Whangārei nach dem Kunst Haus Wien, einem Museum der Wien Holding, das zweite Hundertwasser Museum weltweit eröffnet.

„Hundertwasser war ein großartiger Künstler und Visionär im Bereich der Architektur und Ökologie. Er schuf Häuser, in denen die Kreativität der Natur auf die menschliche Kreativität trifft. Ich freue mich sehr, daß seine Pläne für das Hundertwasser Art Centre in Neuseeland umgesetzt wurden und es nun auch in der südlichen Hemisphäre ein Beispiel von Hundertwassers großartiger Architektur und Kunst gibt“, so Peter Hanke,

Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke.

Neues Hundertwasser Art Centre with Wairau Māori Art Gallery

Das Hundertwasser Art Centre with Wairau Māori Art Gallery basiert auf einem Entwurf des Künstlers für eine öffentliche Kunstgalerie für Whangārei aus dem Jahr 1993. Das Projekt wurde nach Hundertwassers Tod wieder aufgenommen und konnte schließlich über Fundraising und Dank des ehrenamtlichen Engagements vieler BürgerInnen von Whangārei in enger Abstimmung mit der Hundertwasser Privatstiftung realisiert werden.

„Neuseeland ist hochofren, daß Hundertwassers Vision eines Kunstzentrums in Whangārei im Norden Neuseelands, wo er selbst so viel Zeit verbracht hat, nun Wirklichkeit wird. Wir betrachten es als große Ehre, dem letztem Architekturentwurf des Künstlers ein Heim auf neuseeländischem Boden bieten zu können: Das Hundertwasser Art Centre wird zweifellos zu einem der ar-

chitektonischen Markenzeichen Neuseelands werden. Hundertwasser hat als Mensch, wie Künstler, seinen Fußabdruck in unserem Land hinterlassen. Er war den Māori immer besonders verbunden, und wir freuen uns, daß dies nun auch in der Eröffnung der Wairau Māori Art Gallery als Teil des Hundertwasser Art Centre seinen Ausdruck findet“, so S. E. Brian Hewson, Neuseelands Botschafter in Österreich.

Leihgaben im Wert von vier Millionen Euro zur Verfügung gestellt

Die Hundertwasser Privatstiftung hat für das neue Hundertwasser Art Centre Werke im Wert von vier Millionen Euro kostenlos als Leihgabe zur Verfügung gestellt. Darunter sind Originalgemälde, graphische Werke, Wandteppiche und Architekturmodelle. Das Kunst Haus Wien und die Wien Holding freuen sich, daß der Künstler nun auch in seiner zweiten Heimat mit einem Museum gewürdigt wird.

„Das Museum Hundertwasser im Kunst Haus Wien beheimatet nach wie vor die welt-

Österreich, Europa und die Welt

weit größte Hundertwasser-Sammlung mit Schlüsselwerken seiner Malerei, Originalgraphiken, Tapisserien, angewandter Kunst, Architekturmodellen und Zeugnissen seines ökologischen Engagements. Es ist großartig, daß nun auch die Menschen in seiner Wahlheimat Neuseeland die Gelegenheit haben, die Vielfalt der künstlerischen Arbeiten Hundertwassers kennen zu lernen“, so Kurt Gollwitzer, Geschäftsführer der Wien Holding.

Whangarei hat damit nicht nur ein vom Künstler gestaltetes Kulturzentrum erhalten, es wird auch Hundertwassers Vermächtnis in Neuseeland aufzeigen – sein künstlerisches Schaffen sowie sein Engagement in Ökologie und Architektur.

„Hundertwasser hat in Neuseeland seine Forderung nach einer Rückgabe von Territorien an die Natur beispielhaft umgesetzt, mit der Pflanzung von mehr als 100.000 Bäumen auf seinem Land in der Bay of Islands. Sein Poster für die neuseeländische Conservation Week 1974 war Auftakt für seine weltumspannenden Umwelt-Kampagnen. Im Vorschlag für eine zweite Fahne für Neuseeland mit dem Koru, dem neuseeländischen Farn, zeigte er seine Wertschätzung für Neuseelands uraltes Naturerbe und das Erbe der Maori-Geschichte. Nun wird das Hundertwasser Art Centre neben der von ihm umgestalteten Kawakawa Public Toilet ein weiteres Beispiel für menschenwürdigeres, verantwortungsvolleres Bauen im Einklang mit der Natur und der Kreativität der Menschen

sein, das darüber hinaus der Stadt Whangarei einen nachhaltigen wirtschaftlichen Nutzen bringen wird“ so Joram Harel, Vorstandsvorsitzender der Hundertwasser Gemeinnützigen Privatstiftung.

Wie im Kunst Haus Wien, soll auch im Hundertwasser Art Centre eine permanente Galerie für zeitgenössische Kunst installiert werden, dort werden künftig Werke zeitgenössischer Maori KünstlerInnen gezeigt. Das Hundertwasser Art Centre with Wairau Māori Art Gallery wurde am 20. Februar, einen Tag nach seinem 22. Todestag, erstmals für BesucherInnen geöffnet.

Seismograph Hundertwasser

In einer Aussendung des Hundertwasser Art Centre with Wairau Māori Art Gallery heißt es, Hundertwasser ist einer der berühmtesten europäischen Künstler des 20. Jahrhunderts. Seine Popularität beruht nicht nur auf der Strahlkraft seiner Bilder, seit den frühen 1950er-Jahren verfolgte er konsequent sein Ziel einer menschlicheren Architektur im Einklang mit der Natur. In seinen Manifesten, Essays und Demonstrationen brachte er seine Ablehnung des Rationalismus in der Architektur, der geometrischen Geraden, des Rastersystems und der so genannten Funktionsarchitektur zum Ausdruck.

Seit den 1980er-Jahren realisierte er seine architektonischen Projekte unter anderem in Europa, den USA, Japan, Korea und Neuseeland. Hundertwasser setzte in seiner Archi-

tektur auf Vielfalt statt Monotonie, ersetzte das Rastersystem durch einen organischen Ansatz, implementierte unregelmäßigkeiten, integrierte Fensterrechte und Baummieter, unebene Böden, Aufforstung der Dächer und Spontanvegetation. Hundertwasser spürte wie ein Seismograph die Gefahren und Fehlentwicklungen auf, sei es in der Architektur, im sozialen und natürlichen Leben oder in der Ökologie und Umwelt.

Er setzte sich für die Erhaltung unserer natürlichen Umgebung und ein Leben im Einklang mit den Gesetzen der Natur ein.

Wir alle leiden unter dem Unwohlsein einer unmenschlichen Architektur, die sich in geraden Linien, Gleichförmigkeit, gefühlloser Kälte, emotionsloser und herzloser Brutalität und ästhetischer Leere manifestiert. Hundertwasser macht Schluß mit dem absoluten Rationalismus der Architektur, er bietet neue Werte wie Vielfalt, Romantik, Individualität, in einem organischen Ansatz. Das Hundertwasser Art Centre mit der Wairau Maori Art Gallery ist ein Botschafter für ein Leben im Einklang mit den Gesetzen der Natur. Die Baummieter an den Fassaden und der Wald auf dem Dach symbolisieren eine Geste für einen Friedensvertrag mit der Natur. Die BesucherInnen des Hundertwasser Art Centres werden ein Fest der Kunst, der Schönheit und der individuellen Kreativität im Einklang mit der Natur erleben und erfahren. ■

<https://www.hundertwasserartcentre.co.nz/>
<https://www.hundertwasser.com/>

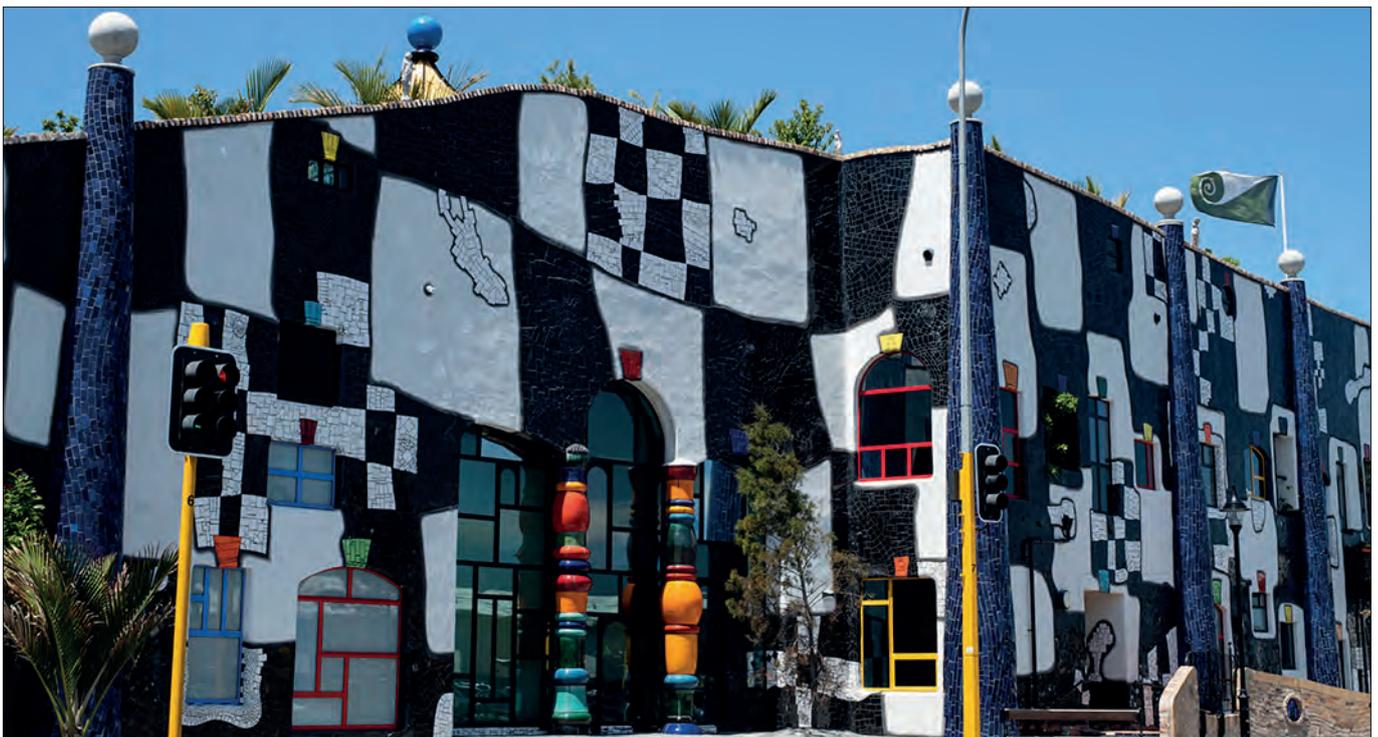


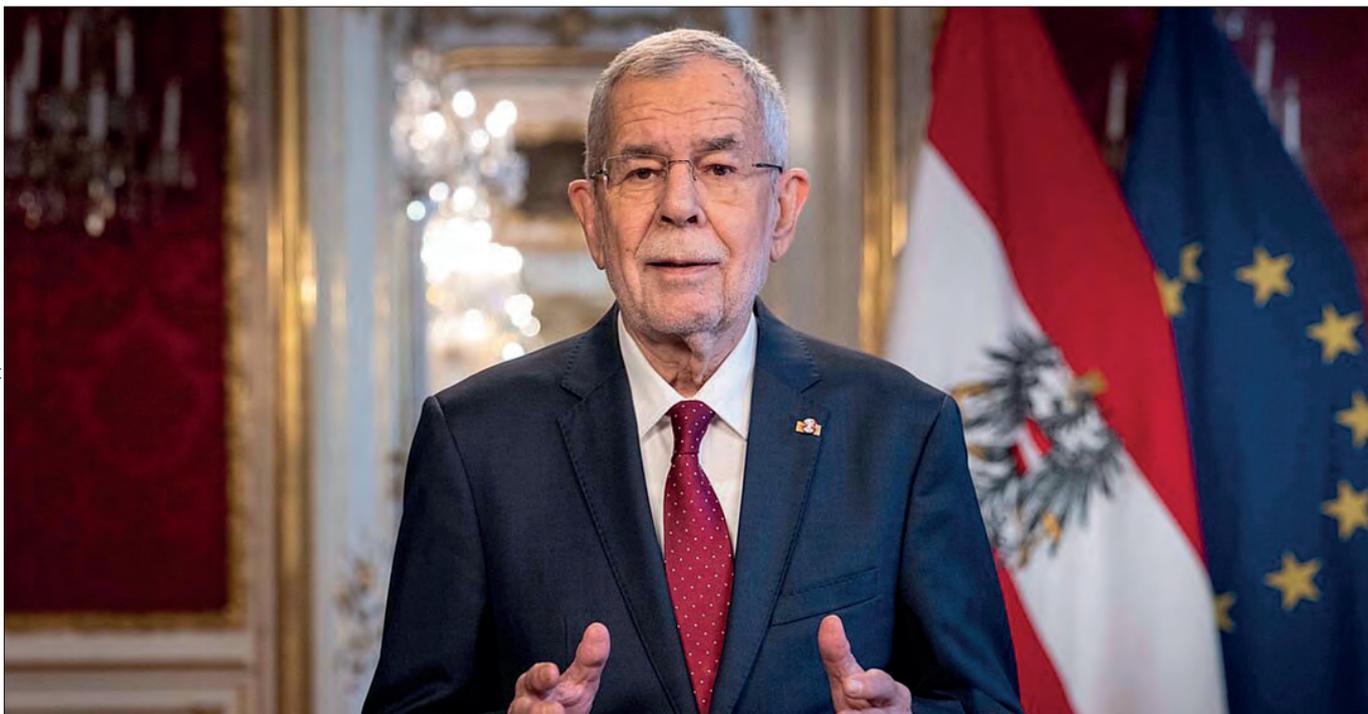
Foto:

Das Hundertwasser Art Centre with Wairau Māori Art Gallery basiert auf einem Entwurf des Künstlers für eine öffentliche Kunstgalerie.

Neujahrsansprache des Bundespräsidenten

Bundespräsident Alexander Van der Bellen wandte sich traditionell am Neujahrstag in einer Fernsehübertragung an die Bevölkerung

Foto: Präsidentschaftskanzlei / HBF / Daniel Trippolt



Bundespräsident Alexander Van der Bellen: »Und trotzdem: Wir dürfen den Mut nicht verlieren.«

Liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle Menschen, die in Österreich leben!

Vor zwei Jahren haben wir „Ibiza“ hinter uns gebracht. Vielleicht erinnern Sie sich. Ich habe an dieser Stelle davon gesprochen, wie wichtig es für unsere Gesellschaft ist, Mut und Zuversicht zu bewahren. Und für einen kurzen Augenblick, damals vor zwei Jahren, schien es ja so, als ob sich nach einer Regierungskrise und den darauffolgenden Neuwahlen wieder so etwas wie Normalität einstellen würde in unserem Land.

Und dann kam Corona.

Und am Anfang, ganz am Anfang dieser Pandemie, Sie erinnern sich sicher, war noch ein großer Zusammenhalt spürbar in unserer Gesellschaft. Wir sind z.B. abends am Fenster gestanden, haben den Pflegerinnen und Pflegern, den Ärztinnen und Ärzten applaudiert, die schon damals alles gegeben haben, um anderen zu helfen.

Aber je länger dieser Ausnahmezustand anhält, erster Lockdown, zweiter Lockdown, wieder ein Lockdown und noch einer, desto

deutlicher machten sich Gräben in unserer Gemeinschaft bemerkbar. Erste Stimmen von Ungeduld, Skepsis, Kritik, Empörung, Enttäuschung wurden laut. Und im Laufe der Zeit kamen immer mehr dazu, die einander zu übertönen begannen: Wut, Zorn, Angst; Stimmen, die alles besser wissen, Stimmen von Mißtrauen, Stimmen, die von Verschwörungen sprechen, von Unversöhnlichkeit aber auch echte Verzweiflung. Heute sind diese Stimmen zum Teil so laut, daß man sein eigenes Wort nicht mehr versteht. Geschweige denn das des anderen.

Und ein Ende von Corona ist noch lange nicht in Sicht. Denn gerade, als wir dachten, wir hätten das Schlimmste hinter uns, kam Omikron um die Ecke. Und ehrlicherweise wissen wir nicht wirklich, was uns die nächsten Wochen, ja die nächsten Tage diesbezüglich bringen werden. Und selbst diese Ungewissheit sind wir mittlerweile gewohnt.

Es ist schwer, da nicht teilnahmslos zu werden. Es ist schwer, da nicht die Hoffnung aufzugeben. Es ist schwer, sich da nicht vom Ärger überwältigen zu lassen.

Und trotzdem: Wir dürfen den Mut nicht verlieren.

Das ist jetzt unsere Pflicht als Staatsbürger. Nicht loslassen. Dranbleiben. Für einander da sein. Wissen Sie noch? „Mutig in die neuen Zeiten?“ Das sind die Tage, in denen wir unsere Bundeshymne mit Leben erfüllen. Wir dürfen uns nicht von Verzweiflung und Wut beherrschen lassen. Es darf uns nicht alles wurscht sein. Wir müssen, selbst wenn es schwerfällt, die Herzen geöffnet halten, aufeinander zugehen und füreinander da sein. Und wir wissen ja, was nach wie vor hilft: Abstand halten, Maske tragen, impfen lassen, Hände waschen. Und auf einander achtgeben.

Denn viele Menschen sind in den letzten beiden Jahren an den Rand gedrängt worden. Es gibt viele, die akut von Armut bedroht sind. Es gibt sehr viele, deren Einkommen gesunken ist. Es gibt viele, die ihre Arbeit verloren haben. Und ja, es gibt viele, die einfach Angst haben.

Meine Damen und Herren, es wäre ein Fehler, glaube ich, jetzt andere, die nicht der

Innenpolitik

Eröffnung des Klimarates
der Bürgerinnen und Bürger

eigenen Ansicht sind, herabzusetzen. Wir stehen alle unter Druck.

Und trotzdem: Wir müssen an das Gute im anderen glauben. Und das Gute im anderen, das gibt es. Das ist keine bloße Behauptung, das sehen wir ja jeden Tag. Menschen, die anderen selbstlos und bedingungslos helfen. Menschen, besonders die in Gesundheitsberufen, die seit langer, langer Zeit an und über ihrem Limit sind und jetzt auch noch dafür attackiert werden, daß sie für andere da sind.

Wir sollten uns an dieser Hingabe ein Beispiel nehmen. Wir müssen uns umeinander kümmern.

Denn wir alle gemeinsam sind Österreich.

Wir brauchen einander. Wir bedingen einander. Und eine große Mehrheit übernimmt diese gegenseitige Verantwortung, indem sie sich und andere schützt.

Meine Damen und Herren, Es geht nicht darum immer einer Meinung zu sein. Nein, im Gegenteil, es muß sehr viele, teils gegensätzliche Meinungen geben.

Aber trotzdem: Wir müssen wieder mehr ins Gespräch kommen.

Wie kommen wir wieder ins Gespräch? Wir begegnen uns ja kaum noch im öffentlichen Raum. Und online treffen wir meistens ja nur die, die ohnehin unsere Meinung teilen. Gegenseitig bestärkt haben wir uns da genug. Jetzt geht es darum, jede Gelegenheit zum respektvollen Gespräch zu nutzen. In der Bahn, am Arbeitsplatz, in der Familie, wo auch immer. Es geht darum, wieder zu lernen, eine andere Meinung zu hören, zuzulassen und ein Argument dagegen oder dafür zu finden. Und irgendwann zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Und wenn sie auch nur in österreichischer Manier lautet: Wir beide sind uns zwar nicht einig, aber ich mag dich trotzdem. Trotz allem.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle die hier leben, irgendwann – ich wage keine Prognose wann – werden wir gemeinsam wieder zurückblicken auf die Zeit der Pandemie. Sie wird hinter uns liegen. Und wir werden sagen: Gut, daß wir unsere Entspannung wiedergefunden haben. Und unseren Mut und unsere Zuversicht nie verloren haben. Gut, daß wir einander noch in die Augen schauen können. Und dann widmen wir uns alle mit vereinten Kräften den vielen Herausforderungen, die vor uns liegen.

Ich wünsche Ihnen und uns allen gemeinsam ein großartiges Jahr 2022. ■

<https://www.bundespraesident.at/>



Foto: Peter Lechner / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (m.) und Umweltministerin Leonore Gewessler (links von ihm) mit Mitgliedern des zuvor eröffneten „Klimarates der Bürgerinnen und Bürger“

In einem Wiener Hotel hat am 15. Jänner der „Klimarat der Bürgerinnen und Bürger“ begonnen. Er wurde als Reaktion auf das Klimavolksbegehren initiiert. 100 per Zufallsprinzip ausgewählte Menschen trafen sich dabei sechs Wochenenden lang alternierend in Wien und in Salzburg, um als „Mini-Österreich“ umweltpolitische Zukunftsfragen zu besprechen und Empfehlungen an die Politik abzugeben.

Zum Auftakt richteten Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Umweltministerin Leonore Gewessler Begrüßungsworte an die anwesenden Ratsmitglieder. Anschließend erhielten die TeilnehmerInnen eine Einführung in die Abläufe, danach begann der interne Teil.

Die BürgerInnen diskutierten und berieten sich in Gruppen, wobei sie nicht gänzlich auf sich allein gestellt waren: Unterstützung bekamen sie von einem 15köpfigen Wissenschaftergremium, einer Sozialpartner-, einer Umwelt-NGO-Gruppe und einem Moderatenteam.

„Ich bin sehr gespannt, wie das ausgeht. Das ist ein Experiment für Österreich“, zeigte sich Bundespräsident Van der Bellen in seiner Rede erwartungsfroh. Der Klimarat, so hob er hervor, würde sich einem zentralen Thema der nächsten Jahrzehnte widmen. Zwar sei man aktuell mit „Corona und seinen Mutanten“ beschäftigt: „Aber deswegen schläft die Klimakrise nicht und wir dürfen das auch nicht tun.“

Er selbst werde die ärgsten Auswirkungen wohl nicht mehr erleben, konstatierte der Bundespräsident. Wenn man über Maß-

nahmen nachdenke, tue man dies für „unsere Kinder, Enkel und Urenkel“. Er stellte fest, daß der Klimarat einen Querschnitt der Bevölkerung repräsentiere. „Sie sind sowas wie ein kleines Österreich.“

Die Resultate des Gremiums zu „schubladisieren“, werde nicht möglich sein, versicherte er. Denn es handle sich nicht um „irgendeine kleine Diskussionsgruppe“. „Nützen Sie die Chance, ist meine Bitte. Sie nehmen an etwas Neuem teil, machen Sie etwas daraus.“

„Wir müssen die Emission von Treibhausgasen reduzieren und zwar drastisch und rasch“, hielt er fest. Einfach seien die Lösungen dabei nicht. ExpertInnen hätten ihm etwa erläutert, daß das Stromnetz zusammenbrechen würde, wenn man sofort auf Elektroautos umstelle. Auch auf internationale Beispiele verwies er – etwa auf den pazifischen Inselstaat Kiribati, dem der Untergang durch steigenden Meeresspiegel drohe.

Klimarat als Forderung des Klimavolksbegehrens

Geburtsstunde des Klimarats war das Klimavolksbegehren im Juni 2020, das von fast 400.000 Menschen unterstützt wurde. Eine der Kernforderungen: die österreichische Bevölkerung aktiv bei Klimaschutzmaßnahmen mitbestimmen zu lassen. Im März 2021 hat der Nationalrat die Bundesregierung ersucht, die Forderungen des Klimavolksbegehrens umzusetzen – und der Klimarat wurde beschlossen. ■

<https://klimarat.org/>

Nationale Strategie gegen Antisemitismus

Bundesministerin Karoline Edtstadler: »Kampf gegen Antisemitismus hat leider nichts an Aktualität verloren«

Leider hat der Kampf gegen Antisemitismus nichts an Aktualität verloren. Wir sehen antisemitische Vorfälle in der Mitte unserer Gesellschaft, mitten auf den Straßen. Wir sehen Menschen, die den Corona-Impfstoff mit dem Vernichtungsstoff Zyklon B vergleichen und Plakate, die wir bisher nur aus Geschichtsbüchern kennen“, hielt Verfassungsministerin Karoline Edtstadler am 31. Jänner bei der Präsentation des „Ersten Umsetzungsberichts der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus“ fest, die sie gemeinsam mit Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG), im Bundeskanzleramt abhielt. „All das passiert im Jahr 2022 mitten in Österreich. Und es gibt Politikerinnen und Politiker, die sich nicht von der Verharmlosung der Shoah distanzieren und sich auf die Freiheit der Meinungsäußerung herausreden. Ich finde das beschämend. Das ist eines Landes wie Österreich unwürdig. Umso mehr ist es für uns ein Ansporn, weiter alle Kräfte zu bündeln, um gegen Antisemitismus anzukämpfen und für eine Vision einzutreten: eine Vision von einer Gesellschaft, die frei von Haß, Extremismus und Antisemitismus ist.“

In der Vergangenheit wurden wichtige Schritte gesetzt: So sei im Jahr 2016 auf EU-Ebene die IHRA-Definition zu Antisemitismus angenommen worden, die das österreichische Parlament ein Jahr später übernommen habe. Danach seien, auch unter der österreichischen Ratspräsidentschaft, weitere wichtige Fortschritte erzielt worden, so etwa die Verpflichtung aller Mitgliedstaaten, einen besseren Schutz der jüdischen Bevölkerung zu etablieren und nationale Strategien gegen Antisemitismus auf den Weg zu bringen. Schließlich sei der Entschluß gefaßt worden, den Kampf gegen Antisemitismus als Querschnittsmaterie in allen Rechtsbereichen der EU voranzutreiben. „Österreich ist Vorreiter in Europa, was den Kampf gegen Antisemitismus betrifft“, so Edtstadler.

„Der Kampf gegen Antisemitismus ist kein Sprint, er ist ein Marathon. Je früher wir mit der Präventionsarbeit beginnen, desto besser kann sie wirken. Je mehr wir machen, desto nachhaltiger“, so die Verfassungsmini-



Foto: BKA / Florian Schrötter

Bundesministerin Karoline Edtstadler und IKG-Präsident Oskar Deutsch bei der Präsentation

sterin, die erläuterte, daß alle vorgeschlagenen Maßnahmen stets auf Aktualität und Wirksamkeit überprüft werden.

Von den 38 Maßnahmen der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus seien bereits neun umgesetzt worden, alle anderen befänden sich in der Umsetzung. Als Beispiele nannte Edtstadler das Österreichisch-Jüdische-Kulturerbegesetz, das pro Jahr 4 Millionen Euro für den Schutz und die Förderung jüdischen Lebens vorsieht, den Ausbau von Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für den Bereich Sicherheit, Justiz und Bundesheer oder das Flagging von Strafanzeigen, um antisemitische Motive erfassen zu können. „Mit unserer nationalen Strategie ist der Fokus auf dieses sehr sensible und wesentliche Thema gerichtet“, betonte Edtstadler, die auf weitere Meilensteine, wie die Errichtung der Namensmauern Gedenkstätte im Ostarrichipark und die erstmalige Ausschreibung des Simon-Wiesenthal-Preises erinnerte.

Im Laufe des Jahres 2022 wolle sie vor allem verstärkt die Zivilgesellschaft einbinden und mit den Städten, Gemeinden und Ländern verstärkt zusammenarbeiten. Weiters sei eine Konferenz mit allen europäischen Antisemitismusbeauftragten in Wien geplant, um Lösungsansätze zu diskutieren.

„Ich weiß, wir haben noch sehr viel zu tun. Ich weiß aber auch, daß wir durch die gut etablierte Zusammenarbeit mit der Israelitischen Kultusgemeinde und mit der Stab-

stelle für jüdisches Kulturerbe im Bundeskanzleramt gestärkt sind. Wenn wir die Arbeit so engagiert fortsetzen, wie das im ersten Jahr der Umsetzung begonnen hat, dann können wir auch in diesem sehr schweren Kampf vieles erreichen“, so Edtstadler.

Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Oskar Deutsch, betonte in seinem Statement, daß die Ziele und Maßnahmen der Nationalen Strategie „wegweisend“ im Kampf gegen Antisemitismus seien, „nicht nur in Österreich, sondern europaweit“. Deutsch dankte der Verfassungsministerin, daß sie dafür Ideen- und Impulsgeberin war. „Es gibt kein anderes Land in der EU und keine andere Regierung, die ein so umfassendes und ressortübergreifendes Maßnahmenpaket geschnürt hat“, zeigte sich der IKG-Präsident erfreut.

Die Strategie und ihre Maßnahmen seien ein Anfang zur effektiven Bekämpfung von Antisemitismus. „Sie ist der Beginn eines langen, steinigen Weges.“ Die Entwicklungen in der letzten Zeit und der Anstieg an antisemitischen Vorfällen, vor allem im Kontext der Anti-Corona-Demonstrationen und des Nahost-Konflikts, hätten gezeigt, daß es noch viel zu tun gebe. Die Umsetzung der Strategie und die Bekämpfung von Antisemitismus können nur gemeinsam gelingen, so Deutsch. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

<https://www.ikg-wien.at/>

Das Entlastungspaket bringt's

Berechnen Sie Ihre persönliche Ersparnis ab sofort auf [bmf.gv.at/entlastungsrechner](https://www.bmf.gv.at/entlastungsrechner)

Wir haben in den letzten beiden Jahren herausfordernde Zeiten durchlebt. Mit unseren Wirtschaftshilfen haben wir Arbeitsplätze und Unternehmen gesichert“, so Finanzminister Magnus Brunner am 4. März anlässlich der Vorstellung des neuen Tools im Finanzministerium. „Nun geht es darum, mit den richtigen Impulsen Wachstum zu fördern und gestärkt in die Zukunft zu gehen. Die ökosoziale Steuerreform ist ein solcher Impuls, der besonders kraftvoll wirkt. Besonders jetzt, angesichts der verstärkten Unsicherheiten durch den Krieg in Europa, sehen und spüren wir umso mehr, daß die Menschen in Österreich sich sorgen. Wir vergessen daher nicht auf die finanzielle Entlastung und informieren über die Steuerreform. Mit unserem neuen Entlastungsrechner können Sie ab sofort Ihre persönliche jährliche Entlastung berechnen.“

Die ökosoziale Steuerreform ist ein Entlastungspaket im Ausmaß von rund 18 Milliarden Euro bis 2025, das dauerhaft mehr Netto vom Brutto bringt. Sie tritt nun schrittweise in Kraft, wobei SteuerzahlerInnen, Familien und Unternehmen besonders kräftig entlastet werden. Kernpunkte sind die Senkung der 2. und 3. Tarifstufe bei der Lohn- und Einkommenssteuer von 35 auf 30 Prozent und von 42 auf 40 Prozent, die Erhöhung des Familienbonus von bisher 1.500 Euro pro Jahr und Kind auf 2.000 Euro pro Jahr und Kind, die Erhöhung des Kindermehrbetrags auf 450 Euro und die Senkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 23 Prozent bis 2024. Außerdem wird erstmalig ein Preis für CO₂-Ausstoß eingeführt und mit dem regionalen Klimabonus je nach Gemeinde in unterschiedlicher Höhe kompensiert.

Auf den Gehaltszetteln mit dem Februar-Gehalt haben es viele bereits bemerkt, spätestens Mitte des Jahres 2022 werden alle einen Unterschied am Gehaltszettel sehen. Die Senkung der Tarifstufen ab Juli 2022 – rückwirkend mit einem Mischsteuersatz ab 1. Jänner 2022 – ist ein besonders wichtiger Schritt. Denn die steuerlichen Entlastungen sind nicht nur gut für den einzelnen, sie werden auch die Wirtschaft beleben. Bleibt den Menschen mehr zum Leben, geben sie wieder mehr aus: Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze folgen.

Das Finanzministerium wird den Entlastungsrechner und weitere Maßnahmen, die mit dem Entlastungspaket einhergehen, bewerben. Die Menschen sollen sehen, wieviel Geld ihnen durch die Steuerreform mehr zum Leben bleibt. Damit möchte das BMF positive Konsumanreize setzen.

„Während andere Länder ihre Steuern erhöhen, senken wir die Abgaben. Im bereinigten Vergleich zu Deutschland, das ebenfalls eine Entlastung plant, entlasten wir sogar um das sechsfache Volumen. Mit unserer Reform stärken wir besonders Familien durch die Erhöhung des Familienbonus Plus auf 2.000 Euro pro Kind und Jahr sowie durch die Ausweitung des Kindermehrbetrags“, so Magnus Brunner.

Ein Beispiel verdeutlicht die Entlastung, die alleine durch die Tarifstufensenkung spürbar wird: Bei einem monatlichen Bruttobezug von 1.500 Euro wird die jährliche Ersparnis bei 250 Euro für ArbeitnehmerInnen oder bei 231 Euro für PensionistInnen liegen.

„Die Entlastung wird in den nächsten Monaten für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Gehaltszettel spürbar sein. Auch den Pensionistinnen und Pensionisten bleibt mehr Geld übrig und selbstverständlich werden auch alle Selbstständigen im Rahmen der Veranlagung 2022 den Entlastungseffekt spüren“, so der Finanzminister. ■

<https://www.bmf.gv.at/>
<https://onlinerechner.haude.at/BMF-Brutto-Netto-Rechner/>

Das Entlastungspaket bringt's!

Brutto-Netto-Rechner Hilfe/Hinweise

Einkommen: €

Monatlich Brutto Jährlich Netto

Beitragsgruppe: Angestellter | Jahr: 2022 | Bundesland: Wien | Regionaler Klimabonus: Stufe 2

Sachbezug: 0 € | Lohnsteuerfreibetrag: 0 € | Kinder: 2 | Familienbonus+: | Pendlerpauschale:

	Diensthnehmer		Dienstgeber	
	13. Bezug	14. Bezug	13. Bezug	14. Bezug
Ihr Einkommen für das Jahr 2022				
Bezug	Monat	13. Bezug	14. Bezug	Jahr
Brutto	1.500,00	1.500,00	1.500,00	21.000,00
SV	226,80	211,80	211,80	3.145,20
LSt	35,77	40,09	77,29	546,62
Netto	1.237,43	1.248,11	1.210,91	17.308,18

Persönliche Ersparnis im Jahr 2022

Gesamtentlastung 383,00 €

- Senkung Steuertarif/ Erhöhung Absetzbeträge: 250,00 €
- Regionaler Klimabonus: 133,00 €

Persönliche Ersparnis durch den Vollausbau der Steuerentlastung

Gesamtentlastung 383,00 €

- Senkung Steuertarif/ Erhöhung Absetzbeträge: 250,00 €
- Regionaler Klimabonus: 133,00 €

© Bundesministerium für Finanzen

Sicherheitspolitik

So schaffen Experten die Grundlagen für das Bundesheer der Zukunft

Um das Österreichische Bundesheer auf die Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte vorzubereiten, müssen weltweite Entwicklungen rechtzeitig erkannt und Auswirkungen auf Österreich vorhergesagt werden. Denn nur auf der Grundlage dieser Informationen kann das Verteidigungsministerium reagieren und das Heer entsprechend ausrichten.

Die Strategische Vorausschau

Wie aber kommt die politische und militärstrategische Führung zu den notwendigen Entscheidungsgrundlagen? Oberst Bernhard Richter arbeitet in der Generaldirektion Verteidigungspolitik des Ministeriums. Der promovierte Politikwissenschaftler schildert, wie dies funktioniert: „Unsere Arbeit ist in mehrere Teilprozesse unterteilt. Am Ende erstellen wir daraus eine strategische Vorausschau.“

Diese Vorausschau besteht aus:

Umfeldszenarien

„Aufgrund der zunehmenden Komplexität und Dynamik der Umfelder hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß es diese eine Zukunft nicht gibt, sondern daß wir in alternativen Zukünften denken müssen“, erklärt Richter. „Unsere Szenarien beschreiben denkbare, mögliche Situationen in der Zukunft, die auf einem Netzwerk der wichtigsten Schlüsselfaktoren beruhen. Diese Umfeldszenarien haben einen langfristigen Betrachtungshorizont von bis zu 15 Jahren.“

Szenariomonitoring

Ziel dieses Monitorings ist es zu erkennen, in welche Richtung sich das Umfeld entwickelt, um Hinweise auf zukünftige Risiken und Herausforderungen aber auch auf Chancen zu erhalten. Richter dazu: „Das Szenariomonitoring dient der Überwachung der strategischen Schlüsselfaktoren – und dazu gibt es jedes Jahr einen Bericht. Dieser Prozess ist die Grundlage für das sogenannte Trendszenario, das einen mittelfristigen Betrachtungshorizont hat, also ein paar Jahre in die Zukunft blickt.“

Risikobild

Auf Basis der Umfeldszenarien und des jeweiligen Trendszenarios sowie eines lau-



Foto: Bundesheer / Kurt Kreibich

Oberst Bernhard Richter und weitere Experten sorgen dafür, daß Gefahren und Chancen rechtzeitig erkannt werden.

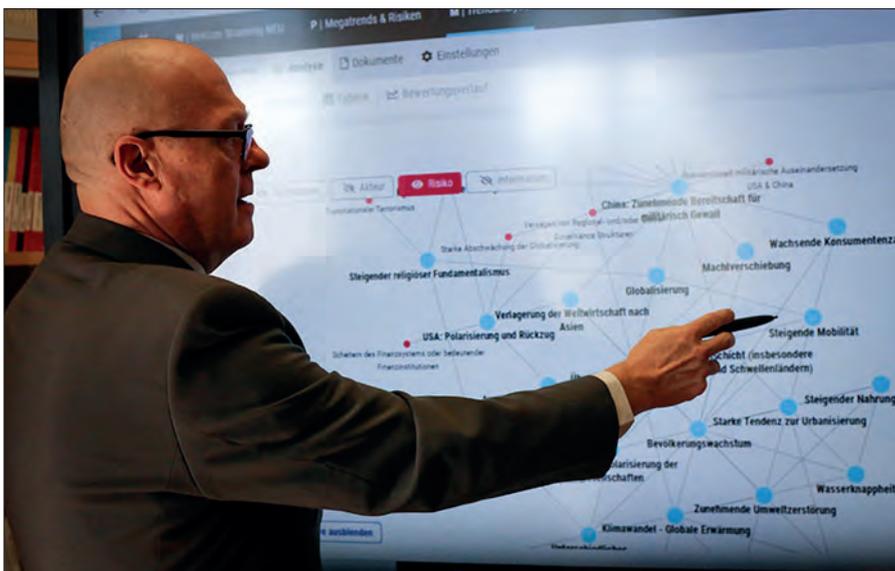


Foto: Bundesheer / Kurt Kreibich

Spezielle Software hilft dabei, komplexe Prozesse zu analysieren

fenden Trend- und Risikomonitorings erstellen die Experten des Bundesheeres schließlich ein Risikobild, das wiederum einem laufenden Monitoringprozeß unterworfen ist.

Analyse des Ukraine-Krieges

Welche Bedeutung hat diese Arbeit in aktuellen Krisen, wie zum Beispiel in Bezug auf den Krieg in der Ukraine? Richter: „Im konkreten Fall analysieren wir die unterschiedlichen Entwicklungsmöglichkeiten dieses Konfliktes in einer kurz-, mittel- und langfristigen Perspektive. Und wir analysie-

ren mögliche Auswirkungen auf die verteidigungspolitische Ausrichtung Österreichs.“

Früherkennung mit Hilfe von Software

„Dieser verteidigungspolitische Managementprozeß“, so Richter weiter, „stützt sich auf eine breit gefächerte Früherkennungsarchitektur und wird unterstützt durch ein innovatives Softwaretool, das „Foresight Strategy Cockpit“, das uns den Umgang mit einem derart komplexen Prozeß wesentlich erleichtert.“

<https://www.bundesheer.at/>

Abkühlung erst 2023 in Sicht

UniCredit Bank Austria Analyse: Energiepreise auf Rekordniveau

Im Dezember 2021 kostete eine Megawattstunde Grundlaststrom an der Leipziger Energiebörse durchschnittlich 232 Euro und damit um 330 Prozent mehr als im Jänner 2021. Die Preise am europäischen Strommarkt sind ein Abbild der Kosten der Kraftwerke, die für die Erzeugung des zusätzlichen Strombedarfs eingesetzt werden. Das waren im Vorjahr vermehrt Gaskraftwerke.

Gaspreise ziehen auch die Strompreise 2021 auf ein Rekordniveau

Insofern beeinflusst der Großhandelspreis für Gas unmittelbar die Strompreise. Im Laufe des Jahres 2021 haben sich die Gaspreise aufgrund der starken Nachfrage und des fehlenden Angebots an Erdgas sogar mehr als verfünffacht. Auch wenn nur ein Teil der höheren Einkaufspreise der Energieversorger bei den Endkunden ankommt, steigen die Energiekosten sowohl der Haushalte als auch der gewerblichen Energieverbraucher seit Ende 2021 spürbar.

Energieintensive Produktionsbetriebe verlieren damit an internationaler Konkurrenzfähigkeit und die prekäre Situation vieler Haushalte im Hinblick auf die Energieversorgung wird weiter zunehmen. 2020 waren 1,5 Prozent beziehungsweise 60.000 österreichische Haushalte nicht in der Lage, ihre Wohnung angemessen warm zu halten. „Die Energiepreisentwicklung und zunehmend unsichere Versorgung der europäischen Energiemärkte verdeutlichen, daß eine rasche Umsetzung der Maßnahmen zur Energiewende unabdingbar ist“, sagt UniCredit Bank Austria Ökonom Günter Wolf.

Großhandelspreise kommen verzögert bei den Verbraucherpreisen an

Der hohe Anstieg der Strompreise 2021, wie er im Großhandel schon seit Sommer zu beobachten ist, ist etwas verzögert im vierten Quartal bei den Verbrauchern angekommen: Im Jahresdurchschnitt 2021 kostete Haushaltsstrom in Österreich um 7 Prozent und im Jänner 2022 noch um 6,2 Prozent mehr als im Jahr davor. Die verzögerte Anpassung erklärt sich unter anderem mit der hohen Zahl an Verträgen mit Preisgarantien und damit, daß die Strom- und Gaspreise erst nach Ankündigung erhöht werden können (was größtenteils Ende 2021 passierte).

- 2021 sind die Großhandelspreise für Gas um 480 Prozent und für Strom um 330 Prozent gestiegen
- Seit dem vierten Quartal 2021 sind auch Österreichs Haushalte mit stark steigenden Energiepreisen belastet
- Mit Erdgas werden 25 Prozent des heimischen Energieverbrauchs gedeckt, mit elektrischem Strom 17 Prozent
- Bis 2030 können mit Energieeffizienzmaßnahmen und mit dem Ausbau erneuerbarer Energieträger die Importe von Erdöl und Erdgas um mehr als die Hälfte reduziert werden
- Dekarbonisierung des Energiemarktes beeinflusst zunehmend die Energiepreise

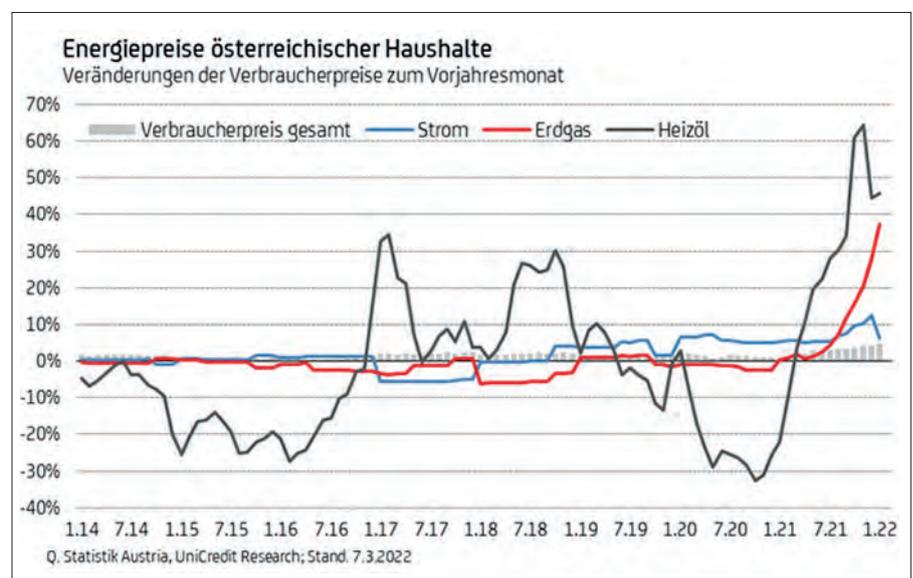
In welchem Ausmaß die Verbraucherpreise 2022 mit den voraussichtlich noch steigenden Großhandelspreisen mitziehen, kann schwer eingeschätzt werden. Der Energieanteil an den Endkundenpreisen beträgt bei Gas 47 Prozent und bei Strom nur 33 Prozent. Zudem wird das Preisniveau 2022 vom Wegfall der Erneuerbaren-Förderkosten, der Anhebung der Netzentgelte und der geplanten CO₂-Abgabe ab Juli beeinflusst. Sicher ist, daß die Preise noch über einen längeren Zeitraum überdurchschnittlich stark steigen werden.

Die aktuellen Notierungen für Gas- und Stromfutures signalisieren erst im Lauf von 2023 eine Entspannung der Großhandelspreise. „Mit Ausbruch der Ukraine Krise sind die Großhandelspreise für Gas wieder gestiegen und werden sich im Lauf von 2022 voraussichtlich auf einem Rekordniveau von durch-

schnittlich 170 Euro pro Megawattstunde bewegen. Der Strompreis erreichte zuletzt schon über 400 Euro pro Megawattstunde und wird in der ersten Jahreshälfte noch zulegen. Derzeit rechnen die Marktteilnehmer erst ab dem zweiten Quartal 2023 mit einem stärkeren Preisrückgang bei Gas auf durchschnittlich 70 Euro pro Megawattstunde und bei Strom auf 140 Euro pro Megawattstunde“, sagt Wolf.

Energieversorgung ist überdurchschnittlich auf Gas angewiesen

Das Energiejahr 2021 zeigte deutlich die Abhängigkeit der Energieversorgung in Österreich vom Gasangebot. Aufgrund des vergleichsweise trockenen und windarmen Sommers 2021 wurde weniger Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugt und der Strombedarf mußte europaweit vermehrt durch Gas-



Wirtschaft

kraftwerke mit deutlich höheren Produktionskosten ergänzt werden. Der höheren Gasnachfrage, die zudem von der raschen Konjunkturerholung angetrieben wurde, stand kein entsprechendes Gasangebot gegenüber und dies löste einen Rekordanstieg der Gaspreise aus. In Österreich ist die Stromproduktion der Wasserkraftwerke 2021 um 5,5 Prozent und der Windkraftwerke um 1 Prozent gesunken, während der Erdgasverbrauch in Wärmekraftwerken um 7,3 Prozent gestiegen ist.

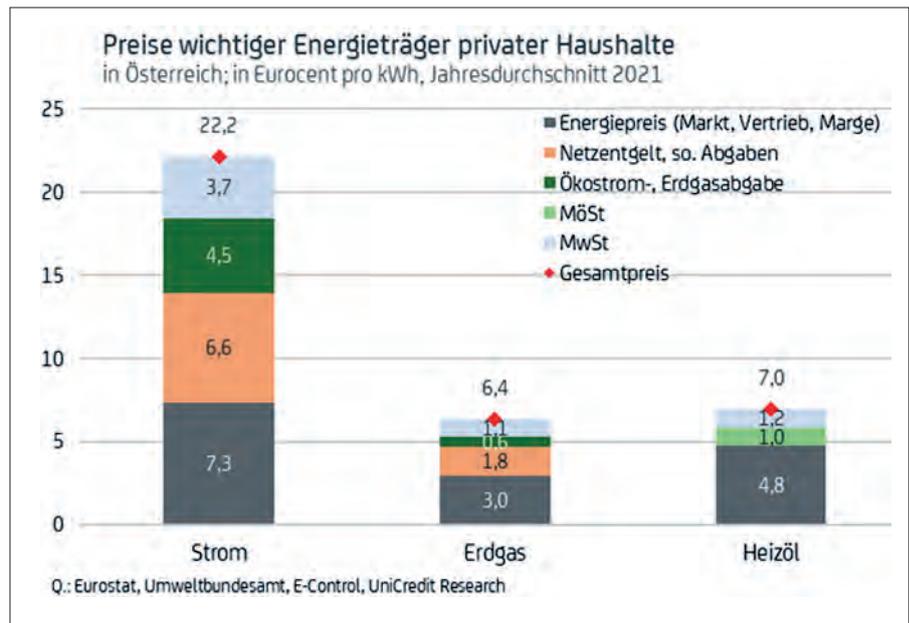
Insgesamt werden in Österreich etwa 25 Prozent des Energieverbrauchs mit Erdgas und 17 Prozent mit elektrischem Strom gedeckt. Der Erdgasanteil am Energiemix hat sich seit mehr als zwei Jahrzehnten kaum verändert. 2021 ist der Gasverbrauch wieder um 6 Prozent gestiegen. Von den insgesamt 100 Terawattstunden Erdgas wurden ein Viertel zur Strom- und Wärmeerzeugung in Kraftwerken und in Heizkraftwerken eingesetzt (11 TWh und 16 TWh). Etwa zwei Drittel der Gasmenge wurden für die Wärmeerzeugung von privaten Haushalten (19 TWh) und gewerblichen Verbrauchern (44 TWh) direkt energetisch genutzt.

Und schließlich werden 5 TWh Erdgas nicht-energetisch in industriellen Produktionsprozessen verwendet (vor allem von der Chemie und Stahlindustrie).

Dekarbonisierung des Energiemarktes beeinflusst zunehmend die Energiepreise

Mit den entsprechenden Energieeffizienzmaßnahmen und dem forcierten Ausbau erneuerbarer Energieträger in Österreich könnten laut Umweltbundesamt die Nettoimporte von Erdöl bis 2030 um bis zu 70 Prozent und von Erdgas um mehr als die Hälfte reduziert werden. Auf Basis der Preise Anfang März könnten damit bis zum Jahr 2030 beim Import von Erdöl insgesamt 5,4 Milliarden Euro und von Erdgas 6 Milliarden Euro eingespart werden. Angesichts der hohen Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen in Europa ist die rasche Umsetzung der Maßnahmen fast unabdingbar. Für die Gasversorgung in Österreich gilt dies aufgrund der höheren Abhängigkeit von russischem Gas, mit einem Importanteil von rund 80 Prozent im Vergleich zu 45 Prozent in der EU, noch mehr. Schließlich ist der vollständige Ersatz von russischem Erdgas in Europa sehr teuer und technisch nur sehr schwierig bzw. kaum umzusetzen.

Das geplante Abschalten der Kohlekraftwerke in Europa wird vorübergehend zu einer



Verknappung der Kraftwerkskapazitäten und höheren Energiepreisen führen. Zudem werden die CO₂-Zertifikate teurer, deren Preis schon 2021 um 140 Prozent zugelegt hat, angetrieben vom Wirtschaftswachstum und den Erwartungen zu den Klimaschutzzielen 2030. Die steigenden Energiepreise am Weg zur Klimaneutralität der EU werden die Wettbewerbsposition einiger Branchen wahrscheinlich verschlechtern und die Energiearmut vieler Haushalte erhöhen. Dies sind zwei Aspekte, welche im Hinblick auf den Klimaschutz politische Unterstützung erfordern. Dennoch braucht die Energiewende eine Verteuerung der Emissionszertifikate und

der fossilen Energieträger, damit sich Investitionen in emissionsmindernde Technologien rechnen.

Der Vergleich der Haushaltspreise der wichtigsten Energieträger in Österreich zeigt, daß auch nach dem Wegfall des Ökostrom-Förderbeitrags 2022, Strom im Vergleich zu fossilen Brennstoffen weiterhin deutlich mehr als Gas und Heizöl kostet. Im ersten Halbjahr 2021 lag der Bruttopreis für eine Kilowattstunde Strom bei 22,2 Cent, ohne Ökostrom-Förderbeitrag noch bei 19 Cent, für Heizöl bei 7 Cent und für Erdgas bei 6,4 Cent.

<https://www.bankaustria.at/>

Energiepreise für Haushalte stiegen auch im Jänner

Der Einmarsch der russischen Truppen in der Ukraine hat ein neues Kapitel auf den internationalen Energiemärkten aufgeschlagen. Die Auswirkungen werden auch bei den heimischen Haushalten ankommen, sind aber im Energiepreisindex für den Jänner noch nicht abgebildet,“ nimmt Franz Angerer, Geschäftsführer der Österreichischen Energieagentur, Bezug zu den aktuellen Entwicklungen. „Es zeigt sich einmal mehr: Wir müssen unabhängig von fossilen Energien wie Erdgas werden – aus Gründen der Versorgungssicherheit und natürlich, um die Klimakrise abzuwenden.“

Die aus den vergangenen Monaten bekannten Teuerungen bei den Energiepreisen setzten sich auch im neuen Jahr fort. Allen voran sind im Monatsvergleich die Preise für Erdgas, Fernwärme und Heizöl zu nennen. Im Jahresvergleich blieben Treibstoffe zen-

trale Preistreiber, aber auch Holzpellets sind im Jänner gegenüber dem Vormonat um 4,6 % gestiegen. Im Summe führte das zu einem Anstieg des von der Österreichischen Energieagentur berechneten Energiepreisindex im Monatsvergleich um 1,4 %. Im Jahresvergleich lag er um 22,4 % höher. Die allgemeine Teuerung lag im Monatsvergleich bei minus 0,1 % und im Jahresvergleich bei 5 %.

Die Haushaltspreise für Strom sanken im Monatsvergleich um minus 1,1 %, da die österreichischen Haushalte im Jahr 2022 keine Erneuerbaren-Förderkosten zahlen: Der Erneuerbaren-Förderbeitrag wird heuer aufgrund der hohen Energiepreise nicht eingehoben, die Erneuerbaren-Förderpauschale wird dieses Jahr auf Null gesetzt. Damit entfällt ein wesentlicher Bestandteil der Stromrechnung bei Haushaltskunden.

<http://www.energyagency.at/>

Regionale Konjunkturerwicklung im III. Quartal 2021

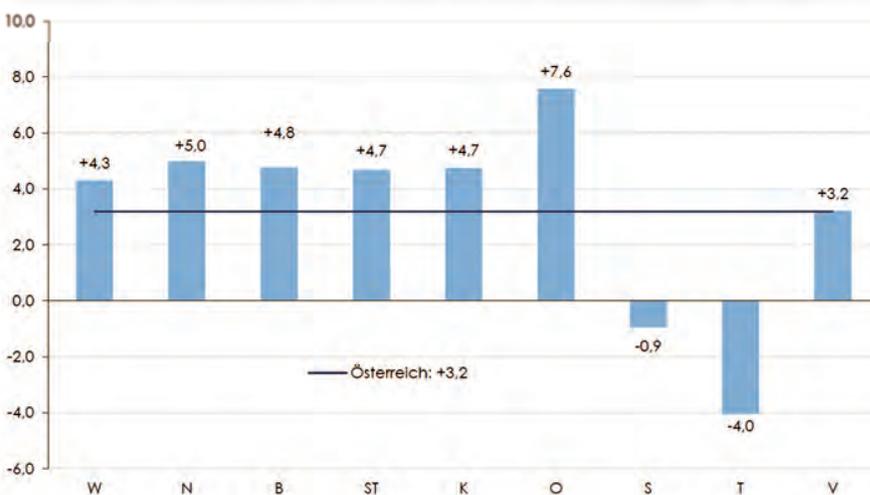
Die Wirtschaft in den Bundesländern erholte sich nach Einbrüchen rasant

Nach starken wirtschaftlichen Einbrüchen durch den Ausbruch der Covid-19-Pandemie im Jahr 2020 ergeben sich aus den rezenten regionalen Wirtschaftsdaten für das III. Quartal 2021 Anzeichen einer kräftigen Erholung. Die dynamischen Aufholprozesse betreffen alle Bundesländer gleichermaßen, wobei jene, die besonders stark unter den pandemiebedingten konjunkturellen Verwerfungen litten, auch am meisten zulegen konnten. Insgesamt fußt die Erholung allerdings auf einer sehr breiten sektoralen Basis.

Eine Schnellschätzung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) der regionalen Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung ergibt für das 1. Halbjahr 2021 eine recht einheitliche Entwicklung in der Ost- und Südregion mit geschätzten Wachstumsraten zwischen 4,3 % (Wien) und 5,0 % (Niederösterreich). Die Entwicklung in der Westregion verlief hingegen

Schnellschätzung der Bruttowertschöpfung nach Bundesländern im 1. Halbjahr 2021

Ohne Land- und Forstwirtschaft, real zu Preisen von 2015, Veränderung gegen das Vorjahr in %



WIFO-Berechnungen, ESVG 2010, vorläufige Werte. Stand 20. Dezember 2021

Regionale Konjunkturindikatoren im III. Quartal 2021

	Sachgütererzeugung Produktionswert ¹⁾	Bauwesen Produktionswert ¹⁾	Tourismus Übernachtungen	Unselbständig Beschäftigte Unternehmensnahe Dienstleistungen ²⁾	Dienstleistungen insgesamt ³⁾	Arbeitslose Wirtschaft insgesamt ³⁾		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Österreich	+ 16,8	+ 8,6	+ 8,3	+ 10,6	+ 5,9	+ 3,1	+ 2,7	- 24,0
Wien	+ 12,4	- 1,7	+ 3,8	+ 72,6	+ 6,0	+ 3,9	+ 3,5	- 20,7
Niederösterreich	+ 23,3	+ 5,9	+ 10,3	+ 9,4	+ 6,6	+ 2,6	+ 2,3	- 24,1
Burgenland	+ 0,8	- 2,8	+ 15,0	+ 1,7	+ 14,5	+ 3,8	+ 2,9	- 20,7
Steiermark	+ 17,4	+ 12,0	+ 12,1	+ 6,6	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,4	- 24,8
Kärnten	+ 24,8	+ 26,0	+ 0,8	+ 2,7	+ 8,3	+ 3,0	+ 3,0	- 25,6
Oberösterreich	+ 13,9	+ 6,4	+ 10,2	+ 9,6	+ 7,8	+ 3,0	+ 2,4	- 27,3
Salzburg	+ 17,8	+ 14,1	+ 8,0	+ 11,9	+ 5,1	+ 2,5	+ 2,3	- 34,4
Tirol	+ 15,7	+ 10,7	+ 6,1	+ 10,9	+ 4,3	+ 3,2	+ 2,4	- 32,4
Vorarlberg	+ 13,0	+ 8,7	+ 10,5	+ 7,6	+ 5,6	+ 3,0	+ 2,1	- 22,0

Quelle: Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Wert der abgesetzten Produktion; Konjunkturerhebung – Grundgesamtheit. – ²⁾ Einschließlich Erbringungen von Dienstleistungen der Informationstechnologie (J62), Informationsdienstleistungen (J63), Grundstücks- und Wohnungswesen (L68), Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung (M69), Führung von Unternehmen, Unternehmensberatung (M70), Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung (M71), Forschung und Entwicklung (M72), Werbung und Marktforschung (M73), Sonstige freiberufliche wissenschaftliche und technische Tätigkeit (M74), Veterinärwesen (M75), Vermietung von beweglichen Sachen (N77), Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften (N78), Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen (N79), Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien (N80), Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau, (N81), Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g. (N82). – ³⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten.

Wirtschaft

deutlich heterogener. Oberösterreich profitierte von der hohen Exportdynamik der Metallindustrie sowie im Kfz- und Maschinenbau und verzeichnete besonders hohe Zuwächse (+7,6 %). Aufgrund des lockdownbedingten Totalausfalles im Wintertourismus 2020/21 zeigten sich für Salzburg und Tirol negative Wachstumsraten.

1. Tourismus: Dem Wintereinbruch folgte ein Sommerhoch

Die Entwicklung der Nächtigungszahlen der letzten Sommersaison zeigt jedoch eine rasante Erholung der österreichischen Tourismuswirtschaft: Mit insgesamt 66,4 Mio. blieb die Zahl der Übernachtungen nur um 15,9 % unter dem bisherigen Höchstwert des Sommers 2019. Als Konjunkturmotor erwies sich einmal mehr der Binnentourismus, aber auch die Zahl der Nächtigungen internationaler Gäste konnte deutlich zulegen.

Nicht alle Regionen profitierten von dieser Erholung im selben Ausmaß: Die Nächtigungszahlen in Wien und in Niederösterreich blieben nach wie vor deutlich hinter dem Vorkrisenniveau von 2019 zurück. Die Abhängigkeit vom Geschäfts- und Konferenztourismus sowie von Gästen aus weiter entfernten Märkten wirkte sich hier besonders negativ aus. Besonders hervorzuheben sind die auf den Inlandtourismus spezialisierten Bundesländer, allen voran das Burgenland, aber auch die Steiermark.

2. Weiterhin kräftige Absatzdynamik in der Sachgütererzeugung

Die Zuwächse in der Industrieproduktion sind regional sehr breit aufgestellt. In fast allen Bundesländern lag der Absatz der Industrieproduktion sowohl deutlich über dem Vorjahreswert als auch über dem Vorkrisenniveau. Bundesweit betrug der (nominelle) Zuwachs im III. Quartal 2021 17 % gegenüber 2020 bzw. 10 % gegenüber 2019. Die Metallerzeugung und Herstellung von Metallwaren sowie der Maschinenbau florierten in fast allen Bundesländern, auch die Holzwirtschaft konnte vom aktuellen Rohstoffboom profitieren und besonders stark zur Umsatzsteigerung beitragen.

3. Trotz Lockdowns weitere Entspannung auf den regionalen Arbeitsmärkten

Die konjunkturelle Erholung schlägt sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. So stieg die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten im III. Quartal 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 % nach einem Einbruch von

1,4 % im III. Quartal 2020. Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen um 24,0 % (III. Quartal 2020 +34,0 %).

Für das IV. Quartal 2021 ergab sich trotz Lockdown eine weitere Beschleunigung des Beschäftigungswachstums (+3,6 %), auch die Arbeitslosigkeit ging im IV. Quartal mit -26,0 % noch stärker zurück. Ursache für die rezente Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist die deutliche Erholung im Wintertourismus 2021/22, woraus sich auch ein deutliches West-Ost-Gefälle innerhalb Öster-

reichs ergibt: In den tourismusintensiven Bundesländern der Westregion wächst die Beschäftigung am stärksten und die Arbeitslosigkeit sinkt am schnellsten. Auch eine wieder zunehmende Teilzeitquote und der sinkende Anteil von Beschäftigten im Home-Office läßt vermuten, daß die Wirtschaft langsam wieder zu ihrem Vorkrisenmuster zurückkehrt. Ältere Arbeitskräfte haben allerdings nach wie vor die größten Probleme bei ihrer (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt. ■

<https://www.wifo.ac.at/>

Konjunktur-Früh-schätzung Jänner 2022

Für Jänner 2022 zeigen die Konjunktur-Früh-schätzungen für Industrie und Bau (ÖNACE B bis F) laut Statistik Austria im Vergleich zum Vorjahresmonat einen kräftigen Anstieg der Umsätze um 40,2 %. Der Beschäftigtenindex verbuchte einen leichten Anstieg (+2,3 %), der Index der geleisteten Arbeitsstunden stieg etwas kräftiger (+4,3 %).

„Österreichs Konjunkturlokomotiven Industrie und Bau sind im Jänner 2022 weiterhin kräftig in Fahrt. Dabei haben die Umsätze im Produzierenden Bereich das Corona-Vorkrisenniveau vom Jänner 2019 um deutliche 26,1 Prozent übertroffen“, so Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Die positive Entwicklung der Umsätze zeigt sich in der Fröhschätzung für Jänner 2022 sowohl für die Industrie (+42,9 % im Vergleich zum Vorjahr) als auch für den Baubereich (+15,3 %). Das Arbeitsvolumen stieg im Vorjahresvergleich in der Industrie um +4,3 %, der Baubereich verzeichnete ebenfalls einen Anstieg von +4,7 %. Beim Beschäftigungsindex gab es im Industriebereich einen leichten Zuwachs (+2,3 %), der Anstieg im Baubereich war mit +2,7 % kräftiger.

Produzierender Bereich im November 2021

Im November 2021 realisierten die 75.099 Unternehmen des gesamten Produzierenden Bereichs (Sachgüterbereich und Bau) mit 1.019.645 unselbständig Beschäftigten (+2,1 %) Umsatzerlöse in Höhe von 35,2 Mrd. Euro. Das entspricht einem nominellen Umsatzplus von 30,1 % gegenüber November 2020, einer jener Monate, der von Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie noch stark geprägt war. Auch der

Sachgüterbereich lag gegenüber November 2020 bei nomineller Betrachtung aufgrund der überaus positiven Entwicklung des industriellen Umfelds deutlich im Plus (+35,1 % auf 29,0 Mrd. Euro). Die Baukonjunktur konnte im November 2021 mit der industriellen Entwicklung zwar nicht ganz mithalten, lag jedoch mit einem nominellen Plus von 10,8 % auf 6,3 Mrd. Euro weiterhin auf sehr hohem Niveau.

Im gesamten laufenden Jahr (Jänner bis November 2021) wurden von den Unternehmen des Produzierenden Bereichs Umsatzerlöse in der Höhe von 314,7 Mrd. Euro erzielt. Das entspricht einem nominellen Plus von 23,3 % im Vergleich zu den ersten neun Monaten des Vorjahres.

Sattes Produktionsplus im Sachgüterbereich im November 2021

Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sich die Produktion im gesamten Sachgüterbereich (Abschnitte B bis E der ÖNACE 2008) im November 2021 nominell um 34,9 % auf 28,6 Mrd. Euro. Die mit Abstand größte Produktionssteigerung innerhalb der zehn größten Branchen des Sachgüterbereichs verzeichnete dabei – getrieben durch stark gestiegenen Energiepreise und verstärkten Energiehandelstätigkeiten – die „Energieversorgung“ (+111,0 % auf 8,2 Mrd. Euro).

Stark erholt zeigten sich auch die „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (+46,9 % auf 2,0 Mrd. Euro), die „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (+42,3 % auf 1,0 Mrd. Euro) sowie die „Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen“ (+28,6 % auf 1,0 Mrd. Euro). ■

<http://www.statistik.at/>

2,46 Mio. Hektoliter Wein

Österreichs Weinernte ist im Jahr 2021 um 3 Prozent gestiegen

Im Jahr 2021 (Stichtag 30. November) wurden laut Statistik Austria 2,46 Mio. Hektoliter (hl) Wein produziert. Die Erntemenge lag damit um 3 % über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre und um 3 % über der Ernte des Vorjahres. Die Weißweinproduktion fiel mit 1,73 Mio. hl um 5 % höher aus als 2020 (+6 % im Vergleich zum Fünfjahresschnitt), während die Rotweinernte um 3 % auf 729.800 hl abnahm (-2 % im Vergleich zum Fünfjahresschnitt).

Das Weinjahr 2021 begann insgesamt zu trocken, mit moderater Winterfeuchte und wechselhaftem Wetter im April und Mai. Aufgrund der kühlen Witterung im Mai und der daraus resultierenden verzögerten Rebenentwicklung blieben Spätfrostschäden aus. Die Blüte Mitte Juni erfolgte aufgrund der einsetzenden Hitze sehr rasch. Der Sommer war gekennzeichnet von einer Abfolge aus Hitze und Niederschlägen, wobei es vereinzelt zu Hagelschäden kam, wie etwa in Wien oder lokal im Weinviertel. Nach einem regnerischen, kühlen August brachte der

Herbst mit warmen Tagen und kühlen Nächten gute Bedingungen für die Lese, die etwas später als in den Vorjahren erfolgte.*)

Zuwächse nur in Niederösterreich

Im Burgenland wurde mit einer Weinernte von 582.300 hl ein Minus von 6 % gegenüber 2020 verzeichnet (-4 % zum Fünfjahresschnitt), wobei alle Regionen Rückgänge aufwiesen. An Rotwein wurde mit 334.900 hl eine um 6 % geringere Erntemenge als im Vorjahr erzielt, und auch Weißwein wies mit 247.300 hl ein Minus von 6 % gegenüber 2020 auf.

Niederösterreich erreichte mit 1,63 Mio. hl eine überdurchschnittliche Weinernte (+6 % zum Fünfjahresschnitt), die Erntemenge von 2020 wurde um 8 % übertroffen. Auf Weißwein entfielen 1,29 Mio. hl (+10 % zu 2020) und auf Rotwein 339.900 hl (±0 %). Das Weinviertel, auf das rund die Hälfte der Weinfläche des Bundeslandes entfällt, erzielte mit 924.200 hl ein Plus von 2 % gegenüber 2020. Zuwächse gab es in allen Regionen, mit Ausnahme der Thermenregion (-6 % zu 2020) und Carnuntum (-1 % zu 2020). Besonders

deutliche Anstiege verzeichneten die Wachau (+57 %) und das Kremstal (+30 %) nach wetterbedingt großen Einbußen im Vorjahr, sowie das Traisental (+29 %).

In der Steiermark fiel die Ernte um 7 % geringer aus als 2020. Mit einer Menge von 222.900 hl wurde jedoch im Vergleich zum Fünfjahresschnitt ein Plus von 5 % erzielt. Während die Weißweinernte mit 173.500 hl um 8 % unter dem Vorjahr lag, nahm die Produktion von Rotwein um 1 % auf 49.400 hl zu. In allen Weinbaugebieten kam es zu einem Rückgang der Weinerntemengen gegenüber dem Vorjahr.

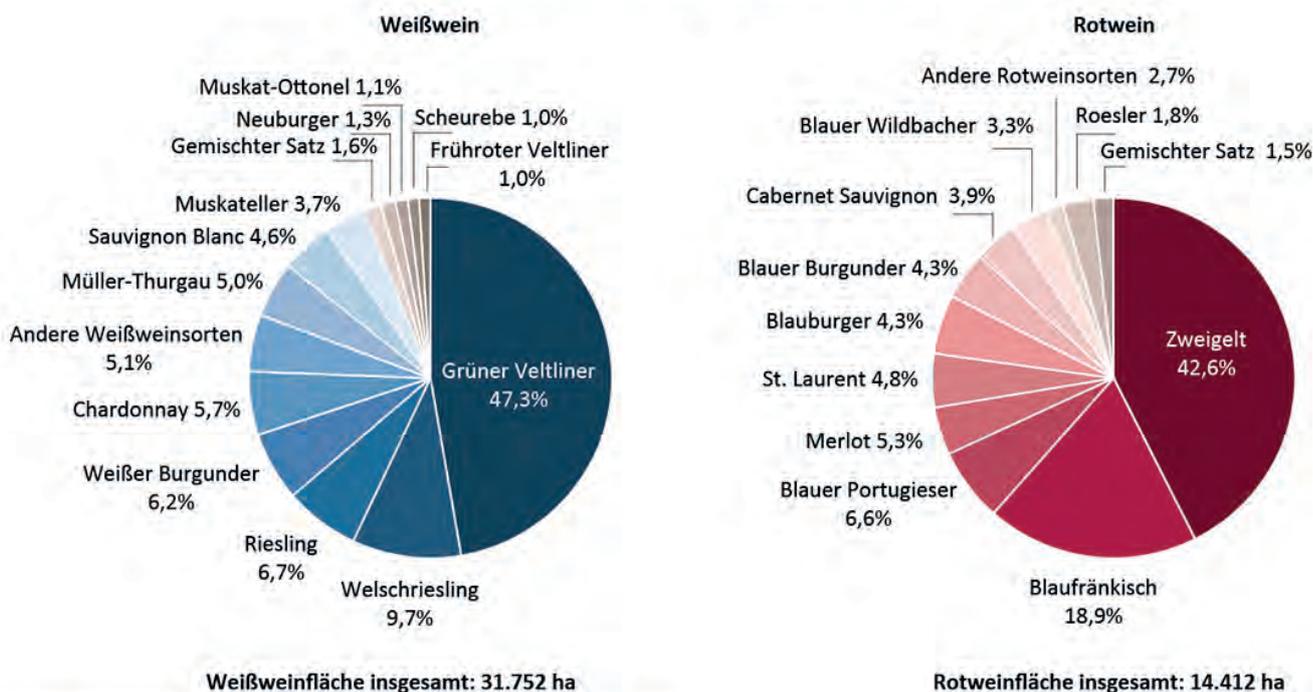
In Wien wurden 22.700 hl an Wein geerntet, was gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 10 % und gegenüber dem Fünfjahresschnitt ein Minus von 13 % bedeutete.

2,26 Millionen Hektoliter Qualitäts- und Prädikatswein

Im Hinblick auf die Weinprodukte standen bei Qualitäts- und Prädikatsweinen mit 2,26 Mio. hl um 2 % höhere Mengen als 2020 zur Verfügung (+2 % im Vergleich zum Fünfjahresschnitt). Während die Produktion

* Siehe den Beitrag ab der Seite 112

Rebsorten in Österreich 2020, Flächenverteilung in Prozent



Q: STATISTIK AUSTRIA, Weingartengrunderhebung 2020. Erstellt am 29.09.2021.

Wirtschaft

von weißen Qualitäts- und Prädikatsweinen mit 1,59 Mio. hl um 4 % höher ausfiel als 2020, wurde bei hochqualitativen Rotweinen mit 663.600 hl ein Minus von 3 % gegenüber dem Vorjahr erzielt. Im Segment Wein/Landwein (inkl. Sortenwein und Sturm) wurde mit 174.500 hl ein Plus von 15 % verglichen mit dem Vorjahr ermittelt (+32 % zum Fünfjahresschnitt). Dabei stieg das Volumen an weißem Wein/Landwein um 21 % an und das Volumen an rotem Wein/Landwein um 4 %.

Weinbestand weiter auf hohem Niveau

Der Weinbestand 2021 (Stichtag 31. Juli) belief sich auf 2,90 Mio. hl und blieb das dritte Jahr in Folge auf hohem Niveau (+8 % zum Fünfjahresmittel, -1 % zu 2020). Der österreichweite Bestand an Weißwein nahm um 2 % auf 1,69 Mio. hl ab, der Bestand an Rotwein lag mit 1,21 Mio. hl geringfügig über dem Vorjahresniveau (+1 %).

Bei Qualitäts- und Prädikatsweinen gingen die Bestandsreserven auf 2,34 Mio. hl (-1 % zu 2020; +9 % zum Fünfjahresmittel) zurück. Der Bestand an weißem Qualitäts- und Prädikatswein belief sich auf 1,32 Mio. hl (-1 % zu 2020), an rotem auf 1,02 Mio. hl (±0 %).

Wein/Landwein (inklusive Rebsortenwein und Sturm) verzeichnete gegenüber dem Vorjahr einen Lagerückgang von 3 % auf

303.600 hl. Das Wein-/Landweinlager setzte sich aus 208.400 hl Weißwein (-2 % zu 2020) sowie 95.200 hl Rotwein (-5 % zu 2020) zusammen.

Weingartengrunderhebung 2020

Österreich ist aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 1337/2011 verpflichtet im 5-Jahres-Rhythmus eine Weingartengrunderhebung durchzuführen.

Als Datenquelle wurde für die weinbaureisenden Bundesländer Burgenland, Niederösterreich, Steiermark und Wien das System Wein-Online des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, welches vom Land-, forst- und wasserwirtschaftlichen Rechenzentrum GmbH betrieben wird, genutzt. Für das Bundesland Kärnten konnte auf Daten des Landesweinbaukatasters zurückgegriffen werden. Die Daten aus den übrigen Bundesländern Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg wurden von Statistik Austria mittels schriftlicher Befragung der Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter erhoben. Sämtliche Daten wurden elektronisch erfasst, sodann plausibilisiert, analysiert und ausgewertet.

Für Österreich wurde eine bepflanzte Weingartenfläche von 46.165 ha gemeldet; das sind um 726 ha oder rd. 2% mehr als bei der letzten Weingartengrunderhebung 2015.

Kam es im Burgenland zu einem Flächenrückgang von 2,1%, so gab es in den anderen Bundesländern hingegen durchgehend Flächenzuwächse: Niederösterreich +1,4%, Steiermark +9,4%, Wien +14,8% und für die übrigen Bundesländer wurde ein Anstieg von +71,4% errechnet.

Niederösterreich bleibt weiterhin mit 28.543 ha oder 61,8% das größte weinbaureisende Bundesland Österreichs, gefolgt vom Burgenland mit 11.986 ha (26%), der Steiermark mit 4.729 ha (10,2%), Wien mit 667 ha (1,5%) und den übrigen Bundesländern mit 239 ha (0,5%).

Der langjährige Trend von Weißwein hin zu Rotwein setzte sich nicht weiter fort; dies bestätigen auch die nunmehr vorliegenden Zahlen. So nahm die Weißweinfläche im Vergleich zu 2015 um 4,1% auf 31.752 ha zu, während die Rotweinfläche um 3,5% auf 14.412 ha abnahm.

Der Grüne Veltliner steht mit 15.015 ha oder einem Anteil von 47,3% an der gesamten Weißweinfläche unangefochten an der Spitze der österreichischen Rebsorten. Mit einem Plus von 4,4% kann der Grüne Veltliner auch den größten Flächenzuwachs aller Rebsorten verbuchen, gefolgt von der Rotweinsorte Zweigelt mit 6.145 ha oder 42,6% der Rotweinfläche.

<http://www.statistik.at/>

Weinernte 2021: Rot- und Weißwein nach Weinbaugebieten
(Stichtag 30.11.2021)

Bundesländer/ Weinbaugebiete	Weißwein			Rot- und Roséwein			Wein insgesamt		
	Ertrags- fähige Fläche in ha ¹⁾	Ertrag in Hektoliter		Ertrags- fähige Fläche in ha ¹⁾	Ertrag in Hektoliter		Ertrags- fähige Fläche in ha ¹⁾	Ertrag in Hektoliter	
		insgesamt	pro ha		insgesamt	pro ha		insgesamt	pro ha
Burgenland	4.855	247.320	50,9	6.592	334.946	50,8	11.447	582.267	50,9
Neusiedlersee ²⁾	3.016	167.871	55,7	2.963	168.045	56,7	5.979	335.916	56,2
Leithaberg (Neusiedlersee-Hügelland) ²⁾	1.544	67.775	43,9	1.494	55.016	36,8	3.038	122.791	40,4
Mittelburgenland ²⁾	145	7.083	49,0	1.823	101.113	55,5	1.967	108.196	55,0
Eisenberg (Südburgenland) ²⁾	150	4.592	30,5	313	10.772	34,4	463	15.364	33,2
Niederösterreich	20.120	1.287.630	64,0	5.753	339.870	59,1	25.873	1.627.499	62,9
Thermenregion	1.033	34.490	33,4	816	28.526	34,9	1.849	63.016	34,1
Kremstal	1.819	123.222	67,8	340	25.587	75,3	2.159	148.809	68,9
Kamptal	2.796	152.453	54,5	636	33.361	52,5	3.432	185.814	54,1
Wagram	1.890	110.419	58,4	437	26.502	60,6	2.327	136.922	58,8
Traisental	696	43.623	62,7	111	7.493	67,7	806	51.117	63,4
Carnuntum	356	17.452	49,0	449	20.089	44,7	806	37.542	46,6
Wachau	1.161	75.031	64,6	83	4.897	59,3	1.244	79.928	64,3
Weinviertel	10.366	730.778	70,5	2.880	193.383	67,1	13.246	924.161	69,8
übrige	3	161	46,4	1	30	59,1	4	191	48,0
Steiermark	3.857	173.533	45,0	918	49.384	53,8	4.776	222.917	46,7
Südsteiermark	2.376	112.813	47,5	254	18.328	72,3	2.630	131.141	49,9
Weststeiermark	195	8.539	43,9	396	18.125	45,8	591	26.665	45,2
Vulkanland Steiermark (Südoststeiermark)	1.286	52.181	40,6	269	12.930	48,1	1.555	65.112	41,9
Wien	467	18.764	40,2	93	3.963	42,6	560	22.727	40,6
Übrige Bundesländer	129	3.221	25,0	50	1.644	33,1	179	4.864	27,2
Österreich 2021	29.428	1.730.468	58,8	13.407	729.806	54,4	42.835	2.460.275	57,4
Österreich 2020	31.748 ³⁾	1.646.857	51,9 ³⁾	14.416 ³⁾	751.552	52,1 ³⁾	46.164 ³⁾	2.398.409	52,0 ³⁾
Österreich Ø 2016-2020	30.990 ³⁾	1.637.222	52,8 ³⁾	15.379 ³⁾	745.677	48,5 ³⁾	46.369 ³⁾	2.382.898	51,4 ³⁾

Q: STATISTIK AUSTRIA, Ernterhebung; Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT). Erstellt am 02.03.2022. Ergebnisse auf Ebene der Weinbaugebiete aufgrund der Ertragsschätzungen der Weinreferenten von Statistik Austria berechnet. - 1) Flächen 2021 lt. Agrarmarkt Austria (Auswertung der Mehrfachanträge, Stand Mai 2021). - 2) Seit Änderung BGBl. I Nr. 47/2016 des Weingesetzes 2009 entspricht das gesamte Bundesland Burgenland einem Weinbaugebiet. Die Unterteilung wird in Anlehnung an die praxisüblichen Gebietsbezeichnungen jedoch weiterhin ausgewiesen. - 3) Aufgrund geänderter Datengrundlage für die Weinflächen sind diese nicht mit den Vorjahren vergleichbar (ab 2021: INVEKOS (Auswertung der Mehrfachanträge der Agrarmarkt Austria); bis 2020: Weinerntemeldungen des BMLRT).

Biomasse als Schlüssel zur Energiewende

»An Biomasse, und damit der Land- und Forstwirtschaft als zentralen Energielieferanten, führt kein Weg vorbei, wenn wir Klima und Umwelt schützen wollen«, ist Oberösterreichs Agrar-Landesrätin Michaela Langer-Weninger überzeugt.

Wie der Ausstieg aus der fossilen Energie gelingen kann und welche Energiequellen wirklich nachhaltig sind, ist derzeit ein hochaktuelles Thema. Auf EU-Ebene wird diskutiert, ob Atomkraft und Erdgas „grün“ sein können und ob Investitionen dahingehend mit den hochgesteckten Klimazielen der Union vereinbar sind. In Oberösterreich gibt es dazu eine klare Meinung: Kernenergie ist unsicher, teuer, verursacht CO₂-Emissionen (110 Gramm pro Kilowattstunde) und kann daher nicht Europas Lösung im Kampf gegen den Klimawandel sein. „Wir wollen die Energiewende nachhaltig und umweltschonend vollziehen. Dazu setzen wir unseren Kurs des konsequenten Ausbaus erneuerbarer Energieformen fort. Der Biomasse, als nachwachsendem Rohstoff, kommt dabei große Bedeutung zu“, so Langer-Weninger.

Biomasse: Eine grüne Heldin in jeglicher Form

Biomasse ist zwar in aller Munde, was darunter fällt ist aber mitunter nicht jedem bewusst – schließlich handelt es sich dabei auch nur um einen Oberbegriff. Als Biomasse werden organische Substanzen bezeichnet, die aus der Land- und Forstwirtschaft oder der Abfallwirtschaft (z.B. Biomüll) stammen und energetisch genutzt werden. Biomasse kann in fester, flüssiger oder gasförmiger Form vorliegen. Beispiele für diese drei Aggregatzustände sind Holz (fest), Biotreibstoff (flüssig) und Biogas (gasförmig). Durch die Verbrennung von Biomasse entsteht Wärme, die durch verschiedene Technologien und Verfahren (Kraft-Wärme-Kopplung, Stirlingmotor, Dampfturbinen, etc.) wiederum zur Stromerzeugung genutzt werden kann. Fast ein Fünftel (17 Prozent) des österreichweiten Brutto-Energieverbrauchs wird aktuell mittels Biomasse abgedeckt.

In Oberösterreich sind es laut des Energieberichts 2020 knapp 15 Prozent. Damit ist Biomasse der größte Energielieferant bei den Erneuerbaren Energiequellen. Prozen-



Foto: LKOÖ

Der Holzvorrat in Oberösterreichs Wäldern steigt kontinuierlich, da mehr Holz nachwächst als genutzt wird. Agrar-Landesrätin Michaela Langer-Weninger verweist auf das Potential, das sich dadurch für den Ausbau von Bioenergie ergibt.

tuell hat Bioenergie einen Anteil von 48 Prozent an der jährlich durch erneuerbare Energieträger zur Verfügung gestellten Energie. Wasserkraft kommt auf 36 Prozent, der Rest verteilt sich auf Wind- und Solarenergie (siehe Grafik auf der folgenden Seite).

Land Oberösterreich fördert Bioenergie

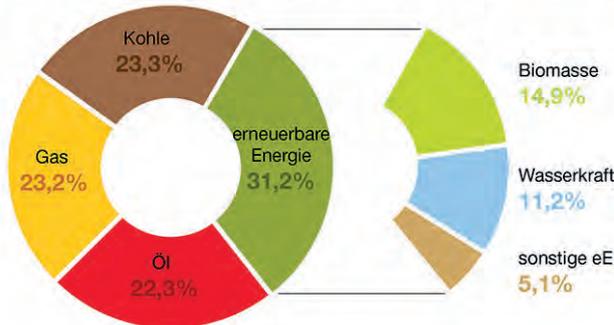
Den Weg hin zur grünen Energiewende will das Land Oberösterreich weiter zügigen Schrittes beschreiten. Im Regierungsprogramm ist die Klimaneutralität bis 2040 als Ziel festgehalten, ebenso die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energie beim Strom auf

mehr als 90 Prozent bis 2030. Erreicht werden soll das unter anderem durch die Forcierung und Förderung von Biomasse-Heizungen und -Anlagen. „In unserem Arbeitsprogramm haben wir schriftlich festgehalten: Oberösterreich soll als Land der Biomasse positioniert werden. Das ist auch mein Ziel. Als Agrar-Landesrätin werde ich Oberösterreichs Weg zur Klimaneutralität gemeinsam mit der heimischen Land- und Forstwirtschaft konsequent vorantreiben.“

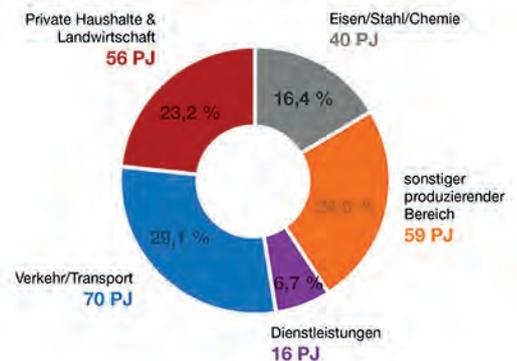
Potential ist im Bereich der Bioenergie definitiv da, vor allem im Bereich der Forstwirtschaft. Laut Waldinventur findet sich ein

Wirtschaft

Bruttoenergieverbrauch nach Energieträgern 2019 Oberösterreich



Endenergieverbrauch OÖ nach Sektoren



© Oberösterreichs Energiebericht 2020

Holzvorrat von 166 Millionen Vorratsmetern in Oberösterreichs Wäldern, wobei der Vorrat stetig steigt, da mehr Holz nachwächst als genutzt wird. Damit kann die Erzeugung von Wärme und Strom aus Biomasse noch deutlich ausgebaut werden. Gerade im Hinblick auf den Klimawandel Potential, das es zu nutzen gilt. Zudem kann hierdurch Wertschöpfung in der Region, insbesondere auf den bäuerlichen Familienbetrieben generiert werden. „Biomasse bietet den Bäuerinnen und Bauern eine neue Einkommensquelle. Sie können sich als Energieversorger in den Regionen etablieren und nochmals unterstreichen, daß sie wahre Klimaschützer sind“, betont Landesrätin Langer-Weninger. Mit dem Biomasseverband OÖ gäbe es zudem einen kompetenten Berater, der bei der Umsetzung neuer Projekte fachliche Hilfe leistet.

Auch das Land Oberösterreich unterstützt in Form von finanzielle Anreizen Bestrebungen zum (Aus)Bau von Biomasseanlagen. Abgewickelt werden die Förderungen über die Abteilung Land- und Forstwirtschaft des Landes Oberösterreich. Im Vorjahr sind 439 Anträge von landwirtschaftlichen Betrieben bewilligt und mit Landesmitteln in Höhe von 1,2 Millionen Euro gefördert worden. Zudem wurden im Rahmen der Ländlichen Entwicklung 22 Projekte (17 Biomasseheizanlagen und 5 Umrüstungen von Biogasanlagen) mit einem Fördervolumen von einer Million Euro bewilligt und von EU-, Bund und Land OÖ kofinanziert.

Auch für Privathaushalte wird der Umstieg auf erneuerbare Energiequellen attraktiviert. Im Bereich des Heizens etwa in Form der Förderungen zum Austausch von Öl-Heizkesseln. Damit soll der auf energieeffiziente Heizungen mit biogenen Brennstoffen erleichtert werden. „Das Beheizen von Wohngebäuden ist eine bedeutende Treibhausgasquelle hierzulande. Um unser Klima zu

schützen, müssen wir das Heizen mit fossilen Brennstoffen zurückdrängen. Vom Einbau einer Holzheizung profitieren aber nicht nur das Klima, sondern auch die Bewohner durch geringere Heizkosten und die regionale Wirtschaft“, erklären die Agrar-Landesrätin und Energie-Landesrat Markus Achleitner unisono.

Oberösterreich: So geht Energiewende

Aktuell werden 59 Biogasanlagen sowie 340 Nahwärmanlagen in Oberösterreich betrieben. Letztere leisten einen enormen Beitrag zur Wärmeversorgung, erzeugen sie doch jährlich aus einer Million Schüttraummeter Hackgut, 310 Megawatt an Wärmeleistung. Das reicht umgerechnet für 71.4000 Haushalte, wenn man als Maßstab ein Energiesparhaus mit dem Jahresbedarf von 7.000 Kilowattstunden heranzieht. „Diese Anlagen versorgen die Haushalte aber nicht nur unkompliziert mit nachhaltiger Wärme aus der Region, sondern erzielen eine CO₂-Reduktion von 156.000 Tonnen im Vergleich zu fossilen Energieträgern“, berichtet die Landesrätin. Rechnet man noch die klimafreundliche Energieerzeugung (Strom und Abwärme) durch die 59 Biogasanlagen hinzu, werden pro Jahr rund 240.000 Tonnen Kohlendioxid (CO₂) durch den Betrieb von Biomasse-Anlagen eingespart. „So geht Energiewende“, meint Langer-Weninger und verweist auf Oberösterreichs Vorreiterrolle.

Auch im Bereich der Biomasse-Kleinfeuerungsanlagen liegt Oberösterreich im nationalen und europaweiten Spitzenfeld. Rechnet man die 26.700 Hackgutanlagen und 34.400 Pelletsanlagen zusammen, entfällt ein Viertel aller österreichweiten installierten Anlagen auf das Bundesland ob der Enns. Die Produktion der modernen Anlagen und das technologische Knowhow sind ebenfalls vielfach in Oberösterreich beheimatet, exportiert wird aber in die ganze Welt.

Das entspricht ganz der Landesstrategie „Energie-Leitregion 2050“ deren Ziel die Energiewende aber auch die Etablierung Oberösterreichs als führender Region in punkto Energietechnologie und Klimaschutz ist. „Bioenergie kurbelt nicht nur die Energiewende, sondern auch die oberösterreichische Wirtschaft an. Wir haben in unserem Bundesland weltweit erfolgreiche Biomasse-Kessel-Unternehmen, jede vierte in Europa verkaufte automatische Biomasseheizung kommt von einem Unternehmen aus Oberösterreich. Die oberösterreichische Biomasse-Kesselbranche ist nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftlich sehr erfolgreich: Mit mehr als 2.500 MitarbeiterInnen werden mehr als 600 Millionen Euro Umsatz erzielt, die Exportquote liegt bei mehr als 75 Prozent“, so Wirtschafts-Landesrat Achleitner.

Ausbau von erneuerbaren Energien vs. Greenwashing

Um die weitreichenden und notwendigen Klimaziele zu erreichen, ist es wichtig, daß die Energiegewinnung aus erneuerbaren, klimafreundlichen Quellen ausgebaut wird. „Dazu müssen alle, von der öffentlichen Hand über Privatpersonen bis hin zu den Unternehmen an einem Strang ziehen und in diese neuen Energiequellen investieren“, betont Langer-Weninger. Ein Greenwashing durch das Kaufen von Grünstromzertifikaten, irreführende PR-Maßnahmen oder Ähnlichem sei zu wenig. „Sich nach außen grün zu präsentieren, während man tatsächlich Energie aus fossilen Quellen oder Atomstrom bezieht, ist zwar legal und läßt sich gut verkaufen, zur Klimawende trägt das aber nicht bei.“ Der eindringliche Apell der Landesrätin lautet daher: „Investieren wir in den Ausbau der erneuerbaren Energie, investieren wir in die Zukunft – und nicht in einen scheinheiligen grünen Stempel.“

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

8.979.894 Menschen leben in Österreich

Bevölkerungszahl Österreichs stieg zu Jahresbeginn 2022 auf knapp 8,98 Millionen

Am 1. Jänner 2022 lebten vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria zufolge 8.979.894 Menschen in Österreich, um 47.230 (+0,53 %) mehr als zu Jahresbeginn 2021. Damit verzeichnete Österreich 2021 eine stärkere Bevölkerungszunahme als im Jahr zuvor (2020: +31.600 Personen bzw. +0,36 %). Einen etwas größeren Anstieg der Einwohnerzahl gab es zuletzt im Jahr 2018 (+49.402 Personen bzw. +0,56 %).

„Österreich wächst weiter. Nachdem die Bevölkerung im Jahr 2021 um 0,53 % auf 8,98 Mio. angestiegen ist, wird sie im Laufe des Jahres 2022 voraussichtlich die Neun-Millionen-Marke erreichen. Das Bevölkerungswachstum geht dabei ausschließlich auf Menschen mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit zurück. Ohne sie wäre Österreich im Jahr 2021 nicht gewachsen,

sondern geschrumpft“, sagte Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas am 15. Februar im Rahmen einer Pressekonferenz.

Wachstum in Oberösterreich am größten, in Salzburg am geringsten

Mit +0,65 % verzeichnete Oberösterreich 2021 die größte prozentuale Bevölkerungszunahme aller Bundesländer Österreichs. Ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt lagen die Zuwächse in Vorarlberg (+0,59 %), Wien (+0,57 %), Tirol (+0,55 %) sowie im Burgenland (+0,54 %). Etwas unter dem österreichweiten Bevölkerungswachstum rangierten Niederösterreich und die Steiermark (je +0,48 %) sowie Kärnten (+0,44 %). Mit +0,36 % fiel der Anstieg der Einwohnerzahl im Bundesland Salzburg am geringsten aus (siehe Tabelle).

Bevölkerungszuwachs in 77 politischen Bezirken, Rückgang in 17 Bezirken

Auf regionaler Ebene (siehe Karte) gab es 2021 in insgesamt 77 politischen Bezirken einen Bevölkerungszuwachs. Am stärksten fielen die Zugewinne in der burgenländischen Landeshauptstadt Eisenstadt (+2,31 %), Im Bezirk Graz-Umgebung (+1,63 %) sowie in den beiden Statutarstädten Wiener Neustadt (+1,49 %) und Villach (+1,36 %) aus. Aber auch die politischen Bezirke Braunau, Bruck an der Leitha, Vöcklabruck, Leibnitz, Urfaahr-Umgebung und Imst verzeichneten ein Bevölkerungswachstum von mehr als einem Prozent.

Rückläufig entwickelten sich die Bevölkerungszahlen in 17 politischen Bezirken. Am stärksten schrumpfte die Einwohnerzahl in der Kleinstadt Rust (-0,75 %) sowie in den

Vorläufige Einwohnerzahl Österreichs

am 1.1.2022 im Vergleich zur Einwohnerzahl am 1.1.2021 nach Bundesländern

Bundesland	Bevölkerungsstand		Bevölkerungsveränderung *		Ausländische Staatsangehörige am 1.1.2022 *	
	am 1.1.2021	am 1.1.2022 *	absolut	in %	absolut	in %
Österreich	8.932.664	8.979.894	47.230	0,53	1.587.251	17,7
Burgenland	296.010	297.623	1.613	0,54	29.913	10,1
Kärnten	562.089	564.555	2.466	0,44	66.911	11,9
Niederösterreich	1.690.879	1.698.995	8.116	0,48	185.669	10,9
Oberösterreich	1.495.608	1.505.320	9.712	0,65	214.518	14,3
Salzburg	560.710	562.704	1.994	0,36	104.871	18,6
Steiermark	1.247.077	1.253.005	5.928	0,48	155.952	12,4
Tirol	760.105	764.255	4.150	0,55	131.357	17,2
Vorarlberg	399.237	401.607	2.370	0,59	76.167	19,0
Wien	1.920.949	1.931.830	10.881	0,57	621.893	32,2

Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes. – *) Vorläufige Ergebnisse.

Chronik

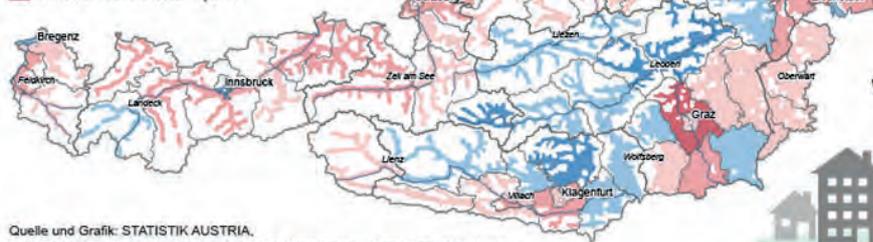
Bevölkerungsveränderung 2020 nach Politischen Bezirken

Abnahme

- ... um mehr als 1,0%
- ... um 0,5% bis unter 1,0%
- ... um 0,0% bis unter 0,5%

Zunahme

- ... um 0,0% bis unter 0,5%
- ... um 0,5% bis unter 1,0%
- ... um 1,0% bis unter 1,5%
- ... um mehr als 1,5%

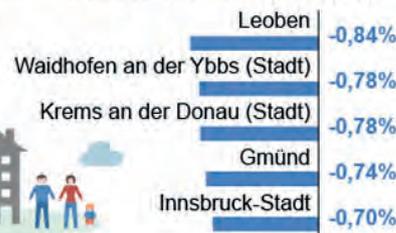


Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes. Vorläufige Ergebnisse. – Erstellt am 11.02.2021.

Stärkstes Bevölkerungswachstum



Stärkster Bevölkerungsrückgang



Bezirken Murau (-0,72 %) und Gmünd (-0,50 %). Darüber hinaus reduzierte sich die Einwohnerzahl in den Städten Innsbruck, Salzburg, Steyr und Waidhofen an der Ybbs, in den übrigen drei Bezirken des Waldviertels (Horn, Waidhofen an der Thaya und Zwettl), in Lilienfeld, in Güssing, den beiden steirischen Bezirken Südoststeiermark und Murtal sowie den drei Kärntner Bezirken Wolfsberg, Spittal an der Drau und Hermagor.

Innerhalb Wiens verzeichneten 14 Gemeindebezirke einen Bevölkerungsrückgang, während es in neun Gemeindebezirken zu einem Anstieg der Einwohnerzahl kam. Am stärksten wuchsen Liesing (+3,03 %), Donaustadt (+2,53 %) und Floridsdorf (+2,45 %). Die größten Bevölkerungsverluste gab es hingegen in Margareten (-1,18 %), Mariahilf (-1,17 %) und Neubau (-1,09 %).

17,7 % der Bevölkerung sind ausländische Staatsangehörige

Den vorläufigen Ergebnissen zufolge lebten am 1. Jänner 2022 insgesamt 1.587.251 Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft in Österreich. Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung stieg von 17,1 % am 1. Jänner 2021 auf 17,7 % am 1. Jänner 2022. Im Laufe des Jahres 2021 erhöhte sich somit die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen um 56.179 Menschen (+3,67 %), während die Zahl der österreichischen Staatsangehörigen rückläufig war (-8.949 Personen bzw. -0,12 %). ■ <http://statistik.at/>

2021 erstmals über 4 Mio. Privathaushalte

Im Jahr 2021 gab es in Österreich erstmals „mehr als 4 Millionen Privathaushalte“, so Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas. „Der Anstieg geht jedoch nur teilweise auf das Bevölkerungswachstum zurück, sondern vor allem auch darauf, daß immer mehr Menschen allein leben: Seit Mitte der 1980er-Jahre hat sich die Zahl der Einpersonenhaushalte nahezu verdoppelt. Aktuell wohnen mehr als 1,5 Millionen Menschen allein, das ist mehr als jeder dritte Privathaushalt.“

Mehr Haushalte – aber kleinere Haushaltsgrößen

Zwischen 1985 und 2021 stieg die Zahl der Privathaushalte in Österreich um 43,5 % von 2.801.000 auf 4.020.000 an. Die Bevölkerung in Privathaushalten nahm in diesem Zeitraum jedoch nur um 17,7 % zu (1985: 7.481.000; 2021: 8.807.000). Somit geht die größere Zahl der Haushalte nur zum Teil auf das Bevölkerungswachstum zurück. Sie ist im Wesentlichen dadurch bedingt, daß sich die Zahl der Einpersonenhaushalte von 768.000 im Jahr 1985 auf 1.526.000 im Jahr 2021 nahezu verdoppelt hat (+98,7 %). Der Anteil der Alleinlebenden an der Bevölkerung in Privathaushalten erhöhte sich im selben Zeitraum von 10,3 % auf 17,3 %. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Haushaltsgröße wider: Lebten im Jahr 1985 in einem Haushalt noch durchschnittlich 2,67

Personen, waren es 2021 nur noch 2,19 Personen.

Formen des Zusammenlebens ändern sich

Beim Begriff „Haushalt“ haben viele das Bild von einem Paar mit einem oder mehreren Kindern vor sich. Faßt man Ehepaare und Lebensgemeinschaften mit zumindest einem Kind zusammen, entsprachen diesem Bild 2021 jedoch nur 26,9 % aller Privathaushalte. In absoluten Zahlen gehörten 1.081.000 der 4.020.000 Privathaushalte diesem Typ an. Insgesamt ist der Anteil der Paarhaushalte mit Kindern rückläufig: Im Jahr 1985 lag er noch bei 37,9 % und im Jahr 2000 bei 33,5 %.

Im Vergleich zu anderen Formen des Zusammenlebens stellen Paare mit Kindern dennoch den häufigsten Typ unter den Familienhaushalten dar. Rund ein Viertel aller Privathaushalte (25,5 %) sind Paare, die ohne (oder wieder ohne) Kinder im Haushalt leben, 6,3 % sind Ein-Eltern-Haushalte. In nur 1,4 % der Privathaushalte leben zwei oder mehr Familien zusammen.

Bei den Nichtfamilienhaushalten dominieren die Einpersonenhaushalte (38,0 % aller Privathaushalte). Nichtfamilien-Mehrpersonenhaushalte (z. B. Wohngemeinschaften) spielen hingegen kaum eine Rolle (2,0 % aller Privathaushalte). ■

100 Jahre Niederösterreich

2022 steht im Zeichen von des Jubiläums und der neuen Landesstrategie 2030

Am 1. Jänner 2022 war es genau 100 Jahre her, daß das Trennungsgesetz für Niederösterreich und Wien in Kraft getreten ist. „Das heißt: Heuer feiert unser Bundesland seinen 100. Geburtstag“, sagte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner im Rahmen der Radiosendung „Niederösterreich im Gespräch“.

Man blicke dabei auf 100 Jahre zurück, in denen Niederösterreich einen großartigen Wandel erlebt habe. Mikl-Leitner: „Ich denke an die historischen Ereignisse wie die Kriegsjahre, die Besatzungszeit und den Wiederaufbau nach dem Weltkrieg. Ich denke auch an unsere Entwicklung von einem Land am Rand der freien Welt zu einem Land im Herzen Europas mit einer eigenen Landeshauptstadt.“ Im Jahr 2022 werde man zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen im Zeichen dieses Jubiläums begehen.

Christian Rapp, der wissenschaftliche Leiter vom Haus der Geschichte, erläuterte die Hintergründe zur Trennung von Niederösterreich und Wien: „Wien und Niederösterreich waren noch nach dem Ersten Weltkrieg ein gemeinsames Bundesland. Es gibt zwei Gründe, warum sie sich trennen mußten. Der eine ist, daß die anderen Bundesländer den Eindruck hatten, daß dieses riesige Bundesland fast mit der Mehrheit der Bevölkerung eigentlich alle anderen Bundesländer dominieren würde. Der zweite Grund war ein parteipolitischer.“

Neben den Feierlichkeiten zur 100-jährigen Trennung von Niederösterreich und Wien gibt es heuer mit der Erarbeitung der Landesstrategie 2030 einen weiteren Arbeitsschwerpunkt. „Trotz der allgegenwärtigen Corona-Bekämpfung haben wir im Vorjahr auch einen intensiven Zukunftsprozeß gestartet. Es ist ein Prozeß zu einer neuen Landesstrategie, der in dieser Form einzigartig in Österreich ist. Weil wir hier vor allem auch gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg an morgen denken. Im Laufe dieses Jahres werden wir die Ergebnisse aus den drei Bereichen Wissenschaft, Experten und Bürgerbeteiligung zusammenfassen. Ich freue mich jetzt schon auf die Ergebnisse und die Präsentation im Herbst 2022“, so Mikl-Leitner weiter.

Am 11. Jänner fand eine Festsitzung der Niederösterreichischen Landesregierung statt,



Foto: MLK / Burchhart

Außerordentliche Sitzung der NÖ Landesregierung am 11. Jänner anlässlich „100 Jahre Bundesland Niederösterreich“ unter dem Vorsitz von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner

die das Jubiläumsjahr offiziell einläutete. Sowohl auf Landesebene als auch in den Bezirken sind umfangreiche Ausstellungen, Kulturveranstaltungen, Symposien und Tagungen sowie Publikationen geplant. Im Zentrum stehen die Bezirksfeste, die am 25./26. Juni 2022 in allen Bezirken des Landes stattfinden werden.

Zur Historie Niederösterreichs

Niederösterreich ist historisch eng mit der Geschichte Österreichs und Europas verknüpft. In Niederösterreich liegt der Ursprung Österreichs. Die berühmte Ostarrichi-Urkunde aus dem Jahr 996 mit der ersten Erwähnung des Namens „Österreich“ zeigt, daß (Nieder-)Österreich in weiterer Folge namensgebend für ganz Österreich wurde. Die nach dem Sieg auf dem Lechfeld 955 gegründete Ottonische Mark gelangte 976 an die Babenberger, die bis Mitte des 11. Jahrhunderts ihr Herrschaftsgebiet bis an die Flüsse Thaya, March und Leitha ausdehnten. Im 12. Jahrhundert wurde das Waldviertel erschlossen und Teil der Mark.

1156 erhob Kaiser Friedrich Barbarossa auf einem Reichstag zu Regensburg die Markgrafschaft – im Wesentlichen das Gebiet des heutigen Niederösterreichs und kleinere Teile von Oberösterreich – zum Herzogtum („Privilegium minus“). Der Sieg Rudolfs von Habsburg über König Ottokar II

Přemysl von Böhmen bei Dürnkrut und Jedenspeigen am 26. August 1278 hatte die Belehnung der Habsburger mit dem Land unter der Enns (1282) und deren Herrschaft bis zum Ende der Monarchie 1918 zur Folge.

Als 1918 die Monarchie zerfiel, entstand Niederösterreich (damals inklusive Wien) als größter und bevölkerungsreichster Bestandteil der Republik Österreich. Der politische Neuanfang des Staates wie des Landes erfolgte im Landhaus der niederösterreichischen Stände in der Wiener Herrngasse, wo sich die provisorische Nationalversammlung konstituierte und am 30. Oktober 1918 den neuen Staat gründete. Am 5. November 1918 bildete sich die provisorische Landesversammlung und schuf das Bundesland Niederösterreich, das damals Wien miteinschloß. Die Landesversammlung bestand aus 120 Mitgliedern, darunter Abgeordnete des letzten, 1908 gewählten Landtages und niederösterreichische Vertreter des 1911 gewählten Reichsrates. Die Männer wählten den christlich-sozialen Leopold Steiner zum Landeshauptmann und stellten ihm Repräsentanten der führenden Parteien als Stellvertreter zur Seite: den christlich-sozialen Bauern Johann Mayer aus Bockfließ im Weinviertel, den sozialdemokratischen Krankenkassenbeamten Albert Sever aus Wien sowie den großdeutschen Gastwirt und Postmeister Karl Kittinger aus Karlstein an der Thaya.

Chronik



Foto: NLK / Pfeiffer

v.l.: Landesdirektor Robert Ziegler (ORF NÖ), Benedikt Vogl (wissenschaftlicher Mitarbeiter Haus der Geschichte), Landeshauptfrau Johann Mikl-Leitner und der Haus der Geschichte-Geschäftsführer Matthias Pacher

Bei der ersten demokratischen und freien Landtagswahl für beide Geschlechter am 4. Mai 1919 wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei stimmenstärkste Kraft und der Sozialdemokrat Albert Sever zum ersten Landeshauptmann von Niederösterreich gewählt. Auf Grundlage der am 30. November 1920 beschlossenen Landesverfassung fand am 24. April 1921 die erste Landtagswahl des eigenständigen Niederösterreich statt, bei der die Christlichsoziale Partei die Mandatsmehrheit errang und Johann Mayer zum ersten Landeshauptmann des eigenständigen Niederösterreich gewählt wurde. Mitl. Jänner 1922 trat das Trennungsgesetz in Kraft getreten ist, womit der Grundstein für das Niederösterreich in seiner heutigen Ausformung gelegt wurde.

Wirtschaftliche und politische Krisen der jungen Ersten Republik bedingten u.a. die Errichtung der Diktatur des Ständestaates zwischen 1934 und 1938. Mit dem „Anschluß“ an das nationalsozialistische Deutsche Reich 1938, der auch von niederösterreichischen Nationalsozialisten herbeigeführt wurde, ging die Eigenständigkeit Österreichs verloren. Niederösterreich wurde in „Niederdonau“ umbenannt und Wien blieb Verwaltungssitz, obwohl Krems an der Donau formell zur „Gauhauptstadt“ erhoben worden war. Der Zweite Weltkrieg forderte zigtausende Tote. Ethnische und religiöse Minderheiten, insbesondere die jüdische Bevölkerung, wurden beraubt, vertrieben und in Konzentrationslagern ermordet. Der Zusammenbruch des Dritten Reiches 1945 bedeutete

einerseits die Befreiung vom Nationalsozialismus, andererseits schwere Heimsuchungen. Die jahrelange sowjetische Besatzung, Enteignungen und Reparationszahlungen verzögerten den Wiederaufbau. Erst der Österreichische Staatsvertrag von 1955 ermöglichte Niederösterreich einen Aufholprozeß, der in den 1970er-Jahren zu einem Gleichziehen mit jenen Bundesländern führte, die unter westalliiertem Besatzung gestanden waren.

Am 10. Juli 1986 faßte der Niederösterreichische Landtag nach Abhaltung einer Volksbefragung den Beschluß, die zentral gelegene Stadt St. Pölten zur neuen Landeshauptstadt zu bestimmen. Damit einher ging auch ein Aufbruch, der sowohl zentral als

auch regional neue wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen entstehen ließ. 1989 bedeutete der Fall des Eisernen Vorhanges einen geopolitischen Wendepunkt, der zusammen mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union bewirkte, daß Niederösterreich vom Rand in das Zentrum Europas rückte. Mit der Möglichkeit der Mitgestaltung des Kontinents als gleichberechtigter Partner engagierte sich Niederösterreich seither vor allem im Europäischen Ausschuß der Regionen sowie im Bereich der Arbeitsgemeinschaft der Donauländer. ■

- <https://www.noe.gv.at/>
- <https://www.100jahreoe.at/>
- <https://www.museumnoe.at/>

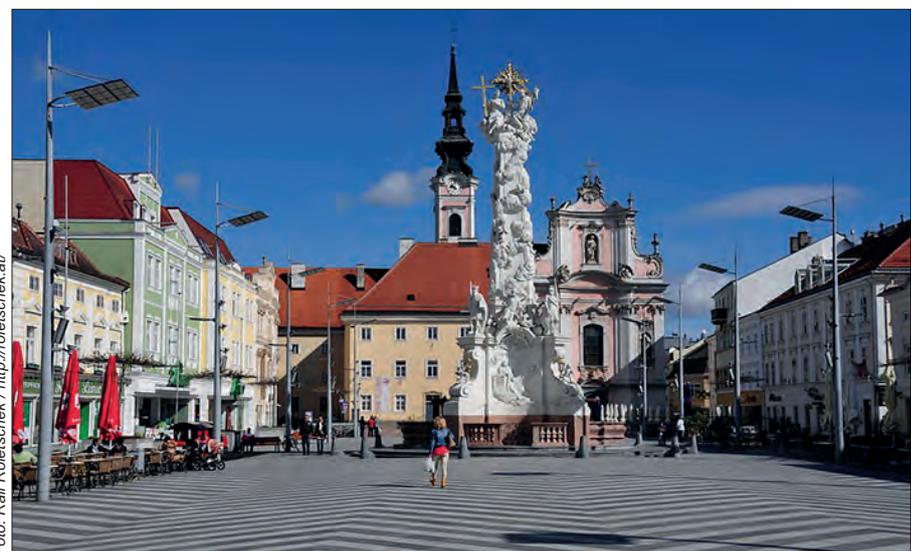


Foto: Ralf Roletschek / http://roletschek.at/

Der Hauptplatz von Niederösterreichs Landeshauptstadt St. Pölten

Burgenland bekennt sich zu jüdischem Erbe

Sanierung der Synagoge Kobersdorf im Finale

Mit dem Ankauf der Synagoge Kobersdorf durch das Land im Jahr 2019 wurde ein neues, hoffnungsvolles Kapitel in der wechselvollen Geschichte des symbolträchtigen Gebäudes aufgeschlagen. Nach einer umfassenden Sanierung soll das Haus als Kultur-, Wissenschafts- und Bildungszentrum mit einem Schwerpunkt auf jüdische Kultur und Geschichte dienen und künftig Raum für Vorträge, Konzerte und Symposien bieten. 2020 wurden die Sanierungsarbeiten des denkmalgeschützten Gebäudes gestartet, voraussichtlich am 26. April 2022 soll die Synagoge eröffnet werden. Kulturreferent Landeshauptmann Hans Peter Doskozil machte sich beim gemeinsamen Besuch mit IKG-Vizepräsidentin Claudia Prutscher und Peter Adam vom Bundesdenkmalamt am 2. März ein Bild vom Stand der Arbeiten. Mit der Sanierung der Synagoge Kobersdorf – wie auch der Synagoge in Stadtschlaining, die als Museum noch im März eröffnet werden sollte – gebe das Land Burgenland ein „umfassendes Bekenntnis zu seinem jüdischen Erbe“ ab, so der Landeshauptmann.

Gebäude soll zu Kultur der Erinnerung beitragen

„Es ist dem Land Burgenland ein großes Anliegen, das jüdische Erbe unseres Bundeslandes zu bewahren. Mit dem Erwerb und der Sanierung der Synagoge sichern wir einen wertvollen und von den Nazis zerstörten Teil der burgenländischen Identität und setzen ein sichtbares Zeichen der Wiedergutmachung und einer verantwortungsbewussten Erinnerungskultur“, betonte Doskozil. Die Nutzung dieses symbolträchtigen Gebäudes soll zu dieser Kultur der Erinnerung beitragen, das Haus wird daher künftig allen Jüdinnen und Juden aus Österreich, in besonderer Form auch den Überlebenden und den Nachfahren der Shoah, jederzeit offenstehen. Doskozil: „Diese Öffnung ist neben der baulichen Instandsetzung sehr wichtig. Die Synagoge von Kobersdorf ist ein sichtbares Zeichen dafür, daß wir uns unserer jüdischen Wurzeln, der jüdischen Tradition und unserer Verantwortung für die Opfer aus der NS-Zeit bewußt sind.“



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Peter Adam vom Bundesdenkmalamt, IKG-Vizepräsidentin Claudia Prutscher und Kulturreferent Landeshauptmann Hans Peter Doskozil ...



Foto: Johannes Reiss / Österreichisches Jüdisches Museum Eisenstadt

... und so sah das Innere der Synagoge noch vor den Restaurierungsarbeiten aus.

Mahnmal oder lebendiges Kultur- und Bildungszentrum?

Beim Kauf der Synagoge durch das Land Burgenland im Jahr 2019 war das Gebäude trotz etlicher Investitionen in desolatem Zustand, zunächst war der Umgang damit ungeklärt. Schließlich fiel die Entscheidung, das symbolträchtige Haus nicht nur als

Mahnmal zu belassen, sondern es auszubauen. Beschlossen wurde eine umfassende Sanierung, die alle Erfordernisse einer modernen Veranstaltungsstätte erfüllt, die sich aber gleichzeitig möglichst am Original von 1860 orientiert. Die Synagoge kann nun sehr ursprünglich erhalten bleiben, indem ein neu errichtetes Gebäude, durch das die Synagoge

Chronik

auch betreten wird, die nötige Infrastruktur wie Garderobe, barrierefreie WC-Anlagen, Lüftungs- und Heizungsanlage, Elektroanlage oder auch Sessellager beherbergt. „Die Synagoge ist eines der wenig erhaltenen Zeugnisse jüdischen Lebens im Burgenland. Die bauliche Symbiose zwischen Ursprünglichkeit und Weiterentwicklung zu einer Veranstaltungsstätte ist eine gelungene Lösung. Das Land Burgenland wird die Funktion des Mahnens und Erinnerens im Programm gewährleisten“, verspricht der Landeshauptmann.

Restauratorische Herausforderung

In enger Abstimmung mit dem Bundesdenkmalamt wurden die Türen restauriert und nicht mehr vorhandenen Fenster und Luster nach alten Vorlagen neu angefertigt. Im Zuge der Malerarbeiten – seit 1938 war die Synagoge komplett weiß gekalkt – wurden Wandbeschriftungen freigelegt und die Wandmalerei um den alten Thorabereich wiederhergestellt. Vollständig saniert und in der Originalfarbe zeigt sich heute auch die Verkleidung der Frauenempore.

Ein »burgenländisches« Projekt

Bei der Sanierung wurde großer Wert auf die Einbindung burgenländischer Unternehmen gelegt: Die Machbarkeitsstudie wurde von Harald Mayer aus Hornstein erstellt, planender Architekt ist Anton Mayerhofer aus Neckenmarkt, Baustellenkoordination und Statik liegen bei Woschitz Engineering. Bis auf drei Firmen, für deren Leistungen es keine regionalen Anbieter gab, waren bei den Bauarbeiten ausschließlich heimische Betriebe tätig. Das barrierefrei gestaltete Objekt fügt sich harmonisch ins Ortsbild ein, für die BesucherInnen der Synagoge, der Schloßspiele und des Sportplatzes wurden neue Parkplätze geschaffen. „Mit der Synagoge als Zentrum wurde ein architektonisch anspruchsvolles und würdevolles Ensemble geschaffen, das der Bevölkerung von Koberndorf auch als Naherholungsgebiet dienen kann“, erklärt Doskozil.

Wechselvolle Geschichte

Nach dem Brand der alten Synagoge wurde 1860 die neue Synagoge von Koberndorf errichtet. Mit rund 600 Jüdinnen und Juden verzeichnete die Gemeinde in dieser Zeit den Höhepunkt der jüdischen Bevölkerung. Ein schlimmes Hochwasser verursachte 1895 bleibende Schäden am Gebäude. Die Synagoge stand damals 1,5 Meter unter Wasser und wurde in der Folge nur notdürftig saniert. Im März 1938 kam es zur Schän-



Foto: Landesmedienservice Burgenland

Ein Blick in den vom Land Burgenland denkmalgerecht renovierten Innenraum der Synagoge

kung durch die Nazis und gleichsam zur Übernahme in den Besitz der Ortsgruppenleitung, die es in ein SA-Heim für die umliegenden Gemeinden umfunktionierte. Pläne zur Umgestaltung in eine Busgarage und zum Verkauf an die Wiener Neustädter Stadtwerke und an Mercedes Benz kamen zum Glück nicht zur Umsetzung. Nachdem die Synagoge 1948 an die IKG Wien restituiert worden war, erfolgte 1994 der Verkauf an den Verein zur Erhaltung und kulturellen Nutzung der Synagoge Koberndorf. 2010 wurde das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt. 2019 kaufte schließlich das Land das Objekt. Da die in Funktion befindliche Synagoge 1938 geschändet, innen zerstört und zweckentfremdet wurde, spricht man heute von einer „ehemaligen“ Synagoge bzw. von einem Synagogengebäude.

Betriebskonzept

Die Synagoge ist für höchstens 140 Personen behördlich genehmigt. Sie soll für Bildungs-, Kultur- und wissenschaftliche Projekte mit direktem Bezug zur jüdischen Kultur und Geschichte genutzt werden. „Das Haus ist kein Kulturzentrum im herkömmlichen Sinn. Das Land Burgenland hat sich mit dem Kauf vertraglich dazu verpflichtet, hier nur der Würde und der Tradition des Hauses entsprechende Veranstaltungen stattfinden zu lassen“, erläutert der Landeshauptmann. Die Voraussetzung für jedes Veranstaltungsformat ist ein starker thematischer Bezug zur jüdischen Kultur und Geschichte.

Programmbeirat berät

Ein dazu eingerichteter Beirat berät das Land bei der Programmierung. Ihm gehören

VertreterInnen von burgenländischen Gedenkinitiativen, Bildungs-, Forschungseinrichtungen, der IKG Wien und VertreterInnen der jüdischen Glaubensgruppe an. Das Jahresprogramm besteht aus Führungen für Schulen und für Erwachsene, aus wissenschaftlichen Vorträgen und Workshops, einem jährlichen internationalem Symposium, aus Lesungen und jüdischen Musikdarbietungen.

Breite Kooperation

Das Land Burgenland ist für die Organisation und Programmierung verantwortlich und kooperiert dazu mit der IKG Wien, dem Österreichischen Jüdischen Museum, den Burgenländischen Volkshochschulen, der Burgenländischen Forschungsgesellschaft, dem Joseph Haydn Konservatorium, dem Verein Refugius, dem Dokumentationszentrum des Österreichischen Widerstandes, dem Verein Misrachi Wien, der Bildungsdirektion Burgenland, den Kultur-Betrieben Burgenland, dem Verein Erinnern.at, der Pädagogischen Hochschule, dem Heimathaus Koberndorf und der Gemeinde Koberndorf.

Projektkosten

Mit geschätzten 3,5 Mio. Euro Gesamtkosten konnte der ursprüngliche Kostenplan für die Generalsanierung und die Errichtung des Nebengebäudes als jüdisches Veranstaltungszentrum und der Außenanlagen um eine halbe Mio. Euro unterschritten werden. Für denkmalpflegerische und restauratorische Maßnahmen werden vom BDA voraussichtlich 250.000 Euro zur Verfügung gestellt. ■

<https://www.burgenland.at/>

<https://www.ikg-wien.at/>

Chronik

LR Steinkellner: Oö. Privatbahnen erhalten Investitionspaket

Während Bundesbahnen, wie beispielsweise die ÖBB, im Staatseigentum stehen und im Bundesbahngesetz verankert sind, grenzen sich Privatbahnen hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse oder rechtlicher Rahmenbedingungen ab. Seit den 70er-Jahren wird über gesonderte Investitionsprogramme in die Infrastruktur der Privatbahnen investiert. Die Grundlage hierfür bildet das sogenannte MIP (Mittelfristiges Investitionsprogramm für Privatbahnen). Bund und Land tragen dieses Investitionspaket, welches den Erhalt, die Modernisierung und den Ausbau der Privatbahnen sichert, zu gleichen Teilen. In Oberösterreich werden vom Privatbahnbetreiber Stern & Hafferl Verkehr vier Lokalbahnstrecken bedient. Im Konkreten handelt es sich um die Linzer Lokalbahn (LILO), die LB Gmunden – Vorchdorf, die LB Lambach – Vorchdorf-Eggenberg sowie die LB Vöcklamarkt – Attersee. Gesamtheitlich ergibt sich ein Streckennetz von über 105 Bahnkilometern, welches durch die Investitionen erhalten und modernisiert werden soll.

„Gerade die Lokalbahnen leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Erschließung der



Foto: Land Oö / Daniel Kauder

Am Bahnhof Attersee (v.l.) Landesrat für Infrastruktur Günther Steinkellner, OÖVV Geschäftsführer Herbert Kubasta und Stern & Hafferl Geschäftsführer Günter Neumann

Regionen und einer modernen, nachhaltigen Mobilität. Mit der Erhöhung der Zuschüsse im neunten MIP sollen nun Maßnahmen in die Infrastruktur, zur Verkürzung der Fahrzeiten und der Attraktivierung der Verkehrsstationen in Angriff genommen werden“, so

Landesrat für Infrastruktur Günther Steinkellner. Für 2022 konnte ein Landesanteil von insgesamt 6.080.000,00 Euro für das Investitionspaket beschlossen werden. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://www.stern-verkehr.at/>

100.000 historische Namen von oö. Höfen und ihre Geschichte

Das Oö. Landesarchiv verfolgt das Ziel, landesgeschichtliche Quellen und Forschungsergebnisse auch konsequent online zugänglich zu machen: Mit der aktuellen Erfassung von rund 25.000 Höfen des Mühlviertels im Digitalen Oberösterreichischen Geschichtsatlas (DOGA) stehen die Daten nun flächendeckend für ganz Oberösterreich zur Verfügung. Nunmehr können spannende historische Informationen zu rund 100.000 Häusern und Höfen (vom großen Gutshof bis zum kleinen Häusel), die vor über 200 Jahren in Oberösterreich existierten und größtenteils heute noch bestehen, unter online per Mausklick eingesehen werden.

„Wir wollen unsere Heimat und das Brauchtum in Oberösterreich bestmöglich bewahren. Historisches Wissen ist ein wichtiger Bestandteil dafür. Dieses Wissen soll kundenfreundlich für die Bürgerinnen und Bürger jederzeit online abrufbar sein“, betont Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Unter dem Themenbereich „Hofnamen und Häusergeschichte“ finden sich im Digitalen Oberösterreichischen Raum-Informationssystem DORIS geografisch verortet die Hofnamen, ehemalige Besitzer, Angaben zur

© Land Oberösterreich

Grundherrschaft und weitere interessante Informationen. Möglich macht dies eine langjährige enge Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Geoinformation des Landes und dem Oberösterreichischen Landesarchiv.

Seit ca. 2015 wurden in Etappen die besitzgeschichtlichen Daten in einem Kartenwerk aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts, eingezeichneten Häuser und Höfe erfasst. ■

<https://www.doris.at/themen/geschichte/hofnamen.aspx>

Stadt Luft Bild

Wien Museum Karlsplatz Open Air: Wiener Großbaustellen der Nachkriegsmoderne

Karlsplatz Open Air, der Bauzaun, der den Umbau des Wien Museums als Freiluftgalerie begleitet, zeigt mit der Fotografie-Ausstellung „Stadt Luft Bild“ anhand von Schrägluftbildern bedeutende Schauplätze der Wiener Stadtentwicklung von den 1950er- bis in die 1970er-Jahre.

In dieser Zeit wurden im Geist der funktionalistischen Nachkriegsmoderne zahlreiche große öffentliche Bauvorhaben umgesetzt. Sie prägen das Bild der Stadt teilweise bis heute.

Die hier in elf Stationen präsentierte Auswahl lenkt den Blick auf bekannte und weniger bekannte Orte dieses Stadtumbaus: von ikonischer Architektur über Verkehrsinfrastruktur bis hin zum Landschaftsbau. Dabei erweist sich die Baustelle – vor Ort und im Bild – auch als Ereignis und Attraktion im öffentlichen Raum.

Der Fokus auf eine spezielle fotografische Gattung ist nicht zufällig: Schrägluftaufnahmen waren für die Stadtplanung und die Stadtrepräsentation dieser Zeit wichtige Medien. So entstanden diese Luftbilder im Auftrag der Pressestelle der Gemeinde Wien. Sie erlauben einen Blick über den Bauzaun und machen den Wandel des Stadtgefüges besonders anschaulich. In Form von Blow-ups können sie stadthistorisch oder bautechnisch Interessierten auch als Wimmel- und Suchbilder dienen.

Generationentreffen: Alter und neuer Südbahnhof, 1955

Einige Monate lang standen sie in einer Art Familienaufstellung nebeneinander: der vom Krieg ramponierte, elegante alte Südbahnhof und die Halle des neuen „Fernreise-Gruppenbahnhofs“ (1956–2009). Der Neubau nach Plänen von Heinrich Hrdlička wurde auf dem ehemaligen Ghegaplatz zwischen Süd- und Ostbahn errichtet. Er verband die beiden Gleisstränge auf drei Ebenen miteinander – eine den Betrieb vereinfachende, neuartige Lösung, der insbesondere in der Kassenhalle eine gewisse Großzügigkeit nicht abzusprechen war. Gleichzeitig wurde damit die Idee eines zentralen Durchgangsbahnhofs mit späterem U-Bahn-Anschluß auf Jahrzehnte begraben. Heute erinnert hier kaum mehr etwas an dieses „Generationentreffen“ der Eisenbahnarchitektur.



Foto: Stadt Wien

Alter und neuer Südbahnhof, Schrägluftaufnahme, 1955

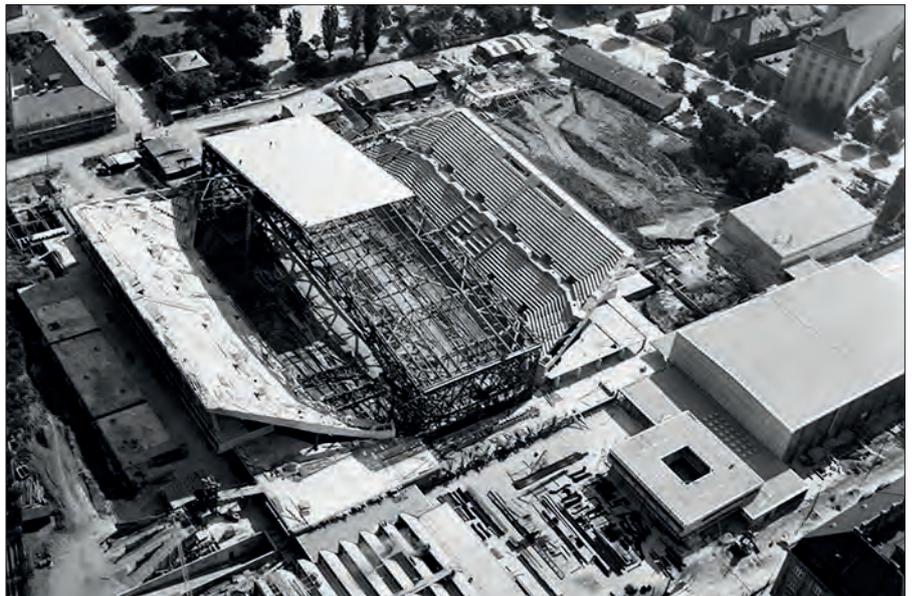


Foto: Stadt Wien

Wiener Stadthalle, Schrägluftaufnahme, 1956

Der Gleisstrang des 2014 eröffneten Hauptbahnhofs rückte nach Süden, der Haupteingang 400 Meter nach Westen Richtung Südtiroler Platz.

Eine Halle für die Stadt: Wiener Stadthalle, 1956

Gleichsam wie ein UFO der Nachkriegsmoderne „landete“ die Wiener Stadthalle Mitte der 1950er Jahre im dicht bebauten 15. Bezirk – in jenem Areal, in dem nach Auflösung des Schmelzer Friedhofs zuletzt auch

das neue Städtische Museum geplant war. Im Rohbau zeigt sich die kühne Dachkonstruktion der Haupthalle, die rund 100 x 100 Meter stützenlos überspannt. Seitdem die Rotunde im Prater 1937 abgebrannt war, fehlte in Wien eine große, vielseitig nutzbare Veranstaltungshalle, zudem wurden Trainingsmöglichkeiten für verschiedenste Sportarten benötigt. Die Stadthalle und ihre Nebengebäude wurden nicht nur ein ikonisches Ensemble des Wiederaufbaus, sondern sollten nach ihrem Schöpfer Roland Rainer ein

Chronik

„städtebaulicher Kristallisationspunkt von vielfältiger Allgemeinbedeutung“ sein.

Der seither mehrfach erweiterte Gebäudekomplex ist bis heute das größte Veranstaltungszentrum Österreichs.

Vom Stern zum Ei: Praterstern, 1957

Der ab 1780 angelegte Sternplatz mit sieben einmündenden Straßen wurde in der Nachkriegszeit zu klein und zu kompliziert. Das „Problem Praterstern“ war vor allem eines des modernen Massenverkehrs und der Automobilisierung – insbesondere bei Messebetrieb, Fußballspielen im Stadion oder Badewetter an der Alten Donau. Gelöst wurde es durch eine radikale und zugleich kostengünstige Neuorganisation mit einem eiförmigen

„Verteilerkreis“ von etwa 300 Metern im Durchmesser. Die Einmündung der Heinestraße wurde dabei gekappt, der neue Schnellbahnhof sowie ein Busbahnhof kamen in die Mitte. FußgängerInnen mußten die Betonfahrbahnen in sechs Tunnels unterqueren. Mit dem Nordbahnviadukt verschwanden auch die alte Eingangssituation in den Wurstelprater und die Stadtbahnstation. Während die präzise Raumfigur des alten Pratersterns durch den Umbau unkenntlich wurde, entstand in Wien einer der größten Kreisverkehre der Welt.

Dreieck, Knoten, Schleife, Reindl: Schottentor, 1960

Der dreieckige Platz um die Votivkirche und der anschließende Knick der Ringstraße sind neuralgische Orte im Wiener Verkehrsgeschehen. 1959 bis 1961 wurden sie Schauplatz einer komplexen Großbaustelle: Die gründerzeitliche, symmetrische Platz- und Parkgestaltung wich einem multifunktionalen Großprojekt im Dienst des modernen Stadtverkehrs. Die Schottenkreuzung wurde dabei nach Plänen von Kurt Schlauss zu einem Knotenpunkt mit zweigeschossiger Straßenbahnschleife umgebaut. Die Schottenpassage sollte, ähnlich der Opernpassage, oberirdische Querungen des Rings reduzieren und Umsteigewege verkürzen. Benannt nach dem amtierenden Bürgermeister und hinsichtlich der eigenwilligen Form erhielt das Verkehrsbauwerk bald den Spitznamen „Jonasreindl“.

Mit direktem Anschluß an die Passage und unter dem heutigen Sigmund-Freud-Park entstand zugleich die erste öffentliche Tiefgarage Wiens. Sie sollte die Autos von der Innenstadt fernhalten und diese damit entlasten.



Foto: Stadt Wien

Praterstern, Schrägluftaufnahme, 1968



Foto: Stadt Wien

Schottentor, Schrägluftaufnahme, 1960



Foto: Stadt Wien

Mülldeponie: Bruckhausen & Bretteldorf, 1961

Chronik

Schicht auf Schicht: Mülldeponie Bruckhausen & Bretteldorf, 1961

Langsam, aber stetig, begrub die städtische Mülldeponie Bruckhausen ab den 1920er-Jahren das sogenannte Bretteldorf, Wiens bekannteste Elendssiedlung, unter sich. Jedes Jahr schob sich die meterhohe Wand aus Müll und Schutt etwas weiter nach Süden, die BewohnerInnen wurden schrittweise zur Absiedelung gezwungen. Im Zuge der Wiener Internationalen Gartenschau 1964 (WIG 64) wurde bald darauf eine weitere Schicht über dieses vertikale Ensemble aus alter Aulandschaft, Siedlungsresten und Abfall gelegt.

Der Bau des Donauparks samt Donauturm sollte Erneuerung und Aufbruch signalisieren und zur städtebaulichen Aufwertung der Gebiete jenseits der Donau beitragen. Das erleichterte die Verdrängung dieses lange mit Armut und Schmutz assoziierten Ortes aus dem kollektiven Gedächtnis. An der Stelle des Bretteldorfs befinden sich heute die UNO-City und der Donaupark.

Zeile um Zeile: Wohnhausanlage Altmannsdorfer Straße, 1967

Einheitlichkeit, Auflockerung und funktionale Entmischung, Gesetzmäßigkeit in Höhe und Orientierung – das waren städtebauliche Leitbilder von modernen Stadterweiterungsprojekten der 1960er-Jahre. Sie standen im Kontrast zur dichten und gemischten alten Stadt. Dabei bildete die „Zeile“ oft den städtebaulichen Grundtypus. Die Wohnhausanlage an der Altmannsdorfer Straße 164–182 (etwa 1.500 Wohnungen) wirkt wie ein Musterbuch dieser Vorstellungen. Zeilenbauten unterschiedlicher Höhen und Typen, Ladenzeile, Park- und Kinderspielplätze, Schule, Kindergarten und Atriumhäuser: Hier entstand 1961 bis 1965 eine funktionalistische „Tochterstadt“ am südlichen Stadtrand. Erstmals in Wien wurden kommunaler und genossenschaftlicher sozialer Wohnbau gemeinsam in einem Projekt realisiert. Die Anbindung an ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrsmittel erfolgte allerdings erst 1995 mit der Verlängerung der U6.

Weiterbauen an der „Gegend“: Karlsplatz, 1971

Im Zuge des U-Bahn-Baus ab 1969 klaffte am Karlsplatz einige Jahre die größte Baugrube Europas. Nach Jahrzehnten unrealisierter Entwürfe und Provisorien bot sich damit auch eine Chance, die Verkehrsströme an der Oberfläche neu zu ordnen. Dem ersten – von manchen despektierlich „Gegend“



Foto: Stadt Wien

Wohnhausanlage Altmannsdorfer Straße, 1967



Foto: Stadt Wien

Karlsplatz, Schrägluftaufnahme, 1956



Foto: Stadt Wien

Autobahnknoten Prater, 1972

Chronik

genannten – Karlsplatz um 1900 folgte nun ein zweiter, gestaltet nach den Prinzipien der entflochtenen und beschleunigten Stadt der Nachkriegsmoderne.

Man teilte den Platz in zwei strikt getrennte Bereiche: Verkehrszone und Grünraum, „Stadtautobahn“ und „Stadtparadies“ bestehen hier seitdem nebeneinander. Mit dem neu gestalteten Resselpark wurde bis 1978 eine fünf Hektar große Fußgängerzone geschaffen, einige Fahrbahnen wurden beseitigt. Am architektonisch und städtebaulich unvollendeten Charakter des Platzes änderte all das freilich wenig.

Kleeblattblüte: Autobahnknoten Prater, 1972

Aus der Luft wirken die gigantischen Verkehrsbauwerke der Automobilisierung bisweilen wie in die Landschaft gepinselt. Mit ihrer eigenwillig scheinenden Geometrie überspannen sie Verkehrs- und Versorgungslinien, überlagern oder zerschneiden oft Stadtstrukturen und prägen ihnen die räumliche Logik des beschleunigten, kreuzungsfreien Individualverkehrs ein. Der Autobahnbau in und um Wien ist ein Langzeitprojekt, das von seinen Anfängen im Nationalsozialismus bis in die Gegenwart reicht. Nach fast zehnjähriger Bauzeit wurden 1970 die ersten innerstädtischen Abschnitte der Südosttangente zwischen Inzersdorf und Favoriten sowie zwischen dem Prater und Kaisermühlen dem Verkehr übergeben.

Das „Kleeblatt“ des Knotens Prater blieb einige Jahre lang unvollendet, die weiterführende Hochstraße St. Marx sollte erst 1977 realisiert werden. Die A23 ist heute eine der meistbefahrenen Straßen Europas.

Der Donauzwilling in der Sandkiste: Entlastungserinne, 1973

Die Verbesserung des Hochwasserschutzes an der Donau bedingte eine der längsten Baustellen in der Geschichte Wiens – sowohl hinsichtlich der Bauzeit (1972–1988) als auch der Ausdehnung (21 Kilometer Länge). Parallel zum Hauptstrom wurde im Überschwemmungsgebiet ein 200 Meter breites „Entlastungserinne“ angelegt, der Aushub wurde gleich daneben als Donauinsel angeschüttet. Das geschah zunächst in getrennten Abschnitten. Man arbeitete sich von den beiden Enden aus vor, erst in den 1980er Jahren erreichte das neue Gewässer die zentraleren Stadtgebiete. Anfänglich als „Donauzwilling im Doppelbett“ oder „zweite Donau“ beworben, hieß es ab 1984 offiziell „Neue Donau“.



Foto: Stadt Wien

Einlaufbauwerk Neue Donau, Schrägluftaufnahme, 1974

Was als Wasserschutzbau begonnen hatte und teilweise hätte verbaut werden sollen, wurde zu einem beliebten Erholungs- und Freizeitareal. Es ist heute aus der Topografie Wiens nicht mehr wegzudenken und trägt wesentlich zur Lebensqualität in der Stadt bei.

Neue Muster? Zweite Wiener Internationale Gartenschau, 1974

Für die Wiener Internationale Gartenschau 1974 (WIG 74) wurde am Südhang des Laaer Berges nach einem Konzept von Landschaftsarchitekt Erich Hanke eine weitläufige, vom Lehmbau geformte Brachfläche umgestaltet. Über die vielgestaltige Topografie wurde ein Netz aus geschwungenen Wegen gelegt, Themengärten und Gewässer sollten BesucherInnen anlocken. An futuristischen Formen, Mustern und Attraktionen hat

man nicht gespart. So gab es etwa einen „Utopischen Garten“ und die Themenspielfläche „Universum“, „Mond“ und „Erde“. Eine Einschienenbahn in Hochlage zog ihre Kreise. Trotz ihrer betonten Neuheit war diese formale Rhetorik bald überholt. In der Landschaftsgestaltung ging man zu naturnäheren Konzepten über, wie sie zum Beispiel am Wienerberg umgesetzt wurden.

Nach der sechsmonatigen Schau wurde das WIG-Gelände zum öffentlichen „Kuntpark Oberlaa“. Er ist bis heute ein wichtiges Naherholungsgebiet.

Die ungeplante Großbaustelle: Reichsbrücke und UNO-City, 1976

Am 1. August 1976 stürzte in den frühen Morgenstunden die Reichsbrücke ein. Aufgrund von Materialermüdung hatte ein Auflager nachgegeben. Es folgte eine rasch im-



Foto: Stadt Wien

Zweite Wiener Internationale Gartenschau, 1974

Chronik

provisierte Großbaustelle: Brückentrümmer mußten geborgen und eine Rinne für die Schifffahrt freigemacht werden, Behelfsbrücken wurden errichtet. Das alles geschah vor dem Hintergrund der Baustelle der UNO-City. Das Prestigeprojekt war auch ein Symbol für den städtebaulichen Sprung über die Donau und die Internationalisierung Wiens. Bei der Wiederherstellung der Stromquerung war daher Eile geboten: Bereits Ende 1980 wurde die neue Reichsbrücke dem Verkehr übergeben. Das Unglück erweist sich retrospektiv auch als „Glücksfall“: Die neue, leistungsfähige Doppelstockbrücke machte den für die U1 vorgesehenen Brückenneubau überflüssig. Auch auf die im Bau befindliche Donauinsel konnte durch die Neuplanungen präzise reagiert werden.



Foto: Stadt Wien

Reichsbrücke und UNO-City, Schrägluftaufnahme, 1976

Das Wien Museum am Karlsplatz

Das Wien Museum bewahrt über eine Million Objekte und erforscht die Sammlung der Stadt Wien und zeigt deren Geschichte, aufgeladen mit Kunst, Mode, Fotos, Architektur, Musik, Zeitgeschichte, Populärkultur, Archäologie und Alltagskultur.

20 Standorte in ganz Wien

Das Wien Museum verfügt über 20 Standorte: MUSA, Startgalerie, Artothek, Hermesvilla, Römermuseum, Pratermuseum, Uhrenmuseum, Virgilkapelle, Neidhart Festsaal, Haydnhaus, Johann Strauss Wohnung, Beethoven Museum, Pasqualatihaus, Schubert Ge-

burtshaus, Schubert Sterbewohnung, Mozartwohnung, Otto Wagner Pavillon, Otto Wagner Hofpavillon Hietzing, Ausgrabungen am Michaelerplatz.

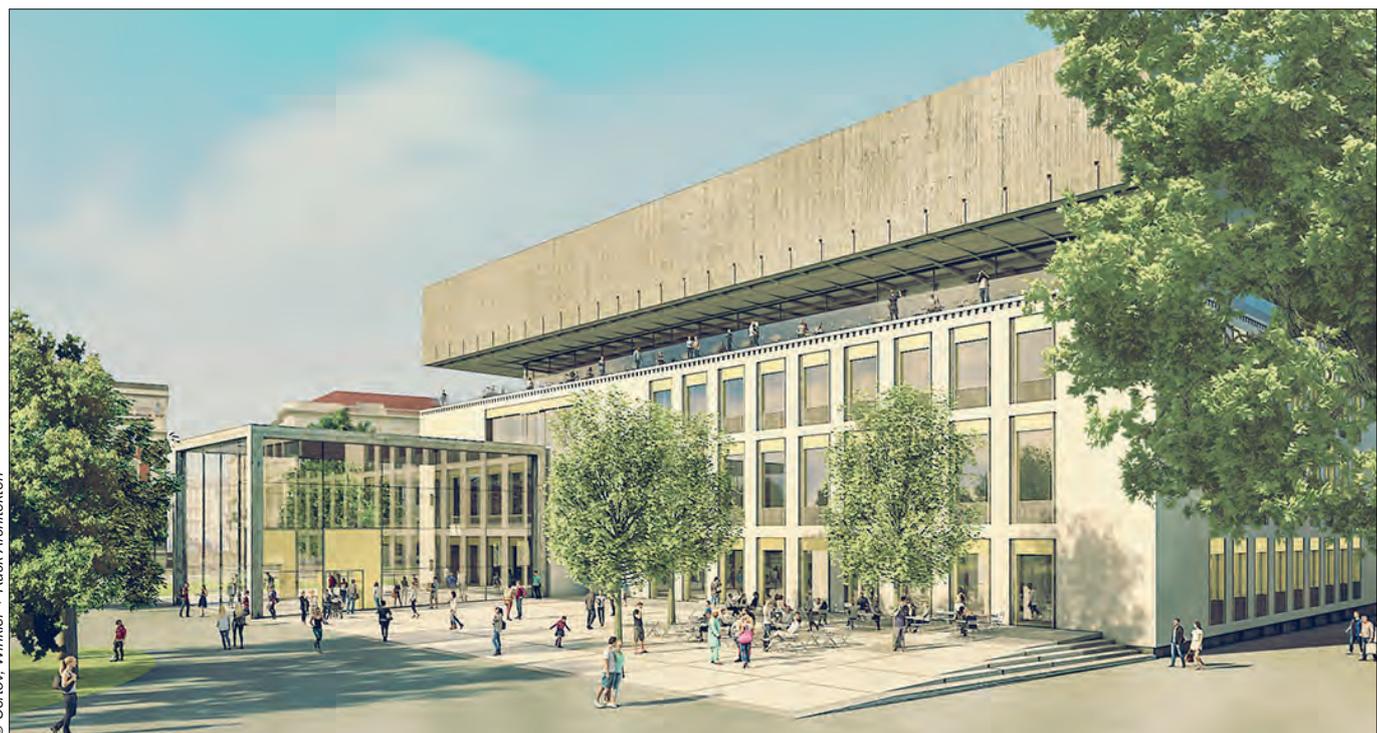
533.000 BesucherInnen konnten 2018 gezählt werden, wobei 75 Prozent aus Österreich kamen und 25 Prozent aus dem Ausland angereist waren.

Im Februar 2019 wurde das Wien Museum am Karlsplatz für eine umfassende Sanierung und Erweiterung geschlossen. Das 1959 eröffnete, von Oswald Haerdtl geplante Gebäude wird zu einem zukunftsweisenden Stadtmuseum ausgebaut, mit mehr Platz für

Ausstellungen, adäquate Flächen für Vermittlung und Schulklassen, funktionale Räumen für Veranstaltungen und ansprechende Kulinarik geschaffen wird. In einem Beschluß des Wiener Gemeinderats vom April 2016 stehen 108 Mio. Euro aus dem Budgetmitteln der Stadt Wien für die Arbeiten bereit. Die Wiedereröffnung nach dem Umbau ist für Ende 2023 vorgesehen.

Sonderausstellungen finden während der Bauphase im Wien Museum MUSA (Felderstraße 6-8, 1010 Wien), gleich neben dem Rathaus statt.

<https://www.wienmuseum.at/>



© Certov, Winkler + Ruck Architekten

Dieses Rendering von Certov, Winkler + Ruck Architekten zeigt die geplante Außenansicht des „Wien Museum Neu“ am Karlsplatz

2021 war ein österreichischer Traumjahrgang

Ausgereifte, kristallklare Weine aus perfektem Traubengut: Das sind die Charakteristika des Jahrgangs 2021, über den man wohl noch lange sprechen wird.



Foto: ÖWM / WSNA

Niederösterreich: Ried Liebenberg, Ried Kaiserberg, Ried Frauengärten, Dürnstein, Wachau

Ein herrlicher Herbst sorgte für balancierte, elegante Weißweine mit tiefer Frucht und rassischer Struktur sowie für kraftvolle, spannungsgeladene Rotweine – und das in allen österreichischen Weinbaugebieten.

Später Austrieb schützte vor Spätfrösten

Nach einem eher niederschlagsarmen Winter ließ der Frühling lange auf sich warten. Der April war kühl und viel zu trocken, der düstere, verregnete Mai war von einem Wonnemonat weit entfernt. Er brachte jedoch die lange ersehnten Niederschläge – wenn auch in regional recht unterschiedlicher Menge. Der Austrieb der Reben und ihre Blüte verzögerten sich dadurch naturgemäß, was aber auch Vorteile hatte: Im Unterschied zu den Weinbauländern südlich und westlich des Alpenhauptkammes blieb Ös-

terreich von Spätfrösten verschont. Der Juni brachte schließlich Sonne und Wärme. Da die Reblüte erst gegen Ende des Monats stattfand, fiel sie bereits in eine heiße Periode, was zum Teil zu Verrieselungen führte. Mit der Wärme kamen auch Unwetter: Bereits am 24. Juni entlud sich im nördlichen Weinviertel eine riesige Gewitterzelle mit heftigem Hagelschlag, der dort rund 1.000 Hektar Weingartenfläche stark schädigte und zum Teil völlig vernichtete. Ende Juli traf ein Hagelsturm die Wachauer Weinbauorte Rührsdorf und Rossatz, teils auch die Dürnsteiner und Loibner Weinberge sowie Rebflächen bei Göttweig und im Traisental. Ebenfalls stark vom Hagel geschädigt wurden die Rotweinzentren des Mittelburgenlandes; geringer betroffen waren einige Rieden am Wiener Nussberg, im steirischen Vulkanland und in der Südsteiermark.

Goldener Herbst sorgt für höchste Erwartungen

Abgesehen von den punktuellen Hageleignissen war der Juli ein schöner Sommermonat wie anno dazumal, der aber von einem trüben, regnerischen und kühlen August abgelöst wurde. Pünktlich am 1. September kam jedoch der große Umschwung: Eine strahlend sonnige Wetterphase setzte ein, die volle sechs Wochen anhielt und nur von zwei Regentagen begleitet war. Die Nächte wurden bereits Mitte September recht kühl, sodaß ein deutliches Gefälle zwischen Tages- und Nachttemperaturen auftrat. Das sorgte für eine ausgezeichnete Aromenbildung in den Weißweinen und Vitalität in den Rotweinen.

Ende Oktober gab eine föhnige Periode den Riesling-Lagen nördlich der Donau den letzten Reifeschub.

Gastronomie & Kulinarisches

Oidium, Peronospora und unerwünschte Botrytis-Nester hatten unter diesen Bedingungen keine Chance, und in einigen Gebieten beteuerten altgediente Weinbauern und Weinbäuerinnen, noch nie zur Lesezeit so schönes, vollkommen gesundes Traubengut gesehen zu haben. Aus den wichtigsten Weinbauorten des Burgenlandes und der Steiermark hörte man auch, daß die Hauptlese noch nie so rasch und in einem Zug abgeschlossen werden konnte. Tatsächlich konnte der Erntezeitpunkt ohne Streß und punktgenau festgelegt werden.

Mit einer Erntemenge von rund 2,4 Millionen Hektoliter liegt der Jahrgang 2021 im langjährigen Durchschnitt. Das bietet Grund zur Freude, denn europaweit verlief 2021 im Vergleich weniger positiv: Manche deutsche Weinbaugebiete erlitten drastische Ernteeinbußen; ebenso mußten die großen Weinbäuerländer Italien, Frankreich und Spanien teils empfindliche Verluste hinnehmen, großteils aufgrund von Spätfrösten.

Niederösterreich & Wien: Brillanz in Weiß & Rot

Von der Wachau bis nach Carnuntum und vom Weinviertel bis in die Thermenregion herrscht große Freude über wunderbar harmonische Weißweine, deren Inhaltsstoffe durch die lange Vegetationsdauer konzen-

triert wurden. So entstanden bei hoher Zuckerreife durchwegs extraktreiche, klirrend frische Weine von ungewöhnlicher Aromenvielfalt und rassischer Säurestruktur. Besonders zugute kommt das der niederösterreichischen Paradesorte Grüner Veltliner. 2021 besitzt sie neben dem obligaten Pfefferl auch eine tiefe Steinobstfrucht und cremigen Schmelz.

Aber auch die Rieslinge zeigen sich sehr vielversprechend und dürften in eine hellfruchtige Richtung – mehr Pfirsich als Marille – gehen. Ebenso überzeugen die vollreifen, kraftvollen Sauvignon Blancs und Chardonnays sowie die sehr aromatischen Muskateller. Auch von den Wagramer Roten Veltlinern und den Raritäten der Thermenregion wie Rotgipfler und Zierfandler darf man einiges erwarten.

Die Säure liegt analytisch deutlich höher liegt als in vergangenen guten Weinjahren; es handelt sich aber fast ausschließlich um Weinsäure und kaum um Äpfelsäure. Dadurch wirkt sie nicht spitz oder gar unreif und wird sich sehr gut in das Gesamtbild der Weine einfügen.

In der Thermenregion und in Carnuntum sind aus allen Rebsorten und in allen Reifestufen hervorragende Rotweine entstanden. Die späte Lese und lange Vegetationsdauer könnte speziell den beiden empfindlichen Sor-

ten Pinot Noir und St. Laurent entgegenkommen sein, weil zu frühe Zuckerreife bzw. Fäulnisgefahr diesmal keine Themen waren. Sie sollten ebenso wie die weißen Rieden- und Reserveweine über eine tolle Struktur und großes Reifepotenzial verfügen.

Im süßen Sektor gelangen nach Längem wieder Eisweine: Im Weinviertel wurden sie schon kurz vor und kurz nach Weihnachten eingebracht; im Kamptal, Kremstal und am Wagram war es dann zwischen 12. und 16. Jänner 2022 so weit.

Ähnlich erfreuliche Resultate erbrachte die Weinlese in Wien: Am Nußberg, am Bisamberg und am Maurerberg rechnet man mit ganz starken Wiener Gemischten Sätzen; zudem zeigt der Grüne Veltliner eine besonders ausgeprägte Brillanz. Die Rieslinge aus den bevorzugten Döblinger und Maurer Rieden beweisen auch 2021, daß sie zur österreichischen Elite gehören. Auffallend ist darüber hinaus, daß bereits Weine im Einstiegssegment eine sehr hohe Qualität aufweisen.

Burgenländisches Optimum

Nach einem Traumherbst und der spätesten Lese seit vielen Jahren sind auch Burgenlands WinzerInnen von der exzellenten Qualität der Jungweine begeistert. Die Weißweine verbinden Frische und Vitalität mit tie-



Foto: ÖWM / WSNA

Wien: Ried Sätzen, Maurerberg, Liesing; rechts im Bild der denkmalgeschützte Wasserbehälter Liesing

Gastronomie & Kulinarisches



Foto: ÖWM / WSNA

Burgenland: Kellerstöckl in Eberau, Eisenberg

fer, glasklarer Frucht; hohe Reife und rassige Säure geben ihnen den letzten Schliff. Nicht nur die Weißburgunder und Chardonnays vom Leithaberg werden daher für großen Genuß sorgen. Auch die Rotweine konnten von diesen optimalen Voraussetzungen profitieren, allen voran die beiden Leitsorten Zweigelt und Blaufränkisch. Die lange Vegetationsdauer und späte Lese sowie die analyti-

schon Daten sprechen für einen Rotweintyp wie 2019, bei dem trotz hoher Reife eine elegante Struktur und messerscharf definierte Frucht im Vordergrund stehen. Manche sehen sogar den vielversprechendsten Rotwein aller Zeiten in ihren Fässern heranreifen, der in Konkurrenz zu den mächtigen und extraktsüßen Ausnahmejahren 2011 und 2017 treten würde. Von den französischen

Rebsorten könnte der Cabernet in seinen Varianten Sauvignon und Franc diesmal für besonderes Aufsehen sorgen.

Nach dem langen, trockenen Herbst bildete sich im November auch eine wunderschöne Botrytis heraus, die den WinzerInnen im Seewinkel und am Westufer um Rust hochgradige Dessertweine bescherte. Auch diese Weine begeistern mit einer makellosen

<p>Weinland Weiß (Niederösterreich, Wien, Burgenland)</p> <p>2021 Sonniger Herbst, kühle Nächte, Weine mit großer Fruchttiefe und Frische</p>	<p>Steiermark Weiß</p> <p>2021 Präzise, tiefe, kompakte Weine. Großer Jahrgang.</p>	<p>Österreich Rot</p> <p>2021 Weine mit Konzentration, präziser Frucht und ausgeprägter Eleganz</p>
<p>Burgenland Botrytis</p> <p>2021 Limitierte Menge, tolle Qualität</p>	<p>Eiswein Burgenland</p> <p>2021 Wenig Eiswein</p>	<p>Eiswein Niederösterreich</p> <p>2021 Wenig Eiswein</p>

kühl	heiß	Botrytis	exzellenter Jahrgang	historischer Jahrgang
vereinzelt gute Eisweine	gutes Eisweinjahr	hervorragendes Eisweinjahr		
vereinzelt gute Botrytisweine	guter Botrytisjahrgang	hervorragender Botrytisjahrgang		

© ÖWM

Personalia

Fruchtbrillanz und hohen Säure, die ihnen ein großes Reifepotential verleihen wird. Nach langem Zuwarten gelangen Mitte Jänner in Illmitz auch die ersten nächtlichen Eisweinlesen.

Steiermark: kleine Mengen, große Weine

Auch in der Steiermark fanden Austrieb der Reben und Blüte relativ spät statt; die ersehnten Niederschläge, die im Mai endlich fielen, konnten den viel zu trockenen Winter und Frühling allerdings nicht ganz kompensieren. Dies wird auch als Hauptursache für die kleinste Weinernte seit 2016 angesehen. Die unerwartet lange herbstliche Schönwetterperiode sorgte jedoch auch dort für ein Happy End und strahlende Gesichter der Weinbautreibenden. Essentiell war, nicht zu früh mit der Lese zu beginnen, sondern den gesamten prachtvollen September zu nützen.

Die Hauptlese ging im Vulkanland Steiermark und in der Südsteiermark geradezu blitzartig vor sich: Aufgrund des perfekten Traubenmaterials war kein weiteres Selektionieren nach der Vorlese nötig. Zuckergradation und Säurewerte befinden sich in einem optimalen Verhältnis, und die klare Fruchtexpression, Eleganz und Rasse der Jungweine begeistern schon jetzt.

Großes ist unter anderem von den Burgundersorten zu erwarten, aber auch die vollreifen wie vielschichtigen Sauvignon Blancs und die Gelben Muskateller, die diesmal mit ihrem Rosenduft nahezu Traminerartig erscheinen, lassen einen großen Jahrgang erwarten.

Auch in der Weststeiermark war geduldiges Zuwarten mit der Hauptlese wichtig; für die Rieden-Schilcher ging diese zum Großteil erst im November vonstatten. Das Resultat sind jedoch rosarote Elixiere voll Saft und Kraft und seltener Eleganz. Auch die Burgundersorten und der Sauvignon Blanc wuchsen zu ausdrucksstarken und Terroir-geprägten Weinen heran.

Bergland im Aufstieg begriffen

In den oberösterreichischen Weinenklaven von Leonding und Hörsching bis ins südliche Mühlviertel und Innviertel profitierten die Weingärten von den gleichen prachtvollen Herbsttagen wie im angrenzenden Niederösterreich. Das Ergebnis sind ausgereifte und fruchtbetonte Weine voll Pikanz und Spannkraft. Gerade die in letzter Zeit forcierten Rebsorten wie Chardonnay und Sauvignon Blanc zeigen sich sehr vielversprechend.



Foto: ÖWM / WSNA

oben: Weingärten bei Kothvogel, Weststeiermark; unten: Röthis, Vorarlberg, Bergland



Foto: ÖWM / WSNA

Kein Bundesland verzeichnete im letzten Jahrzehnt eine derart rasante Zunahme der Rebfläche wie Kärnten; analog dazu stieg auch die Qualität der Weine in beachtlichem Ausmaß. Der Jahrgang 2021 bescherte den Kärntner WinzerInnen nach idealem Blüewetter und einem warmen und trockenen Herbst reife und gesunde Trauben. Sowohl im Lavanttal als auch rund um St. Veit und von den Uferhängen des Läng- und Wörthersees sind sehr harmonische Weine voll Saft und Kraft mit typisch zarter Fruchtausprägung zu erwarten.

Schwieriger verlief das Weinjahr westlich des Alpenhauptkammes in Tirol und Vorarlberg: Einem etwas verspäteten Austrieb und einer kurzen Hitzeperiode im Juni folgten zwei sehr verregnete Sommermonate. Um dem hohen Pilzdruck zu begegnen, war eine gut durchlüftete Laubwand unerlässlich; dennoch entstanden Ertragsverluste von 30 bis 50 Prozent. Zum Glück sorgten September und Oktober auch am Bodensee und im Walgau für eine konzentrierte Struktur und ungewöhnliche Aromentiefe in den Weinen. ■

<https://www.oesterreichwein.at/>

† Erhard Busek

Der ehemalige Vizekanzler und ÖVP-Chef starb am 13. März unerwartet und nur wenige Tage vor seinem 81. Geburtstag

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

„Mit Erhard Busek verliert Österreich eine seiner prägendsten politischen Persönlichkeiten. Früh schon waren ihm Fragen des Umweltschutzes, der Stadterneuerung und Mitteleuropas wichtig“, sagt Bundespräsident Alexander Van der Bellen in einer Reaktion auf den Tod des früheren Vizekanzlers und ÖVP-Vorsitzenden.

„Als Vizebürgermeister von Wien, als Wissenschaftsminister und als Vizekanzler prägte Erhard Busek die heimische Innen- aber auch Außenpolitik. Wie Wenige verstand er es, ein kritische Intellektueller ebenso wie ein aktiver Politiker zu sein. Seine feine Ironie, ja, auch Selbstironie, wurden weit hin geschätzt und auch bewundert. Sein Engagement für ein vereintes Europa führten ihn zum ‚Institut für den Donauraum und Mitteleuropa‘ sowie zum ‚Europäischen Forum Alpbach‘. Hier konnte er die beiden Aspekte seines Wesens, das Gestaltende und das Reflektierende, in geradezu idealer Weise kombinieren“, so der Bundespräsident weiter.

„Meine Gedanken sind in dieser Zeit bei seiner Familie und all seinen Lieben, die nun um ihn trauern. Es ist schmerzvoll, daß diese kluge, liberale und kenntnisreiche Stimme nunmehr verstummt ist. Erhard Busek wird Österreich fehlen. Gerade jetzt,“ sagt Alexander Van der Bellen.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

„Ich bin zutiefst erschüttert über den Tod von Vizekanzler a.D. Erhard Busek. Er war nicht nur ein Politiker mit Haltung, sondern auch ein Visionär und Vordenker. Vor allem sein Verständnis für gesamteuropäische Fragen rang mir stets größten Respekt ab. Mein tief empfundenes Beileid gilt in diesen schweren Stunden seiner Familie.“ Das sagte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in einer ersten Reaktion auf das unerwartete Ableben des ehemaligen ÖVP-Bundesparteiobmanns Erhard Busek.

Buseks berufliche Laufbahn begann im Wirtschaftsbund und als Zweiter Klubsekretär der ÖVP im Parlament. 1989 wurde er Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, ab 1994 Unterrichtsminister. 1991 erfolgte die Wahl zum Bundesparteiobmann



© Wikipedia // CC-BY 4.0 / Foto: Franz Johann Morgenbesser

*Erhard Busek * 25. März 1941 in Wien, † 13. März 2022*

der ÖVP, gleichzeitig wurde Busek Vizekanzler unter Bundeskanzler Franz Vranitzky. Beide Funktionen hatte er bis 1995 inne.

Bundeskanzler Karl Nehammer

Tief betroffen reagiert Bundeskanzler und ÖVP-Bundesparteiobmann Karl Nehammer auf das überraschende Ableben von Erhard Busek im 81. Lebensjahr: „Unser Land hat mit Erhard Busek einen großen Österreicher und begeisterten Europäer verloren. Busek war ein über die Parteigrenzen hinweg geschätzter Politiker, der in unterschiedlichsten Funktionen und Ämtern viel für unser Land und die Volkspartei geleistet hat. Er hat in

seinen öffentlichen Funktionen immer Verantwortung für Österreich übernommen und war auch nach seinem Ausscheiden aus seinen politischen Funktionen aktiv. So hat Erhard Busek in seiner Pension viel zur Förderung des europäischen Gedankens beigetragen. Meine Gedanken und meine Anteilnahme gelten in diesen schweren Stunden seiner Familie.“

„Erhard Busek hat mit seinem vielfältigen Engagement für unser Land und die Volkspartei große Verdienste erworben. Insbesondere als Bundesparteiobmann, Vizekanzler und Minister hat Busek die Politik und das Profil der Volkspartei jahrelang maß-

Personalia

geblich geprägt. Unser Mitgefühl gilt besonders seinen Angehörigen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren“, so die Generalsekretärin der Volkspartei, Laura Sachslehner.

Pamela Rendi-Wagner
SPÖ-Bundesparteivorsitzende

Tief betroffen vom Ableben des ehemaligen Vizekanzlers und ÖVP-Parteibmanns Erhard Busek zeigt SPÖ-Bundesparteivorsitzende, Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner. „Erhard Busek war eine herausragende Persönlichkeit, ein weltoffener Humanist und glühender Europäer“, so Rendi-Wagner, die Buseks „wachen Geist und seine Affinität für Wissenschaft und Kunst“ würdigt. Busek habe „als Minister die Universitäten gestärkt und als Vizekanzler der Großen Koalition entscheidend dazu beigetragen, Österreich in Richtung Europäische Union zu führen“, sagt Rendi-Wagner. Auch nach seiner politischen Karriere habe Busek als Erweiterungsbeauftragter der Bundesregierung, Ehrenpräsident des Europäischen Forums Alpbach und Präsident des Instituts für den Donauraum „einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Integration geleistet“. „Mein aufrichtiges Beileid in diesen schweren Stunden gilt den Hinterbliebenen von Erhard Busek, seinen Freunden und der Familie“, so Rendi-Wagner.

Herbert Kickl
FPÖ-Bundesparteiobmann

Für FPÖ-Bundesparteiobmann Klubobmann NAbg. Herbert Kickl verliert Österreich damit eine „kontroverielle politische Persönlichkeit“. Inhaltlich sei die FPÖ mit den Positionen und Inhalten Buseks meist durch Welten getrennt gewesen. „Trotz oder gerade wegen dieser Differenzen war Erhard Busek einer, der sich der Diskussion und dem Diskurs gestellt hat“, so Herbert Kickl, dessen Mitgefühl in diesen Stunden der Familie und den Angehörigen Buseks gilt.

Sigi Maurer
Klubobfrau der Grünen

„Mit Erhard Busek verliert Österreich einen leidenschaftlichen Politiker, einen grossen Europäer und einen Intellektuellen. Seine Gabe war es, über althergebrachte Grenzen hinwegzudenken und er hat den Mut besessen, Neues zu wagen. Unter anderem hat er sich für die Öffnung seiner Partei zur Ökologiebewegung eingesetzt“, kommentiert Sigi Maurer, Klubobfrau der Grünen, das Ableben von Erhard Busek. „Erhard

Busek hat sich immer für ein starkes Europa eingesetzt. Er wird uns nicht nur für sein politisches Wirken in Erinnerung bleiben, sondern auch für seine Lust an der Diskussion und sein zivilgesellschaftliches Engagement, welches er bis zuletzt verfolgt hat“, so Maurer. „Unser Beileid und Anteilnahme gilt in diesen Stunden vor allem auch seiner Familie und seinen FreundenInnen.“

Beate Meinel-Reisinger
NEOS-Parteivorsitzende

Mit großer Trauer reagiert NEOS-Parteivorsitzende Beate Meinel-Reisinger auf die Nachricht über das Ableben des ehemaligen Vizekanzlers Erhard Busek: „Das schmerzt besonders. Nicht nur durch das Forum Alpbach waren wir sehr verbunden. Er hat mich sicher maßgeblich geprägt.“ Aber auch die Republik Österreich habe er durch sein Engagement wesentlich mitgeprägt, sagt Meinel-Reisinger: „Als Vizekanzler war er für den

Beitritt Österreichs in die Europäische Union mitverantwortlich. Er hat als Werber für die Europäische Einigung einen großen Beitrag dazu geleistet, daß Österreich heute ein Teil des gemeinsamen Europas ist.“

„Sein europäisches Engagement beschränkte sich aber nicht auf Österreichs Beitritt“, betont Meinel-Reisinger. „Als Vorstandsvorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa kümmerte er sich darum, auch unsere ost- und mitteleuropäischen Nachbarn ins europäische Boot zu holen. Und auch nach der EU-Osterweiterung hat er sich als unermüdlicher Vermittler zwischen Ost und West einen Namen gemacht. In den höchsten Regierungsämtern sind Politiker wie er, die aus einer starken europäischen Überzeugung heraus handeln, heute kaum zu finden. Er wird der Politik schmerzlich fehlen“, schließt die NEOS-Parteichefin. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Erhard_Busek

Erhard Busek

1959	Matura im Gymnasium	ab 1995	Vorsitzender des Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM)
1959 –	1963 Studium an der Universität Wien Juridische Fakultät, Abschluß mit Doktorat, gleichzeitig Werkstudent	ab 1996	Koordinator des Southeast European Cooperative Initiative (SECI)
1966 –	1969 Vorsitzender des Österreichischen Bundesjugendringes	ab 2000	Präsident des Europäischen Forum Alpbach
1964 –	1968 Parlamentssekretär im Österreichischen Nationalrat	ab 2004	Rektor der Fachhochschule Salzburg
1972 –	1976 Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes	ab 2005	Präsident des Vienna Economic Forums (VEF)
1975 –	1976 Generalsekretär der ÖVP	ab 2008	Vorsitzender des Universitätsrates der Medizinischen Universität Wien
1976 -	1978 Stadtrat in Wien	ab 2008	Jean Monnet Chair ad personam
1976 –	1989 Landesparteiobmann der Wiener Volkspartei	ab 2010	Präsident des EU-Russia Centre
1978 –	1987 Landeshauptmann-Stellvertreter und Vizebürgermeister von Wien		
1989 –	1994 Minister für Wissenschaft und Forschung		
1991 –	1995 Vizekanzler der Republik Österreich und Bundesparteiobmann der ÖVP		
1994 –	1995 Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten		
2002 –	2008 Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes für Südosteuropa		
2000 –	2001 Regierungsbeauftragter der österreichischen Bundesregierung für EU-Erweiterungsfragen		
2004 –	2005 Vizepräsident des Vienna Economic Forums (VEF)		
2008 –	2009 Berater des Außenministers der Tschechischen Regierung in Fragen des westlichen Balkans während der EU-Präsidentschaft I. Hälfte 2009		

Ehrendokorate der Universitäten Krakau, Bratislava, Czernowitz, Rousse, Brasov, Liberec, Webster-St.Louis University in Wien, IEDC - Bled School of Management und Universität Prishtina sowie Auszeichnungen von Polen, Ungarn, Italien, Bulgarien, Liechtenstein, Rumänien und Tschechischer Republik, Ehrensator der Medizinischen Universität Innsbruck, Corvinus-Preis des Europainstitutes Budapest, Elmer Hantos Prize. Ehrensator der Universität für Bodenkultur Wien

Ehrenprofessor der Universität Rijeka (2021)

Autor und Herausgeber Dutzender Bücher und Publikationen, Verfasser unzähliger Beiträge.

Quelle: IDM – Institut für den Donauraum und Mitteleuropa
<http://www.idm.at/>

† Peter de Martin

Der Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Donauländer, und Regierungsrat der NÖ Landesregierung und, nicht zuletzt, für AuslandsNiederösterreicherInnen dort Zuständige ist am 19. Jänner 2022 plötzlich und unerwartet verstorben.

Peter de Martin wurde am 28. Juni 1955 in Wien geboren. Er besuchte bis 1965 die Volksschule in Hietzing. 1973 maturierte am Bundesrealgymnasium Rosasgasse in Wien Meidling und inskribierte an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, brach das Studium aber ab. In den Jahren 1974 bis 1981 war er als Fremdenführer in der Dom- und Metropolitankirche St. Stephan in Wien tätig – eine Zeit, an die er sich gerne zurückerinnerte. Nachdem er 1982 seinen Präsenzdienst abgeleistet hatte, trat er noch im selben Jahr in der Abteilung für Siedlungswasserbau den Dienst in der Niederösterreichischen Landesregierung an, um dann der Abteilung Bundesstraßen A zugeteilt zu werden. 1985 wurde er zur Abteilung Landesamtsdirektion, Sekretariat des Landesamtsdirektors, versetzt, wo er mit der Koordination von Sonderaufgaben wie „Projektgruppe zur Schaffung einer eigenen Landeshauptstadt für NÖ“, Auslandsbeziehungen des Landes und Vorbereitung einer Arbeitsgemeinschaft „Mittlere Donau“ betraut wurde.

1990 folgte dann die Versetzung in das neu gegründete „Europareferat“ in der Abteilung Landesamtsdirektion, zuständig für die bilateralen und multilateralen Beziehungen des Landes Niederösterreich. 1990, nach der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Donauländer und der Einrichtung deren Geschäftsstelle beim Amt der NÖ Landesregierung wurde er zum Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft berufen.

Ein Jahr später, 1991, trat das Land Niederösterreich zur Versammlung der Regionen Europas (VRE) bei, wodurch Peter de Martin zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben die Koordination der Aktivitäten des Landes in der VRE wahrnahm.

1996 wurde die damalige Landeshauptmannstellvertreterin Liese Prokop in den Vorstand der VRE und zur Präsidentin der Kommission D gewählt, wobei Peter de Martin sowohl deren Wahl vorbereitete, als auch die Koordination dieser Funktionen für Prokop wahrnahm.

Vier Jahre später, 2000, übernahm er neuerlich die Vorbereitung der Kandidatur zur Wahl Liese Prokops zur Präsidentin der VRE – nach deren Wahl im Dezember wur-



Foto: Österreich Journal / Michael Mössmer

Peter de Martin anlässlich eines der vielen AuslandsNiederösterreicherInnen-Treffen, die er über viele Jahre hindurch gestaltet hat. Er ist damit vielen Landsleuten ans Herz gewachsen...

de er auch wieder mit der Koordination ihrer Tätigkeit betraut.

Im Jahr 2002 bis zur Bestellung eines neuen Generalsekretärs der VRE betraute man ihn mit der interimistischen Leitung des Generalsekretariats in Straßburg.

2004 übernahm er die Betreuung der ehemaligen Landesrätin Johanna Mikl-Leitner in ihrer Funktion als Vizepräsidentin der VRE und Präsidentin der Kommission 3 – Kultur und interregionale Beziehungen, bis sie als Bundesministerin für Inneres bestellt wurde.

Ebenfalls 2004 wurde Peter de Martin zusätzlich mit der Leitung der Geschäftsstelle für AuslandsNiederösterreicherInnen in der Abteilung Landesamtsdirektion betraut. Trotz seiner vielen Verpflichtungen in der Arbeitsgemeinschaft Donauländer nahm er diese verbindende Funktion mit großem Einsatz wahr, mühte sich um die Organisation der damals noch jährlich abgehaltenen Treffen in St. Pölten. Die immer von ihm gestalteten neue Programme für unsere Landsleute aus dem Ausland mit Workshops zu Themen, die Niederösterreich und deren Gastländer verbinden konnten, brachten für das Land NÖ wichtige Einblicke in bezug auf dessen Sichtweise aus der Entfernung, aus dem Ausland. Daneben sorgte Peter de Martin auch dafür, daß die aus aller Welt angereisten Auslands-

NiederösterreicherInnen bei ihren mehrtägigen Aufenthalten in der „alten Heimat“ weder kulturell, noch kulinarisch zu kurz kamen. So wurden diese Treffen für viele zum jährlichen Fixpunkt in ihrer Reiseplanung.

Im Jahr 2009, um noch einmal auf die Haupttätigkeit von Peter de Martin zurückzukehren, änderte die Arbeitsgemeinschaft Donauländer ihr Statut und berief ihn zu ihrem Generalsekretär und betraute ihn mit der Leitung des Generalsekretariats beim Amt der NÖ Landesregierung – Funktionen, die er bis 2017 innehatte.

Eine schwere Verletzung zwang ihn zum Rückzug aus dem Berufsleben und ließ ihn, nach seiner langen Rokonvaleszenz, das Leben eines Pensionisten genießen. Eine Zeit, in der er sich seiner Tochter und seinem Sohn und den EnkelIn widmen konnte.

Am 19. Jänner 2022 erreichte uns dann die Nachricht, daß Peter de Martin plötzlich und unerwartet sanft entschlafen ist. Er wurde am 4. Februar am Hietzinger Friedhof im Familiengrab beigesetzt.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie – er wird uns immer in bester Erinnerung bleiben – als jahrelanger Partner unseres „Österreich Journals“, als Freund, und als „oberster AuslandsNiederösterreicher“ über viele Jahre. ■

Michael Mössmer

Erzbischof Lackner trifft Bundeskanzler Nehammer

Erstes ausführliches Gespräch Lackners in seiner Funktion als Vorsitzender der Bischofskonferenz mit dem Regierungschef – Pandemie und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen im Fokus des Gesprächs

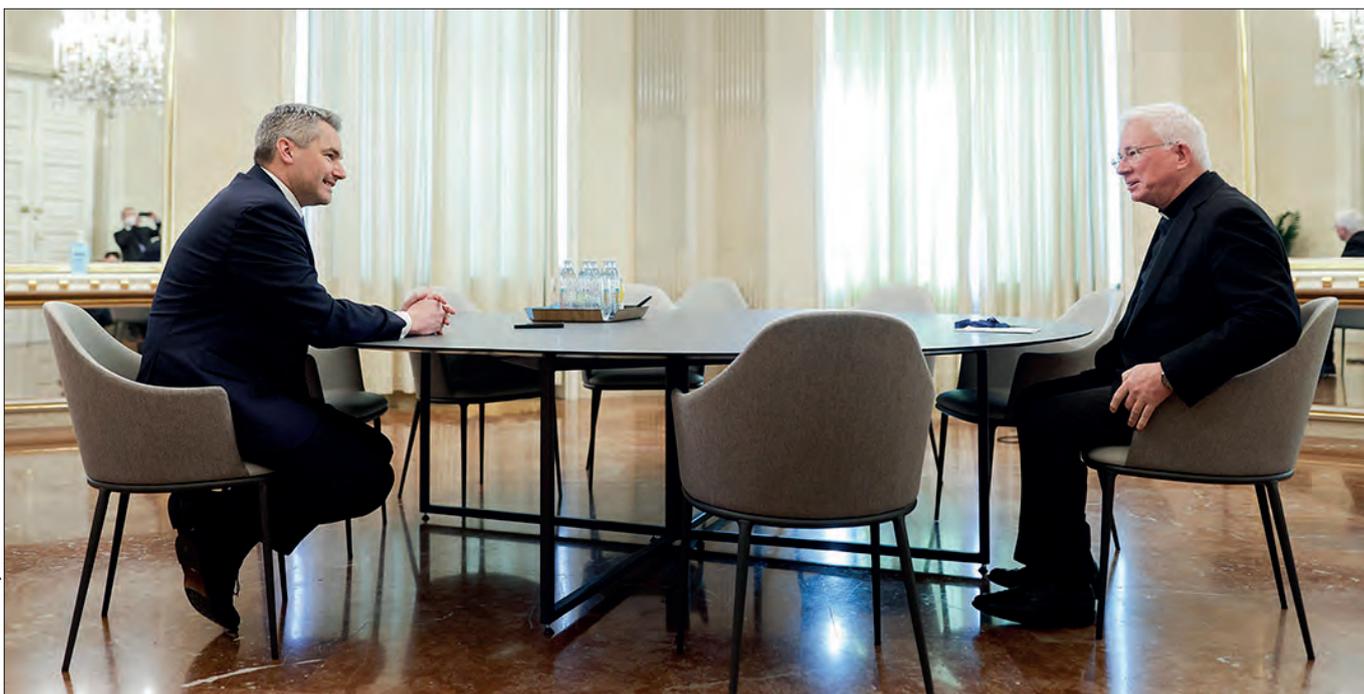


Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Nehammer (l.) im Gespräch mit Erzbischof Franz Lackner, dem Vorsitzenden der Österreichischen Bischofskonferenz

Erzbischof Franz Lackner ist am 15. Februar in seiner Funktion als Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz erstmals mit Bundeskanzler Karl Nehammer zusammengetroffen. Nehammer und Lackner sprachen im Anschluß an die Begegnung im Bundeskanzleramt gegenüber Kathpress unisono von einem „sehr gutem Gespräch über aktuelle Themen, die Kirche und Politik verbinden“. Zentrale Inhalte dabei waren die gesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie, aber etwa auch ethische Fragen oder die Herausforderungen für Europa durch die Migration.

Im Fokus des rund einstündigen Gesprächs standen die Corona-Krise und die damit verbundene Polarisierung in der Gesellschaft. Ein besonderes Anliegen sei ihm dabei die Aufmerksamkeit für jene Menschen gewesen, so Lackner im Interview mit Kathpress, die sich unter keinen Umständen impfen lassen wollen. Dabei habe er dem Bundeskanzler erneut die Position der österreichischen Bischöfe erläutert, die sich ja sehr

für die Impfung ausgesprochen hätten. Die Impfung sei das Mittel schlechthin zu Überwindung der Pandemie. Die Kirche setze beim Impfen vor allem auf Freiwilligkeit.

Alle Religionsgemeinschaften in Österreich hätten einen „wesentlichen Beitrag im Kampf gegen das Coronavirus“ geleistet, so der Bundeskanzler dazu gegenüber Kathpress. Dies betreffe vor allem die Aufklärung über die Gefährlichkeit des Virus und über die Notwendigkeit des Impfens. Teils hätten die Kirchen auch besondere Impfkampagnen ermöglicht, hob Nehammer positiv hervor: „Die Religionsgemeinschaften sind ein wesentlicher Teil der österreichischen Gesellschaft. Sie haben im Pandemie-Management einen wichtigen Beitrag geleistet und leisten ihn immer noch.“

Auch die zuletzt beschlossenen gesetzlichen Änderungen bei der Suizidbeihilfe war ein Thema beim Antrittsbesuch des Vorsitzenden der Bischofskonferenz. Dabei habe er, Lackner, nochmals gegenüber Nehammer unterstrichen, daß die Kirche beim assistier-

ten Suizid grundsätzlich nicht mitkönnen. Gleichzeitig sei man der Regierung dankbar, daß durch das neue Gesetz die Gewissensfreiheit gewährleistet sei und es somit keinen indirekten Zwang gebe – auch nicht für kirchliche Institutionen – sich am assistierten Suizid zu beteiligen.

Von einem sehr konstruktiven „und ab und an auch sehr leidenschaftlichen“ Gespräch sprach der Bundeskanzler resümierend. Zur Frage des Verhältnisses von Kirche und Staat unterstrich Nehammer zum einen die notwendige und klare Äquidistanz, zugleich brauche es freilich auch ein konstruktives Miteinander, „jeder wohl wissend, was seine Aufgabe sind und welche Rolle er hat“. Der Regierungschef hob die Bedeutung des Dialogs hervor, er freue sich schon auf den nächsten Austausch mit Erzbischof Lackner bzw. auch mit der Österreichischen Bischofskonferenz. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

<https://www.katholisch.at/>

<https://www.bischofskonferenz.at/>

100 Jahre Missio

Missio, die Päpstlichen Missionswerke, gehen mit Nationaldirektor Pater Karl Wallner und seinem Team anlässlich ihres 100jährigen Bestehens in Österreich neue Wege

Bunt, jung und zeitgemäß, ohne die eigenen Werte und Aufgaben zu vergessen: Vor versammelter Presse und mit prominenten BotschafterInnen und WegbegleiterInnen wie u.a. Maria Happel, Sergio M. Flores, Yury Revich, Beatrice Körner wurden im Musikhotel Jaz in the City die Highlights des Jubiläumsjahres präsentiert. Insgesamt 24 Veranstaltungen österreichweit stehen am Programm, darunter Benefizkonzerte, akademische Tagungen, Jubiläumsfeste, die Lange Nacht der Kirchen bis hin zur Seligsprechung der Gründerin Pauline Marie Jaricot und einer glanzvollen Jubiläumsgala unter dem Ehrenschutz des Bundespräsidenten. Eine Plakatkampagne ruft jeden Einzelnen auf, die Welt zu verändern, die Jugendaktion motiviert auch heuer wieder tausende Jugendliche zum Gutes tun für die Ärmsten der Armen.



Missio Österreich-Nationaldirektor Pater Karl Wallner mit der Schauspielerin Maria Happel...

**Jetzt auch in der Ukraine:
Konkrete Hilfe mit der Kirche vor Ort**

Plötzlich, inmitten einer weltweiten Pandemie und einem Krieg in Europa, sind Menschen mit Unsicherheit, Ängsten und Einschränkungen konfrontiert. Es zeigt auch, daß Religion, Glaube und Spiritualität hierbei eine wichtige Rolle spielen. „Wir sind jetzt auch mit unseren Partnern in der Ukraine – Bischöfen, Priestern, Ordensleuten – in Kontakt, um in dieser Situation schnell und unbürokratisch zu helfen. Als Päpstliche Missionswerke sind wir immer dort, wo die Not am größten ist. Auch wir sind jetzt gefordert: Denn wir unterstützen aktuell mit unseren mehr als 600 Hilfsprojekten die Ärmsten der Armen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es ist jetzt wichtig den Menschen zu zeigen, daß die Kirche aktiv auf Gläubige und Hilfesuchende zugeht und Trost, Kraft und Hoffnung spendet.“



... und mit (v.l.) Linus Norda, Sergio Manoel Flores, Yury Revich,

Das der Musik verschriebene Musikhotel Jaz in the City wurde nicht ohne Grund als Location für die Kick-Off-Veranstaltung gewählt: Missio wird gemeinsam mit der Electric Church am 29. April 2022 die Wiener Votivkirche zu den relevantesten und zeitlosesten Passagen aus der Bergpredigt erklingen zu lassen. Komponiert und modern arrangiert wird das elektrosymphonische Kon-

zert mit visuellen Effekten unter dem Showtitel „ON A HILL“ vom Kreativteam der Electric Church, rund um den Star-DJ und international anerkannten Musikproduzenten Sergio Manoel Flores. Der Reinerlös kommt zur Gänze dem Bau des Sankt-Karl-Borromäus-Krankenhaus in Südafrika zu Gute. „Musik schafft es, ganz tiefen Glaubensinhalt modern, frisch und gerade

auch für junge Menschen greifbar zu machen“, so Pater Karl.

„Wir möchten zeigen, daß die Bergpredigt nicht nur für uns Christen und unsere Gesellschaft Gültigkeit und Relevanz hat, sondern das Leben der ganzen Menschheit zum Besseren verändert hat. Auf diese Weise können an diesem Abend möglichst viele Menschen, gläubig oder nicht, mit der posi-

Religion und Kirche

tiven Botschaft erreicht werden und Gutes tun“, so der Mastermind Sergio Flores.

Gutes tun

Das war das Credo der Missio-Gründerin Pauline Marie Jaricot (1799 – 1862), die als 23-Jährige in Frankreich das „Werk der Glaubensverbreitung“ gegründet hat, das Papst Pius XI. (1922-39) 100 Jahre später zu „seinen“ Missionswerken gemacht hat. Die Seligsprechung der Powerfrau und Laienmissionarin am 22. Mai 2022 in ihrer Heimatstadt Lyon zählt für Pater Karl Wallner zu einem weiteren Höhepunkt im Jubiläumsjahr.

„Was für ein Zeichen, daß unsere Gründerin in unserem großen Jubiläumsjahr offiziell Fürsprecherin für die Päpstlichen Missionswerke wird. Pauline hat im 19. Jahrhundert 2,4 Millionen Franzosen dazu motiviert, täglich ein Gesätzchen vom Rosenkranz zu beten und wöchentlich eine kleine Spende für die Mission zu geben. Auf diesen Säulen – Gebet, Spenden und Nächstenliebe – stützen sich die Päpstlichen Missionswerke bis heute“, so der Nationaldirektor.

„Verändere mit uns die Welt“ ist der Titel der österreichweiten Plakatkampagne von Missio, der – gerade in Zeiten wie diesen – eine besondere Bedeutung zukommen soll. Pater Karl Wallner: „Das Motiv der gefalteten Hände bringt ins Bild, wofür wir stehen und was wir gemeinsam mit so vielen Unterstützerinnen und Unterstützern in ganz Österreich möglich machen wollen. Die Welt gemeinsam zum Besseren verändern.“ Die Hände in einer traditionellen christlichen betenden Haltung, die klare Verbundenheit zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden, also unsere Arbeit an einer gerechteren Welt. Die Hände drücken das Miteinander aus, ein Miteinander auf Augenhöhe. Und ganz wichtig: Es gibt immer ein Geben und ein Nehmen auf beiden Seiten. Was uns immer verbindet mit unseren Partnern auf der ganzen Welt ist das christliche Fundament für unsere Hilfe.

Engagement für die Mission wird im Rahmen der Austria.On.Mission Awards am 3. November 2022 mit dem Bronze-Esel „EMIL“ ausgezeichnet. Der Preis geht an Menschen, die „wie die Esel“ unbeachtet und meist unbedankt ihr ganzes Leben in den Dienst am Nächsten und an den Ärmsten der Armen stellen. Zur Jubiläumsgala, die heuer erstmals unter dem Ehrenschild von Bundespräsident Alexander van der Bellen steht, werden neben den Preisträgern auch hochrangige Vertreter aus dem Vatikan erwartet.



Foto: Missio / Katharina Schiffli

Pater Karl Wallner mit TV-Fashionmodel Beatrice Körmer bei der Präsentation des Plakats „der gefalteten Hände“, für die österreichweite Kampagne

Zum Abschluß der Kick-Off Veranstaltung gab es mit „These Walls“ die Weltpremiere der hochenergetischen ersten Single-Auskopplung aus „On A Hill“. Auf pulsierenden Beats zwischen Dance, Electronica

und 80er, beschwört die schwedische Ausnahmestimme Linus Norda die Freiheit. ■

Zum Download von „On A Hill“:

<https://www.electric-church.at/>

<https://www.missio.at/>

Orden on air! Ordensgemeinschaften Österreich starten mit Podcast

Die Ordensgemeinschaften Österreich starten mit dem Podcast „Orden on air“ einen neuen Medienkanal. Und der Name ist Programm: Der Podcast der Ordensgemeinschaften Österreich holt Ordensfrauen und -männer vor den Vorhang und – im wahrsten Sinne des Wortes – vor das Mikrofon. Ziel ist es, interessante Persönlichkeiten und besondere Talente vorzustellen sowie das Engagement von Ordensleuten in den vielfältigen Bereichen des Lebens zu zeigen.

In der ersten Folge von „Orden on air“ ist Renate Magerl, Bereichsleiterin Kommunikation und Medien, im Gespräch mit Generalsekretärin Sr. Christine Rod MC. Sie erzählt über das neue Motto der Ordensgemeinschaften Österreich, wie es zu dieser Wort-Trilogie gekommen ist und wie sich aus einem „knochentrockenen“ Statut der Österreichischen Ordenskonferenz genau diese drei Begriffe „präsent, relevant und wirksam“ herauskristallisiert haben. Sr. Christine Rod gibt einen lebendigen Einblick, wie das Motto „präsent. relevant. wirksam“ damals und heute von Orden und Ordensleuten gelebt wird.

„Ziel des Podcasts ist es, im Sinne von ‚präsent. relevant. wirksam‘ die Vielfalt und

Bandbreite von Ordensgemeinschaften und Ordensleuten aufzuzeigen. Ordensfrauen und -männer sind so vielseitig in zahlreichen Bereichen des Lebens engagiert. Über dieses außergewöhnliche Engagement und das vielseitige Wirken von Ordensleuten wollen wir im Podcast erzählen“, so Renate Magerl, Bereichsleiterin Kommunikation und Medien der Ordensgemeinschaften Österreich.

Der Podcast wird auch Platz bieten, gesellschaftspolitische Themen aufzugreifen und anzusprechen sowie Hintergründe darzulegen. Die Stimme der Ordensgemeinschaften wird noch stärker sichtbar und hörbar sein. „Der Podcast ist ein zusätzliches Sprachrohr der Ordensgemeinschaften Österreich, um interessierte Menschen mit der Ordenswelt in Berührung zu bringen und aufzuzeigen: Seht her, hört her, Ordensfrauen und -männer sind präsent, relevant und wirksam“, so Renate Magerl.

Die Netzwerkmarke „Ordensgemeinschaften Österreich“ ist die gemeinsame Interessensvertretung der Orden in Österreich. In Österreich gibt es derzeit 107 weibliche und 87 männliche Ordensgemeinschaften. ■

<https://ordensgemeinschaften.at/publikationen/podcast>

OÖ Zukunftsforum 2022

Nachhaltigkeit ist Antrieb für den Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft

Voller neuer Ideen, mit vielen neuen Kontakten – und nicht zuletzt auch in optimistischer Grundstimmung. Mit diesem Fazit ist am 9. März das zweitägige OÖ Zukunftsforum 2022 in der voestalpine Stahlwelt zu Ende gegangen. Das Programm war dicht: 45 Fachvorträge und Workshops, in denen sich die 400 TeilnehmerInnen intensiv mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinandergesetzt und eigene Ideen entwickelt haben, sorgen für Abwechslung.

Veranstalter des OÖ Zukunftsforum 2022 war die Standortagentur Business Upper Austria, Kooperationspartner die Oö. Zukunftsakademie, Wirtschaftskammer OÖ und Industriellenvereinigung OÖ. Den Auftakt bildete das SDG Business Forum 2022 zum Thema „Mit Digitalisierung Zugang zu SDG-Märkten eröffnen“. Mit dem SDG Business Forum fördert das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) seit 2017 Österreichs internationalen Beitrag zur Agenda 2030 auf Basis der Stärken heimischer Unternehmen und rückt das Innovations- und Geschäftspotenzial der SDGs ins Rampenlicht.

Geschäftschance Nachhaltigkeit

Katrin Muff, Direktorin des Schweizer Institute for Business Sustainability betonte in ihrer Keynote, daß Unternehmen durch neuartige Innovationsansätze globalen Nachhaltigkeits Herausforderungen mit ihren Kernkompetenzen begegnen und zugleich ihre eigene Marktposition stärken können. Unternehmen riet sie, Mut zu Offenheit und Transparenz zu haben, um Nachhaltigkeit als Chance wahrnehmen zu können.

Stephanie Unterrieder, Leiterin der Public-Private Partnership Programme beim Tiroler Medizintechnikunternehmen MED-EL, zeigte in ihrer Keynote, wie verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in gesellschaftlichem Nutzen in Low Income-Ländern und gleichzeitig in unternehmerischem Nutzen für MED-EL resultieren kann. Sie ergänzte, daß Unternehmen auch klein starten können, und es nicht zwangsläufig eine Nachhaltigkeitsabteilung brauche, um als Unternehmen einen positiven Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. In der anschließenden Podiumsdiskussion mit Johann Lefenda, Leiter der oberösterreichischen Zukunftsaka-



Foto: Business Upper Austria / Cityfoto Roland Pelzl

Eröffnung des OÖ Zukunftsforums 2022 mit Joachim Haindl-Grutsch, Doris Hummer und Bundesministerin Margarete Schramböck

demie, Tanja Spennlingwimmer, Leiterin Investoren- und Standortmanagement bei Business Upper Austria, und Kerstin Zimmermann, Sustainability Communications beim Zellstoff- und Faserproduzenten Lenzing AG, wurde auf die Erfolgsfaktoren eingegangen, um Geschäftsmodelle mit SDG-Fokus im Unternehmen zu entwickeln und umzusetzen. Zudem wurde thematisiert, wie auch Klein- und Mittelunternehmen mit Lösungen für globale Nachhaltigkeits Herausforderungen geschäftliches Neuland erschließen können. Tanja Spennlingwimmer betonte die Bedeutung von Innovation durch Kooperation, um das Agieren in Branchensilos aufzubrechen.

„Nachhaltigkeit bedeutet für jedes Unternehmen andere Herausforderungen und Chancen. Daher ist ein Austausch zu diesem Thema, wie er beim SDG Business Forum stattfindet, sehr wichtig“, so Peter Bartsch abschließend.

Der Workshop des SDG Business Forums am Nachmittag bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, mit Design Thinking Methoden anhand einer konkreten SDG-Herausforderung in einem Low Income-Land Einblicke in neue Märkte zu gewinnen und markt-basierte Lösungen zu skizzieren.

OÖ Zukunftsforum

Die Eröffnungsdiskussionen Landesrat Markus Achleitner, Margarete Schramböck, Bundesministerin für Digitalisierung und

Wirtschaftsstandort, WKOÖ-Präsidentin Doris Hummer und IV-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch sahen in nachhaltiger Entwicklung unisono große Chancen für den Standort. Gleichzeitig betonten sie aber als notwendige Voraussetzung, daß die Transformationsphase so gestaltet werden muß, daß die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt.

Schramböck betonte in ihrer Eröffnungsrede, daß Nachhaltigkeit zentral für zukunftsfähiges Wirtschaften und eine Chance für den Wirtschaftsstandort Österreich und speziell den Industriestandort Oberösterreich sei. „Gerade angesichts des schrecklichen Kriegs in der Ukraine ist es wichtig, an unsere nächsten Generationen zu denken. Daher müssen wir das Thema Klimaschutz vorantreiben und gleichzeitig die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen.“ Abschließend appellierte sie an die Teilnehmenden, gemeinsam daran zu arbeiten, „den nächsten Generationen eine Basis für ein gutes Leben zu schaffen.“

Innovationen aus Wirtschaft und Wissenschaft

„Unser Anspruch war, die verschiedenen Perspektiven rund um Nachhaltigkeit aufzugreifen und gleichzeitig auch Lösungswege zu zeigen. Wir haben die Technologien und das Know-how in unseren Unternehmen und Forschungseinrichtungen“, erklärte Werner Pamminer, Geschäftsführer von Business Upper Austria.

Die Programmschwerpunkte des Zukunftsforums waren daher drei inhaltliche Sessions zu den Themen Industrie & Produktion, Digitale Transformation und Lebenswerter Wirtschaftsraum.

**Industrie & Produktion:
Grüner Wegweiser für die Industrie**

Strategien zur Dekarbonisierung der Industrie, zum Ausbau erneuerbarer Energien und für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft wurden in der Session „Industrie & Produktion“ vorgestellt. Angesichts der geopolitischen Lage durch den Ukraine-Krieg wurde bewußt, daß es sich keinesfalls nur um ein Zukunfts-, sondern um ein hochaktuelles Thema handelt. Der Bogen spannte sich dabei von CO₂-freier Industrie über grünen Stahl, leistbaren Wasserstoff und Lebenszyklusanalysen bis hin zum Recycling von Aluminium und Kunststoff. ForscherInnen und UnternehmensvertreterInnen präsentierten dem Publikum Praxisbeispiele.

**Digitale Transformation:
Produkte, die denken können**

Wie Digitalisierung und die intelligente Nutzung von Daten uns zu mehr Nachhaltigkeit verhilft, war Thema dieser vom Softwarepark Hagenberg organisierten Session. Vielversprechende Ansätze ergeben sich beispielsweise beim Kunststoffrecycling.

„Die intelligente Verknüpfung von Rohstoff-, Produktions- und Produktdaten entlang der Wertschöpfungskette bildet die Grundlage zur notwendigen Flexibilisierung des mechanischen Kunststoffrecyclings in Richtung Kreislaufwirtschaft“, stellte Markus Manz, CEO der Software Competence Center Hagenberg GmbH, fest.

Alois Ferscha, Vorstand des Institutes für Pervasive Computing an der Johannes Kepler Universität Linz, forscht an der Verknüpfung von menschlicher und künstlicher Intelligenz. Daß er damit zu mehr Nachhaltigkeit beiträgt, ist für ihn keine Frage: „Zurück auf die Bäume ist nicht meine Vision. Aber wir können das, womit wir den Planeten ruinieren, durch neue CO₂-freie Technologien ersetzen, ohne Verlust an Lebensqualität.“

**Zukunftsforum Arbeitsmarkt:
Inklusion stärkt nachhaltig
den Arbeitsplatzstandort ÖÖ**

Zum Abschluß der zwei Tage konzentrierte sich das Zukunftsforum Arbeitsmarkt auf die soziale Säule der Nachhaltigkeit. Thema: Die Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigung sorgt nicht nur für mehr Chan-



JKU-Professor Alois Ferscha, einer der Vortragenden in der Session „Digitale Transformation“



Session „Industrie & Produktion“ mit EREMA-Chef Manfred Hackl

cengleichheit am Arbeitsmarkt, sondern bietet vor allem große wirtschaftliche Potentiale.

Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner: „Die durchschnittliche Erwerbsquote der Oberösterreicher liegt bei 75 bis 80 Prozent, jene der Menschen mit Behinderung bei 56 Prozent. Aufgrund des hohen Fachkräftebedarfs stehen die Chancen dafür, diese Quote zu erhöhen, besonders gut.“

Es gebe auch umfassende Unterstützung sowohl für Unternehmen als auch für potenzielle MitarbeiterInnen. Weitere handfeste Beweise für die Kraft der Inklusion lieferte Keynote-Speakerin Julia Moser von myAbility Social Enterprise: „Proaktives Disability Management erhöht die wirtschaftlichen Erträge. Es steigert den Umsatz um 28 Prozent und verdoppelt den Reingewinn. Außerdem ziehen inklusive Unternehmen Top-Talente an.“

Denn gerade die Millennials wählen Arbeitgeber, die ihre Werte widerspiegeln. Dabei stehen Diversität und Inklusion ganz oben auf der Liste.

Unternehmer Helmut Fallmann (Fabasoft AG) schloß sich dem an: „Inklusion macht uns zu einem besseren Unternehmen, weil wir nicht nur Technokraten, sondern auch Menschen sind.“

Business Upper Austria ist die Standortagentur des Landes Oberösterreich und ist Innovationsmotor und erster Ansprechpartner für Unternehmen aus dem In- und Ausland, denen für ihre Investitions- und Innovationsvorhaben maßgeschneiderte Lösungen angeboten werden – und gestaltet die Wirtschafts- und Forschungspolitik aktiv mit.

<https://www.biz-up.at/>
<https://www.bmdw.gv.at/>

Ur-Donau-Delta im Norden von Wien entdeckt

Vor 11,5 Millionen Jahren floß erstmals durch das Alpenvorland Richtung Osten die Ur-Donau. In den Schottergruben, die sich von Krems über Hollabrunn bis Mistelbach (Niederösterreich) erstrecken, zählen Knochen von gewaltigen Elefanten und von hornlosen Nashörnern oder Zähne von Dreizehen-Pferden zu den häufigsten Fossilien. Die Flußablagerungen sind Überreste der Aulandschaften der Ur-Donau – nun fanden Wissenschaftler heraus, wo genau das Delta dieses miozänen Vorläufers der Donau floß.

Wissenschaftler des Naturhistorischen Museums Wien entdeckten dieses Delta nun gemeinsam mit Kollegen der OMV und der Universität Graz im Norden Wien – allerdings in mehr als 600 Metern Tiefe. Modernste 3D-Seismik der OMV ermöglicht eine virtuelle Reise in das späte Miozän, als sich von Mistelbach über Zistersdorf bis Aderklaa (Niederösterreich) und die Wiener Stadtgrenze im Süden das Delta der Ur-Donau erstreckte. Zu dieser Zeit mündete die Ur-Donau in den riesigen Pannon-See, der große Teile Ostösterreichs, Ungarns, Kroatiens und Rumäniens bedeckte. Die ehemaligen Deltakörper konnten präzise kartiert und so die Evolution des Deltas entschlüsselt werden.

Etwa alle 40.000 Jahre verlagerte die Ur-Donau ihre Mündungsarme und baute nach und nach bei Großengersdorf, Aderklaa, Markgrafneusiedl, Matzen und Zistersdorf ihre Deltakörper vor. Durch das allmähliche Absinken des Untergrunds des Wiener Beckens wurden die Schotter und Sande der Ur-Donau immer weiter abgesenkt und unter jüngeren Sedimenten begraben. So wurden in hunderten Metern Tiefe die Mäander einzelner Flussläufe konserviert und auf den Deltaflächen blieben ausgedehnte Dünenfelder erhalten. Mit einer Fläche von 850 km² war das Ur-Donau-Delta rund sechs Mal kleiner als das der heutigen Donau, was gut zu dem deutlich kürzeren Verlauf paßt.

Weit in das Wiener Becken vorbauen konnte sich das Delta aufgrund des trockenheißen Klimas. Der Pannon-See hatte einen extrem niedrigen Wasserspiegel. Während die vielen Flußarme und Deltaseen von dichtem Auwald mit Wassernüssen, Sumpfyzypressen und Amberbäumen gesäumt waren, prägten offene Landschaften das Hinterland.

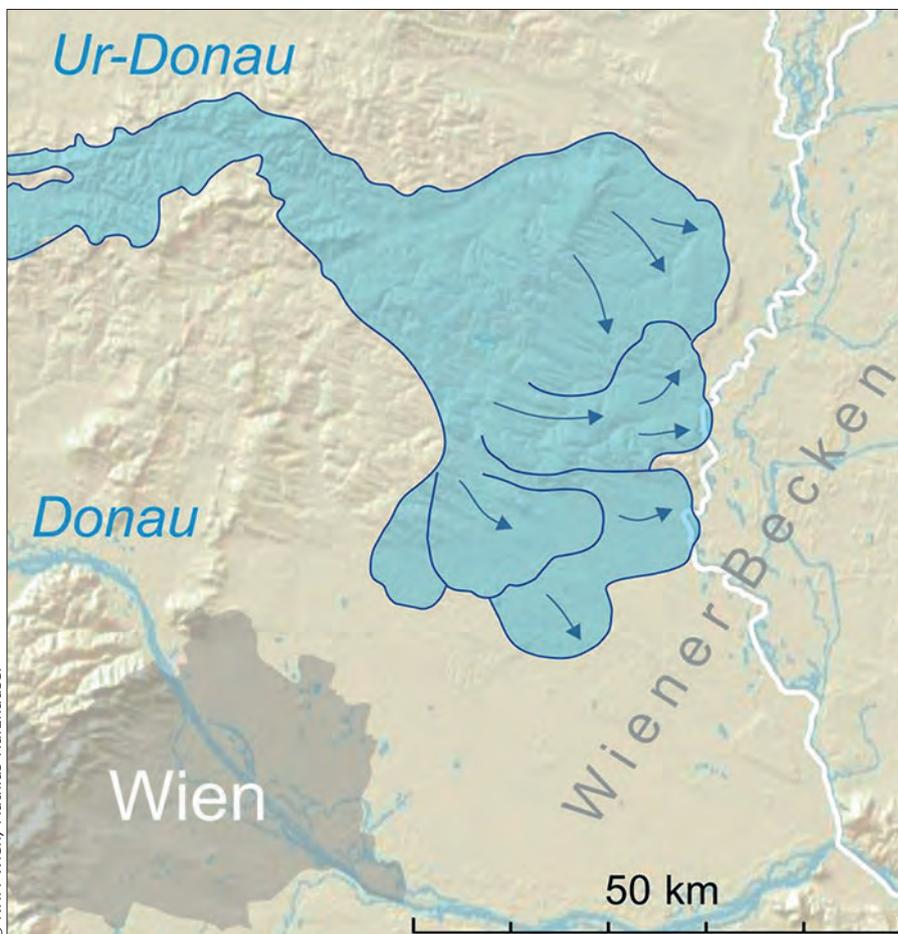
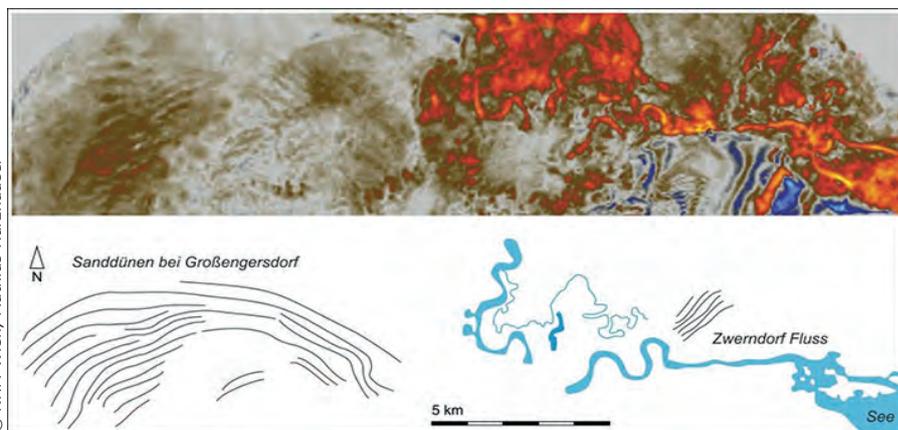


Bild oben: Ausdehnung des Deltas der Ur-Donau vor 11,5 Millionen Jahren; Bild unten: Die Seismik zeigt Sanddünen und ehemalige Flußläufe in mehr als 600 Metern Tiefe begraben



Auch das Ende dieses Ur-Donaudeltas konnten die Forscher entschlüsseln: Nach nur 200.000 Jahren – ein geologischer Wimpernschlag – stieg der Wasserspiegel des Pannon-Sees um mehrere Zehnermeter an und drängte das Delta weit in das Alpenvorland

zurück. Das Delta und seine Aulandschaften wurden rasch geflutet. Schuld an der Katastrophe war, wenig überraschend, ein Klimawandel, der zu verstärkten Regenfällen führte.

<https://www.nhm-wien.ac.at/>

Gesunde Zellen, fittes Gehirn

Auf daß wir Alzheimer bald vergessen können

Eine „Müllabfuhr“ sorgt in unseren Zellen für Ordnung. Geht dabei etwas schief, sind Krankheiten wie Alzheimer oder Parkinson die Folge. Molekularbiologe Sascha Martens und sein Team erforschen den für unsere Gesundheit so wichtigen Prozeß – die Autophagie.

If you're having an Eureka-moment, you're usually wrong“ (wenn du einen Heureka-Moment hast, liegst du normalerweise falsch, Anm.), erklärt uns Elias Adriaenssens und strahlt dabei mit seinem weißen Kittel um die Wette. Der Jungforscher hat in Antwerpen und Oxford studiert, bevor er sich im Frühjahr Sascha Martens' Team an den Max Perutz Labs der Uni Wien angeschlossen hat. Eines hat der Molekularbiologe gleich zu Beginn seiner Karriere gelernt: Eine neue Entdeckung, wie aufregend sie auch sein mag, behält man zunächst besser für sich. In den allermeisten Fällen sind die Ergebnisse „just too good to be true“ (einfach zu schön, um wahr zu sein, Anm.) und entpuppen sich spätestens bei einem erneuten Versuch als Fehlannahme. Die großen Entdeckungen, lernen wir, passieren in der Wissenschaft selten: „Usually it's very small bits and pieces which, in the end, make the big picture“ (meistens sind es nur kleine Teile, die am Ende das große Ganze ergeben, Anm.).

Autophagie: Wohin mit dem Müll in unseren Zellen?

So scheitern sich die ZellforscherInnen zum Ziel und schaffen mit ihrem unermüdelichen Einsatz die Grundlagen zur Behandlung von neurodegenerativen Krankheiten. „Better understanding of processes in cells will provide us with new insights in what might be going wrong in Alzheimer and Parkinson's“ (ein besseres Verständnis der Vorgänge in den Zellen wird uns neue Erkenntnisse darüber liefern, was bei Alzheimer und Parkinson falsch laufen könnte, Anm.), so Riccardo Trapannone, „Zellversther“ und Postdoc im Team Martens. Der entscheidende Prozeß, den die MolekularbiologInnen in diesem Zusammenhang untersuchen, ist die zelluläre Müllentsorgung, denn „Mist“ fällt auch in unseren Zellen an – und zwar ständig.

Ein ausgeklügeltes molekulares Überwachungskommando identifiziert verdächtige



© Verena Baumann

Autophagie erregte 2016 das Interesse der breiten Öffentlichkeit, als der japanische Zellbiologe Yoshinori Ohsumi den Medizin-Nobelpreis für seine Arbeit zu Abbauprozessen in Zellen verliehen bekam und damit den Weg für die Autophagieforschung ebnete. „Ohsumi hat aus Neugierde heraus zelluläre Verwertungsprozesse am Modellorganismus Hefe untersucht. Daß er dafür Jahrzehnte später den Nobelpreis bekommen und Pharmaunternehmen viel Geld investieren würden, um diesen Prozeß zu modellieren, konnte er nicht ahnen“, erklärt Verena Baumann, Doktorandin und „Hefespezialistin“ im Team Martens. Ohne solche Pionierleistungen der Grundlagenforschung, wie sie auch Martens und Co. an den Max Perutz Labs betreiben, wären anwendungsorientierte Entwicklungen nicht möglich.

Substanzen – kaputte Zellbestandteile, verklumpte Proteine oder auch Krankheitserreger – und veranlaßt ihren Abtransport: Sie werden in ein „Sackerl“ verpackt (eine Doppelmembran, die um den Mist herum wächst) und in den „Recyclinghof“ der Zelle (zum Lysosom) gebracht. Dort werden die defekten Zellbestandteile zerlegt und wiederverwertet. Dieser Selbstreinigungsprozess der Zelle heißt Autophagie – Griechisch für „Selbstfressen“. „Und ist eine perfekt eingespielte, selbst organisierte Maschinerie“,

erklärt Teamleiter Sascha Martens, während ein Gerät hinter ihm die Zellproben im Staccato durchschüttelt. Der zweifache ERC-Grantee möchte im Detail verstehen, wie das Zusammenspiel der Moleküle bei der Autophagosomenbildung funktioniert, denn hier haben Krankheiten – von Infektionen über neurodegenerative Krankheiten bis hin zu Krebs – ihren Ursprung.

Alzheimer und Parkinson auf der Spur

Eine Alzheimererkrankung entwickelt sich oft jahrzehntelang unbemerkt in unseren Körpern, bevor es zu ersten Symptomen und schließlich zur Diagnose kommt. Streng im Verdacht, die weltweit häufigste Demenzkrankheit auszulösen, steht das Protein „Tau“. Es bildet längliche Verklumpungen in unseren Nervenzellen, die normalerweise von der Autophagie-Maschinerie erkannt und abgebaut werden. Ganz ähnlich bei Parkinson – die zweite Krankheit, deren Zusammenhang mit der zellulären Müllabfuhr im Team Martens untersucht wird: „Hier kommt es zu einem Fehler beim Entsorgen von kaputten Mitochondrien – den Energielieferanten der Zelle – in einem ganz bestimmten Teil des Gehirns, welcher für die Ausschüttung des Botenstoffs Dopamin verantwortlich ist.“



Foto: Max Perutz Laboratories

Sascha Martens, Professor für Membranbiochemie am Zentrum für Molekulare Biologie

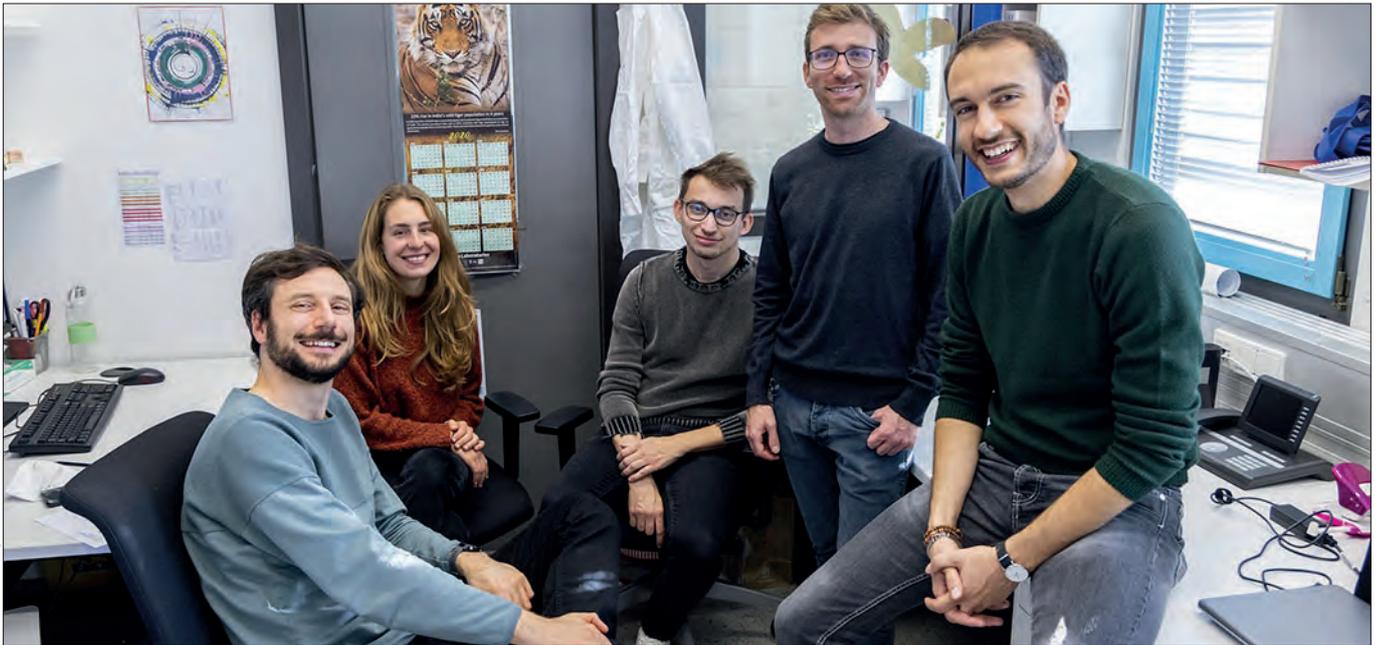


Foto: feelimage / Matern

In mehr als zehn Jahren mühsamer Forschungsarbeit haben Martens und sein engagiertes Team mittlerweile dutzende dieser Komponenten isoliert und es geschafft, die frühen Schritte in der Bildung des Autophagosoms nachzubauen

Dies führt langfristig zu den für Parkinson typischen Symptomen: PatientInnen können ihre Bewegungen nicht mehr kontrollieren, Muskeln werden steif und zittern auch im Ruhezustand. Allein in Österreich sind rund 20.000 Menschen von Parkinson betroffen.

Millionenschwere Parkinsonforschung

In einem mit insgesamt mehr als 7 Mio. Dollar von der Initiative Aligning Science Across Parkinson's (ASAP) geförderten Projekt – ein Forschungsnetzwerk, das u.a. mit der The Michael J. Fox Foundation kooperiert – nutzen Martens und sein Team geballte Kräfte, um Parkinson auf Zellebene zu verstehen. „Es ist wie in einer Band: Die einen spielen gut Gitarre und Baß, die anderen sind Schlagzeuger oder überzeugen mit Gesang – und erst zusammen gelingt der Song“, ist Martens überzeugt. In Berkeley sitzen die ExpertInnen für Proteinstrukturen, in Australien werden Zellen manipuliert, die University of Pennsylvania hat die Nase in Sachen Neurobiologie vorne und am Max-Planck-Institut in Frankfurt wird modelliert. Sascha Martens und Co. haben sich darauf spezialisiert, die Autophagie-Maschinerie im Labor nachzubauen. „Wir identifizieren und rekonstruieren in aufwändiger Detailarbeit die zentralen Zahnrädchen und versuchen dann, sie richtig zusammen zu setzen“, erklärt der charismatische Teamleiter.

Schiefgehen ist auch eine Richtung

Am Autophagie-Prozeß sind zahlreiche Proteine beteiligt. In mehr als zehn Jahren



Foto: feelimage / Matern

Stellvertretend, im Bild: Bernd Bauer, Doktorand im „Vienna BioCenter PhD Programme“

mühsamer Forschungsarbeit haben Martens und sein engagiertes Team mittlerweile dutzende dieser Komponenten isoliert und es geschafft, die frühen Schritte in der Bildung des Autophagosoms nachzubauen – und spielen damit in der internationalen Zellforschung ganz vorne mit. Nach dem Baukasten-Prinzip wollen sie nun auch die nächsten zentralen Schritte dieser cleveren Maschinerie entschlüsseln, die in unseren Zellen für Ordnung sorgt. Jeder Tag beginnt für die ZellbiologInnen mit der Hoffnung, vielleicht heute eines der entscheidenden Rädchen im Getriebe zu identifizieren, und fast jeder Tag endet mit dem Vorsatz, es morgen noch einmal zu probieren. Sie forschen weiter: Auf daß wir Alzheimer bald vergessen können.

Die Max Perutz Labs

wurden 2005 als Joint Venture der Universität Wien und der Medizinischen Universität Wien ins Leben gerufen. Mittlerweile forschen hier rund 450 Köpfe aus 40 Nationen an grundlegenden Fragen im Bereich Molekular- und Zellbiologie. Die Ideenschmiede im 3. Wiener Gemeindebezirk konnte bereits 13 ERC Grants einwerben – zwei Grants davon gehen an das Team von Sascha Martens (zu allen ERC Grants an der Uni Wien). Die Max Perutz Labs sind Teil des Vienna Bio-centers, einem der europäischen Hotspots für Lebenswissenschaft – jüngster Zuwachs ist das heuer neu eröffnete Biology Building der Uni Wien. ■

<https://rudolphina.univie.ac.at/>

Chemie: Neue Methode eröffnet »grünere« Wirkstoffherstellung

Nachhaltige Aminsynthese aus einfachen Bausteinen



Foto: Universität Wien

Die Chemie sucht heute verstärkt nach Wegen, molekulare Verbindungen umweltfreundlich und nachhaltig herzustellen. Ein Team um Chemiker Nuno Maulide von der Universität Wien hat nun eine neue Methode vorgestellt, mit der die ForscherInnen sogenannte Amine – u.a. wichtige und begehrte Verbindungen für die Medikamentenproduktion – „grüner“ synthetisieren können. Die Arbeit erschien in der Fachzeitschrift „Angewandte Chemie“.

Man findet Amine in fast 50 Prozent aller pharmazeutischen Produkte“, sagt Carlos Goncalves, Erstautor der Studie. Die nun vorgestellte Methode erlaubt es, die wertvollen Amine (Verbindungen, die zumindest ein Stickstoffatom enthalten) aus einfachen Alkenen zu synthetisieren.

Alkene als Ausgangsverbindungen

Alkene, also Verbindungen mit einer Kohlenstoff-Kohlenstoff Doppelbindung, kommen zuhauf in der Natur vor. Ihre chemische Transformation eröffnet daher potenziell die Möglichkeit, chemische Bausteine nachhaltig zu produzieren und dadurch Forschungsbereiche wie Medikamentenentwicklung zu unterstützen.

„Alleine in diesem Jahrhundert wurden schon drei Nobelpreise für verschiedene Aspekte der Chemie von Alkenen vergeben“, sagt Nuno Maulide, Leiter des Institutes für Organische Chemie und Wissenschaftler des Jahres 2018. „Alkene sind eine privi-

legierte Stoffklasse und ihre Chemie wird auch weiterhin neue Entwicklungen in der Synthese wertvoller Stoffe ermöglichen.“

Ohne Zusatzstoffe

Die von der Maulide Gruppe entwickelte Methode benötigt keine Metallkatalysatoren und auch keine toxischen Reagenzien. „Mit diesem Prozeß können neben den Aminen auch beispielsweise Trifluormethylgruppen – ebenso im pharmazeutischen Kontext begehrte Strukturelemente – eingebaut werden“, sagt Maulide.

Veronica Tona, Co-Studienautorin und ehemalige Doktoratsstudentin in der Maulide Gruppe bekräftigt: „Wir sind auch in der Lage, Aminosäuren und deren Derivate direkt aus Alkenen herzustellen – ein gemein wertvoller Prozeß.“

Maulide ergänzt: „Auf lange Sicht scheinen die Möglichkeiten mit dieser Chemie fast endlos. Wir haben bereits Kooperationen mit führenden internationalen Aminproduzenten ins Leben gerufen und fiebern der Möglichkeit entgegen, unseren Prozeß im Kilogramm- oder gar Tonnenmaßstab ausprobieren zu können.“

Amine sind überall

Seit dem 19. Jahrhundert ist bekannt, daß Amine unter anderem biologische Funktionen besitzen. Sie werden z.B. routinemäßig als Farbstoffe, Nahrungszusatzstoffe und Pharmazeutika verwendet. Manche Amine

sind auch psychotrope Substanzen – von LSD bis zu Mescaline. „1919 wurde Mescaline zum ersten Mal synthetisch hergestellt, und zwar an unserem Institut. Man kann also sagen, daß Wien eine enge Beziehung zu Aminen hat“, erzählt Maulide.

„Nachhaltigkeit ist heutzutage wichtiger denn je und es ist Aufgabe der Synthesechemie, hier eine Führungsrolle einzunehmen“, so Maulide. Der Pfad in Richtung des Ideals der „Grünen Chemie“ („green chemistry“) baut auf der Fähigkeit von ChemikerInnen auf, einfache (und nachhaltige) Ausgangsmaterialien zu nehmen und diese schnell, und ohne Verwendung toxischer, teurer oder unnötiger Reagenzien, in wertvolle chemische Verbindungen zu überführen.

Grüne Chemie

Die Entwicklung der neuen Methode hebt das Ziel der nachhaltigen und grünen Chemie weiter hervor. Dies ist auch ein großes Thema in Maulides Projekt „VINCAT“, das von der EU mit einem ERC Consolidator Grant bedacht wurde und die Nachhaltigkeitsstrategie der Universität Wien verkörpert. „Wir, und viele andere an der Universität Wien, sind auch den Green Labs Austria beigetreten, um unserem Engagement im Bereich der Nachhaltigkeit noch mehr Nachdruck zu verleihen“, so Maulide. ■

<https://greenlabsaustria.at/>

<https://organicsynthesis.univie.ac.at/>

<https://www.univie.ac.at/>

Robuster Radar

Neue KI-Sensortechnologie für autonomes Fahren



© Infineon

Die TU Graz arbeitet gemeinsam mit Infineon an neuen, robusten Radarsensoren für autonomes Fahren.

Damit Fahrassistenten- und Sicherheitssysteme moderner Autos ihre Umgebung wahrnehmen und in allen denkbaren Situationen zuverlässig funktionieren, sind sie auf Sensoren wie Kameras, Lidar, Ultraschall und Radar angewiesen. Vor allem letztere sind ein unverzichtbarer Bestandteil: Radarsensoren versorgen das Fahrzeug mit Standort- und Geschwindigkeitsinformationen von umliegenden Objekten. Allerdings haben sie es im Verkehrsgeschehen mit zahlreichen Stör- und Umwelteinflüssen zu tun: Interferenzen durch andere (Radar)-Geräte und extreme Witterungsbedingungen erzeugen ein Rauschen, das die Qualität der Radarmessung negativ beeinflusst.

„Je besser das Entrauschen von Störsignalen funktioniert, desto zuverlässiger kann die Position und die Geschwindigkeit von Objekten bestimmt werden“, erklärt Franz Pernkopf vom Institut für Signalverarbeitung und Sprachkommunikation der TU Graz. Gemeinsam mit seinem Team und mit Partnern von Infineon entwickelte er ein KI-System auf Basis neuronaler Netzwerke, das gegenseitige Interferenzen bei Radarsignalen abschwächt und dabei den derzeitigen Stand der Technik bei Weitem übertrifft. Dieses Modell wollen sie nun soweit optimieren, damit es auch abseits gelernter Muster funktioniert und Objekte noch zuverlässiger erkennt.

Ressourceneffiziente und intelligente Signalverarbeitung

Die Forschenden haben dafür zunächst Modellarchitekturen zur automatischen Rauschunterdrückung entwickelt, die auf sogenannten gefalteten neuronalen Netzwerken (Convolutional Neural Networks, kurz: CNNs) beruhen. „Diese Architekturen sind der Schichtenhierarchie unseres visuellen Kortex nachempfunden und werden bereits erfolgreich in der Bild- und Signalverarbeitung eingesetzt“, so Pernkopf. CNNs filtern visuelle Informationen, erkennen Zusammenhänge und ver-



Foto: TU Graz / Baustädter

Franz Pernkopf

vollständigen das Bild anhand vertrauter Muster. Sie verbrauchen durch ihren Aufbau wesentlich weniger Speicherplatz als andere neuronale Netzwerke, sprengen aber trotzdem die verfügbaren Kapazitäten von Radarsensoren für autonomes Fahren.

Komprimierte KI im Chipformat

Das Ziel lautete also: noch effizienter werden. Das Team der TU Graz trainierte daher verschiedene dieser neuronalen Netzwerke mit verrauschten Daten und gewünschten Ausgangswerten. Dabei identifizierten sie in Experimenten besonders kleine und schnelle Modellarchitekturen, in dem sie den Speicherplatz und die Anzahl an Rechenoperationen analysierten, die es pro Entrauschungsvorgang braucht. Die effizientesten Modelle wurden anschließend erneut komprimiert, indem die Bitbreiten, also die Anzahl der verwendeten Bits zur Speicherung der Modellparameter, reduziert wurden. Resultat war ein KI-Modell mit hoher Filterleistung bei gleichzeitig geringem Energieverbrauch. Die hervorragenden Entrauschungsergebnisse mit einem F1-Score (Maß für die Genauigkeit eines Tests) von 89 Prozent, entsprechen beinahe einer Objekterkennungsrate von ungestörten Radarsignalen. Die Störsignale werden also beinahe gänzlich aus dem Meßsignal entfernt.

Bremsenprüfstand

Schienenfahrzeughersteller können ab 2023 ihre Bremssysteme am Campusgelände der TU Graz prüfen und zertifizieren lassen.

In Zahlen ausgedrückt: Das Modell erreicht mit einer Bitbreite von 8 Bit die gleiche Performance wie vergleichbare Modelle mit einer Bitbreite von 32 Bit, benötigt aber lediglich 218 Kilobytes Speicherplatz. Das entspricht einer Speicherplatzreduktion von 75 Prozent, womit das Modell den derzeitigen Stand der Technik bei Weitem übertrifft.

Robustheit und Erklärbarkeit im Fokus

Im FFG-Projekt „REPAIR“ (Robust and Explainable AI for Radarsensors“) arbeiten Pernkopf und sein Team nun gemeinsam mit Infineon in den nächsten drei Jahren an der Optimierung ihrer Entwicklung. Pernkopf dazu: „Für unsere erfolgreichen Tests nutzten wir ähnliche Daten (Störsignale, Anm.), die wir zum Trainieren verwendet hatten. Wir wollen das Modell nun derart verbessern, daß es auch dann noch funktioniert, wenn das Eingangssignal signifikant von gelernten Mustern abweicht.“ Das würde Radarsensoren um ein Vielfaches robuster gegen Störungen aus der Umgebung machen. Schließlich ist der Sensor auch in der Realität mit verschiedenen, teils auch unbekanntenen Situationen konfrontiert. „Bisher reichten schon kleinste Veränderungen der Meßdaten aus, daß der Output zusammenbrach und Objekte nicht oder falsch erkannt wurden, was im Anwendungsfall autonomes Fahren verheerend wäre.“

Licht in die Blackbox bringen

Das System muß mit solchen Herausforderungen zurecht kommen und merken, wann die eigenen Vorhersagen unsicher sind. Dann könnte beispielsweise mit einer gesicherten Notfallroutine darauf reagiert werden. Hierzu wollen die Forschenden herausfinden, wie das System Vorhersagen bestimmt und welche Einflußfaktoren dafür entscheidend sind. Dieser komplexe Vorgang innerhalb des Netzwerks war bislang nur beschränkt nachvollziehbar. Hierzu wird die komplizierte Modellarchitektur in ein lineares Modell übertragen und vereinfacht. In Pernkopfs Worten: „Wir wollen das Verhalten von CNNs ein Stück weit erklärbarer machen. Uns interessiert nicht nur das ausgegebene Ergebnis, sondern auch dessen Schwankungsbreite. Je kleiner die Varianz, desto sicherer ist sich das Netzwerk.“

So oder so: Für den Realeinsatz ist noch einiges zu tun. Pernkopf rechnet damit, daß die Technologie in den nächsten Jahren so weit entwickelt sein wird, daß die ersten Radarsensoren damit ausgestattet werden können. ■

<https://www.spsc.tugraz.at/>

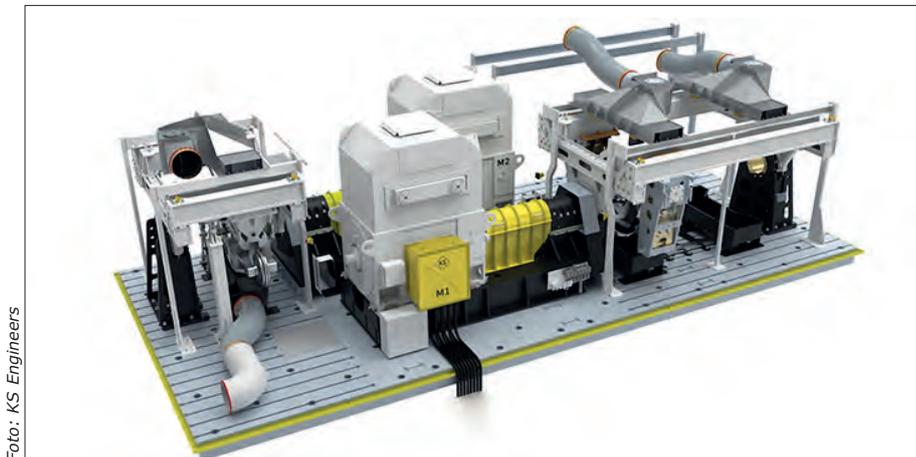


Foto: KS Engineers

Am Institut für Betriebsfestigkeit und Schienenfahrzeugtechnik entsteht ein neuartiger Prüfstand

Mit diesem Prüfstand machen wir einen neuen Forschungsbereich auf und betreten Neuland“, freut sich Martin Leitner. Der Begriff „Neuland“ wurde vom Leiter des Instituts für Betriebsfestigkeit und Schienenfahrzeugtechnik der TU Graz bewußt gewählt: Zum einen wird das Institut zukünftig als eine der weltweit wenigen unabhängigen Prüfstellen für Bremssysteme von Schienenfahrzeugen am Markt agieren. „Im Schnitt können die Wartezeiten für solche Zulassungsprüfungen derzeit bei einem halben bis ganzen Jahr liegen. Hier wollen wir Abhilfe schaffen“, so Leitner. Zum anderen wird ein wesentlicher Fokus der geplanten Untersuchungen auf Forschungs- und Entwicklungsprojekten liegen, welche über die Standardanwendungen hinaus gehen.

Konventionelle Prüfstände dieser Art funktionieren mit Stahlscheiben mit Massen von mehreren Tonnen je Scheibe, welche – angetrieben von einem vergleichsweise kleineren Motor – eine enorme Energie speichern können. Diese rotierenden Schwungmassen simulieren die Trägheit eines Schienenfahrzeugs und werden mit den zu prüfenden Bremsen abgebremst. Der neue Bremsenprüfstand der TU Graz beruht auf einem innovativen Konzept. Statt Schwungmassen kommt ein vergleichsweise größerer E-Motor mit 1,4 Megawatt Leistung zum Einsatz. Das ermöglicht flexible Testscenarien mit rasch veränderlichen Beanspruchungen. Geprüft werden dabei auch Bremssysteme von Hochgeschwindigkeitszügen mit Geschwindigkeiten von bis zu 500 km/h.

Mehr noch: Das innovative Antriebssystem eröffnet eine Vielzahl neuer fahrzeugspezifischer Versuche – von Bremsungen bis zum vollständigen Stillstand sowie Parkbrems- und Halteruckversuche. Darüber hinaus zählt der Prüfstand zwei Prüfkammern mit jeweils einer eigenen E-Maschine. Eine Prüfkammer steht für Standard-Prüfungen von Einzelkomponenten wie Scheiben- oder Klotzbremsen zur Verfügung. Die zweite Prüfkammer erfüllt zusätzlich spezielle Funktionalitäten für weitere Versuchsszenarien mit größerem Platzbedarf.

Dadurch ergeben sich auch für die Grundlagenforschung völlig neue Möglichkeiten, wie Leitner erklärt: „Im Realbetrieb führen Bremsvorgänge und die dabei auftretenden Schwingungen dazu, daß die Bauteile des Fahrwerks durch die immer wiederkehrenden Belastungen ermüden. Das kann zu Rissen im Material führen, welche in weiterer Folge ein Versagen verursachen können.“

Für Konzeptionierung und Umsetzung des Prüfstands verantwortlich zeichnet das weltweit tätige Technologieunternehmen KS Engineers. Der 600köpfige Betrieb, mit Hauptsitz in Graz, ist ein international führender Anbieter von Prüfständen und Prüftechnik für die Automobil- und Motorenindustrie.

Derzeit läuft die finale Designphase, im Frühjahr 2022 möchte man in die Fertigung gehen.

Die Investitionskosten belaufen sich auf mehrere Millionen Euro. ■

<https://www.tugraz.at/institute/bst/>

<https://www.ksengineers.at/>

Tennis-Training im Wohnzimmer

TU Wien und VR Motion Learning entwickeln gemeinsam einen virtuellen Tennistrainer. Dieser soll zukünftig nicht nur Bewegungsabläufe analysieren, sondern den Spielenden auch Feedback geben können.



Foto: © VR Motion Learning GmbH & Co. KG

Mit Tennis Esports wird das Wohnzimmer zum Tennisplatz.

Bislang fanden Trainingseinheiten im Tennis vorwiegend auf dem Tennisplatz statt. Mit der Entwicklung eines virtuellen Tennistrainers soll es künftig möglich sein, Zuhause zu trainieren. Bereits seit März 2020 arbeiten die Partner TU Wien und VR Motion Learning an der Entwicklung ihres virtuellen Tennistrainers. Während bislang vor allem die Erkennung und Bewertung von Bewegungsabläufen analysiert und automatisiert wurde, konzentriert sich das Team nun auf die didaktische Komponente, um den NutzerInnen hilfreiche Rückmeldung zu geben. Gefördert wird dieses Vorhaben durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft FFG, welche die Projektverlängerung Ende Jänner bekanntgab.

Training der KI

Mit dem entwickelten „Tennis-Simulator“ (Tennis Esports) können NutzerInnen virtuelles Tennis erleben und physikalisch richtige Schläge durchführen. Der darauf aufbauende Tennistrainer richtet sich an Personen, die neu in den Sport einsteigen oder ihre Technik verbessern möchten. Denn richtig ausgeführt bringt Tennis nicht nur mehr Spaß, es lassen sich auch Verletzungen verhindern. Damit die angehenden TennisspielerInnen von einem virtuellen Trainer lernen können, muß dieser zunächst mit entsprechenden Fähigkeiten ausgestattet werden. Um zu analysieren, wie verschiedene Schläge wie Vorhand-Topspin, Rückhand-Slice oder Auf-

schlag korrekt ausgeführt werden, lud das Team zunächst erfahrene TennisspielerInnen ein, um ihre Bewegungsabläufe – ebenso wie die Führung des Schlägers – mit Kameras aufzuzeichnen. Die so entstandene Datenbank an verschiedensten Schlägen konnte anschließend genauestens mit einer eigens entwickelten Künstlichen Intelligenz analysiert und verglichen werden.

„Am Ende der ersten Projektphase konnte der virtuelle Tennistrainer, basierend auf den als korrekt aufgezeichneten Schlägen, neue Bewegungsabläufe der SpielerInnen vollautomatisiert erfassen und bewerten“, sagt Hannes Kaufmann, Leiter der Gruppe Virtual und Augmented Reality und Professor für Virtual- und Augmented Reality an der TU Wien. „Die Herausforderung, vor der wir jetzt stehen, ist die Implementierung einer Feedbackfunktion. Schließlich soll der Simulator auch zu einer verbesserten Spielleistung beitragen“. Die Feedbackfunktion gilt es nicht nur technisch umzusetzen, es sind auch Überlegungen notwendig, wie Lern- und Trainingseffekte am größten ausfallen. „Ein Vorteil, den uns die virtuelle Umgebung dabei bietet, ist, daß dieselbe Situation mehrfach durchlebt werden kann. Das Feedback zu einem Schlag kann folglich direkt umgesetzt werden“, erklärt Peter Kán vom Forschungsbereich Computer Graphics der TU Wien. Wird virtuell trainiert, stehen die Spielenden auf einem (virtuellen) Tennisplatz, auf dem sie sich frei bewegen können.

Auf dem Tennisplatz oder Zuhause?

Das Programm kann als Erweiterung zum klassischen Training auf dem Tennisplatz gesehen werden. Die Idee ist, menschlichen TrainerInnen ein Werkzeug an die Hand zu geben, um den Spielenden das Trainieren abseits vom Platz, alleine oder auch zu zweit, an verschiedenen Orten zu ermöglichen. „Damit zukünftig aber auch Zuhause trainiert werden kann, entwickeln wir in der kommenden Projektphase eine Version, die die Schlaganalyse ausschließlich anhand von vorhandenen VR Sensordaten vornimmt. Ein zusätzliches Kamerasystem zur Bewegungserkennung ist dann nicht notwendig“, berichtet Peter Kán. Die Spielenden würden dann nur noch ein VR-Headset sowie einen Tennisschläger benötigen – die zuvor benötigte Tiefenkamera würde überflüssig. Trainiert werden kann bereits auf einer Fläche von 2 x 2 Metern, die sich auf bis zu 10 x 10 Meter erweitern läßt.

Mit Entwicklung einer Version für Zuhause reagiert das Team auf Hemmnisse wie das Fehlen eines/einer TrainingspartnerIn oder mangelnder zeitlicher Flexibilität. Wichtig ist dem Entwicklungsteam dabei, eine Anwendung für Personen zu schaffen, die sich für den Sport Tennis interessieren, nicht primär für E-Sports. Der virtuelle Tennistrainer soll bereits Ende des Jahres für die Oculus Quest verfügbar sein. ■

<https://tuwien.ac.at/>

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=fCnSDJ0FwmA>

Lösung zur Bekämpfung von Krypto-Kriminalität

Wiener Startup Iknaio Cryptoasset Analytics unterstützt Sicherheitsfirmen und Behörden bei der Kryptoasset-Forensik, um den Umgang mit Kryptowährungen insgesamt sicherer machen.

Kryptowährungen wie Bitcoin werden immer beliebter – leider auch als Zahlungsmittel für illegale Zwecke. Unter anderem werden sie oft bei Ransomware-Attacken auf Unternehmen und Privatpersonen oder für den illegalen Handel mit Gütern oder Dienstleistungen im Darkweb verwendet. Der entstandene Schaden beläuft sich schon jetzt auf mehrere Milliarden US\$ pro Jahr und dürfte in Zukunft dramatisch steigen.

Um dem gegenzusteuern, haben zwei führende Forscher im Bereich Kryptowährungs-Forensik, Ross King und Bernhard Haslhofer, eine revolutionäre Forensik-Methode entwickelt und in der open-source Cryptoasset-Analytics-Plattform GraphSense umgesetzt. Demnächst bietet das neu gegründete Startup, die Iknaio Cryptoasset Analytics GmbH, auch professionelle Services rund um diese Plattform an.

Transformation des Finanzwesens durch digitale Technologien

Virtuelle Währungssysteme wie Bitcoin sind dezentral erzeugte Währungseinheiten, die zu geringen Kosten global transferiert werden können. Im Gegensatz zu bereits existierenden Währungen operieren virtuelle Währungen ohne zentrale Kontrolle etwa über Notenbanken und vorbei an klassischen Zahlungsverkehrsanbietern wie Banken. Das macht sie attraktiv für neuartige dezentrale Finanzprodukte, die durchaus das Potential haben, den Finanzsektor zu transformieren.

Alle jemals in Kryptowährungen durchgeführten Transaktionen sind in der sogenannten Blockchain öffentlich einsehbar. Diese Transparenz ermöglicht unter anderem die systematische Analyse von Zahlungsströmen. Die vom Forschungsteam rund um Ross King und Bernhard Haslhofer entwickelten und bereitgestellten Algorithmen ermöglichen zum Beispiel, globale Ransomware-Attacken, Erpressungsversuche und Transaktionen mit Geldwäschepotential in der Blockchain nachzuweisen. Damit werden die notwendigen Anforderungen an mo-



Foto: Iknaio Cryptoasset Analytics GmbH

Das Iknaio Gründerteam (v.l.): Bernhard Haslhofer, Rainer Stütz, Ross King, Matthias Rella und Karl Zettl

derne Forensik im Zusammenhang mit Kryptowährungen erfüllt.

Volle Datenhoheit, algorithmische Transparenz und Skalierbarkeit

Mit der Gründung der Iknaio Cryptoasset Analytics GmbH bietet das Team diesen Dienst nun auch kommerziell an. KundInnen, etwa aus dem Finanzwesen oder Einrichtungen zur Betrugsbekämpfung, können ihre Forensik-Workflows hochautomatisiert und unter Wahrung der vollen Datenhoheit umsetzen lassen. Die Server-Infrastruktur wird in Österreich gehostet und betrieben.

„Unser Fokus liegt auf der Forensik“, erklärt Iknaio-Geschäftsführer Karl Zettl das Konzept und die aktuelle Strategie des Start-Ups. „Dafür arbeiten wir weltweit mit Unternehmen im Sicherheitsbereich bis hin zu Strafverfolgungsbehörden zusammen. Der Dienst ist skalierbar, sodaß wir für jede Anforderung das passende Paket schnüren können, von Single-User-Lizenzen bis hin zur gehosteten Komplettlösung.“

Kryptowährungs-Forensik gleiche „der Suche nach der Nadel im Heuhaufen“, ergänzt Bernhard Haslhofer, Leiter „Cryptofinance“, einer gemeinsamen Arbeitsgruppe vom Complexity Science Hub Vienna (CSH)

und dem AIT Austrian Institute of Technology. Er beschäftigt sich derzeit hauptsächlich mit der Erforschung dezentraler Finanzprodukte (Stichwort: DeFi) und meint: „Niemand weiß derzeit genau, wie diese Finanzprodukte eigentlich funktionieren und zusammenhängen. Wir brauchen also kluge Köpfe, die die darunter liegenden Konzepte verstehen und auch die anfallenden Daten beherrschen. Mit unserem Forschungsteam – und nun auch unserem Start-Up – sind wir in diesem Bereich weltweit ganz vorne mit dabei.“

Ziele

Noch im ersten Quartal 2022 wird GraphSense als professionell betriebenes Service erhältlich sein. „Derzeit bieten wir die Analyse unter anderem für Bitcoin- und Ethereum-Transaktionen an“, so Haslhofer. „Und unser Team arbeitet unter Hochdruck auch schon an Erweiterungen. Demnächst soll es möglich sein, die internen Abläufe von Smart Contracts zu analysieren, um so zum Beispiel die Funktionsweise komplexer, dezentraler Finanzprodukte besser zu verstehen. Iknaio soll in den kommenden drei Jahren der führende Anbieter für Kryptoasset-Analysen in Europa werden“, so Karl Zettl. ■

<https://www.ikna.io/>

Viktor Frankls Sinn-Lehre gegen die Sinn-Leere

Ende März jährt sich der Geburtstag des Begründers der Logotherapie und Existenzanalyse zum 117. Mal. Gefei-ert wird mit der Eröffnung einer neuen Ausstellung im Viktor Frankl Museum Wien.

Die Sehnsucht des Menschen nach EINER Menschheit birgt eine Vision von Frieden in sich, die aktueller nicht sein könnte: Wenn jede Person in Freiheit und Verantwortlichkeit je in ihrem Land, in ihrer Nation, auf ihrem Kontinent dafür einsteht und wirkt. Der österreichische Arzt und Philosoph sowie Begründer der Sinn-Lehre Viktor E. Frankl sichert diese hoffnungsvermehrnde Haltung jedem Menschen zu: Jede Person ist in der Lage, die Welt positiv mitzugestalten – jede Person ist gefragt, ihren Beitrag zu einem gelingenden Ganzen zu leisten. Dieses Wissen um ihre Mächtigkeit ermutigt und befähigt sie, statt in Resignation in Aktion zu treten.

Die Ausgangssituation

Viktor E. Frankl war Kosmopolit und be-seelt von der Überzeugung, daß jeder Mensch von einem Sehnen und Streben nach Sinn geleitet ist. Er füllte Hörsäle auf der ganzen Welt, lehrte an über 200 Universitäten welt-weit und konnte seine Sinnlehre ermutigend noch im vorigen Jahrhundert, trotz sehr ein-geschränkter Social-Media-Möglichkeiten, zum Wohl der Menschheit etablieren. Es ent-standen unzählige Logotherapieinstitute auf allen Kontinenten, die bis heute wissen-schaftliche Forschung und praxisnahe Stu-dien veröffentlichen.

Er wohnte nach dem Zweiten Weltkrieg in der Wiener Mariannengasse, Hausnum-mer 1, bis zu seinem Tod 1997. Dort vervoll-ständigte er seine Thesen vom Menschen als ein geistbegabtes Wesen, das allen Widrig-keiten zu trotzen vermag, sobald und solange es Sinn im Leben findet. Diese Schaffensstätte Frankls beheimatet heute ein inspirierendes Museum – eröffnet am 26. März 2015, dem 110. Geburtstag Frankls. Dort werden die BesucherInnen Schritt für Schritt in die hohe Kunst der Seelenheilkunde eingeführt, dabei mehr erfahrend über ihre eigenen Chancen und Potentiale als bloß über den Werdegang eines Genies.

In den Jahren seither ist unter Federfüh-rung der Gründerinnen des im selben Haus befindlichen *Viktor Frankl Zentrum Wien*,



Foto: Katharina Ratheiser

Viktor E. Frankl: Neurologe, Psychiater und Begründer der Logotherapie und Existenzanalyse

Johanna Schechner und Heidemarie Zürner, das Museum erweitert worden und wird nun am 27. März in der vierten Ausbaustufe er-öffnet. Es geht unter anderem darum, dieses



Foto: Friedrich Krüger

Der bergbegeisterte Viktor E. Frankl auf dem Drei-Enzian-Steig auf der Rax

weltumspannende, einigende Menschenver-ständnis, das der Humanist Viktor E. Frankl als Arzt und Philosoph aus allen Epochen und Nationen zu einer Lehre zusammenge-faßt hat, erlebbar zu machen.

Es soll Menschheitsweisheit aus aller Welt überkonfessionell – unabhängig von Ge-schlecht, Nationalität, Bildung, etc. – als Aus-weis menschlichen Potentials sichtbar ge-macht werden, um die BesucherInnen zu er-mutigen, ihren unersetzbaren Beitrag pro Leben zu leisten.

„Als Naturwesen bleibt der Mensch an den Körper gebunden, als Geistwesen hat er Flügel.“ (Platon)

Der Mensch steht nicht alleine da, er lebt nicht nur für sich, er ist umgeben von Mit-welt und Umwelt. Niemand muß alleine die Welt retten, aber jede/r ist aufgerufen, mitzu-helfen. Wir alle leben gemeinsam auf diesem Planeten mit der einen, einigenden großen Aufgabe: Sinnvoll das Leben und die Welt zu gestalten!

Wenn jede/r an seinem/ihrer individuel-len Platz seinen/ihren bestmöglichen Beitrag leistet, gibt es Hoffnung. Diese Weisheit wur-

Ich und Du als gefragter Teil der Welt

Me and you in demand as part of this world



Foto: Viktor Frankl Zentrum Wien

Viktor E. Frankl: Die EINE Menschheit

de nicht von Frankl erfunden, sondern diese Weltanschauung ist tief in allen Menschen, seit Menschheitsgedenken verwurzelt und wurde von Frankl in eine heilende Sinnlehre gegossen.

Aufgrund des aktuellen Weltgeschehens: Flüchtlingsbewegungen, Pandemie, Klima-

krise u.v.m. drängt sich Frankls Meinung des vorherigen Jahrhunderts wieder in die Köpfe der Menschen: „Wir alle leben auf *einem* Planeten – wir alle sind verantwortlich.“ Nun ist der richtige Zeitpunkt, um die BesucherInnen mit dem Einenden der Menschheit vielschichtig zu konfrontieren.

Der Monanthropismus nach Viktor E. Frankl

Wenn jeder einzelne Mensch weiß, daß gerade er – unabhängig von Geschlecht, Ausbildung, Nation, Religion, Zuständigkeit - aufgerufen ist, seinen unersetzbaren Sinnbeitrag für sich und sein Umfeld zu leisten – ist Frieden möglich. Die These von der einen Menschheit kann die Suche nach Werten, nach Sinn, der für alle gilt, leiten. Das Wissen um die Gleichheit und Würde aller Menschen macht darüber hinaus auch den Weg für die Gestaltung der Weltgemeinschaft frei. Der Begriff Monanthropismus kann somit als Programm für eine friedlichere Welt aufgefaßt werden, sodaß ein Weltfriede erreichbar erscheint.

„Mehr denn je brauchen wir heute das Wissen um die eine Menschheit, das hinausgeht über alle Mannigfaltigkeiten, sei es solchen der Hautfarbe oder der Parteifarbe.“ (nach Viktor E. Frankl)

Es gibt nur eine Menschheit. Diese setzt sich aus einmaligen, einzigartigen und unersetzbaren Personen zusammen, die von einer Sehnsucht nach Sinn geleitet sind. Die Vision: Wenn jeder Mensch weltweit sich seiner Freiheit und Verantwortung und seiner daraus ableitbaren Würde bewußt ist, gibt es berechnete Hoffnung für unsere Erde, trotz großer Herausforderungen.



Foto: Gerhard Breitwieser

Der interaktive Sinn-Raum im weltweit 1. Viktor Frankl Museum in Wien



Foto: Gerhard Breitwieser

Das Viktor Frankl Museum lädt zu einer individuellen Sinn-Suche ein.

Raum-Übergänge als Lebens-Schwellen

Zwei besondere Raum-Übergänge laden im Museum zum Verweilen an der Schwelle ein. Es sind gespiegelte Bögen, die die BesucherInnen in einem ganz wesentlichen Moment zeigen: Aus dem Raum kommend, in dem das Menschenbild Viktor Frankls erfahren wird, finden sich diese im Spannungsbogen von menschlicher Freiheit und Verantwortung wieder. In diesem Bewußtsein können die BesucherInnen nun den nächsten Raum erfassen: Die Möglichkeit frei zu entscheiden bzw. wie Stellungnahme erfolgen soll und die Klarheit für diese Haltung auch verantwortlich zu sein, wird hiermit eindrücklich symbolisiert. Zusätzlich stellt diese Installation auch den Verfügungszeitraum dar.

Es handelt sich dabei um den einzigen Zeitraum, den der Mensch überhaupt beeinflussen kann: die Gegenwart, das Hier und Jetzt, in diesem Augenblick. Weder kann die Vergangenheit verändert werden, noch die Zukunft bestimmt werden. Es ist die Gegenwart, die dem Menschen frei zur Verfügung gestellt ist. Ein schmaler Bereich, aber ein wesentlicher. Gestaltet doch die geistbegabte Person in jenen winzigen Augenblicken ihres Lebens ihre Umwelt sowie auch sich selbst! Ein kostbarer Moment also, der es verdient, eine würdige Installation zu bekommen.

Mit Türschwellen hat es eine besondere Bewandnis in der Sinn-Lehre Frankls. An Türschwellen läßt man einen bereits beschrittenen und daher bekannten Raum hinter sich, um sich unbekanntem Inhalten in neuen Räumen zu öffnen. Dafür braucht es aber auch den Mut, Altes, Bekanntes hinter

sich zu lassen, um sich auf ein unbekanntes Wagnis einzulassen. Auch in menschlichen Lebensläufen gibt es immer wieder „Schwellen“. Die Übergänge in neue Schulstufen und -typen, neue Ausbildungen, Entscheidungen für oder gegen eine gemeinsame Zukunft, die Pension ... Dieser Tür-Bogen darf also als eine Lebensschwelle gesehen werden. Der Mensch geht, sich seiner Freiheit zu gestalten bewußt, über diese Schwelle und erahnt bereits die große Verantwor-



Foto: Viktor Frankl Zentrum Wien

„Bleiben Sie GestalterIn Ihres Lebens!“

tung, die immer mitschwingt.

Beim 2. Torbogen erkennen nun die BesucherInnen die große Aufforderung, die bei Frankls Lehre klar an die einzelne Person appelliert: „Wenn nicht ich – wer dann? Wenn nicht jetzt – wann dann? Und wenn ich es nur für mich selbst tue – wer bin ich dann?“ (Hillel) Nun steht der Mensch in der individuellen Ansprache und vernimmt den Auf-

trag, Welt zu gestalten. Schulter an Schulter mit seinen Mitmenschen und gleich mit allen Menschen auf der Welt. Dieses Bewußtsein schafft neue Perspektiven! Sinnvoll leben – jetzt!

**Thesenmappen:
Die 10 Thesen zur Person**

Nur einen Raum weiter werden die 10 Thesen zur Person ausgestellt. In neu aufgelegten Mappen wird jede These in Theorie und Praxis vorgestellt und anschaulich präsentiert. Im bewährten Frage-Antwort-Dialog tritt nun eine neue Installation im Regal mit den BesucherInnen in Verbindung. Mit Lebensfragen wird der Mensch angesprochen und bekommt unmittelbar hinter der Frage erste Perspektiven für Antwortmöglichkeiten aufgezeigt. Im weiterführenden Studium der dazugehörigen Thesenmappe werden die BesucherInnen darin bestärkt, sinnvolle Entscheidungen zu treffen.

Der »Monanthropismus«-Raum

Viktor E. Frankl war auf allen Kontinenten lehrend tätig. Er war ein Vertreter des Gedankens, daß ein Zusammenleben erst auf der Welt durch das gemeinschaftliche Handeln der einen Menschheit gelingen kann. In einem großen „Setzkasten“ werden die MuseumsbesucherInnen in diese weltumspannenden Einsichten eingebunden und erleben sich selbst als wesentliche unersetzbare Teile des Ganzen.

Mit aufwendigen Installationen auf modernstem Niveau wird die dritte Dimension des Menschen als verbindende Größe bewußt erlebt. In unterschiedlichen Modellen der Sinnlehre Frankls verstehen sich die BesucherInnen als unersetzbares, gestaltendes Wesen. In haptischen und visuellen Erlebnissen werden tiefgreifende philosophische Gedankengänge begriffen und sprechen den Menschen unmittelbar an. Die Menschheitsweisheit, die dem Monanthropismus zugrunde liegt, wird in einer weltumspannenden Sammlung von Zitaten, die die Sehnsucht aller Menschen nach Solidarität aufzeigen, eindrucksvoll illustriert.

Auch die Präsenzbibliothek, das sogenannten „Restaurant Zum guten Geist“, wird am 27. März im neuen Glanz erstrahlen. Werden Sie ein Teil dieses hochaktuellen und notwendigen Ausbaus des weltweit 1. Viktor Frankl Museum Wien!

Das Viktor Frankl Zentrum Wien

2004 als Zentrum für Sinn- und Existenzfragen in Wien gegründet, handelt es sich um

eine gemeinnützige Bildungseinrichtung mit Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit, welche die sinnorientierte Lehre von Viktor E. Frankl – die Logotherapie und Existenzanalyse – einer breiten Öffentlichkeit zugänglich macht. Die Aufgabe des Zentrums ist es, dem weit verbreiteten Sinnlosigkeitsgefühl der heutigen Gesellschaft etwas entgegenzusetzen und Möglichkeiten der *sinn*-vollen Lebensgestaltung aufzuzeigen. Jährlich nehmen über 20.000 BesucherInnen an den zentrumseigenen Programmangeboten, wie z.B. Ausstellungen, Vortragsreihen, SchülerInnen- und Erwachsenen-Workshops, Impuls-Abenden und Lehrgängen teil.

Das *Viktor Frankl Zentrum Wien* hat seinen Sitz in der Mariannengasse 1 im 9. Wiener Gemeindebezirk (Alsergrund), direkt neben jener Wohnung, in der Viktor E. Frankl über 50 Jahre lebte und arbeitete. 2015 wurde dort, wie bereits erwähnt, auf Initiative des Zentrums, das weltweit *1. Viktor Frankl Museum* eröffnet. In diesem weltweit einzigartigen Museum für Sinn und Existenzfragen wird die ermutigende und berührende Botschaft der Sinn-Lehre Viktor E. Frankls erfahrbar gemacht. Mit den gezeigten Antworten aus der humanistischen Sinn-Lehre entdecken die BesucherInnen dabei mehr über ihre eigenen Potentiale und bestehenden Chancen.

Zum Abschluß Viktor E. Frankl im Zitat

„Es ist etwas Furchtbares um die Verantwortung des Menschen – doch zugleich etwas Herrliches! Furchtbar ist es: zu wissen, daß ich in jedem Augenblick die Verantwortung trage für den nächsten; daß jede Entscheidung, die kleinste wie die größte, eine Entscheidung ist, für alle Ewigkeit, daß ich in jedem Augenblick eine Möglichkeit eben des einen Augenblicks, verwirkliche oder verwirke. Nun birgt jeder einzelne Augenblick Tausende von Möglichkeiten, ich kann aber nur eine einzige wählen, um sie zu verwirklichen. Alle anderen habe ich damit auch schon gleichsam verdammt, zum Nie-Sein verurteilt, und auch dies, für alle Ewigkeit!“, soweit das Zitat.

„Doch herrlich ist es: zu wissen, daß die Zukunft, meine eigene und mit ihr die Zukunft der Dinge, der Menschen um mich, irgendwie – wenn auch in noch so geringem Maße – abhängig ist von meiner Entscheidung in jedem Augenblick. Was ich durch sie verwirkliche, was ich durch sie in die Welt schaffe, das rette ich in die Wirklichkeit hinein und bewahre es so vor der Vergänglichkeit,“ ergänzt Johanna Schechner, Gründerin des Viktor Frankl Zentrum Wien ■

Viktor E. Frankl *26. 3. 1905 +2. 9. 1997

26. 03. 1905: Viktor E. Frankl wird in Wien geboren

1915 - 1923: In der Gymnasialzeit beschäftigt er sich mit den Naturphilosophen und der Angewandten Psychologie

1921: Erster Vortrag: „Über den Sinn des Lebens“

1923: Maturaarbeit zum Thema: „Zur Psychologie des philosophischen Denkens“; Korrespondenz mit Sigmund Freud

1925: Sein Aufsatz „Psychotherapie und Weltanschauung“ wird in der „Internationalen Zeitschrift für Individualpsychologie“ publiziert. Er bemüht sich um die Aufhellung des Grenzgebietes zwischen Psychotherapie und Philosophie unter besonderer Berücksichtigung der Sinn- und Wertproblematik, was zum lebenslangen Leitmotiv seiner Arbeit wird

1927: Ausschuß aus dem Verein für Individualpsychologie von Alfred Adler

1928 – 1929: Als junger Medizinstudent organisiert er Beratungsstellen für arbeitslose Jugendliche (Sonderaktion 1931 zur Zeit der Zeugnisverteilung, woraufhin in Wien seit vielen Jahren erstmalig kein einziger Schülerelbstmord zu verzeichnen ist)

1931 – 1932: Facharzt Ausbildung in Neurologie und Psychiatrie

1933 – 1937: Im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien sammelt er Erfahrungen in der Betreuung schwerst depressiver Patientinnen – viele von ihnen nach einem Selbstmordversuch

1937: Eröffnung seiner Privatpraxis, die er auf Anordnung kurze Zeit später schließen muß

1938: Einmarsch Hitlers in Österreich

1939: Er läßt sein Visum zur Ausreise nach Amerika verfallen, um bei seinen Eltern in Wien zu bleiben

1940 – 1942: Leitung der Neurologischen Station am Rothschild-Spital, wo er das Euthanasiegesetz sabotiert

1941: Er heiratet seine erste Frau, Tilly Grosser

1942 - 1945: Er und seine Familie (bis auf seine Schwester) werden ins Konzentrationslager deportiert Am 27. April 1945 wird er von US-Truppen befreit

1946: Seine ersten Bücher widmet er den toten Verwandten (seinen Eltern, seiner jungen Frau und seinem Bruder). Innerhalb von neun Tagen schreibt er das Buch „...trotzdem Ja zum Leben sagen.“ Er habilitiert sich mit der „Ärztlichen Seelsorge“ und wird Vorstand der Neurologie an der Allgemeinen Wiener Poliklinik

1947: Heirat mit Eleonore Schwindt, im Dezember wird seine Tochter Gabriele geboren. Weitere Buchveröffentlichungen folgen

1948: Dissertation in Philosophie zum Thema: „Der unbewußte Gott“

1955: Professur an der Wiener Universität, Gastprofessur an Universitäten im In- und Ausland (Harvard University in Cambridge/USA, Southern Methodist Universität in Dallas/USA, Duquesne Universität in Pittsburgh/USA)

1970: In San Diego/Kalifornien wird an der „United States International University“ eine Professur für Logotherapie geschaffen und das erste Logotherapie-Institut der Welt gegründet

1988: Anlässlich des Gedenktages zum 50. Jahrestag des Einmarschs von Hitler in Österreich hält er auf dem Wiener Rathausplatz eine Rede, in der er sich gegen die Kollektivschuld ausspricht

02. 09. 1997: Viktor Frankl stirbt an Herzversagen

Quelle: Viktor Frankl Institut Wien

Sinn (er)leben im Viktor Frankl Zentrum Wien

(Online-)Vortragsreihen, SchülerInnen- und Erwachsenenworkshops, Fortbildungen und Seminare, Impuls-Abende, Lehrgang Logopädagogik ... und das weltweit 1. Viktor Frankl Museum in Wien.

Kontakt:

Viktor Frankl Zentrum Wien
Mariannengasse 1/13, 1090 Wien

weltweit 1. Viktor Frankl Museum Wien
Mariannengasse 1/15, 1090 Wien

Museums-Öffnungszeiten:
freitags, samstags & montags
jeweils 13:00 – 18:00 Uhr

Infos und Anmeldung:

+43 699 1096 1068

office@franklzentrum.org

<https://www.franklzentrum.org>

ÖBB treiben Revolution im Schienengüterverkehr voran

Mit Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung wird Europa führend im Schienengüterverkehr – Startschuß für den weltweit ersten digitalen Güterzug

Die Verlagerung des Warentransports von der Straße auf die Schiene ist entscheidend, um die Klimaziele in Österreich und Europa im Verkehr zu erreichen. Rund 30 Prozent der heimischen CO₂-Emissionen kommen aus dem Verkehr – Tendenz weiter stark steigend. Im Güterverkehr zählt der Transit-Lkw zu den Hauptemittenten. Der Transport von einer Tonne Fracht mit der Bahn ist hingegen 30-Mal klimafreundlicher als mit dem Lkw.

Um die notwendige Verkehrswende im Güterverkehr zu erreichen, muß der Schienengüterverkehr in Europa wettbewerbsfähiger und effizienter werden. Seit der Kaiserzeit hat sich das Verbinden von Güterwagons nicht geändert. Das wird sich mit der Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung (DAK) entscheidend ändern. Sie löst die derzeitige ineffiziente Schraubenkupplung ab. Die DAK leitet die Digitalisierung im Schienengüterverkehr ein, da mit ihr (weltweit einzigartig) eine durchgehende Strom- und Datenversorgung entlang des gesamten Güterzugs integriert werden kann. Das ist die Voraussetzung für zukünftige Innovationen im Bereich des intelligenten Güterverkehrs und in weiterer Folge für die automatisierte Betriebsführung. Derzeit laufen intensive Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten, die bis 2025 abgeschlossen sein sollen. Ab 2026 soll die DAK schrittweise bis 2030 in ganz Europa zum Einsatz kommen.

ÖBB CEO Andreas Matthä betonte bei der erstmaligen Präsentation der DAK-Prototypen am 1. März am Wiener Hauptbahnhof, bei der auch Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, der Vorsitzende der Gewerkschaft vida, Roman Hebenstreit und der Obmann des Fachverbandes der Schienenbahnen, WKO, Thomas Scheiber anwesend waren, die Bedeutung der DAK: „Die Digitale Automatische Kupplung wird als Game Changer eine Revolution im europäischen Schienengüterverkehr auslösen. Mit ihr gelingt uns der Sprung ins 21. Jahrhundert und technologisch katapultiert uns die DAK weltweit auf Platz Eins. Sie macht aus einem



Foto: ÖBB / Marek Knopp

Bei der Präsentation der Digitalen Automatische Kupplung am Wiener Westbahnhof (v.l.): Thomas Scheiber (Thomas Scheiber als Obmann des Fachverbandes der Schienenbahnen), Roman Hebenstreit (Vorsitzender der Gewerkschaft vida) und OEÖBB CEO Andreas Matthä

vormals „dummen“, einen intelligenten digitalisierten Güterzug. Die Automatisierung des Verschubs leistet dabei auch einen erheblichen Beitrag zur Arbeitssicherheit. Darüber hinaus wird die DAK ein Enabler für gänzlich neue automatisierte Abläufe wie etwa

Bremstests. Auch Wartung und Instandhaltung können technologisch völlig neu aufgesetzt werden. Die jetzigen Prototypen dienen dazu betriebliche Erkenntnisse zu sammeln und marktreife Produkte zu entwickeln. Ich freue mich, daß wir diese innovative Tech-

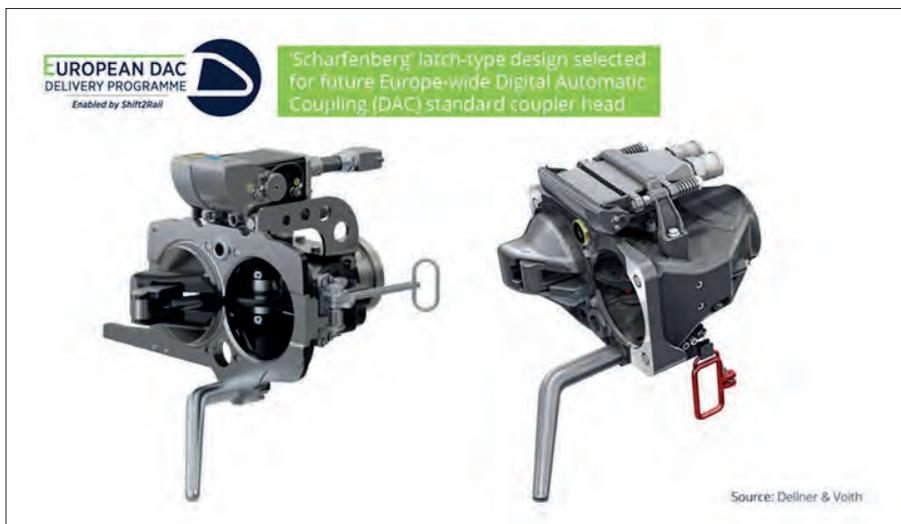


Foto: Dellner & Voith

Die DAK leitet die Digitalisierung im Schienengüterverkehr ein, da mit ihr (weltweit einzigartig) eine durchgehende Strom- und Datenversorgung entlang des gesamten Güterzugs integriert werden kann

nologie als ÖBB gemeinsam mit unseren europäischen Partnern schrittweise bis 2030 in die Realität umsetzen können. Die DAK wird entscheidend dazu beitragen, den Verkehr auf die Schiene zu verlagern und die Klimaziele zu erreichen.“

„Die Digitale Automatische Kupplung ist für Europa eine greifbare Vision geworden,“ so Roman Hebenstreit, Vorsitzender der Gewerkschaft vda, und ergänzt „Mit demselben Elan braucht es nun konkrete Maßnahmen und deren Finanzierung, um die Bahnbeschäftigten sozial abzusichern und um diese (rechtzeitig) in den Transformationsprozeß miteinzubinden. Das bedeutet in die technischen Kompetenzen unserer KollegInnen zu investieren, damit sie den neuen Anforderungen im Zuge der Digitalisierung auch gerecht werden können.“

Thomas Scheiber, Obmann des Fachverbands Schienenbahnen, WKO, sieht mehr Gütertransport auf der Schiene als einen der zentralen Hebel zur Erreichung der Klimaziele. Scheiber weiter: „Wir werden das Wachstumspotential im europaweiten Schienengüterverkehr aber nur dann heben können, wenn wir betriebliche und technische Hürden abbauen. Die Einführung der DAK ist ein längst überfälliger und wichtiger Schritt auf diesem Weg, in der Start-Up und Digitalisierungswelt würde man ‚Game Changer‘ dazu sagen. Das europaweite Vorzeigeprojekt und der gemeinsame Schulterabschluss des Sektors haben die Chance zu einer Initialzündung zu werden: für weitere Anstrengungen und Rahmenbedingungen, damit der Güterzug gegenüber dem Individualverkehr auf der Straße endlich wettbewerbsfähiger wird.“

Die Digitale Automatische Kupplung löst die Schraubekupplung ab

Derzeit werden in Europa die Güterwaggons manuell mit der Schraubekupplung verbunden. Bei jedem Kupplungsvorgang muß dabei mühevoll eine über 20 kg schwere Schraube angehoben und die Luftleitung miteinander verbunden werden. Bei jedem Wetter muß diese unfallgefährdete Tätigkeit rund 300 Mal pro Schicht ausgeführt werden. Derzeit laufen umfangreiche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf europäischer wie auf nationaler Ebene, um die Serienreife der DAK („Schafenberg-Design“) zu erlangen. Sie soll von 2026 bis 2030 die herkömmliche Schraubekupplung in Europa schrittweise ablösen. Betroffen sind dabei rund 450.000 Güterwaggons und 17.000 Triebfahrzeuge.



Foto: ÖBB / Marek Knopp

Der zukünftig Europa-weite Standard-Kupplungskopf am Wiener Hauptbahnhof

Das europäische Konsortium DAC4EU

Das europäische Konsortium DAC4EU testet im Rahmen eines vom deutschen Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) beauftragten und finanzierten Forschungsprojekts Digitale Automatische Kupplungen für den Schienengüterverkehr. Das Konsortium besteht aus der DB AG, den Güterbahnen ÖBB Rail Cargo Group, DB Cargo und SBB Cargo sowie den Wagenhaltern Ermewa, GATX Rail Europe und VTG. Das Ziel des DAC4EU Forschungsprojektes ist es wesentliche Grundlagen für die Auswahl einer Standard-DAK in der EU auszuarbeiten.

Das Konsortium hat im Juni 2020 seine Arbeit aufgenommen. Nach umfangreichen technischen Tests von Kupplungsprototypen verschiedener Hersteller in Phase I des Projektes, zielt Phase II des Projektes darauf ab die DAK Prototypen in einem Demonstratorzug in realen Betriebsszenarien zu erproben. Nach Erprobungen in Deutschland, wurden die DAK-Prototypen von Anfang Februar bis Anfang März 2022 an fünf österreichischen Stationen einem umfangreichen Testprogramm unterzogen. Als nächstes wird der Zug in der Schweiz getestet. Weitere europäische Länder sollen folgen. Das deutsche Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) finanziert das Projekt in der Projektlaufzeit von zweieinhalb Jahren mit rund 13 Millionen Euro.

European DAC Delivery Programme

Das von Shift2Rail ermöglichte European DAC Delivery Programme (EDDP) ist eine einzigartige Plattform, die sich der er-

folgreichen Implementierung der DAK widmet, um den Schienengüterverkehr in Europa zu revolutionieren. Das Projekt basiert auf einem offenen Kooperationskonzept und vereint ein breites Spektrum von Einrichtungen aus Eisenbahnverkehrsunternehmen, Infrastrukturbetreibern und Wagenhaltern sowie der Eisenbahn-Zulieferindustrie, für die Instandhaltung zuständigen Stellen, betroffenen Branchenorganisationen, Eisenbahnforschungseinrichtungen sowie nationalen und europäischen politische Institutionen. Ziel ist die Bereitstellung einer europäischen DAK-Lösung durch ein integriertes gemeinsames Programm, das auf F&E-Ergebnissen und Pilotprojekten aufbaut und die notwendigen Maßnahmen für eine schnelle, technisch und wirtschaftlich durchführbare europaweite Einführung sicherstellt.

Das europäische Konsortium DAC4EU

Das Konsortium DAC4EU, bestehend aus den Konsortialführern DB AG, ÖBB Rail Cargo Group, DB Cargo und SBB Cargo sowie den Wagenhaltern Ermewa, GATX Rail Europe und VTG, testet im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mehrere Prototypen digitaler automatischer Kupplungstypen verschiedener Hersteller. Die Testergebnisse des Konsortiums sollen in die vom European DAC Delivery Programme (EDDP) zu treffende Auswahlentscheidung für einen einheitlichen Kupplungstyp in Europa einfließen. Das Konsortium hat seine Arbeit im Juni 2020 aufgenommen. ■

<https://www.oebb.at/>
<https://www.dac4.eu/>

Edvard Munch

Im Dialog. Bis 19. Juni 2022 in der Albertina in Wien



© Kunstmuseum Basel, Martin P. Böhler

Edvard Munch, *Straße in Aagsgaardstrand*, 1901, Öl auf Leinwand

Die Albertina widmet Edvard Munch (1863–1944) ihre große Frühjahrsausstellung 2022. Die umfassende Schau ist in mehrerer Hinsicht einzigartig: Über 60 Werke des norwegischen Künstlers zeigen das beeindruckende Œuvre, als eines, das für die moderne und zeitgenössische Kunst wegweisend ist. Edvard Munch. Im Dialog konzentriert sich in erster Linie auf Munchs spätere Werke und deren Relevanz für die Kunst der Gegenwart. Neben ikonischen Fassungen der Madonna, des Kranken Kindes oder der Pubertät, ist es nicht zuletzt das von Unheimlichkeit, Bedrohung und Entfremdung zeugende Naturbild Edvard Munchs, das durch eine Reihe an Landschaftsgemälden dieses Hauptthemas des Symbolismus und Expressionismus in einen Dialog mit Werk-

gruppen bedeutender KünstlerInnen unserer Zeit tritt. Zu den gezeigten, direkten Variationen von Munchs ikonischen Bildern werden Werke von KünstlerInnen in den Fokus der Ausstellung gerückt, die an Munchs experimentelle und modernistische Erweiterung des Malereibegriffs anknüpfen.

Munch bricht dabei radikal mit der sichtbaren Wirklichkeit und wendet sich den verborgenen, unsichtbaren Verletzungen und Erschütterungen der Seele zu. Krankheit, Eifersucht und Angst bleiben zeitlebens wiederkehrende Themen. Ihn interessieren die Narben der psychischen Verarbeitung von Erlichem.

Auch technisch ist er revolutionär: eine koloristische Übersteigerung seiner Gemälde, die Vereinfachung der Motive, die iko-

nenhafte Frontalität seiner Figuren bis hin zur scheinbaren Verflüssigung der Landschaft bilden eine unberechenbare, bedrohliche Welt ab. Der Mensch wird zur Symbolfigur für das Sich-Verlieren des Einzelnen im Ganzen: die Urange der Gesellschaft am Beginn der Moderne.

Die weitreichende Rezeption Munchs in der zeitgenössischen Kunst beweisen sieben bedeutende KünstlerInnen der Gegenwart – allesamt Größen des 20. Jahrhunderts – die mit Munch in Dialog treten: Andy Warhol, Jasper Johns, Georg Baselitz, Miriam Cahn, Peter Doig, Marlene Dumas und Tracey Emin. Die ausgewählten Werkgruppen illustrieren eindrucksvoll den Einfluß, den Edvard Munchs Kunst bis heute auf nachfolgende Generationen ausübt.

Andy Warhol

Der Amerikaner Andy Warhol arbeitet sich an den berühmtesten druckgrafischen Werken Munchs ab: Der Schrei, Madonna sowie Munchs Selbstbildnis mit Knochenarm. Warhol adaptiert diese Motive, und es entstehen Variationen im Stil der Pop Art. Während er an der ursprünglichen Komposition und den Sujets der Darstellung kaum Veränderungen vornimmt, setzt Warhol vor allem auf den Einsatz verschiedener greller Farbkombinationen, um unterschiedliche Abwandlungen zu kreieren. Auf diese Weise gelingt es ihm, Munchs Grafiken immer wieder neu zu entdecken, sie zu modifizieren und letztendlich zu eigenen Werken von differenzierter Ausdruckskraft umzuformen.

Jasper Johns

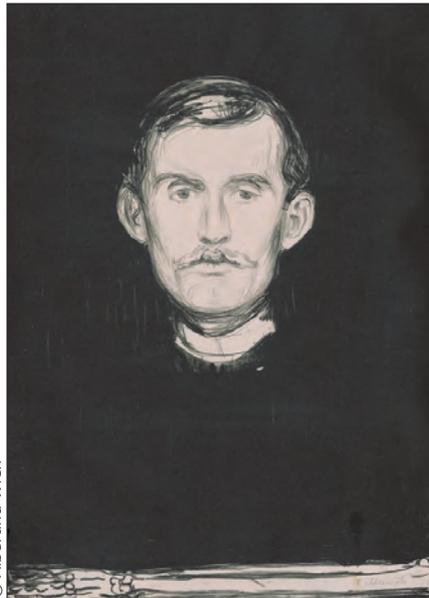
Umgekehrt entdeckt Jasper Johns in einem Spätwerk Munchs – Selbstporträt. Zwischen Uhr und Bett – ein abstraktes Muster, das der Amerikaner isoliert und als All-over Struktur über das ganze Bild legt. Das abstrakt-ornamentale Bildelement einer Bettdecke in einem späten, pessimistisch-mitternächtlichen Selbstbildnis Munchs wird Johns zur geradezu obsessiv verfolgten Inspirationsquelle.

Georg Baselitz

Zur Rezeption Munchs bei Baselitz gehören die Waldlandschaften und seine zum Teil auch indirekten Porträts des norwegischen Malers. Der deutsche Künstler sieht in dem Norweger den an sich zweifelnden Maler und erkennt in dessen nächtlicher Einsamkeit das künstlerische Schicksal. Ihn fasziniert die Alltäglichkeit der Darstellungen Munchs, ihre Tristesse, aber auch die innere Spannung und Unruhe, die seine Werke auslösen, ebenso wie die Flüchtigkeit und das Fragmentarische.

Miriam Cahn

Auch bei Miriam Cahn steht menschliche Emotion von ohnmächtiger Verzweiflung und Angst bis hin zu zügelloser Aggression im Mittelpunkt. Was bei Edvard Munch Ausdruck des epochentypischen Geschlechterkampfes ist, wird bei Miriam Cahn zum Ausweis der Unterdrückung der Frau, wobei die unheimliche Stimmung ihrer Werke von Munchs unheimlicher Naturerfahrung abgeleitet erscheint. Die Künstlerin übersetzt Munchs misogynen Thema des von der Frau bedrohten und betrogenen Mannes in eine feministische Bildwelt und bewahrt zugleich Munchs düster-unheimlichen Farbkosmos.



© Albertina Wien

Edvard Munch, Selbstporträt (mit Knochenarm), 1895, Lithographie mit Lithokreide, -tusche und Nadel in Schwarz

Dabei beschäftigt sie sich intensiv mit grundlegenden Fragen menschlicher Erfahrungen, rückt Themen wie Liebe, Identität, Tod oder Trauer ins Zentrum ihrer Arbeit und schließt so unmittelbar an die inhaltlichen Schwerpunkte Munchs an.

Peter Doig

Für den schottischen Maler Peter Doig ist die Materialität in Munchs Gemälden wie auch die Ikonologie der Entfremdung des Menschen von sich selbst ein wesentlicher Bezugspunkt in den Werken des Norwegers. In Anlehnung an Munchs epochale Bilderwelten geht er der Frage nach der Verortung des Individuums in der modernen Welt nach. Neben Pessimismus und dem wachsenden Thema des Allein-seins in der Welt, ist es die Experimentierfreudigkeit Munchs, die Maler wie Peter Doig an dem Werk des Norwegers interessiert.

Marlene Dumas

Für die südafrikanische Künstlerin Marlene Dumas ist das pessimistische Weltbild Munchs nicht nur die Grundlage für das Einzelschicksal, sondern ein Symbol für die Unterdrückung des Menschen an sich, für den Konflikt zwischen Mann und Frau, zwischen Schwarzen und Weißen. Mit ihren existenziellen Themen schließt Dumas in ihren Inhalten ganz unmittelbar an die emotional aufgeladenen Darstellungen Munchs an.

Hat Edvard Munch die Bedrohung des Mannes durch die Frau, der *femme fatale*, zu einem Hauptthema seines Zyklus „Der Lebensfries“ gemacht, so deutet Marlene Du-

mas diese Ikonografie in Bilder kolonial-rassistischer Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung Afrikas um.

Zugleich fasziniert sie so sehr wie Peter Doig die koloristische Experimentierfreudigkeit des Norwegers.

Tracey Emin

Tracey Emins Gemälde und multimediale Arbeiten sind von traumatischen persönlichen Erfahrungen geprägt und knüpfen an den autobiographischen Charakter in Munchs Schaffen an. Die Engländerin bringt in ihrem Kunstschaffen, genauso wie Munch, eine starke persönliche Komponente zum Ausdruck. Für sie ist Edvard Munch der vorbildhafte Künstler schlechthin, der dem psychischen Zerfall des modernen Menschen Ausdruck verliehen hat.

Am Beispiel dieser bedeutenden GegenwartskünstlerInnen zeigt die Ausstellung „Edvard Munch. Im Dialog“ die mannigfaltige Munch-Rezeption, von der Auseinandersetzung mit Munchs Motiven und Themen über das Aufgreifen stilistischer Merkmale bis hin zu einer intensiven Beschäftigung mit den tiefenpsychologischen Inhalten des großen norwegischen Symbolisten und Expressionisten.

Die Schau schließt an die Rekordausstellungen der Albertina zu Munch 2003 und 2015 an und wird vom Munchmuseet in Oslo sowie zahlreichen weiteren internationalen Institutionen und Privatsammlungen unterstützt.

Edvard Munch**Frühe Jahre**

Anfang der 1880er-Jahre studiert Munch Malerei an der Königlichen Zeichenschule in Kristiania, dem heutigen Oslo. Zu Beginn orientieren sich seine Werke noch am Naturalismus seiner um einige Jahre älteren norwegischen Malerkollegen und Förderer Frits Thaulow und Christian Krohg, von deren Stil er sich jedoch bald abwendet. Während dieser Zeit ist Munch auch Teil der sogenannten Kristiania-Bohème, eines Künstler- und Literatenkreises um den Schriftsteller und Anarchisten Hans Jæger, der das bürgerliche Leben ebenso ablehnt wie jegliche Form des Nationalismus und in einer verbotenen Programmschrift eine Utopie des freien gesellschaftlichen Zusammenlebens entwirft. Jægers Theorien beeinflussen Munch nicht nur in seiner Kunst, sondern auch in seinen eigenen Texten, die der Künstler neben seiner Tätigkeit als Maler verfaßt. 1884 ruft eine erste öffentliche Präsentation

von Munchs Bildern im Herbstsalon in Kristiania Kritik hervor. Nur zwei Jahre später nimmt er mit vier Arbeiten, darunter die erste Fassung des unter dem Titel Studie ausgestellten Werks Das kranke Kind, in dem der Maler den Tod seiner früh an Tuberkulose verstorbenen Schwester Sophie verarbeitet, erneut an der Herbstausstellung teil und löst damit endgültig einen Skandal aus. Die Kritiker bezeichnen die Darstellung als unfertige „Schmiererei“.

Um 1890 schafft Munch erste symbolistische Arbeiten. In seinen eindrucksvollen Landschaftsbildern wird die Natur zu einem Projektionsraum der menschlichen Emotion, zum Spiegel der Seele. Vor allem Åsgårdstrand am Oslofjord, wo Munch sich über die Sommermonate ein Haus mietet, wird für ihn zu einem besonderen Ort der Inspiration. Mit dem Symbolismus kommt Munch vorrangig während seiner Aufenthalte in Paris in Berührung. Dort lernt er unter anderem im Salon des Artistes Indépendants auch die Kunst der zeitgenössischen Avantgarde kennen. Die Malerei von Vincent van Gogh, Georges Seurat, Paul Signac und Henri de Toulouse-Lautrec beeinflusst ihn schließlich in seinem eigenen Schaffen.

Erste Erfolge

1892 werden Bilder Munchs bei einer Ausstellung im Verein Berliner Künstler präsentiert, was zu einem Skandal führt. Sein Stil wird erneut harsch kritisiert. Ein gemeinsamer Beschluß der übrigen teilnehmenden Künstler führt letztlich zu einer vorzeitigen Schließung der Schau, was jedoch auch die Steigerung der Bekanntheit Munchs zur Folge hat. Der Norweger übersiedelt nach Berlin und verkehrt dort in dem intellektuellen Literatenkreis der Weinstube Zum Schwarzen Ferkel, zu dem neben August Strindberg unter anderem auch die Schriftsteller und Kritiker Stanislaw Przybyszewski und Julius Meier-Graefe sowie Przybyszewskis spätere Frau Dagny Juel zählen.

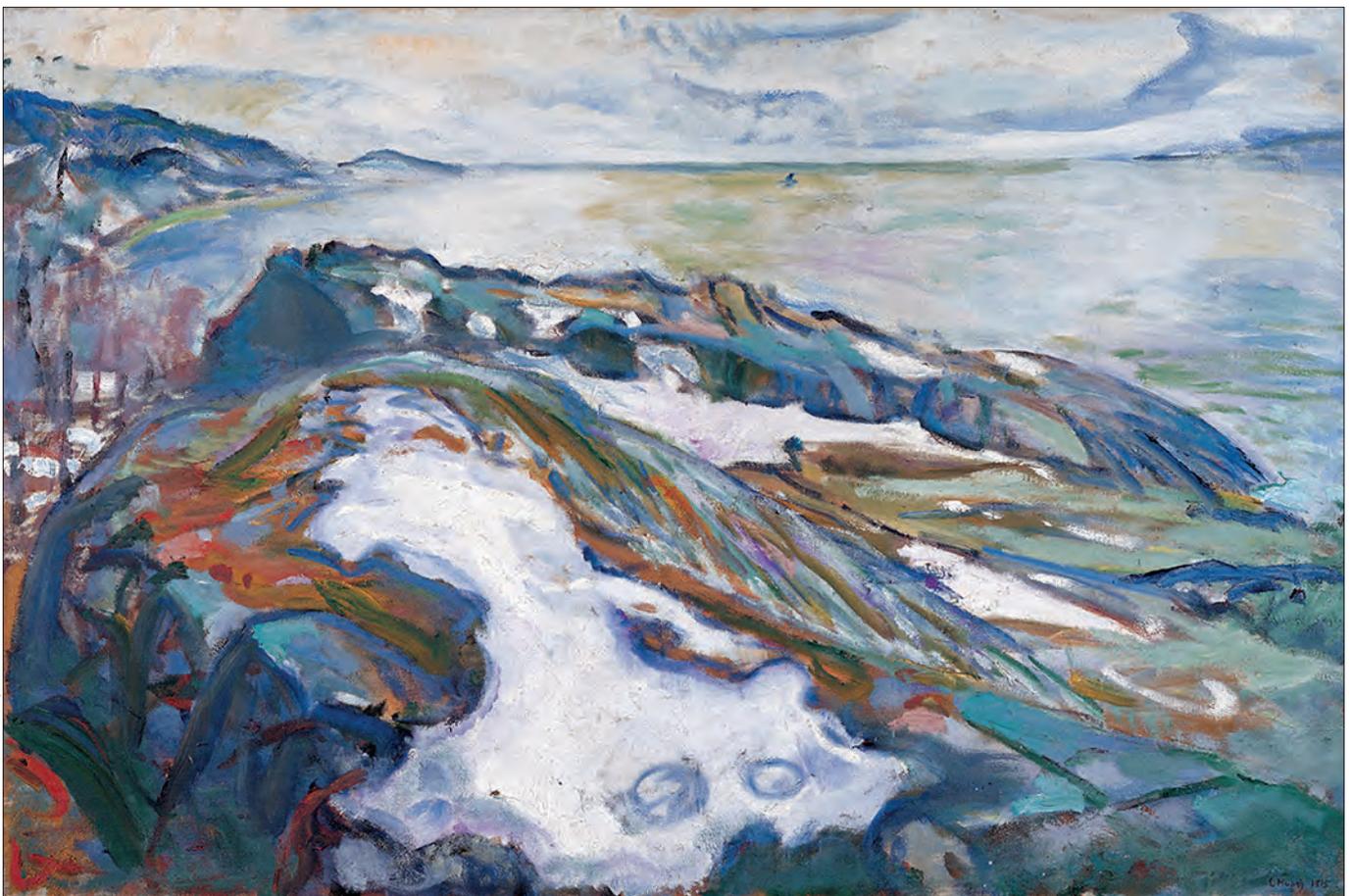
Vermutlich zu dieser Zeit beginnt Munch auch mit der sogenannten „Roßkur“, indem er seine Bilder der Witterung aussetzt. Munchs individueller künstlerischer Weg verbindet ihn international mit verschiedenen avantgardistischen Künstlergruppen. So werden seine Werke 1906 in der bahnbrechenden Ausstellung der Fauves im Salon des Indépendants in Paris gezeigt; 1908 nimmt der Norweger an einer Ausstellung der Künstlergruppe Brücke in Dresden teil und

wird zu einem künstlerischen Vorbild für die expressionistische Malerei in Deutschland.

Seit der Jahrhundertwende kämpft Munch jedoch immer wieder mit psychischen Problemen und Alkoholismus und hält sich deshalb wiederholt in diversen Kliniken auf. Für die Verschlechterung von Munchs Seelenzustand ist unter anderem seine gescheiterte Beziehung zu Tulla Larsen verantwortlich. Von zahlreichen Zerwürfnissen geprägt, endet sie in einem dramatischen wie folgenreichen Streit. In einem Handgemenge löst sich aus einer Waffe ein Schuß, der Munch an der linken Hand verletzt, sodaß er das oberste Glied seines Mittelfingers verliert. Ein gespaltenes Verhältnis zum weiblichen Geschlecht wird Munch zeitlebens begleitet. Es spiegelt sich auch in zahlreichen seiner Werke wider, in denen er die Komplexität der Paarbeziehung zwischen Mann und Frau thematisiert, die für ihn unweigerlich mit Verletzung und seelischem Schmerz einhergeht.

Ekely

Im Januar 1916 erwirbt Munch westlich von Kristiania den Besitz Ekely, wo er bis zu seinem Tod die meiste Zeit verbringt. Seine



Edvard Munch, Winterlandschaft, 1915, Öl auf Leinwand



Tate: Presented by Thomas Olsen 1939 © Tate

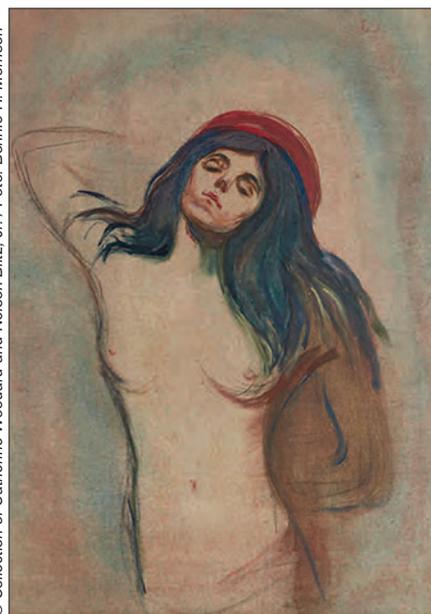
Edvard Munch, *Das kranke Kind*, 1907, Öl auf Leinwand

Ausstellungstätigkeit konzentriert sich kriegsbedingt auf die nordischen Länder; er präsentiert seine Kunst in Stockholm, Göteborg und Kopenhagen. Aus seinen großen Themenschwerpunkten Angst, Tod und Liebe hat sich bereits ab den 1890er-Jahren nach und nach der „Lebensfries“, eine von Munch variabel zusammengefaßte Bildfolge zu Stationen des Lebens, entwickelt. In Ekely beginnt Munch nun erneut an diesen Themen zu arbeiten und setzt sie als monumentale Fassungen um. 1918/19 erkrankt der Künstler an der Spanischen Grippe und hält dies in mehreren Gemälden fest, auf denen er sich alt, müde und kraftlos darstellt. Trotz seiner stets labilen Gesundheit wieder genesen, konzentriert er sich in den nächsten Jahren vermehrt auf das Thema Künstler und Modell und die Aktmalerei. Er widmet sich verstärkt der Aquarellmalerei, was sich auch in der Farbgestaltung der Gemälde niederschlägt. Das Weiß der Leinwand bietet sich für eine offene, sehr freie Bearbeitung mit Farbe an.

Dieser unkonventionelle Umgang mit dem Malmaterial wie auch die kühne Farbwahl seiner an sich gegenständlichen Sujets sind zwei der zahlreichen Aspekte, die Munch auf formaler Ebene für zeitgenössische Kunstschaffende interessant machen. Kolo-

ristisch und atmosphärisch sind seine melancholischen Landschaften – intensive Farb- und gleichzeitig Seelenräume – nachfolgenden Generationen Inspiration.

Das Leben auf dem Land, das Meeresufer und die bäuerliche Umgebung von Ekely bieten Munch die Kulisse für zahlreiche seiner Bildmotive. Vermehrt schafft die winter-



© Collection of Catherine Woodard and Nelson Blitz, Jr. / Foto: Bonnie H. Morrison

Edvard Munch, *Madonna*, 1895-96, Öl auf Leinwand

liche Schneelandschaft mit ihren kontrastreichen dunklen Schatten malerische Anreize.

Späte Jahre

Edvard Munch wird immer erfolgreicher. Einzelausstellungen 1922 in Zürich, Bern und Basel, Einladungen zu Ausstellungsbeteiligungen und als Ehrengast nach Göteborg sowie die Ernennung zum Mitglied der Preussischen Akademie der Künste 1923 und zum Ehrenmitglied der Bayerischen Akademie der Künste 1925 zeugen von wachsender Anerkennung. Er reist viel durch Europa. Großaufträge zu Wandmalereien und zahlreiche internationale Retrospektiven demonstrieren seine Position als wichtiger Vertreter der modernen Kunst.

1926 stirbt seine Schwester Laura, die jahrelang an Depressionen gelitten hat. 1930 führt das Platzen eines Blutgefäßes an Munchs rechtem Auge beinahe zur temporären Erblindung. Mit geradezu wissenschaftlicher Präzision protokolliert, zeichnet und aquarelliert Munch den Verlauf seiner Krankheit. Zu dieser Zeit entstehen fotografische Selbstbildnisse – stets Nahaufnahmen; gleichzeitig malt er wieder zahlreiche Selbstporträts. Der Tod seiner Tante Karen Bjølstad im darauffolgenden Jahr führt zu einer vertieften Auseinandersetzung mit dem Thema Alter und Tod.

Ab Mitte der 1930er-Jahre entstehen Bilder von intensiver Leuchtkraft. Die Sehnsucht des Mannes nach der Frau bleibt bei Munch auch im Spätwerk eine unerfüllte Utopie. Der freie, offene und lockere Pinselstrich lässt die ursprünglich quälenden Themen leichter erscheinen, als wäre Munch aus der Teilnehmerrolle in die des Beobachters übergewechselt.

Munch lebt sehr zurückgezogen, nach eigener Aussage „gänzlich wie ein Eremit“; sein Augenleiden schränkt ihn in seiner Arbeit ein. 1937 nimmt er an zahlreichen Ausstellungen, darunter an der Pariser Weltausstellung, teil; im selben Jahr werden seine Werke als „entartet“ aus deutschen Museen und Privatsammlungen beschlagnahmt. 1939 lehnt er das Angebot zu einer großen Ausstellung in Paris ab.

Ab 1940 arbeitet Munch an seinen letzten Selbstporträts, die von seiner intensiven Auseinandersetzung mit dem Tod geprägt sind. Er sagt: „Ich will nicht plötzlich sterben. Ich will auch dieses letzte Erlebnis haben.“ Munch lebt isoliert in Ekely, baut selbst sein Obst und Gemüse an und verweigert den Kontakt zu den Deutschen, die das Land besetzt halten. Bald nach den Feiern zu seinem

Kultur

80. Geburtstag zieht sich Munch eine Lungenentzündung zu und stirbt kurz darauf friedlich in Ekely.

Miriam Cahn

Geboren 1949 in Basel

Eine kritische Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Themen, allen voran dem feministischen Hinterfragen von festgefahrenen Geschlechterrollen, steht im Zentrum des Schaffens der Schweizer Künstlerin Miriam Cahn. Mit ihren Werken möchte sie schockieren und auf gesellschaftliche Mißstände aufmerksam machen. Krieg, Vertreibung und Flucht, die Verteidigung der Menschenrechte, die Befreiung von Unterdrückung und die Ablehnung von männlichen Machtgedanken rückt sie in den Mittelpunkt ihres Werkes. Ihre weiblichen Figuren setzen sich immer wieder kraftvoll gegen Verfolgung, männliche Aggression und Machtausübung zur Wehr.

Mit dem Œuvre Edvard Munchs verbindet Miriam Cahn vor allem die Darstellung extremer Emotionen. Gefühlsausbrüche wie Angst, Wut und Zorn sind wesentliche Katalysatoren ihrer Bilder. Wie Munch versucht auch Cahn in ihrem Werk die existenzielle Not des Menschen zum Ausdruck zu bringen. Die Ursache dieser Not sieht sie wie Munch im Kampf der Geschlechter: Doch während Munch epochaltypisch für seine Zeit in der Frau und ihren Trieben und Leidenschaften den Grund für das Unglück sieht, erkennt Miriam Cahn in der Vorherrschaft des Mannes das Unheil der Menschheit.

Von Edvard Munch adaptiert Miriam Cahn die koloristisch unheilschwangere Stimmung mit giftigen, irisierenden Farben inmitten eines düsteren, fahlen Grundtons. Cahns Menschen bewegen sich in einem leeren, undefinierten Raum, der das Gefühl des Verlorenseins, der Isolation und Einsamkeit vermittelt. Die Künstlerin zeigt ihre anonymen Figuren zumeist nackt und ohne Kopfhair. Sie kommunizieren stark über Mimik und Gestik wie das geschlechtsneutrale Wesen, das in Munchs Schrei mit erschrockenem Gesichtsausdruck und weit aufgerissemem Mund sein Entsetzen über seine existenzielle Einsamkeit zu erkennen gibt.

Peter Doig

Geboren 1959 in Edinburgh

Ein wesentliches Anliegen der Malerei Peter Doigs liegt darin, die Empfindung des Menschen im Angesicht der überwältigenden



Courtesy the artist and Galerie Jocelyn Wolff ©Francois Doury

Miriam Cahn, madonna (bl. arb.), 1997, Öl auf Leinwand

Natur zum Ausdruck zu bringen: ein Thema, das auch Edvard Munch bewegt hat. Die Natur wird zum Ausdrucksträger des Gefühls von Einsamkeit und der Verlorenheit des Menschen. Diese Weltsicht gipfelt bei Munch in dessen ikonischem Werk Der Schrei. Bei Doig findet diese erschreckende Erkenntnis in zentralen Arbeiten wie Echo Lake ihre gültige Ausformung, die zu Fragen der menschlichen Existenz anregt. Mit den meditativen Landschaften gelingt es dem Künstler, den Klang von Stille malerisch zu erfassen. Zugleich wird der Eindruck tiefer Melancholie vermittelt, ein Gefühl der Leere und Isolation, in dem emotionale Taubheit und Entfremdung mitklingen. Den Menschen zeigt Doig zumeist als verlorenes Individuum,

um, die Natur wird zur Metapher seiner Verlassenheit. Doigs weiten, kaum bevölkerten Landschaftsstrichen, seinen geheimnisvollen Wäldern oder unendlichen Wasseroberflächen wohnt etwas Unheimliches inne, das sie mit der Auffassung von Natur in Munchs Darstellungen verbindet.

Tracey Emin

Geboren 1963 in London

Eine schonungslose Auseinandersetzung mit der eigenen Gefühlswelt und deren ungeschöntes Nach- außen-Kehren kennzeichnen das Schaffen von Tracey Emin. In dieser Hinsicht stellt ihr stark autobiografisch geprägtes Werk eine unmittelbare Parallele zu Edvard Munch dar, der in seinen Bildern



© Tate: Presented by the Trustees in honour of Sir Dennis and Lady Stevenson

Peter Doig, Echo Lake, 1998, Öl auf Leinwand

seine schmerzvollen persönlichen Erfahrungen – Melancholie, Angst, Krankheit, Tod und Verlust – verarbeitet. Mit dieser kompromisslosen Selbstbefragung ist der Norweger ein großes künstlerisches Vorbild für Tracey Emin.

Auch Emins Werke schöpfen ihre Kraft aus dem Umgang mit der eigenen Verletzlichkeit, mit der Zerbrechlichkeit des menschlichen Daseins. Die erbarmungslose Wiedergabe einer harschen Realität zieht sich wie ein roter Faden durch Emins Werk. Mit der Behandlung von Themen wie Abtreibung und Fehlgeburt, Alkoholismus und Gewalt sowohl physischer wie psychischer Natur verhandelt die Künstlerin Erlebnisse aus ihrem eigenen Leben. Mit dieser ungefärbten Offenlegung emotionaler Verwundbarkeit erreicht sie in ihrer Arbeit eine außergewöhnliche Sensibilität, die den Betrachtenden ganz unmittelbar und zutiefst berührt und jene Selbstanalyse widerspiegelt, die bereits dem Werk Munchs innewohnt.

Was die beiden Künstler miteinander verbindet, sind die psychologische Tiefe ihrer Werke, die Erkundung des eigenen Seelenlebens und das Exponieren ihres Innersten. Jedes einzelne der ausgestellten Gemälde Tracey Emins repräsentiert nach ihren eigenen Worten die Kunst und das Weltbild des vorbildhaften Norwegers.

Marlene Dumas

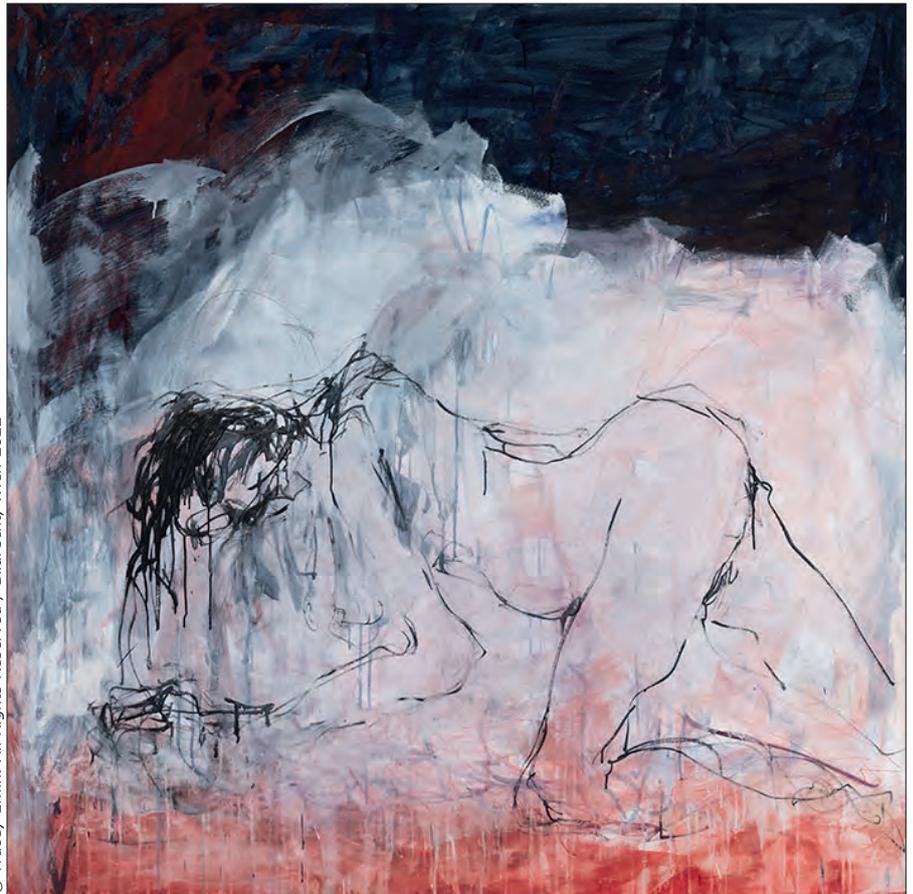
Geboren 1953 in Kapstadt

Marlene Dumas' Œuvre befaßt sich mit zutiefst existenziellen Fragen von ethnischer Zugehörigkeit, Apartheid, Geschlecht und Schicksal des Menschen. Darin korrespondiert Dumas' Werk mit den emotional aufgeladenen Darstellungen Edvard Munchs: Grundlegende Themen unseres Daseins wie Liebe und Sinnlichkeit, Angst und Tod, die Frage nach Identität sowie die Komplexität zwischenmenschlicher Beziehung sind Säulen der künstlerischen Tätigkeit Dumas' und ebenso signifikante Elemente im Werk Edvard Munchs. In ihren Bildern zieht Dumas viele Parallelen zu Munch, den sie durch einen Besuch im Munchmuseet in Oslo in den 1980er-Jahren für sich entdeckt. Auch Munchs malerische Experimentierfreude – ein Merkmal, das seine Modernität begründet – zieht Dumas in ihren Bann.

Das kontinuierliche Wegnehmen von Farbe, das Unvollendet-Lassen von Kompo-

Bild oben: Tracey Emin, You Kept It Coming, 2019, Acryl auf Leinwand

Bild rechts: Evil is Banal, 1984, Öl auf Leinwand (oben etwas angeschnitten)



© Tracey Emin. All Rights Reserved / Bildrecht, Wien 2022

Collection Van Abbemuseum, Eindhoven © Peter Cox, Eindhoven © Marlene Dumas

sitionen, das Spielen mit dem Gegensatz von Farbformen auf der Leinwand und leer belassenen Flächen sowie ein lasierender Pinselstrich verbinden das Schaffen von Künstler und Künstlerin. Auch Munchs Erweiterung des Bildinhalts um den Bildtitel reflektiert Dumas in ihrem künstlerischen Wirken immer wieder. Damit geben sowohl Munch als auch Dumas in ihren Bildern nicht einfach Gesehenes wieder, sondern schaffen eine tiefere, symbolistische Ebene.

Georg Baselitz

Geboren 1938 in Deutschbaselitz

Fasziniert von der Tristesse in den Werken Munchs, von der inneren Anspannung und Unruhe, die diese auslösen, und von dem Flüchtigen und Fragmentarischen, ist Georg Baselitz in seiner eigenen künstlerischen Entwicklung ab den 1980er-Jahren stark von dem Schaffen des norwegischen Malervorbilds geprägt. Nicht das Harmonische interessiert ihn, vielmehr ist Baselitz auf der Suche nach Dissonanz, die er in der Arbeit Munchs findet. Wie dieser, der mit seinen innovativen künstlerischen Ansätzen seinerzeit großes Aufsehen erregt, geht es auch Baselitz darum, die Malerei von Konventionen zu befreien. Das auf den Kopf Stellen der Motive, das eine Zerstörung der herkömmlichen Bildkonzeption bedeutet, wird zu seinem Markenzeichen.

Ein expressiver Pinselstrich verbindet Baselitz' Arbeiten auf formaler Ebene genauso mit Munch wie die Wahl radikaler Bildausschnitte. Baselitz greift nicht nur die Figurendarstellungen Munchs auf, sondern auch Landschaftselemente aus dessen Œuvre, und rückt das auch bei dem Norweger zentrale Motiv der Waldeinsamkeit in den Fokus. So ist es neben dem Aspekt des Malerischen auch die inhaltliche Themensetzung im Schaffen Munchs, die für Baselitz von Bedeutung ist. Wesentlich ist dabei die psychologische Tiefe in Munchs Bildern, allen voran der Fokus auf dem Einzelnen und dessen Verortung in der Welt.

Baselitz beschäftigt sich vorrangig in den 1980er-Jahren mit den Selbstbildnissen Munchs, in denen sich der Maler einsam und ausgesetzt präsentiert. Baselitz' Munch-Porträts, in denen der Künstler als „Edvard“ auftritt, zeichnen sich weniger durch eine Wiedergabe physiognomischer Ähnlichkeit als durch ihre formale wie inhaltliche Referenz auf die diversen Selbstbildnisse Munchs aus. Auch in seiner Serie der abgeschnittenen Füße bezieht sich Baselitz ganz unmittelbar auf eine Porträtfotografie des alternden



Georg Baselitz, *Ekely*, 2004, Öl auf Leinwand

Munch in Ekely und wählt dabei eine unkonventionelle Herangehensweise an das Thema Porträt, indem er die auf der Fotografie fehlenden Füße zum Stellvertreter des Künstlers macht. Die ersten „Munch-Bildnisse“ von Georg Baselitz sind die erschütterndsten Dokumente von Selbstzweifel und tiefer Einsamkeit, die der in den 1980er-Jahren bereits erfolgreiche deutsche Maler geschaffen hat. Sie revidieren das Baselitz auferlegte Fremdbild des Malerfürsten. Nur von Edvard Munch, in dem er sich selbst sieht, fühlt er sich verstanden.

Edvard Munch

Druckgrafik

Neben seinem malerischen Werk hat Edvard Munch ein ebenso umfangreiches wie bedeutsames druckgrafisches Œuvre hinterlassen, in dem Serie und Variation eine zentrale Rolle spielen. Dabei erweist sich das Zusammenspiel zwischen Gemälde und Grafik, deren wechselseitige Befruchtung, als es-

sentuell für Munchs künstlerischen Arbeitsprozess. Motivisch verhandelt der Norweger in seiner Druckgrafik immer wieder Themen, die er auch in seiner Malerei verarbeitet. Dabei bildet nicht immer die Gemäldefassung den Ausgangspunkt, bisweilen steht auch die druckgrafische Version am Anfang. Der Künstler beschäftigt sich zum Teil über Jahrzehnte mit denselben Bildthemen, denen er immer wieder mit neuen Ideen und kreativer Schöpfungskraft begegnet.

Während anfangs noch kommerzielle Gedanken Munchs Auseinandersetzung mit der Druckgrafik bestimmen – es geht um eine zugleich schnelle wie unkomplizierte und kostengünstige Verbreitung seiner Arbeiten –, entdeckt Munch spätestens 1896 während seines Aufenthalts in Paris, dem damaligen Zentrum der Druckgrafik der Avantgarde, das Medium auch als künstlerische Herausforderung. Er experimentiert mit den verschiedensten Techniken, vom Holzschnitt und der Lithografie bis hin zur Radierung,

Kultur

wobei er sich sowohl der Kaltnadelradierung als auch des Ätzverfahrens bedient. In seinen Holzschnitten bezieht Munch die sichtbare senkrechte Maserung des Druckstocks bewusst in die Bildkomposition mit ein und spielt mit Form und Materialität. Oftmals zersägt der Künstler Holzplatten, um neue Möglichkeiten der Farbgestaltung zu erzielen. Durch nachträgliche Bearbeitung oder die Verwendung spezieller Papiersorten entstehen zahlreiche Unikate. In Papier und Druckstock findet Munch neue Mittel künstlerischen Ausdrucks, vergleichbar der Einbeziehung der unbearbeiteten Leinwand in seinen Gemälden. Des Weiteren experimentiert Munch mit formatfüllenden Drucken, die den Blattrand des Bildträgers ignorieren.

Mit diesen innovativen Ansätzen zählt Munch neben Albrecht Dürer, Rembrandt oder Francisco de Goya zweifelsohne zu jenen großen Namen der Kunstgeschichte, deren druckgrafisches Werk dem malerischen Schaffen in seiner Bedeutung als ebenbürtig einzuordnen ist. Eine Hierarchie der Medien wird damit aufgehoben.

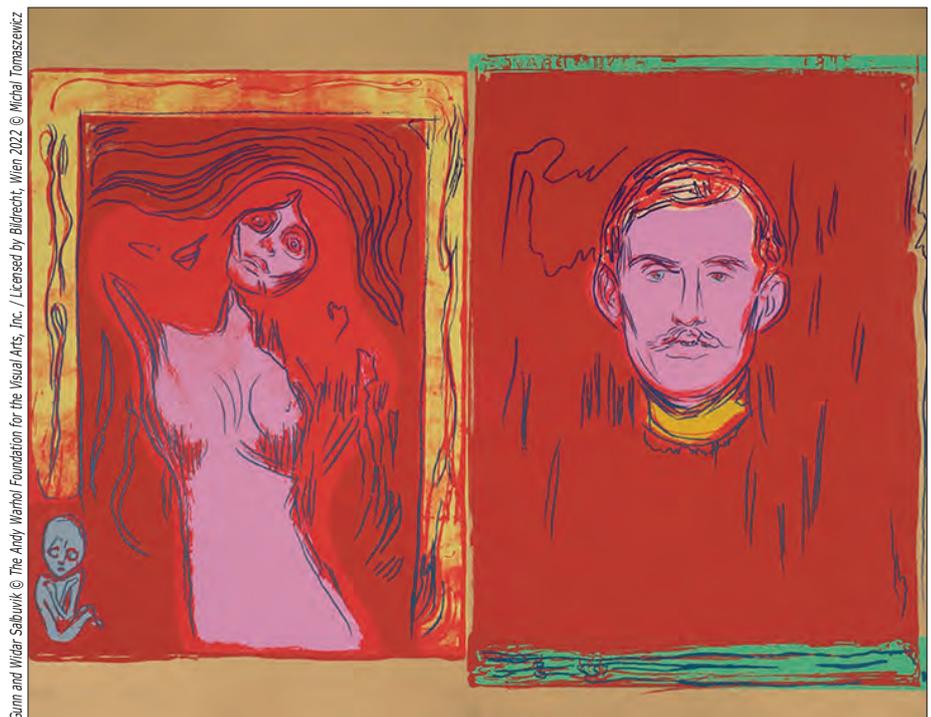
Andy Warhol

Geboren 1928 in Pittsburgh

Andy Warhol, der wohl bekannteste Vertreter der US-amerikanischen Pop Art, beginnt sich Anfang der 1980er-Jahre intensiv mit dem Schaffen Edvard Munchs auseinanderzusetzen. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Besuch einer Munch-Ausstellung in der New Yorker Galerie Bellman. Dort erstet Warhol vier druckgrafische Originale des Norwegers, die besonders herausragenden Arbeiten *Der Schrei*, *Madonna*, *Selbstporträt mit Knochenarm* und *Die Brosche*. Eva Mudocci.

Warhol adaptiert diese Motive, und es entstehen Variationen im Stil der Pop Art. Während er an der ursprünglichen Komposition und den Sujets der Darstellung kaum Veränderungen vornimmt, setzt Warhol vor allem auf den Einsatz verschiedener greller Farbkombinationen, um unterschiedliche Abwandlungen zu kreieren. Auf diese Weise gelingt es ihm, Munchs Grafiken immer wieder neu zu entdecken, sie zu modifizieren und letztendlich zu eigenen Werken von differenzierter Ausdruckskraft umzuformen. Auch Munch selbst greift mehrmals auf gewisse Bildthemen zurück, um sie sowohl in seiner Malerei als auch in seiner Druckgrafik zu variieren und ihnen mit innovativen Ideen ein weiteres Mal begegnen zu können.

Vor allem ist es aber die Funktion der universell wiedererkennbaren Ikone, die für



Andy Warhol, *Madonna and Self-Portrait with Skeleton's Arm (After Munch)*, 1984, Siebdruck auf Lenox Museum Board

Warhols Munch-Rezeption von Bedeutung ist. In seinen Porträts bekannter Hollywoodstars wie Marilyn Monroe oder Liz Taylor widmet sich Warhol der Idolisierung herausragender Persönlichkeiten, die zu Sinnbildern ganzer Generationen werden – etwas, das der Künstler durchaus kritisch hinterfragt, auch, was die Ikonen der Kunstgeschichte betrifft. Berühmte Werke der bildenden Kunst von der Renaissance bis zur Moderne, darunter Beispiele von Leonardo da Vinci, Raffael oder Pablo Picasso, werden von Warhol in seriellen Bearbeitungsprozessen zu eigenen Variationen. Auch die After-Munch-Serie zählt zu diesem Werkkorpus, haben sich doch Munchs Bilder, allen voran *Der Schrei*, zu Ikonen der Kunstgeschichte entwickelt. Warhols Beschäftigung mit gerade diesem Motiv, der Verkörperung des auf sich selbst zurückgeworfenen Individuums, läßt sich auf seine eigene Auseinandersetzung mit zentralen Fragen des Menschseins, Fragen nach Angst, Tod und Vergänglichkeit, zurückführen.

Der Schrei

In keinem anderen Kunstwerk wird die existenzielle Angst, die Urangeit des Menschen so eindrucksvoll festgehalten wie in *Der Schrei*, der berühmtesten Arbeit Edvard Munchs. Ein geschlechtsloses Wesen wankt, die Hände an den totenkopfähnlichen Kopf gepreßt, mit angsterfülltem Gesichtsausdruck eine in einen Tiefensog stürzende Brücke

entlang. Nicht das Interesse, das Gesehene naturgetreu wiederzugeben, leitet Munch; vielmehr will der Künstler seiner psychischen Empfindung Ausdruck verleihen und stellt sich damit gegen Strömungen wie Naturalismus und Impressionismus sowie die traditionelle Definition von Kunst als Nachahmung der Natur. Radikal sind Munchs Vereinfachung der Motive, die ikonenhafte Frontalität der Figur, die extreme Perspektive und die ungewöhnliche Wiedergabe der Landschaft, die sich in einem Wirbel aus Linien zu verflüssigen scheint. Eine Erfahrung, die Munch während eines Spaziergangs am Oslofjord 1892 widerfährt, wird zum Ausgangspunkt dieses Bestrebens, die Erschütterung der Seele bildlich einzufangen. Der Künstler vermerkt dazu in einem Tagebucheintrag: „Ich ging mit zwei Freunden die Straße entlang – die Sonne ging unter – etwas wie leise Schwermut rührte mich an. Plötzlich färbte sich der Himmel blutig rot – Ich blieb stehen – lehnte mich todmüde gegen einen Zaun – über dem blauschwarzen Fjord unter der Stadt lagen Blut und Feuerzungen – meine Freunde gingen weiter, und ich stand immer noch zitternd vor Angst – und ich fühlte, daß ein großer, nie enden wollender Schrei durch die Natur ging.“ Die Figur in *Der Schrei* wird zu einem Symbolbild für den Einzelnen, der sich im großen Ganzen verliert, Munchs Darstellung zu einem Ausdruck der Angst der Gesellschaft am Beginn der Moderne.

Kultur

Diese Ästhetik der Angst findet in dem Werk zahlreicher Künstlerinnen und Künstler der Gegenwart ihre Nachfolge. Zu den wichtigsten zählt Andy Warhol, der mit seiner Adaption von Munchs Schrei an eine ganze Reihe an Schreckensbildern in seinem Euvre anschließt, von seiner Car Crash-Serie über die elektrischen Stühle hin zu den Selbstmordbildern. Seine Versionen des Schreis in schrillen Neonfarben wirken, als wären sie einem psychedelischen Alptraum entsprungen. Im Zuge des Abarbeitens an Munchs ikonischem Werk stellt Warhol fest: „Ich staunte, daß alles, was ich tue, mit dem Tod zusammenhängt.“

Jasper Johns

Geboren 1930 in Augusta, Georgia

Jasper Johns, dessen Werk der Pop Art ebenso nahesteht wie dem Abstrakten Expressionismus und dem Neo-Dada, befaßt sich wie Andy Warhol wiederholt mit Edward Munch. Dessen Bilder beeindruckten Johns bereits 1950 beim Besuch einer Retrospektive des Künstlers im Museum of Modern Art in New York. In den folgenden Jahrzehnten beschäftigen sie ihn immer wieder aufs Neue. Dabei wählt Johns seine ganz eigene Herangehensweise an die Rezeption des Schaffens Munchs, die sich vor allem auf der Ebene der motivischen Angleichung in Verbindung mit Tendenzen der Abstraktion vollzieht. Mit nichtfigurativen Variationen von Munchs Bildern schafft Johns charakteristische Neuinterpretationen, in denen er auch versucht, an für den Norweger zentrale Inhalte anzuknüpfen. Dabei widmet er sich Themen wie Liebe und Sexualität, Tod und Verlust. Einen wichtigen Ausgangspunkt bildet dabei vor allem Munchs letztes Selbstporträt Zwischen Uhr und Bett, das die Vergänglichkeit des menschlichen Seins, den Gegensatz zwischen Leben und Tod, den Faktor Zeit sowie den natürlichen Kreislauf eines Menschenlebens von der Geburt bis hin zum Sterbebett referiert. Zentral ist das Kreuzschraffur-Muster von Munchs Bettdecke, das Johns heranzieht, um seine eigenen abstrahierten Versionen des Bildthemas zu schaffen, dieses in der Art einer abstrakt-geometrischen Komposition neu zu kontextualisieren.

Mit dieser Reduktion auf das gegenstandslose Geometrische, mit der Übersetzung Munchs figürlicher Bildsujets in die Abstraktion ist Johns ein ganz eigener, innovativer Ansatz der Munch-Rezeption gelungen. ■

<https://albertina.at/>

Collection of Catherine Woodard and Nelson Blitz, Jr. Foto: Bonnie H. Morrison © Jasper Johns / Bildrecht, Wien 2022



Jasper Johns, Savarin, 1977-1981, Farblithographie

Foto: Österreich Journal / Michael Mässner



Viva Venezia!

Ausstellung im Unteren Belvedere über die »Erfindung Venedigs im 19. Jahrhundert« bis 4. September 2022



Foto: Johannes Stoll / Belvedere, Wien

Jakob Alt, *Blick auf San Giorgio Maggiore in Venedig*, 1834

Die Ausstellung im Unteren Belvedere erzählt von einer Stadt, die sich als Mythos tief in unser kollektives Bewußtsein eingeschrieben hat: Venedig. Wie so viele Mythen wurde auch die Vorstellung von der Lagenstadt erst erschaffen – vorangetrieben im 19. Jahrhundert etwa durch HistorikerInnen, LiteratInnen und FilmemacherInnen.

Generaldirektorin Stella Rollig: „Die Ausstellung wagt eine These: Venedig wäre nicht ‚Venedig‘ ohne den Blick von außen, ohne die künstlerische Interpretation dieser einzigartigen Stadt. Die Schau zeigt die Genese eines Mythos aus dem Geist der Künste des 19. Jahrhunderts, dessen Kernmotive bis heute wirksam sind.“

In drei thematischen Kapiteln begibt sich die Ausstellung auf die Spuren dieser Inszenierung eines Traums. Der erste Teil beleuchtet die Historienmalerei des 19. Jahrhunderts: Österreicherische und italienische KünstlerInnen hielten Episoden aus der ruhmreichen tausendjährigen Geschichte Venedigs in opulenten Darstellungen fest – darunter das zehn Meter lange Gemälde von Hans Makart Venedig huldigt Caterina Cornaro.

Der zweite Teil wendet sich der engen historischen Verbindung Venedigs mit Österreich zu. Aufgrund der geografischen Nähe hielten sich zahlreiche österreichische KünstlerInnen längere Zeit in der Stadt auf, um

sich Inspiration zu holen. Und schließlich wird im dritten Abschnitt Venedig als Sehnsuchtsort beleuchtet – jener Mythos, der die Stadt seit dem beginnenden 19. Jahrhundert bis heute prägt. MalerInnen und vor allem auch LiteratInnen aus Europa und den USA gaben sich der Magie, aber auch der Melancholie der Stadt hin; bis heute sehen manche in Venedig eine Metapher für ein „Sterben in Schönheit“.

Kurator Franz Smola: „Die Stadt Venedig bot zahlreichen Intellektuellen eine Projektionsfläche für ihre Ideen, ihre Sehnsüchte, ihre Gefühle. Mit ihren jeweiligen Bearbeitungen des Themas in teils monumentalen Werken erfanden bildende KünstlerInnen wie

Kultur

Foto: Johannes Stoll / Belvedere, Wien



Giuseppe Canella d. J., Chioggia vor Sonnenaufgang, 1838

Foto: Johannes Stoll / Belvedere, Wien



Michelangelo Grigoletti, Der Doge Francesco Foscari schickt seinen Sohn Giacomo in die Verbannung („I due Foscari“), vor 1843

Foto: Johannes Stoll / Belvedere, Wien



Hans Makart, *Venedig huldigt Caterina Cornaro*, 1872–1873

Francesco Hayez, William Turner oder Friedrich Nerly ein scheinbar ewiges Bild der Stadt: melancholisch, romantisch, einzigartig.“

Die Ausstellung greift auf verborgene Schätze aus den hauseigenen Kunstdepots zurück, die bislang nur selten gezeigt worden sind. Zu sehen ist auch eine Vielzahl von Veduten, geschaffen von KünstlerInnen aus Österreich und anderen Ländern. Zunehmend interessierten sich Kunschtchaffende auch für Szenen aus dem Alltagsleben und lieferten damit nicht selten Einblicke in die oft harte

Realität der BürgerInnen Venedigs. Zum anderen wird die Schau im Belvedere durch zahlreiche Zitate aus Meisterwerken der Literatur und persönliche Stellungnahmen von SchriftstellerInnen bereichert, die zur Illustration und Vertiefung dieser Mythen dienen und in vielem bis heute unser Bild von Venedig prägen. Auch Filmschaffende, die sich von dieser Stadt inspirieren ließen, kommen in der Ausstellung zu Wort. Die Schau wird von einem Filmprogramm zum Thema Venedig im Blickle Kino des Belvedere 21 begleitet.

Die Ausstellung umfaßt rund 80 Gemälde – etwa die Hälfte davon stammt aus der Sammlung des Belvedere – sowie Beispiele aus Literatur und Film.

Sisi in Venedig 1861–62

Elisabeth von Österreich hält sich erstmals anlässlich eines Staatsbesuchs 1856/57, den sie gemeinsam mit ihrem Gatten Kaiser Franz Joseph unternimmt, in Venedig auf. Die Stimmung bei der Bevölkerung ist angespannt und reserviert. Diesen historischen Besuch zeichnet Ernst Marischka 1957 in

© Belvedere, Wien



Ludwig Johann Passini, *Kürbisverkäufer in Chioggia*, 1876

Foto: Johannes Stoll / Belvedere, Wien



Josef Carl Berthold Püttner, *Nachtfahrt in der Lagune*, 1857

seinem legendären Film *Sissi – Schicksalsjahre einer Kaiserin* nach.

Anfang November 1861 trifft Elisabeth von Korfu kommend erneut in Venedig ein und bleibt den Winter über hier. Ihre beiden Kinder Rudolf und Gisela werden ebenso von Wien nach Venedig gebracht. Die kaiserliche Familie logiert in der Residenz des österreichischen Gouverneurs im Napoleonischen Trakt am Markusplatz. Elisabeth verläßt die Residenz kaum, nur gelegentlich unternimmt sie Spaziergänge in der Stadt, hauptsächlich in den angrenzenden Giardini Reali. Franz Joseph besucht seine Familie Anfang Dezember und dann noch einmal über den Jahreswechsel. Unter anderem hat er angeordnet, daß für die kaiserliche Familie täglich frisches Trinkwasser aus Schönbrunn nach Venedig geliefert werde. Im Frühjahr 1862 reist die Kaiserin weiter nach Possenhofen in Bayern.

Bilder von Venedig

Die einzigartige Topografie der Lagunenstadt, ihre unvergleichliche Lage mitten im Wasser, die zahllosen Kanäle und die Fülle architektonisch wie historisch höchst bedeutender Bauten bewirken schon in den vergangenen Jahrhunderten, daß sich das Bild

von Venedig als ein kulturelles Wahrzeichen in ganz Europa verbreitet. Mit den Veduten, den wirklichkeitsgetreuen Stadtansichten, Canalettos, Bellottos und Guardi's – als Gemälde, aber auch in Form von Kupferstichen – verfestigt sich im 18. Jahrhundert endgültig die Erzählung von Venedigs Glanz und Pracht. In ihrer Nachfolge widmen sich auch im 19. Jahrhundert zahlreiche Kunstschaffende der bildlichen Darstellung Venedigs. Sie prägen damit ein visuelles Porträt der Stadt, das bis heute ungebrochen fortwirkt. Dazu zählen die Ansichten der Riva degli Schiavoni mit dem Zusammenklang von Dogenpalast, Piazzetta di San Marco und Campanile ebenso wie der Blick auf den Canal Grande, an dessen grünem Wasser sich die prachtvollen Fassaden der Palazzi aneinanderreihen. Stets entfalten diese Motive ihren besonderen Reiz vor allem dann, wenn sie aus einer gewissen Entfernung festgehalten werden, sodaß auch das Wasser und der Himmel mit ins Bild gelangen.

Venedig als Sehnsuchtsort der Romantik

In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts entwickeln sich insbesondere in England, Skandinavien und Deutschland

Zentren der romantischen Bewegung. Neu ist der Hang zum Ausdruck von Gefühlen und Sehnsüchten, das Schwelgen in inneren Bildern. Für viele Kunstschaffende der Romantik ist Venedig ein Sehnsuchtsort, an den sich ganz spezifische Erwartungen richten. Das Schauspiel einer Stadt, die ins Wasser gebaut zu sein scheint und sich lautlos von den Gondeln erschließen läßt, sorgt für Staunen. Von den einst so prachtvollen, nunmehr aber dem Verfall preisgegebenen Palästen geht ein morbider Charme aus. Vor allem nachts entfaltet die Stadt ihr besonderes Flair. Maler wie Christian Friedrich Nerly spezialisieren sich geradezu auf nächtliche Mondscheinszenen.

Andere wie J. M. William Turner zeigen sich vom milden Tageslicht Venedigs begeistert, das sich vielfarbig im Wasser der Lagune spiegelt. Für Literaturschaffende wiederum stellt sich Venedig als passender Schauplatz für leidenschaftliche Liebesabenteuer und mysteriöse Begebenheiten dar.

Venedig in der Literatur 1800–1850

Eine zentrale Rolle für die Verbreitung und Popularisierung des „Mythos Venedig“ kommt der europäischen Literatur zu. AutorInnen des frühen 19. Jahrhunderts, die Venedig zumeist nur für kurze Zeit besuchen,

Kultur

sind häufig überwältigt von der Stadt und schildern ihre Eindrücke in einer höchst suggestiven, oft überschwänglichen Sprache. Dies geschieht etwa in Form von literarisch ausgefeilten Reiseberichten, aber auch in Form von fiktiven Romanerzählungen und Dramen, in denen Venedig den Schauplatz für mitunter bizarre oder überraschende Begebenheiten bildet. Für viele LiteratInnen erscheint ausschließlich die Lyrik, insbesondere die Spezialform des Sonetts, die angemessenste Weise, um ihre Emotionen und ihre Bewunderung angesichts Stadt in Worte zu fassen:

- Johann Wolfgang von Goethe, Venezianische Epigramme (1796), Italienische Reise (1816/17)
- Madame de Staël, Corinne ou l'Italie (1807)
- E. T. A. Hoffmann, Doge und Dogaresse (1817)
- George Gordon Lord Byron, Beppo (1817), Vierter Canto von Childe Harold's Pilgrimage (1818), Ode on Venice (1819), Marino Faliero Doge of Venice (1821), The Two Foscari (1821) Samuel Rogers, Italy (1822)
- August von Platen, Sonette aus Venedig (1825), Epigramme (1832)
- Alfred de Musset, La nuit vénitienne (1830)
- James Fenimore Cooper, The Bravo: A Venetian Story (1830)
- Auguste Barbier, Il pianto (1833)
- George Sand, Consuelo (1834)
- William Beckford, Italy. With Sketches of Spain and Portugal (1834)
- Edgar Allan Poe, The Assignment (1834)
- Charles Dickens, Pictures from Italy (1846)
- Théophile Gautier, Variations sur le Carnaval de Venise (1849), Voyage en Italie (1852)

Volksleben und Straßen-Szenen

Neben der Schilderung der berühmten Bauwerke Venedigs interessieren sich die MalerInnen im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend für die BewohnerInnen der Stadt. Ab den 1870er Jahren wird in der Lagenstadt auch der Alltag der Menschen mit all seinen Sonnen- und Schattenseiten bildwürdig. Dieser Trend wird von den KünstlerInnen des Realismus und des Impressionismus unterstützt, für die das Unscheinbare und Zufällige generell eine wichtige Rolle spielt. Kunstschaffende wollen daher auch ein „anderes“ Venedig entdecken und bege-

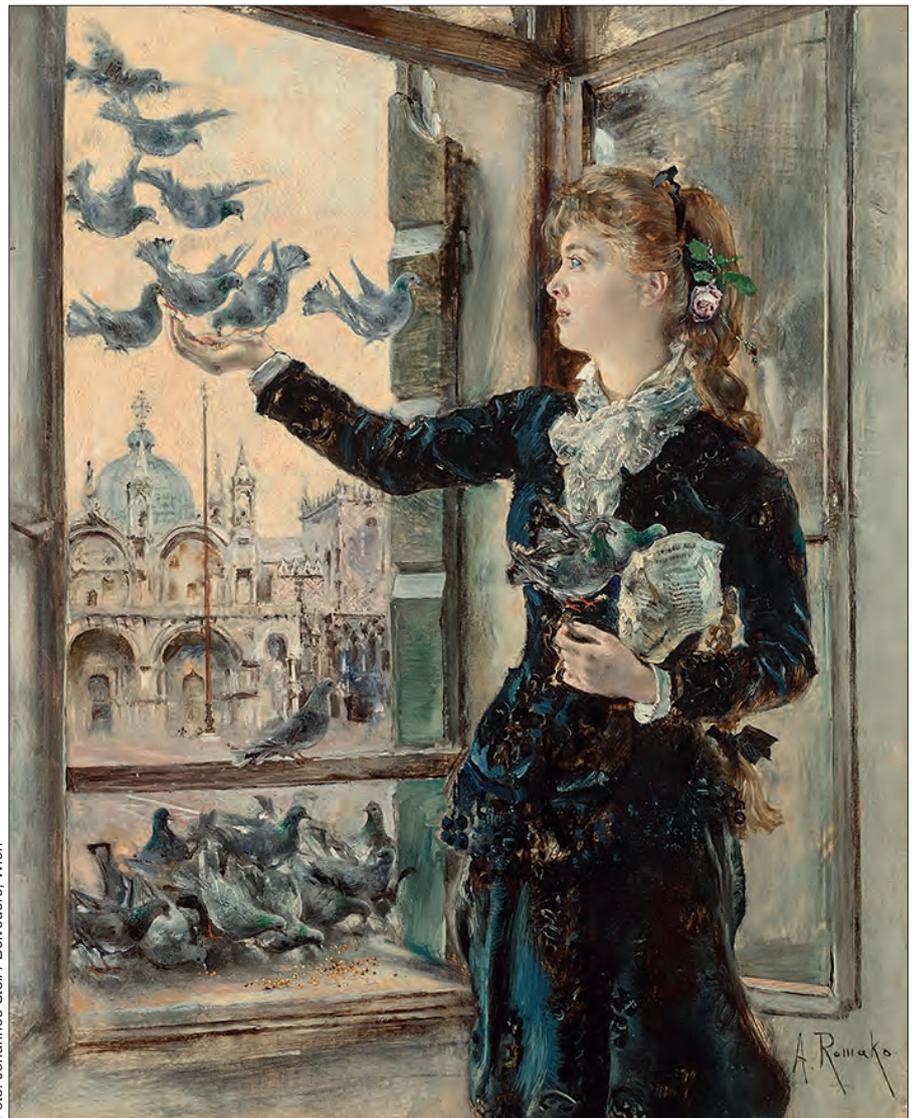


Foto: Johannes Stoll / Belvedere, Wien

Anton Romako, Mädchen an einem Fenster zum Markusplatz, Tauben fütternd, um 1875

ben sich dafür in Hinterhöfe, zu Seitenkanälen und in kleine Gassen fernab des damals bereits vorhandenen Massentourismus. Szenen mit Fischern, Gondolieri, Händlern, Wasserträgerinnen oder Perlenfädlerinnen werden zu besonders beliebten Motiven. Darstellungen der Arbeit in den Fabriken oder der ab 1881 in Betrieb genommenen Vaporetti gehören allerdings nicht zum gängigen Repertoire. Das moderne, industrialisierte und motorisierte Leben und seine Veränderungen malt man lieber anderswo. In Venedig scheint die Zeit hingegen stehen geblieben zu sein.

Venedig in der Literatur 1850–1910

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts wird Venedig zunehmend zu einer gefragten Destination des aufkommenden Tourismus.

Bildungsreisende interessieren sich für den einzigartigen kulturellen Reichtum der Stadt. Das milde Klima und luxuriöse Hotels

am Lido versprechen Erholung. So wächst auch der Bedarf an Reiseliteratur. Viele literarische Texte über Venedig schwanken zwischen Reisebericht und fiktiver, in Venedig angesiedelter Erzählung. Um 1900 dient die Stadt zunehmend auch den LiteratInnen der Décadence als Metapher für ein Sterben in Schönheit. Zu den wichtigsten literarischen Werken über Venedig aus den Jahren von 1850 bis 1910 zählen:

- John Ruskin, The Stones of Venice (1851–53)
- Paul Heyse, Andrea Delfin (1859)
- William Dean Howells, Venetian Life (1866)
- Mark Twain, The Innocents Abroad or The New Pilgrims' Progress (1869)
- Algernon Charles Swinburne, Marino Faliero (1885)
- Henry James, The Aspern Papers (1888), The Pupil (1891), The Wings of the Dove (1902), Italian Hours (1909)

Kultur

- Guy de Maupassant, *La vie errante* (1890)
- Gerhart Hauptmann, *Italienische Reise* (1897)
- Rainer Maria Rilke, *Gedicht Venedig* (1897)
- Hugo von Hofmannsthal, *Der Tod des Tizian* (1892), *Der Abenteurer und die Sängerin* oder *die Geschenke des Lebens* (1898), *Das gerettete Venedig* (1902–04), *Venezianischer Halbtraum* (1908), *Andreas* oder *Die Vereinigten* (1911–14)
- Gabriele D'Annunzio, *Il fuoco* (1900)
- Maurice Barrès, *Amori et dolori sacrum: La mort de Venise* (1903)
- Thomas Mann, *Der Tod in Venedig* (1911)

Schicksalsort Venedig

Venedigs besonderes Flair und seine einzigartigen Ansichten lassen niemanden unbeeindruckt. Kunstschaffende, insbesondere aus den Bereichen der Literatur, der Malerei und der Musik, schöpfen aus den vielfältigen Anregungen, die ihnen diese Stadt unentwegt liefert. Oft finden Erlebnisse, die die KünstlerInnen mit Venedig verbinden, unmittelbar Eingang in ihr Werk. Zuweilen genügen ein paar Tage Aufenthalt in der Stadt, um eine Schaffenskrise zu überwinden oder auf neue Gedanken zu kommen. Für manche Kunstschaffende wird Venedig sogar zum Schicksalsort, an dem ihr Leben zu Ende geht. Solch biografische Zufälle bekräftigen den Mythos von einer Stadt, in der sich

Schönheit und Sterben auf eigentümliche Weise miteinander verbinden. Besonders in Kunst und Kultur des Fin de Siècle um 1900 wird Venedig zum Sehnsuchtsort einer ästhetisch verklärten Morbidität. Die Kulisse einer wie absterbend wirkenden Stadt inspiriert zahlreiche LiteratInnen aus dem Bereich der sogenannten Décadence, aber etwa auch KomponistInnen. Sie sind angezogen vom Gefühl eines Sterbens in Schönheit – in Abwandlung der berühmten Redewendung, die ursprünglich über Neapel gesagt worden ist: „Venedig sehen und sterben.“

Die Lagune von Venedig

Für den Zauber Venedigs spielt auch die Lagune, also der Wasserbereich, der die Stadt unmittelbar umgibt, eine wichtige Rolle. Von einer Reihe kleinerer Inseln durchsetzt weist die Lagune nur eine geringe Wassertiefe auf. Erst nach einigen Kilometern Entfernung vom Festland trennt der Landstreifen des Lido die Lagune vom offenen Meer. Dies erklärt auch die auffallend ruhige Wasseroberfläche innerhalb der Lagune, sodaß die markanten Bauwerke der Nebeninseln, etwa die Kirchen San Giorgio Maggiore oder Il Redentore, über dem blanken Wasserspiegel zu schweben scheinen.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts ist die Lagune noch von zahlreichen großen Fregatten und Lastschiffen befahren. MalerInnen, die auf Marinedarstellungen spezialisiert sind, widmen ihre besondere Aufmerksamkeit diesen Motiven, so etwa der Österreicher Josef

Carl Püttner. Die Lagune regt aber auch zu intensiven atmosphärischen Schilderungen an, vor allem bei Dämmerlicht oder bei dichtem Nebel. Solche Darstellungen bevorzugt beispielsweise der venezianische Maler Pietro Fragiaco in den Jahren um 1900.

Venedig im Film

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bietet Venedig auch für das Medium Film ausreichend Stoff sowie eine malerische Kulisse für internationale Produktionen. Zu den frühesten Zeugnissen zählt etwa Alexandre Promios 1896 gedrehte kurze Filmsequenz, die eine Fahrt entlang des Canal Grande zeigt. Beliebte werden früh Verfilmungen der in der Stadt spielenden Dramen *Der Kaufmann von Venedig* und *Othello* von William Shakespeare. Im Zuge der expandierenden Filmindustrie wird auf der Insel Giudecca das Filmstudio Cinevillaggio Scalera errichtet, das von 1939 bis 1955 in Betrieb ist. Hier wird unter anderem 1943 der Film *Canal Grande* gedreht, Regie führt Andrea di Robilant. Der Inhalt des Films thematisiert die Abneigung der alteingesessenen Gondolieri gegen die 1881 in Venedig eingeführten motorisierten Vaporetti. Weitere Höhepunkte historisierender Venedigfilme sind die Literaturverfilmungen von Luchino Visconti, nämlich *Sehnsucht* (1954), der sich an einer Romanvorlage von Camillo Boito orientiert, und *Tod in Venedig* (1971), der der berühmten Novelle von Thomas Mann folgt. ■

<https://www.belvedere.at>



Franz Leo Ruben, *Motiv aus Venedig*, 1877

Film und Kino in der Steiermark

Vor mehr als 125 Jahren lernten die Bilder auch in der Steiermark laufen.



Foto: Universalmuseum Joanneum / J.J. Kucek

Ausstellungsansicht »Film und Kino in der Steiermark«

Ab 16. September 1896 fanden in Leoben im großen Saal des Hotels „Zur Post“ die ersten Filmvorführungen in der Steiermark statt. Mehr als 125 Jahre später widmen das Museum für Geschichte und das Filmarchiv Austria Film und Kino in der Steiermark eine Ausstellung und zeichnen mit vielen Beispielen die wichtigsten regionalen Entwicklungen dieses im 20. Jahrhundert dominierenden Unterhaltungsmediums nach. Die Ausstellung versucht das Thema in seiner Vielfalt und seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung aufzuschließen. Dabei öffnet sich ein faszinierender Mikrokosmos mit so manchen regionalen Besonderheiten.

Film und Kino in der Steiermark“, die aktuelle Ausstellung des Museum für Geschichte und des Filmarchivs Austria in Kooperation mit der Diagonale und dem eumigMuseum, beleuchtet mehr als 125 Jahre steirische Film- und Kinogeschichte aus einer historischen Perspektive. Der Bogen spannt sich dabei von den ersten Filmvorführungen 1896 in Leoben bis zum zeitgenössischen Filmkunstschaffen steirischer RegisseurInnen. Beleuchtet werden Aspekte regionaler und lokaler Filmproduktion und -rezeption, unter anderem die Periode der

Wanderkinos und die Gründung erster Lichtspieltheater, das Filmschaffen in der Steiermark ab den 1910er-Jahren, Film und Kino in Zeiten von politischer Lenkung, die „Goldenen Jahre“ des Kinos der Nachkriegszeit und die Filmstadt „Thaliwood“. Auch das filmische Erbe der steirischen Schmalfilm-AmateurInnen, das steirische Underground-Filmemachen sowie die Arbeit von FilmautorInnen in bzw. aus der Steiermark und die großen kommerziellen Erfolge von steirischen Filmschaffenden läßt diese Ausstellung Revue passieren.

Kuratiert wurde die Ausstellung von Maria Froihofer und Karl Wratschko. „Das Echo und der Rücklauf auf unseren Aufruf waren enorm. Wir haben mehr als 30.000 Schmalfilm-Einsendungen von AmateurInnen erhalten, die es zu sichten galt und welche als kleiner Teil in die Ausstellung einfließen. Insgesamt haben wir mit dieser Ausstellung bewiesen, daß sich ein Blick in die Steiermark als Filmland jedenfalls lohnt und im Kleinen sich das Große wiederfindet,“ erzählt Froihofer.

Entlang des Ausstellungsparcours finden sich Projektionsflächen und Monitore, die Filme zu sich bewegenden Ausstellungsexponaten werden lassen. Diese faszinieren,

erhellen, überraschen, bezaubern, langweilen, provozieren, trösten, zerstreuen, schockieren und fordern heraus. Sie zeigen, was Film und Kino vermögen und wofür man sie missbrauchen kann. Doch die Ausstellung besteht nicht ausschließlich aus filmischen Bildern. Gemeinsam mit Fotografien, Plakaten, Archivalien, Drehbüchern und Filmskizzen, Geräten zur Kino- und Filmtechnik und historischem Kinoinventar offenbart sich in überraschender Dichte ein faszinierender Mikrokosmos, der zur Begegnung und Auseinandersetzung mit steirischer Kulturgeschichte einlädt.

Eine ideale Ergänzung findet diese Schau auf den Leinwänden der Diagonale – im Museum für Geschichte wird das Festivalprogramm so um historische und aktuelle Filmwerke mit Steiermark-Bezug erweitert.

Vom Schausteller- zum Kinobetrieb

Im ersten Jahrzehnt des Kinos waren Filmdarbietungen fast ausschließlich mobil: SchaustellerInnen erkannten die geschäftlichen Möglichkeiten der Kinematographie und bespielten Säle, gastierten auf Jahrmärkten und Volksfesten oder gingen mit eigenen Wanderkinos auf Tournee – auch durch die Steiermark. Ein sich entwickelndes Verleih-

Kultur

system und die steigende Nachfrage nach permanenter Versorgung mit Filmen verstärkten die Entwicklung ortsfester Spielstätten. In der Steiermark begann diese Phase der Kinogründungen zunächst eher zaghaft: 1906 eröffnete Oskar Gierke das „Grazer Bioskop“, das für einige Jahre das einzige ortsfeste Kino der Steiermark bleiben sollte.

Kurator Karl Wratschko: „Immer wieder wurde das Kino im Laufe der Zeit für tot erklärt, jedoch das Gegenteil ist der Fall. Mit dieser Ausstellung wird klar vor Augen geführt, daß Kino ein widerstandsfähiges Format und die Steiermark ein wichtiger Player der Filmgeschichte ist. Sie diente nicht nur als Kulisse, sondern brachte auch Stars hervor, welche international Karriere machten. Mit Thaliwood wurde ein kleines Filmwunder geschaffen.“



Foto: Universalmuseum Joanneum / J.J. Kucek

Die KuratorInnen der Ausstellung Karl Wratschko und Maria Froihofer mit der Leiterin des Museums für Geschichte, Bettina Habsburg-Lothringen

Vor und hinter der Kamera

Ab den 1910er-Jahren kam der neue Künstlertyp des „Filmstars“ auf. Auch SteirerInnen traten bald als erfolgreiche SchauspielerInnen vor die Kamera, allen voran der Grazer Alexander Girardi. Ihm folgten Maria Reisenhofer, Franz Glawatsch, Ferdinand Maierhofer, Willy Thaller und Olaf Fjord. Hinter der Kamera machten Drehbuchautor Carl Mayer und Regisseur Fred Sauer in der deutschen Filmindustrie Karriere.

Die Steiermark als Kulisse

Ab 1910 war die Steiermark bei Produktionsfirmen aus Wien und Deutschland als Drehort beliebt. Aktuelle, visuell ansprechende Kurzdokumentationen zeigten die steirische Volkskultur, Alltagsbilder aus dem Dorfleben, pittoreske Landschaften und Reisebilder, aber auch die rege Wirtschaftstätigkeit und den hohen technischen Standard des Landes. Daneben etablierte sich die steirische Landschaft auch immer stärker als teils spektakulärer Drehort in Spielfilmen.

Zeitgenössische Positionen

Heute ermöglicht die Filmförderung des Landes Steiermark und der Stadt Graz eine vielfältige steirische Filmszene, die die künstlerischen Möglichkeiten des Mediums Film auslotet und stets neu interpretiert. Repräsentativ für diese lebendige steirische Filmkultur und das Filmschaffen im Bereich des innovativen Films und ihrer vielen AkteurInnen steht am Ende der Ausstellung eine Auswahl von FilmemacherInnen wie Lilith Kraxner, Veronika Eberhart, Peter Kutin, Karin Csernohorski u. a.

<https://www.museum-joanneum.at/>

Foto: Universalmuseum Joanneum / J.J. Kucek



Foto: Universalmuseum Joanneum / J.J. Kucek



Gutruf-Ausstellung in Leoben

Der Wiener Maler Gerhard Gutruf eröffnet die Ausstellungssaison in der Kunsthalle



Foto: Stadt Leoben / Helga Dietmaier

v.l.: Kurator Gotthard Fellerer, Museumsleiterin Susanne Leitner, Gerhard Gutruf und Kulturreferent Johannes Gsaxner

In der Galerie Kunsthalle eröffnete das Kunstforum Leoben eine Ausstellung des renommierten Malers und Grafikers Gerhard Gutruf, die bis 24. März 2022 besucht werden konnte. Unter dem Titel „Perspektiven“ wurde ein kleiner Querschnitt des Werks des durch eine Vielzahl großer Ausstellungen im In- und Ausland und durch zahlreiche Preise und Auszeichnungen international anerkannten Künstlers gezeigt. Kulturreferent Johannes Gsaxner begrüßte im Namen von Bürgermeister Kurt Wallner und der Stadt Leoben die Gäste zu dieser gelungenen Ausstellung. Er bezeichnete Gutruf als Künstler, der sich dem Mainstream entgegensetzt. Er setzt sich künstlerisch und gesellschaftlich mit Perspektiven auseinander; ein bestimmter Blickwinkel ergibt eine Vielzahl an Möglichkeiten. Der Kurator der Ausstellung Gotthard Fellerer ergänzte: „Durch die Wiederholung eines Motivs entsteht immer wieder etwas Neues, Spannendes.“ Die Ausstellung soll Inspiration und Perspektiven geben. Fellerer hat die Verschiebung zweier geplanter Gutruf-Ausstellungen in Warschau bzw. in Krakau auf 2023 genutzt, um Gutrufs Arbeiten in der Kunsthalle Leoben präsentieren zu können.

Erwärmend, aber herzerfrischend war die einfühlsame musikalische Umrahmung durch Musikschuldirektor Heinz Moser, Hannes Moscher und Michael Leitner.

Mit einem Film über den künstlerischen Werdegang konnten sich Kunstinteressierten auf die Ausstellung einstimmen. Dieser Film ist auch auf der Webseite von Gerhard Gutruf zu sehen (*bzw. auf Youtube, Anm.*). Die BesucherInnen erwarteten Beispiele der „Maschinenlandschaften“, das sind frühe Tuschfederzeichnungen mit utopischen oder science-fiction-ähnlichen Visionen und Erfindungen. Weiters werden Variationen nach großen Meistern gezeigt. Der Bogen spannt sich über Interpretationen des Werks Jan Vermeers bis zu Ergebnissen Gutrufs intensiver Beschäftigung mit dem Colosseum, dem antiken Wahrzeichen Roms. Außerdem wurden sechs Stillleben mit Metallgegenständen, Pappkartons oder Maschinen ausgesucht, die einen besonderen Stellenwert im Werk des vielseitigen Künstlers einnehmen.

Gefragter Künstler

Großartige Erfolge konnte Gerhard Gutruf mit seinen gut besuchten Ausstellungen im Jahr 2000 in Peking, 2005 in Ningbo und

2016 in Hangzhou erzielen. Es gilt dabei als außerordentliche Ehre für einen europäischen Künstler, in den größten und berühmtesten Museen Chinas auszustellen.

Besonders wichtig ist für Gutruf die klassische Kunst in der Vergangenheit. Er interpretiert und analysiert alte Meister und setzt sie mit modernen Elementen zu neuen Schöpfungen zusammen.

Gerhard Gutruf setzte sich intensiv mit Jan Vermeer, dem holländischen Barockmaler aus dem 17. Jahrhundert, auseinander. Er konnte als erster lebender Künstler im Vermeer Zentrum in Delft ausstellen.

Eine große künstlerische Liebe zu Italien, vor allem zu Rom und zur Toskana, offenbart sich in Florenzstudien und Darstellungen der „Casa Leonardo“, des Geburtshauses Leonardo da Vincis. Ein großes Thema ist für den Künstler das Colosseum, das er in immer neuen Varianten darstellt. Durch verschiedene Techniken erarbeitete er verschiedene Aspekte des Objekts. Eine eigene Ausstellung dazu gab es im Museo dei Fori Imperiali in Rom. *Helga Dietmaier*

<https://gutruf.at/>

<https://www.leoben.at/>

<https://kunstforum-leoben.at/>